



Protokoll

der 45. - 49. Sitzung, Amtsjahr 2022 / 2023

Mittwoch, den 11. Januar 2023, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Mittwoch, den 18. Januar 2023, um 09:00 Uhr, 15:00 Uhr und 20:00 Uhr

Mittwoch, den 25. Januar 2023, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Jo Vergeat, Grossratspräsidentin*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Tamara La Scalea, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Alex Hagen und Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende:

11. Januar 2023, 09:00 Uhr
45. Sitzung Daniela Stumpf (SVP).
11. Januar 2023, 15:00 Uhr
46. Sitzung Daniela Stumpf (SVP), Raffaella Hanauer (GAB).
18. Januar 2023, 09:00 Uhr
47. Sitzung Corinne Eymann-Baier (LDP).
18. Januar 2023, 15:00 Uhr
48. Sitzung Corinne Eymann-Baier (LDP), Tim Cuénod (SP).
25. Januar 2023, 09:00 Uhr
49. Sitzung Tonja Zürcher (GAB).

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.....	1888
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	1890
3.	Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Grossen Rates für das Amtsjahr 2023/2024.....	1891
4.	Wahl des Statthalters / der Statthalterin des Grossen Rates für das Amtsjahr 2023/2024	1892
5.	Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Pascal Pfister, SP)	1892
6.	Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Pascal Pfister, SP).....	1893
7.	Bericht und Vorschlag zur Wahl einer Richterin am Zivilgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027	1893
8.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Industriellen Werke Basel (IWB-Gesetz) vom 11. Februar 2009 zur Anpassung des Gasversorgungsauftrags sowie Bericht zur Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend die Vermeidung von nichtamortisierbaren Investitionen und einen geordneten Ausstieg aus der fossilen Wärmeversorgung durch die IWB bis 2050 (Dekarbonisierung).....	1894
9.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag zur Teilrevision Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz) sowie Bericht zur Motion Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Revision des Museumsgesetzes sowie Bericht zum Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend Masterplan Basler Museen und Mitbericht der Geschäftsprüfungskommission.....	1903
24.	Neue Interpellationen.....	1917
	Interpellation Nr. 140 Eric Weber betreffend befördert Basel die illegale Migration?	1917
	Interpellation Nr. 141 Tim Cuénod betreffend der Sperrung der Meret Oppenheim-Strasse und den Auswirkungen auf das Gundeldinger Quartier, die Verkehrsteilnehmer:innen und den öffentlichen Verkehr.....	1918
	Interpellation Nr. 142 Sasha Mazzotti betreffend Feuerwerk rund um den Jahreswechsel 2022/2023.....	1918

	Interpellation Nr. 143 Oliver Bolliger betreffend ist ein erhöhter Verzugszins bei Steuerforderungen wirklich nötig?	1919
	Interpellation Nr. 144 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Schutz für Menschen mit vom Strom abhängigen (z.T. lebenserhaltenden) medizinischen Geräten bei flächendeckendem Stromausfall	1920
	Interpellation Nr. 145 Pascal Messerli betreffend Kommunikation der Sicherheitsbehörden bei unmittelbarer Gefahrenlage	1921
	Interpellation Nr. 146 Nicola Goepfert betreffend Demonstrationsstatistik 2022	1923
10.	Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft" - Bericht und Antrag für eine weitere Verlängerung der Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat sowie der Abstimmungsfrist	1923
11.	Ausgabenbericht betreffend Staatsbeitrag des Kantons Basel-Stadt an den Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) und die Infobest Palmrain für die Jahre 2023 bis 2025	1924
12.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Schweizerische Friedensstiftung swisspeace für die Jahre 2023 bis 2026	1926
13.	Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung für die Durchführung der UEFA Women's EURO 2025 in der Schweiz bzw. in Basel	1928
14.	Kantonale Volksinitiative "für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)"; Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen	1931
15.	Ratschlag betreffend Bewilligung der Staatsbeiträge 2023-2025 für den Verein Agglo Basel	1932
	Mitteilungen	1934
55.	Resolution gegen die massiven Menschenrechtsverletzungen durch das iranische Regime	1934
19.	Ratschlag für eine Ausgabenbewilligung betreffend Corona 2023: Testen Terminierung auf Mittwoch, 18. Januar 2023, 09.00 Uhr	1939
16.	Ratschlag betreffend Ersatz von Oberflurwertstoffsammelstellen durch Unterfluranlagen	1945
17.	Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung zur Erneuerung und Aufwertung der Grünanlage Verkehrsgarten Wasgenring	1946
18.	Eignerstrategie für die Basler Verkehrs-Betriebe 2022-2025	1947
20.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P440 "Mülltrennung im öffentlichen Raum"	1948
21.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P449 "Keine Aufhebung oder Verschiebung von den Bushaltestellen Linie 31, 38 Thomaskirche, Ensishheimerstrasse, Blotzheimerstrasse"	1950
22.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P453 "Monsterbauprojekt Zuba stoppen! Für eine klimafreundliche Mobilität in Basel-Stadt"	1952
23.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P455 Basel St. Johann - begrünt, klimafreundlich, lebenswert	1957
25.	Budgetpostulat für 2023 Pascal Messerli betreffend Erziehungsdepartement, Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Personal- und Sachaufwand (Eishalle St. Jakob-Arena)	1959
26.	Motionen 1 - 4	1960
	1. Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Demokratie braucht Stellen, wo Plakate wahrgenommen werden	1960
	2. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Ausgliederung der Kriminalpolizei aus der Staatsanwaltschaft	1960
	3. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Überarbeitung des Gesetzes über öffentliche Beschaffungen (Beschaffungsgesetz)	1960
	4. Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Reduktion der Arbeitszeit auf 38-Stunden-Woche für die Angestellten des Kantons Basel-Stadt	1960
27.	Anzüge 1 bis 18	1966
	1. Anzug Eric Weber betreffend Social Media Offensive für junge Leute in Basel	1966
	2. Anzug Eric Weber betreffend international geht auch kommunal	1967
	3. Anzug Eric Weber betreffend jedem Basler ein Gratis-Radio mit zwei Batterien	1967
	4. Anzug Beat K. Schaller und Konsorten gegen das Wildparken von E-Trottinette	1968
	5. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen	1968
	6. Anzug Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Förderung der Biodiversität und Vergrößerung des privaten Baumbestandes	1970
	7. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Sicherheit in Kreiseln für Velofahrende	1970
	8. Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend mobiler Solar-Park im öffentlichen Raum	1970
	9. Anzug Franziska Roth und Konsorten betreffend Stärkung der Lernbeziehung im A-Zug der Sek I	1972
	10. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Sensibilisierung der Verwaltung im Umgang mit psychisch Erkrankten	1972
	11. Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend Einführung eines Praktikums in der Fachmaturitätsklasse Pädagogik für zukünftige Lehrpersonen	1974
	12. Anzug Jeremy Stephenson und Konsorten betreffend Umsetzung von Massnahmen zur Reduktion der 80-prozentigen Energieverluste im Gebäudereich	1974
	13. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Diversität und Diskriminierungsbekämpfung an den Schulen in Basel-Stadt	1976
	14. Anzug Eric Weber betreffend gemeinsame Plattform für alle Basler schaffen, Verwaltungsabläufe besser kommunizieren	1978
	15. Anzug Eric Weber betreffend Grossrats-überlastung bitte vermeiden	1978

16. Anzug Eric Weber betreffend drei Sitzungstage pro Monat für unser Parlament und nicht nur zwei	1979
17. Anzug Eric Weber betreffend jedem Basler seine Gratis-Zeitung Angebot für ein Jahr	1979
18. Anzug Eric Weber betreffend 49 Euro Ticket bitte auch für Kanton Basel-Stadt gültig machen	1980
Mitteilungen	1980
28. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Stimm- resp. Wahlunterlagen für Neuzuzüger und Neueingebürgerte	1981
29. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Daniel Goepfert betreffend Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Basel	1981
30. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Aufnahme von "Smart City" als strategisches Ziel im nächsten Legislaturplan	1982
31. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend Einsparung von Papier sowie Druck- und Versandkosten.....	1982
32. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 130 Fleur Weibel betreffend Schutz und Unterstützung für iranische und iranisch-stämmige Personen in Basel-Stadt	1983
33. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 133 Corinne Eymann-Baier betreffend kann das #RHYLAX-Team zur Lösung des Partylärmproblems am Rheinufer und in der Innenstadt beitragen?.....	1983
34. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Georg Mattmüller und Edibe Gölgeli betreffend Neustart 2020: Zukunftsgerichtete, nachhaltige Investitionen in den Care-Bereich zur Stärkung der Wirtschaft nach dem Corona-Lockdown	1983
35. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Neustart 2020: Zukunftsgerichtete, nachhaltige Investition zur Abschwächung der Klimaerhitzung, zur Verbesserung des Stadtklimas und gleichzeitigen Stärkung der Wirtschaft nach dem Corona-Lockdown	1984
36. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 126 Oliver Bolliger betreffend kein reduzierter Grundbedarf in der Sozialhilfe wegen zu teurer Krankenkasse	1984
37. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 129 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Errichtung von zentralen Wärmepumpen in Zonen mit Einfamilienhäusern	1985
38. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 139 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Sistierung des Strafzuschlags in der Ersatzversorgung.....	1985
39. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend integrative Arbeitsplätze	1986
40. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 127 Oliver Thommen betreffend Parlamentarische Untersuchungskommission zum Neubau des Biozentrums Stellungnahme des Regierungsrates	1986
41. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 138 Michael Hug betreffend ausstehender Lohnniveau-Vergleich bei Polizei und Staatsanwaltschaft	1987
42. Bericht des Regierungsrates zur Motion Thomas Gander und Konsorten betreffend Sportstättenstrategie und konkreter Massnahmenplanung	1987
43. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Primarschulkompetenz: Velofahren lernen.....	1988
44. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Joël Thüring flexible Eintrittspreise für die Spätschwimmer in die baselstädtischen Gartenb der und Barbara Heer und Konsorten betreffend Verlängerung Tagesöffnungszeiten öffentlicher Gartenbäder	1989
45. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend ETH-Studio Basel	1991
46. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 134 Salome Bessenich betreffend Kostenüberschreitung beim geplanten Neubau Departement Biomedizin der Universität Basel	1991
47. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 135 Bruno Lötscher betreffend Zugänglichkeit des Kollegengebäudes der Universität während der Herbstmesse 2022.....	1992
48. Anzug Sarah Wyss und Georg Mattmüller betreffend ambulante (hauswirtschaftliche) Dienstleistungen bedarfsgerecht und qualitativ hochstehend sicherstellen	1993
49. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 137 Beatrice Messerli betreffend Situation von Jugendlichen mit Long Covid	1993
50. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastruktur- und Raumplanungsprojekte	1993
51. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Velosicherheit in der Spital- und Pestalozzistrasse	1994
52. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 131 Philip Karger betreffend "velofreundliches Gleis" an der Haltestelle Bruderholzstrasse.....	1994
53. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Menschenhandel langfristig bekämpfen	1994
54. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 128 Eric Weber betreffend Zivilschutzanlagen - Was passiert im Kriegsfall?.....	1994
Schlussrede.....	1995
Anhang A: Abstimmungsergebnisse	2001
Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	2048
Anhang C: Neue Vorstösse	2053

Beginn der 45. Sitzung

Mittwoch, 11. Januar 2023, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

[11.01.23 09:00:00, GMT]

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und heute haben wir endlich nach einer langen Coronapause wieder ein Neujahrskonzert. Ich freue mich sehr, dass die jungen Tafelrunde sich bereit erklärt hat zu uns zu kommen. Die junge Tafelrunde ist eine Sektion der Basler Liedertafel und gemäss Eigenbeschreibung der neue und wohl auch etwas andere Männerchor aus Basel.

[Konzert]

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: nun kommen wir zu den Mitteilungen:

Neue Interpellationen

Es sind 7 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 143, 144 und 145 werden mündlich beantwortet.

Ein Geburtstag

Grossrat Semseddin Yilmaz feierte am 1. Januar 2023 Geburtstag. Aus diesem freudigen Anlass spendiert er uns heute Morgen den Kaffee.

Ich möchte Semseddin Yilmaz ganz herzlich zu seinem Geburtstag gratulieren und bedanke mich im Namen des Grossen Rates für diese grosszügige Geste.

[Applaus]

Urteil des Appellationsgerichts auf dem Tisch des Hauses

Das Appellationsgericht als Verwaltungsgericht hat den Rekurs gegen den Grossratsbeschluss vom 19. Mai 2021 betreffend Lärmempfindlichkeitsstufenplan Innenstadt abgewiesen. Das schriftliche Urteil liegt zur Einsicht auf dem Tisch des Hauses auf. Es ist noch nicht rechtskräftig.

Pet-Flaschen

Nach den Sitzungen gibt es immer eine grosse Anzahl von halbleeren PET-Flaschen hier im Saal. Dies ist sehr mühsam für das Reinigungspersonal, da diese vor dem entsorgen ausgeleert werden müssen.

Entsprechend möchte ich Sie bitten, Pet-Flaschen ganz auszutrinken und die leeren Flaschen in die dafür vorgesehenen Recycling-Behälter geben.

Durchzug vermeiden

Heute ist es draussen wieder kalt und um hier drin und auch im Eingangsbereich Durchzug zu vermeiden möchte ich Sie bitten, die Vorhänge immer hinter sich zu schliessen. Die Raucher möchte ich bitten im Innenhof zu rauchen, damit am Empfangsdesk des Weibel kein konstanter Durchzug herrscht.

Schlussabend

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass der Schlussabend am 25. Januar im Volkshaus stattfinden wird.

Antrag auf Terminierung:

Die GSK beantragt Ihnen, das Traktandum 19, Ratschlag für eine «Ausgabenbewilligung betreffend Corona 2023: Testen», auf nächsten Mittwoch den 18. Januar auf 09.00 Uhr anzusetzen.

Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der Terminierung dieses Geschäftes einverstanden sind.

Resolutionsentwurf

Die Fraktionen SP, GAB, LDP, die Mitte/EVP und GLP beantragen die Traktandierung einer Resolution.

Der Entwurf wurde Ihnen aufgelegt.

Wir diskutieren jetzt nur, ob der Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung zu setzen ist. Die Fraktionen wünschen, die

Traktandierung am 18. Januar um 09:00 Uhr vor dem Geschäft der GSK welches Sie terminiert haben.

Die Redezeit beträgt dabei 5 Minuten. Am Schluss stimmen wir über die Traktandierung ab.

Fleur Weibel (GAB): Im Namen der Fraktionen GAB und der SP bitte ich Sie, die Ihnen vorliegende Resolution zur Behandlung am zweiten Sitzungstag in der Januar-Tagesordnung zu traktandieren. Wie Sie sehen, haben Parlamentarier und Parlamentarierinnen aus allen Fraktionen ausser einer die Resolution unterschrieben. Diese breite Unterstützung freut mich sehr, gerade weil ich weiss, dass es von bürgerlicher Seite durchaus Vorbehalte gibt gegenüber Resolutionen von kantonalen Parlamenten zu internationalen Angelegenheiten, für die der Bund zuständig ist. Und selbstverständlich ist der Bundesrat für den Umgang mit dem iranischen Regime und dessen gewaltvollen Menschenrechtsverletzungen zuständig. Aber auch der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt kann und muss meiner Ansicht nach etwas tun.

Mit dem parlamentarischen Instrument der Resolution haben wir die Möglichkeit, Stellung zu beziehen gegenüber dem Bund und für die Basler Bevölkerung und genau das müssen wir tun. Dies aus zwei Gründen. Erstens müssen wir für die iranisch-stämmige Bevölkerung unseres Kantons einstehen, die seit Ausbruch der revolutionären Bewegung im Iran mit ihrem Land mitkämpfen und mitleiden. Für die Iranerinnen und Iraner in Basel ist der Iran nicht weit weg. Was dort passiert, ist für sie auch nicht abstrakt und es ist an uns, ihre Anliegen anzuerkennen und ihnen politisches Gehör zu verschaffen. Zweitens müssen wir für die Würde und für die Rechte der Menschen im Allgemeinen einstehen, denn die grauenvollen Berichte über die brutale Gewalt und die unhaltbaren Menschenrechtsverletzungen betreffen uns auch direkt. Sie treffen uns, sie verletzen uns als Menschen in unserer Menschlichkeit. Darum können und dürfen wir dazu nicht schweigen.

Ich bitte Sie deshalb, den acht Unterzeichner und Unterzeichnerinnen zu folgen und die Resolution zu traktandieren, damit wir nächste Woche hier im Grossen Rat Stellung nehmen können.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP bittet Sie, diese Resolution nicht zu traktandieren. Wir haben auf der ganzen Welt zahlreiche Kriege, Konflikte und Menschenrechtsverletzungen. In allen arabischen Ländern, in allen afrikanischen Ländern, in allen sozialistischen Regimen und wenn wir konsequent sein würden, dann müssten wir im Jahr hunderte von Resolutionen einreichen. Wenn wir jetzt eine Resolution einreichen bei einem Land, dann ergibt das ein völlig unvollständiges Bild, erst recht noch in einem Bereich, in dem wir gar keine Kompetenz haben. Ob Sanktionen ergriffen werden oder nicht, ist eine Bundesangelegenheit, auch die Frage, welche Organisationen wir als Terrororganisationen einreichen, ist eine Bundesangelegenheit. Ich wäre auch gespannt, wie Ihre Meinung wäre bei der PKK und bei der Hamas, welche auch Terrororganisationen sind, dementsprechend ist es hier etwas unglaubwürdig, wenn wir ein Konflikt oder ein Land rausnehmen, in dem Menschenrechtsverletzungen stattfinden.

Dort, wo wir kantonale Kompetenzen haben, dort haben Sie sich für einen anderen Weg entschieden. Ich habe damals eine Motion eingereicht zur Kündigung der Städtepartnerschaft mit Shanghai, dort wollten Sie mit einem Mörder-Regime nicht brechen, jetzt wollen Sie gleichzeitig dem Bund sagen, sie sollen brechen, ohne dass wir unsere eigenen kantonalen Hausaufgaben erfüllt haben. Das ist nicht glaubwürdig, machen wir zuerst in unserem Kanton unseren Job, dort, wo wir unsere Kompetenzen haben, und dann können wir auch darüber diskutieren, ob wir dem Bund gewisse Vorschriften erlassen und dann aber vielleicht auch konsequent in sämtlichen Konflikten auf dieser Welt. Hier das losgelöst gibt ein unvollständiges Bild und dementsprechend lehnen wir diese Resolutions-Traktandierung ab.

Zwischenfrage

Oliver Thommen (GAB): Pascal Messerli, glauben Sie nicht, dass die Schweiz als Schutzmacht, die ja nicht mit jedem Land und in dem Sinn mit der Roadmap 2016 einen Menschenrechtsdialog hat, eine besondere Aufgabe hat, mit Iran Stellung zu beziehen und diese Menschenrechte anzusprechen?

Pascal Messerli (SVP): Es gibt zahlreiche Punkte in dieser Resolution, wo ich nicht der Meinung bin, dass wir hier als Kanton diese Kompetenz haben, das zu beurteilen, das ist die Aufgabe des Bundes.

Luca Urgese (FDP): Die FDP wird sich nicht gegen diese Resolution und deren Traktandierung stellen. Zu brutal, zu grausam sind die Bilder und Nachrichten, die uns aus Teheran, aber auch aus anderen iranischen Gebieten erreichen. Der Kampf der iranischen Bevölkerung gegen ein unmenschliches Regime verdient unsere Unterstützung. Wir wollen aber dennoch an dieser Stelle unsere formalen Bedenken gegen diese Resolution zu Protokoll geben.

Wann und zu welchen Themen ist es angebracht, dass sich das Parlament des Kantons Basel-Stadt dazu vernehmen lässt. Es gibt leider viele Orte auf unserer Welt, wo grausame und unmenschliche Regimes Menschen unterdrücken, verfolgen, foltern und töten. Viele globale Schauplätze, wo Menschenrechte verachtet und mit Füßen getreten werden. Was ist mit der kriegerischen Invasion Russlands in die Ukraine, mit den Gräueltaten von Boko Haram in Nigeria, dem grauvollen Umgang von China mit den Uiguren oder dem chinesischen Säbelrasseln gegen Taiwan, den Raketentests aus Nordkorea, die den friedlichen südkoreanischen Nachbarn bedrohen, dem repressiven Regime in Eritrea, welches zu Flüchtlingsbewegungen führt, die direkte Auswirkungen auf uns haben. Die Liste ist leider noch lange nicht abschliessend, warum also gerade zu diesem Thema eine Resolution aus Basel-Stadt?

Sehen Sie sich die Liste der Resolutionen an, die von diesem Grossen Rat verabschiedet wurden, so weisen diese sicher in den letzten 15 Jahren ausnahmslos einen Bezug zu unserem Kanton auf. Und das ist auch richtig so, wir sind institutionell nicht dafür aufgestellt, Weltpolitik zu betreiben. Wir haben nicht, wie das bei den aussenpolitischen

Kommissionen unseres nationalen Parlaments der Fall ist, die Möglichkeit, uns aus erster Hand darüber informieren zu lassen, wie sich die diplomatische Schweiz aus welchen Gründen positioniert.

Wir dürfen auch nicht unterschätzen, welche Auswirkungen die selektive Positionierung mittels Resolution haben kann. Was sollen Menschen, die seit Monaten hier vor unserem Rathaus gegen den Krieg in der Ukraine Mahnwachen abhalten, davon halten, dass wir beispielsweise zu diesem Krieg keine Resolution verabschiedet haben? Nicht nur deswegen lehnen wir das Instrument der Resolution ab, wenn wir es nicht nur dann einsetzen, wenn ein klarer Bezug zu unserem Kanton besteht. Auch wenn sie formell nur beschränkte Wirkungen hat, ist die Resolution ein sehr sichtbares Instrument unseres Parlaments. Wir tun deshalb gut daran, es mit der nötigen Sorgfalt und Zurückhaltung einzusetzen. Auch wenn wir vielleicht durch die Geschehnisse an anderen Orten dieser Welt eine gewisse Ohnmacht verspüren und nach Wegen suchen, diese Ohnmacht zu überwinden, kantonale Resolutionen sind hierfür nur ein beschränkt geeignetes Instrument.

Wie eingangs gesagt, die FDP wird sich trotz dieser formellen Bedenken nicht gegen diese Resolution stellen, wir bitten Sie aber, die hier geäusserten Vorbehalte bei der Formulierung künftiger Resolutionen zu bedenken.

Eric Weber (fraktionslos): Zum Thema Resolution würde ich gerne in klaren Denkstrukturen sprechen. Bitte machen wir uns nicht lächerlich. Wir sind ein Kantonsparlament, wir machen keine Aussenpolitik und ich muss Ihnen einfach Ihren Schulrucksack erklären, so eine Sache müssen Sie im Nationalrat machen, im Bundestag oder im Europaparlament, aber nicht hier in unserem lokalen Kantonsparlament. Ich kann mich kurz fassen, aber ich muss sagen, lesen Sie Zeitungen, da steht in der Basler Zeitung, in der Basellandschaftlichen Zeitung, wir Basler werden in Bern schon belächelt und wenn man belächelt wird, ich weiss auch nicht, wohin das führen soll. Wir Basler werden in Bern nicht mehr ernst genommen wegen unseren Sachen.

Fleur Weibel hat ja selbst, obwohl sie diese Resolution miteingereicht hat, zugegeben, es gibt Vorbehalte. Und das ist jetzt der spannende Punkt, ich komme jetzt auf meine Vorredner zu sprechen. Fleur Weibel hat gesagt, sie weiss, es gibt Vorbehalte und sie hat selbst gesagt, dass wir ein lokales Parlament sind. Aber dann hat sie gesagt, aber - aber ich muss jetzt sagen, es gibt kein aber. Ich habe schon oft hier vorne gesagt, wir sind hier und machen keine Aussenpolitik. Fleur Weibel hat gesagt, es gibt Iraner in Basel, okay, aber dann hätte ich erwartet, Fleur Weibel, dass Sie sagen, wie viele Iraner denn in Basel sind, Sie haben nur gesagt, es gibt Iraner. Ich würde als Steuerzahler von Basel gerne wissen, wie viele Iraner in Basel leben. Sie haben auch gesagt, diesen Iranern fehlt das politische Gehör. Das stimmt nicht, das muss ich zurückweisen, weil die kandidieren können. Sie können kandidieren auch als Ausländeriraner für das iranische Parlament, wie wir als Auslandschweizer auch für das Schweizer Parlament kandidieren können.

Sie haben von Verletzungen gesprochen, da gebe ich Ihnen recht, das kann stimmen, aber ich muss sagen, als Basler fühle ich mich auch verletzt, wenn ich im Dezember zwei Wochen lang ein illegales Denkmal auf der Mittleren Rheinbrücke sehe. Ich habe mir das genau angeschaut, wo es um den Iran ging. Das Denkmal auf der Mittleren Rheinbrücke über Iran ist illegal, nicht erlaubt und nicht genehmigt worden und ist trotzdem aufgestellt worden. Und wenn man natürlich mit illegalen Demo-Sachen Iran machen möchte, muss ich sagen, das Denkmal auf der Mittleren Rheinbrücke zum Thema Iran ist illegal und nicht erlaubt worden.

Ich komme zu Pascal Messerli. Da gebe ich ihm recht, diese Sache wollen wir nicht traktandieren. Meine zwei Ukraine-Resolutionen wurden ja auch nicht traktandiert letztes Jahr im Mai/Juni, die kamen auch nicht auf die Tagesordnung. Ich muss einfach sagen, Pascal Messerli, Sie sind Jurist und dann sagen Sie auch bitte ganz klar, wir sind ein lokales Parlament und wir können darum nicht hunderte Resolutionen einreichen. Ich komme zu Luca Urgese. Ich finde es gut, dass die FDP sagt, und es ist auch so, wie er auch richtig gesagt hat, das mit Russland und Ukraine, da haben wir ja auch nichts gemacht. Danke, dass Sie das erwähnt haben, das waren meine Resolutionen, da haben wir auch nichts gemacht und darum dürfen wir über den Iran auch nichts machen. Ich muss Ihnen einfach nochmals sagen, machen Sie das im Deutschen Bundestag, aber nicht hier im Basler Parlament.

Abstimmung

über die Traktandierung der Resolution:

JA heisst traktandieren, NEIN heisst Nichttraktandieren.

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 440, 11.01.23 09:35:52]

Der Grosse Rat beschliesst

die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[11.01.23 09:36:56, ENG]

Zuweisungen

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Die Regiokommission beantragt dem Grossen Rat zum Ratschlag 22.1550 betreffend Ausgabenbewilligung für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an der Vorstudie für eine Tieferlegung der S-Bahn in Riehen einen Mitbericht zu erstellen. Die federführende Kommission ist die UVEK und zwischen den Präsidien hat eine Absprache dazu stattgefunden.

Gibt es Gegenanträge?

Der Grosse Rat beschliesst

Einen Mitbericht der Regiokommission zum Bericht 22.1550.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen**.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von den im Geschäftsverzeichnis zur Kenntnisnahme beantragten Geschäften gemäss Anhang B zu diesem Protokoll.

3. Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Grossen Rates für das Amtsjahr 2023/2024

[11.01.23 09:37:10, WG1]

Die Fraktion GLP schlägt als Präsident des Grossen Rates für das Amtsjahr 2023/2024 Bülent Pekerman vor.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Als Wahlbüro für diese und die weiteren geheimen Wahlen der heutigen Sitzung werden vorgeschlagen:

Chef: Daniel Albietz (die Mitte/EVP), Sektoren I+V: Luca Urgese (FDP), Sektor II: Patrizia Bernasconi (GAB), Sektor III: Michela Seggiani (SP), Sektor IV: Felix Wehrli (SVP).

Der Grosse Rat genehmigt

stillschweigend das vorgeschlagene Wahlbüro.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

Ergebnis des 1. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	99
Eingegangene Wahlzettel	99
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	99
Absolutes Mehr	50

Gewählt ist:

Bülent Pekerman, mit 89 Stimmen

Stimmen haben erhalten:

Johannes Sieber	3
Eric Weber	1
Leere Stimmen	6

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

4. Wahl des Statthalters / der Statthalterin des Grossen Rates für das Amtsjahr 2023/2024

[11.01.23 10:01:30, WEG]

Die Fraktion SP schlägt als Statthalter des Grossen Rates für das Amtsjahr 2023/2024 Claudio Miozzari vor.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Ergebnis des 1. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	98
Eingegangene Wahlzettel	98
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	98
Absolutes Mehr	50

Gewählt ist:

Claudio Miozzari , mit	90 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Vereinzelte	2
Leere Stimmen	6

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Pascal Pfister, SP)

[11.01.23 10:21:13, WA1]

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 5 und 6 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Selbstverständlich werden die Abstimmungen dann aber einzeln durchgeführt.

Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele JA-Stimmen wie NEIN-Stimmen.

Abstimmung

Durchführung offener Wahlen bei den Traktanden 5 bis 6 (Zweidrittelmehr)

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 441, 11.01.23 10:22:19]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahlen bei den Traktanden 5 - 6 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Die Fraktion SP nominiert Nicole Amacher (SP) als Mitglied der Petitionskommission.

Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsdauer unverändert. Es sind deshalb bei den folgenden Wahlen in Grossratskommissionen nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion SP lauten.

Abstimmung

Wahl von Nicole Amacher

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 442, 11.01.23 10:23:35]

Der Grosse Rat wählt

Nicola Amacher als Mitglied der Petitionskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Pascal Pfister, SP)

[11.01.23 10:23:58, WAH]

Die Fraktion SP nominiert Melanie Nussbaumer (SP) als Mitglied der Disziplinarkommission.

Wählbar sind Mitglieder der Fraktion SP.

Abstimmung

Wahl von Melanie Nussbaumer

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 443, 11.01.23 10:24:39]

Der Grosse Rat wählt

Melanie Nussbaumer als Mitglied der Disziplinarkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Bericht und Vorschlag zur Wahl einer Richterin am Zivilgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027

[11.01.23 10:26:06, WVKo, 22.5368.02, WVK]

Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, Kim Suter als Richterin am Zivilgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen.

Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt.

Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gemäss § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen.

Eine Diskussion findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt.

Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gemäss § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen.

Gemäss den Bestimmungen in der Geschäftsordnung findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen oder Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Dritteln der Stimmen offene Wahl beschliessen. Ich beantrage Ihnen Offene Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 444, 11.01.23 10:27:32]

Der Grosse Rat beschliesst

Durchführung offener Wahlen (Zweidrittelmehr)
JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 445, 11.01.23 10:28:18]

Der Grosse Rat wählt

Kim Suter, geb. 1996, wohnhaft in 4055 Basel

als Richterin am Zivilgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027.

Die Wahl ist zu publizieren.

8. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Industriellen Werke Basel (IWB-Gesetz) vom 11. Februar 2009 zur Anpassung des Gasversorgungsauftrags sowie Bericht zur Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend die Vermeidung von nichtamortisierbaren Investitionen und einen geordneten Ausstieg aus der fossilen Wärmeversorgung durch die IWB bis 2050 (Dekarbonisierung)

[11.01.23 10:29:04, UVEK, WSU, 21.1696.02 19.5085.05, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Wir kommen von der UVEK her aufgrund mehrerer Gesetzesanpassungen, die wiederum zurückgehen auf eine Motion aus dem Grossen Rat. Vorweg, es geht bei diesem Geschäft um das sogenannte Komfortgas. Das ist das Gas, das in den Haushalten verwendet wird zum Heizen zum Beispiel, für Warmwasser und zum Kochen. Wir haben in der UVEK die Beratung begonnen im Juni 2022 und sie abgeschlossen im Dezember des letzten Jahres. Wir bedanken uns bei Regierungsrat Kaspar Sutter, der Vertretung des WSU, und wir hatten auch jeweils eine kompetente Vertretung aus den IWB bei uns.

Es geht bei diesem Geschäft um die Regelung wann und wie im Kanton Basel-Stadt aus dem Erdgas ausgestiegen wird. Die Regeln gelten für das IWB-Geschäft auch ausserhalb von Basel-Stadt. Es geht also einerseits um Netze, um Versorgung und um die finanzielle Handhabung dieses Ausstieges und es geht am Schluss darum, klare Rahmenbedingungen zu schaffen für die IWB, für die Konsument/innen und für die Behörden in Basel-Stadt und was auch die Konzessionsgemeinden dann ausserhalb von Basel-Stadt betrifft. Warum. Es geht natürlich um Klimapolitik, es geht aber auch darum, eine gute Lösung zu finden mit den aktuell sehr turbulenten Preisen auf dem Gasmarkt. Es geht darum, aufzuzeigen, wo die Abhängigkeiten sind, und es geht am Ende auch darum, das Risiko für die IWB zu mindern und am Schluss wir als Eigner für den Kanton Basel-Stadt.

Zuerst zum Zeitpunkt. Darüber hat sich die UVEK unterhalten, bis wann soll das geschehen. Für den Kanton Basel-Stadt beantragt die UVEK bis 2037. Das wäre dann koordiniert mit dem Ausbau der Fernwärme, so ist sichergestellt, dass ein nahtloser Übergang stattfinden kann. Nicht zuletzt hat auch die Stimmbevölkerung in unserem Kanton mit Annahme des Gegenvorschlags zur Klimagerechtigkeitsinitiative diesen Zielhorizont bestätigt. Wir von der UVEK sehen parallel dazu zeitlich befristete Ausnahmen für klar definierte Bereiche vor, also für Strassenzug X und nur dann, wenn unumgängliche Sachzwänge, ein üblicher Begriff ist höhere Gewalt, also nicht zum Beispiel einfach eine nicht eingeplante Reserve, wenn die dazu führen, dass eine solche Ausnahmegewilligung nötig ist. Der Regierungsrat wäre dann auch verpflichtet, im Rahmen der Berichterstattung zum Fernwärmeausbau zu diesen Ausnahmegewilligungen zu berichten.

Wie soll das vorgehen. Es geht um eine Stilllegung, nicht um einen Rückbau des Gasnetzes. Die Gasmenge wird reduziert bis zu diesem Jahr 2037 und entsprechend die Investitionen in das noch beanspruchte Netz reduziert. Denn solange das Netz noch betrieben wird, muss es auch sicher sein und man hört da auch schon aus den Zeilen heraus, es geht also um eine Optimierung dieses ganzen Prozesses, Optimierung heisst, eine Abstimmung auf den Ausbau der Fernwärme. Damit wären dann auch die Kund/innen informiert, wie es bei ihnen weitergeht, ab wann sie damit rechnen können, dass die Fernwärme da ist, dass sie die Gasheizungen nicht mehr brauchen. Das alles zusammen ist schon kompliziert und dann muss es ja auch noch, weil es ein Netz ist, in sich stimmig sein und das Ganze ist noch eingebettet in den regionalen Kontext, weil die IWB ja auch ausserhalb des Kantons Basel-Stadt tätig ist.

Dazu möchte ich gerade noch kommen, darüber haben wir in der Kommission sehr viel gesprochen, wie gehen wir um mit

dem ganzen Gebiet ausserhalb des Kantons. Auch dort soll diese Dekarbonisierung kommen, auch dort ist eine Transformation nötig. Bei unserem Vorschlag wäre die bis 2050, da dort keine systematisch vorkommenden Ziele vor 2050 vorliegen. Zumindest ist das der Stand von heute, denn 2050 ist die Frist, die vom Bund so vorgegeben ist, und weil es eben ein Netz ist, das sich über mehrere Gemeinden hinwegstreckt, ist der Netzgedanke dort sehr wichtig und die 33 Konzessionsgemeinden sind einerseits individuell darin einzubeziehen, aber das Ganze muss dann auch noch aufgehen. Die IWB hat dort ein Versorgungsauftrag, das heisst, es geht hier um laufende sich zum Teil auch wieder automatisch erneuernde Verträge. Die UVEK möchte feststellen, dass es natürlich ein Widerspruch ist, wenn wir in Basel-Stadt bis 2037 dekarbonisieren mit dem Verweis, dass das für das Klima nötig ist und im Umland dann trotzdem zur Klimazerstörung beitragen. Damit schaden wir uns natürlich selber.

Das hat auch Unbehagen und Diskussionen in der UVEK ausgelöst. Was für Optionen bieten sich in dieser Situation. Die erste Option wäre, dass wir sagen, auch ab 2037 ist das Gasgeschäft mit Erdgas ausserhalb vom Kanton einzustellen. Wie ich vorhin gesagt habe, laufen hier Verträge und das scheint uns nicht möglich, dass wir hier per Gesetz laufende bestehende Verträge einfach aushebeln. Option zwei wäre, dass ab 2037 nur noch Biogas ausgeliefert werden darf ausserhalb des Kantons. Grundsätzlich wäre das vereinbar mit dem Versorgungsauftrag und mit den Verträgen, wo ja die Gaslieferung an und für sich festgehalten ist. Die Frage ist, reicht es zeitlich, so viel Biogas zu produzieren und da haben wir uns dazu informiert und die Information, die wir bekommen haben, ist, dass die Produktion nur ca. etwas mehr als 50 Prozent dann ausmachen könnte der prognostizierten benötigten Menge an Gas. Vielleicht hier eine Klammerbemerkung, wir haben uns sehr viele Zahlen liefern lassen, wir haben immer wieder nachgefragt direkt bei der IWB, beim WSU nach Strategien, nach Absenkpfeilen, wie das dann im Jahr X aussehen würde, was das kosten würde, usw. Wir haben diese Zahlen nicht alle in den Bericht übernommen, auch aufgrund des Geschäftsgeheimnisses der IWB und weil wir die Position der IWB in diesem ganzen Prozess nicht schwächen möchten. Also auch die Option zwei ist nicht gangbar, weil schlicht und einfach die Menge an Biogas bis zu diesem Zeitpunkt nicht vorliegen wird.

Dann bleibt noch die Option drei und das ist die, die wir nun auch vorschlagen. Wir formulieren das so, dass es heisst, spätestens bis 2050 oder ein früheres Jahr, wenn natürlich ein Kanton oder eine Gemeinde, die betroffen ist, aktiv sich selber ambitioniertere Ziele setzen würde. Und wir verlangen, dass der Regierungsrat Zwischenziele festlegen muss auf diesem Weg zur Dekarbonisierung auch ausserhalb des Kantonsgebiets für die IWB. Ich verweise hier nochmals auf die Verfassung, die wir seit Ende November jetzt auch haben zum Klimaschutz, die ja nun wirklich sehr verbindlich auch festgehalten ist. Wir stellen uns das so vor, dass das ein aktiver Prozess ist zwischen den IWB und den Gemeinden und dass der Regierungsrat im Rahmen seiner Kompetenzen Stichwort Eignerstrategie / Leistungsaufträge, dafür schaut, dass diese Bemühungen dann auch fruchten und dass bei den Gemeinden gute Lösungen, erneuerbare Lösungen umgesetzt werden können. Das natürlich, sobald sich die Möglichkeit bietet, wenn ein Vertrag ausläuft oder wenn sich aus dem Netzgedanken zum Beispiel eine solche Anpassung anbietet oder sogar aufdrängt.

Der zweite Punkt, der auch für diese Lösung spricht, ist, dass auch die Fernwärme selber auf dem Weg einer weiteren Dekarbonisierung ist gemäss Energiegesetz. Wir haben auch in dem Vorschlag zur Gesetzesformulierung darin, dass keine neuen Verträge zwecks Erdgasnetz-Erweiterungen stattfinden dürfen und wir haben als vierter Punkt auch darüber nachgedacht, über eine Biogas-Strategie, nämlich dass der Anteil Biogas trotz allem erhöht wird und in diesen Jahren, über die wir nun sprechen, also zwischen 2037 und 2050, dort auch weiter noch steigt, so dass auch wenn es formal immer noch ein Erdgasnetz ist, doch ein substanzieller Anteil davon bereits Biogas ist. Aus der Sicht der UVEK ist dies besser als einfach einen Schnitt per Jahr X zu setzen, nachdem dann ein anderer Gasanbieter vielleicht in die Presche springen würde und dieser dann keine Motivation oder auch keine Verpflichtungen vom Eigner oder der Eignerin hat, dort positiv für das Klima Einfluss zu nehmen.

Das so zum Thema ausserhalb des Kantons und noch zum letzten Thema, es geht hier wirklich darum, wie fallen die Kosten an und wie werden die dann auch abgebucht, was sind Restwerte, wie werden die bewertet. Und es ist klar, solange in dem Netz Gas fliessen wird, ist der Unterhalt nötig und entsprechend ist auch der Wert des Netzes vorhanden. Dieser wird sich im Gebiet, das auf dem Boden des Kantons Basel-Stadt liegt und ausserhalb, wirklich auseinander bewegen. Innerhalb des Kantons wird der Wert laufend abnehmen, weil einerseits das Netz kleiner wird und weil man dort dann auch die Unterhaltsarbeiten zurückfahren kann und andererseits natürlich auch, weil ausserhalb der Zeithorizont ein anderer ist. Das Ziel gemäss dem Gesetz, so wie wir es formulieren möchten, wäre es dann so weit als möglich, diese Werte noch abschreiben zu können bis zum Einstellungspunkt der Erdgasversorgung.

Da folgen wir also dem Regierungsrat, das ist eine Änderung gegenüber der Motion. Das macht aus Sicht der UVEK auch Sinn, auf der anderen Seite steht nämlich der Preis für die Konsument/innen, die Netzstilllegung, die kostet etwas und wenn natürlich immer weniger dieser Konsument/innen vorhanden sind, weil die anderen schon umgestiegen sind, dann bleiben diese Kosten bei diesen am Schluss hängen und das trifft eben genau zu für das Gas. Im Gegensatz dazu kann die Fernwärme mit einem relativ konstanten Preis punkten, das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es eine Eigenproduktion ist, zum Beispiel dann auch mit Hilfe von Biogas.

Darum sehen wir, ist es einerseits für die Konsument/innen von Vorteil, wenn dieser Umstieg möglichst früh passiert, es ist aber auch für all diese Gemeinden, die jetzt ausserhalb des Kantonsgebiets sind, von Vorteil, wenn sie nicht am Schluss quasi die letzten sind, die noch diese Netzgebühren bezahlen müssen bzw. weitergeben müssen an die Konsument/innen. Aus diesen Überlegungen heraus ist für die UVEK auch klar, dass die Befürchtung von Quersubventionierungen, dass am Schluss Basler Kundinnen und Kunden dafür geradestehen müssen, dass gewisse Gemeinden nicht ambitionierte Klimaziele haben, was die Wärmeversorgung betrifft, dafür geradestehen müssen, dass dieses Risiko sehr gering ist, wenn nicht sogar ausgeschlossen werden kann.

Aus diesem Grund und aus diesen Überlegungen mit diesen Änderungen beantragt nun die UVEK einstimmig, auf diese Beschlussvorlage einzutreten und die Gesetzesformulierung so umzusetzen, wie wir sie vorschlagen.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Klimaerhitzung, sie findet statt und es ist eine der grössten Herausforderungen der Weltgemeinschaft, dieser Erhitzung Einhalt zu gebieten. Da sind wir auch als Kanton Basel-Stadt, als reicher Stadtkanton gefordert, unseren Beitrag zu leisten. Dies wurde auch klar und deutlich bestätigt durch den Entscheid der baselstädtischen Bevölkerung, indem sie die 2037 als Netto-Null in unsere Verfassung geschrieben hat. Wir streben deshalb eine möglichst rasche Dekarbonisierung unseres Energieverbrauchs an. Zudem, der Ukrainekrieg hat gezeigt, in was für Abhängigkeiten wir sind, wenn es um fossile Brennstoffe geht. Viele dieser fossilen Brennstoffe, also Primärenergien, kommen von autoritären Regimen, es ist unsicher, es ist unklar, es ist mit hohen Risiken behaftet. Auch aus Sicht der Selbstbestimmung und der Unabhängigkeit ist es angezeigt, Dekarbonisierung anzustreben und voranzutreiben.

Wir haben bei uns im Kanton, wenn wir schauen, wo wir die grossen CO₂-Emitenten haben, dann ist eines das Heizen und ein anderes ist die Mobilität und in beiden Bereichen haben wir klare Ersatztechnologien, die heute existieren, wenn es darum geht, wie bringen wir Wärme in die Häuser der Menschen und wie transportieren wir Menschen auf dem Land. In diesen beiden Bereichen bestehen heute gute Ersatztechnologien, es gilt jetzt aufzuholen bei uns im Kanton.

Der Kanton Basel-Stadt verfolgt diesen Weg schon eine ganze Weile. Einen sehr wichtigen Entscheid, das neue Energiegesetz, das seit 2017 in Kraft ist, das klar verlangt, dass beim Ersatz einer Heizung diese erneuerbar zu sein hat. Neben dieser regulativen Vorgabe des Energiegesetzes investieren wir nahezu eine halbe Milliarde in den Ausbau des Fernwärmenetzes, damit mehr Haushalte an dieses Netz angebunden werden können. Und wir schauen auch, dass auch die Fernwärme auf dem klaren Pfad der Dekarbonisierung ist, damit wir auch noch diese 30 Prozent an fossilen Energien, die heute im Fernwärmenetz sind, dass wir die wegbekommen. Wir unterstützen auch dank unserem Energiefördertopf sehr grosszügig die Investitionen in erneuerbare Heizquellen, so dass die Kosten für die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer nicht höher sind, als wenn sie mit fossilen Brennstoffen heizen.

Was aber wichtig ist bei dieser Transformation, das ist auch die Planungssicherheit. Planungssicherheit für die Hausbesitzenden und Planungssicherheit für uns als Kanton und für die IWB als Leistungserbringerin. Mit diesem Gesetz, so wie es vorliegt, stärken wir die Planungssicherheit bei uns hier im Kanton. Heute haben wir, und immer verstärkt, zwei verschiedene Netzwerke, um Wärme in die Haushalte zu bringen in Basel-Stadt. Aus Sicht der Netzwerk-Ökonomie sind solche Infrastrukturen mit hohen Fixkosten belegt und deshalb macht es wenig Sinn, diese zwei Netze parallel über längere Zeit fahren zu lassen. Es ist deshalb sinnvoll und richtig, diese Ablösung vom Gasnetz hin zum Fernwärmenetz geplant und rasch voranzubringen, um nicht zwei Netze parallel über längere Zeit betreiben zu müssen. Das wäre teuer und äusserst ineffizient und deshalb war auch schon klar beim Fernwärmebeschluss, dass wir parallel zum Ausbau der Fernwärme das Gasnetz reduzieren und es dann in Zukunft kein Gasnetz mehr in Basel-Stadt geben wird für die Komfortwärme. Das Gasnetz bleibt bestehen für die grossen Leitungen und die Prozesswärme, aber nicht für die Komfortwärme. Das Gesetz, so wie es jetzt vorliegt, schafft auch hier diese Klarheit.

Sie haben uns, dem Regierungsrat, mit der Motion Jürg Stöcklin den Auftrag gegeben, den Ausstieg aus dem Gasnetz in Basel-Stadt bis 2050 zu legiferieren. Der Regierungsrat hat dann auch in der Logik seines Gegenvorschlages Ihnen diesen Ratschlag vorgelegt und konsequenterweise mit dem Ausstieg auf 2040. In der Zwischenzeit hat jetzt das Volk dieses Ziel noch ambitionierter ausgestaltet auf 2037 und es ist deshalb auch klar für den Regierungsrat, dass entsprechend diese Jahreszahl jetzt hier im Gesetz steht, auch in der Logik stehen muss zum Entscheid der Basler Stimmbevölkerung und dass diese Ausstiegsfrist um drei Jahre vorverlegt wird auf 2037. Dies passt auch gut mit dem Fernwärmeausbau, so wie er geplant ist. Seit 2022 ist die IWB daran, wir haben gesagt, es geht 15 Jahre, das heisst, es passt dann auf 2037, dass bis dann die Fernwärme, die geplant ist in den Regionen, die vorgesehen ist, dass die bis dann liegt.

Wir alle wissen, bei so grossen Projekten, dass es auch aufgrund von äusseren Umständen zu Verzögerungen kommen kann und deshalb ist dem Regierungsrat auch wichtig, dass diese Ausnahmeklausel drin ist, falls es Strassen gibt, wo sich die Fernwärme leicht verzögert, dass man dort das Gas nicht abstellt, bevor die Fernwärme liegt. Ich glaube, das wäre nicht sinnvoll und deshalb begrüssen wir sehr, dass die UVEK hier in ihrem Vorschlag auch diese Ausnahmeklausel vorsieht, die der Regierungsrat beschliessen kann, nur im Gebiet der Fernwärme und nur dann, wenn es zu einer Verzögerung kommt dieser Fernwärme, um das Erdgasnetz erst dann abzuschalten, wenn die Fernwärme auch wirklich in den Strassen liegt.

Zu den ausserkantonalen Gebieten, da ist die IWB die Dienstleisterin bei der Dekarbonisierung, die auch dort vonstattengehen muss. Aber ja, es sind andere Kantone, es ist eine andere politische Autorität und ich begrüsse es sehr, wenn auch dort die politischen Instanzen eine beschleunigte Dekarbonisierung ihrer Wärmeversorgung entscheiden. Aber das ist primär auch ein politischer Entscheid, der von den Verantwortlichen Gremien in den anderen Kantonen gefällt werden muss und nicht, aus meinem Verständnis des Föderalismus, in unserer Kompetenz des Kantons Basel-Stadt liegt. Auch wenn wir selbstverständlich darauf hinwirken können als Politikerin und Politiker, als Regierungsrat, dass aber auch die IWB, wie es jetzt hier festgeschrieben wird, auch die ausserkantonalen Erdgasgebiete begleitet und Angebote macht im Bereich der dekarbonisierenden Wärmeversorgung.

Als Fazit, die Menschen, sie möchten ein warmes Zuhause und das Heizen dieser Gebäude, das soll mit der Abstimmung zu 2037 verstärkt dekarbonisiert erneuerbar stattfinden. Wir haben hier in diesem Bereich eine klare Antwort als Kanton Basel-Stadt, wie das von sich gehen soll, diese Gesetzesrevision ist ein Bestandteil dieser Strategie.

Ich möchte an dieser Stelle der UVEK und ihrem Präsidenten danken für die intensive Auseinandersetzung mit dieser Thematik und den Bericht, den sie heute vorgelegt hat. Der Regierungsrat, wie schon gesagt, folgt auch den Änderungsanträgen in der Beschleunigung des Zieles von 2040 auf 2037.

Tobias Christ (GLP): Ich und die Fraktion der GLP, wir können uns den Ausführungen des Präsidenten der UVEK voll und ganz anschliessen ebenso von Regierungsrat Kaspar Sutter. Wir stehen voll und ganz hinter den Anträgen der UVEK und deshalb kann ich es kurz fassen. Was ich hier nochmal unterstreichen will, ist die Problematik, dieses Dilemma, das auch schon Raphael Fuhrer angesprochen hat, dass wir da ein bisschen politisch im Widerspruch stehen, weil wir jetzt eine gute Klimapolitik verfolgen in Basel, jetzt mit dem Volksentscheid auch neuerdings gut unterstrichen, und andererseits trotzdem davon ausgehen müssen, dass es sein kann, dass die IWB ausserhalb des Kantons noch länger als 2037 Erdgas liefern wird für die Wärmeversorgung.

Das ist unschön, das finden wir auch nicht so gut, aber es ist auch klar und auch da wieder, genau wie es Kaspar Sutter ausgeführt hat, wir können nicht einfach den Gashahn zudrehen und so Politik machen, auch wenn vielleicht die Versuchung gross ist zu sagen, wir liefern kein Erdgas mehr, wir jetzt als Eigner der IWB, auch ausserhalb des Kantons. Das wäre definitiv nicht richtig und um es ein bisschen positiver zu sagen, ich denke auch, was wir gehört haben von der IWB, wie sie dazu stehen zu diesem Problem, sind wir überzeugt, dass sie das wirklich versuchen, dass das angekommen ist. Sie wollen Hand bieten zu Lösungen, sie wollen die Gemeinwesen ausserhalb des Kantons aktiv unterstützen, gute Lösungen zu finden. Das ist nicht nur Zukunftsmusik, das findet jetzt schon statt und wir wollen hier nochmal unterstreichen jetzt als GLP, dass wir das voll und ganz unterstützen, das ist das richtige Vorgehen, es muss lösungsorientiert sein. Die Lösungen müssen aber von diesen Gemeinwesen selber getragen werden, es kann nicht sein, dass wir da als Eigner der IWB eine Politik aufzwingen.

Wir sind überzeugt davon, dass da auch gute Lösungen gefunden werden und hoffen sehr im Sinne des zurückgezogenen Änderungsantrags, dass das schnellstmöglich erfolgen soll. Ich denke, wir sind wirklich zuversichtlich, dass auch ausserhalb des Kantons gute Lösungen bald gefunden werden.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich freue mich sehr darüber, dass wir heute im IWB-Gesetz festschreiben können, das Gasnetz bis 2037 stillzulegen. Es ist toll, dass wir dank dieses Vorstosses schon wenige Wochen nach der Abstimmung bereits die Stilllegung des Gasnetzes beschliessen.

Ich empfand die Kommissionsberatung als sehr konstruktiv und angenehm und der Kommissionspräsident Raphael Fuhrer hat auch das meiste schon gesagt. Wir von der Fraktion GAB sind auch grösstenteils einverstanden mit der Kommission. Wir wollten Ihnen jedoch eine marginale Änderung im Gesetz vorschlagen heute, da wir uns auch ausserkantonale wünschen, dass die IWB nach dem 1,5-Grad-Ziel handelt, welches wir seit der Abstimmung zur Klimagerechtigkeitsinitiative in der Verfassung für das staatliche Handeln festgeschrieben haben. Wir haben jedoch in den Vorgesprächen bemerkt und uns wurde mehrfach vermittelt, dass die meisten die jetzige Formulierung mit der Jahreszahl 2050 und der Formulierung bis spätestens auch so verstehen, dass eigentlich schnellstmöglich angestrebt ist. Wir haben daher den Änderungsantrag in diesem Sinne zurückgezogen.

Was wir noch speziell betonen wollen, ist die absolute Wichtigkeit und Notwendigkeit von Zwischenzielen, welche ich Ihnen gerne kurz mit einem Gedankenexperiment aufzeigen möchte. Die meisten von Ihnen hier im Saal haben einen Vorgesetzten, eine Vorgesetzte oder hatten das schon mal oder vielleicht können Sie sich trotzdem in diese Situation einfinden. Ich bitte Sie, sich folgendes vorzustellen: Sie arbeiten in einem Unternehmen, sagen wir das Unternehmen, in dem Sie arbeiten, hat sich auf den Handel mit Papierwaren spezialisiert und Ihre Vorgesetzte teilt Ihnen nun am Montag mit, dass Sie bis am Freitag einen dreiseitigen Bericht über die Chancen und Risiken von dem Verkauf von A3-Papier mit Blumenmustern abliefern sollen. Sie haben nun also fünf Tage Zeit, um diesen dreiseitigen Bericht zu erstellen bis spätestens am Freitag. Wann setzen Sie sich an den dreiseitigen Bericht? Ich nehme doch an, die meisten von Ihnen würden sich am Donnerstag dann hinsetzen und diesen dann am Freitag abliefern. Wenn Ihnen nun die vorgesetzte Person jedoch sagt, Sie sollen diesen dreiseitigen Bericht bis Freitag abliefern, am Mittwoch gibt es jedoch ein Vorgespräch, um den Standort zu evaluieren und um zu schauen, wie weit Sie schon gekommen sind und das Ziel wäre, dass der schon grundsätzlich geschrieben wäre, wann würden Sie sich dann an den Bericht setzen? Ich nehme an, die meisten von Ihnen würden am Montag schon mit der Arbeit beginnen, am Dienstag überarbeiten, am Mittwoch dann mit den Vorgesetzten den Bericht einmal durchgehen, am Donnerstag ihn verfeinern und am Freitag wäre er dann final fertig, vielleicht sogar schon am Mittwoch oder Donnerstag. Zwischenziele, Sie sehen, sind also enorm wichtig, wenn es um Arbeit geht, wenn es darum geht, Hausaufgaben zu machen. Wir würden uns daher sehr wünschen, dass die Zwischenziele, die der Regierungsrat festlegt, auch sehr ambitioniert sind und im Sinne des 1,5-Grad-Ziels stehen.

Wir haben lange die Jahreszahl 2050 diskutiert, viel besser und auch stimmiger wäre es für meine Fraktion, eine ambitioniertere Jahreszahl zu nehmen, also die Deadline schlussendlich von Freitag direkt auf den Mittwoch zu setzen, wenn ich Ihnen das jetzt im Beispiel veranschaulichen soll. Denn die IWB ist ein Unternehmen, welches ganz und alleine im Kantonsbesitz ist, demnach sollte auch sie im Sinne der kantonalen Klimaziele, also im Sinne des 1,5-Grad-Ziels wirtschaften. Nun, wir können aber dennoch den Gemeinden nicht vorschreiben, dass sie früher als national bereits geplant aus dem Gas aussteigen sollen, das können und sollten wir nicht, denn das IWB-Gesetz regelt das Handeln der IWB und nicht der ausserkantonalen Gemeinden. Einfach die IWB den Gashahn zudrehen lassen, wäre auch kontraproduktiv, denn damit verhindern wir, dass die Gemeinden mit der IWB gemeinsam einen geregelten und ambitionierten Ausstieg planen können. Daher hat unsere Fraktion schlussendlich von einem Änderungsantrag zur Jahreszahl abgesehen.

Abschliessend möchte ich noch etwas zum Abänderungsantrag der FDP-Fraktion sagen. Wir können überhaupt nicht verstehen, dass von der FDP-Fraktion der Antrag kommt, das kantonale Netz bis 2040 stillzulegen. Es ist das erste Klimageschäft nach der Abstimmung und schon wird versucht, das kantonale Klimaziel zu untergraben und eine spätere Jahreszahl als 2037 in das Gesetz zu schreiben und das wohlgerne in einem der drei Netto-Null-Sektoren, in denen wir bis 2037 auf Kantonsgebiet auf Netto-Null kommen müssen. Wir sind sehr gespannt auf die Begründung und fragen uns

ernsthaft, wie sie das machen möchten.

Wir werden also den Änderungsantrag der FDP ablehnen, unseren eigenen zurückziehen und dem Geschäft zustimmen.

Andreas Zappalà (FDP): Es macht sich gerade gut, dass ich jetzt als dritter Fraktionssprecher zum Zuge komme und auch den Änderungsantrag der FDP begründen kann. Der FDP geht es nicht darum, die Entscheide, die hier im Grossen Rat gefällt wurden oder die das Stimmvolk gefällt hat, nicht zu respektieren, aber wir sind auch daran gebunden, Realitäten zu akzeptieren und zu anerkennen. Wenn ich den Ratschlag des Regierungsrates lese, dann ist eine Realität, wenn ich das richtig verstanden habe, dass es eben sehr schwierig ist, 2035 oder 2037 mit der Verlegung des Fernwärmenetzes fertig zu sein und an diese Realität haben wir uns gebunden. Aus diesem Grund haben wir diesen Änderungsantrag eingereicht, in dem wir gesagt haben, der Regierungsrat hat in seiner ursprünglichen Fassung im Ratschlag gesagt, 2040 ist aus Sicht der IWB und aus Sicht des Regierungsrates selbst realisierbar, wenn es um die Verlegung des Fernwärmenetzes geht. Von 2037 steht dort im Ratschlag nichts.

Die Motion unseres ehemaligen Grossratskollegen Jürg Stöcklin verlangt eine Abschaltung des Gasnetzes bis 2050 auf kantonalem Gebiet und 2060 auf ausserkantonalem Gebiet. Hier ist er sehr viel grosszügiger und vermutlich auch realistischer, als wir es heute mit dem Ratschlag der Regierung und dem Bericht der UVEK diskutieren. Wie gesagt, ergibt sich aus dem Ratschlag des Regierungsrates nicht, dass 2037 machbar ist und deshalb ist für uns auch die Aussage im UVEK-Bericht, dass 2037 durchaus machbar ist, sehr in Frage zu stellen. Der Regierungsrat erklärt auch nicht, dass das Zieljahr 2040 heisst, dass bis dahin das gesamte Gasnetz in Betrieb ist, sondern er sagt, dass dort, wo es möglich ist, schon vorher abgeschaltet wird, dass man also dort dann nur noch dieses Gasnetz in Betrieb hat, das es wirklich auch braucht.

Die UVEK sagt da ja nicht etwas ganz anderes, sie sagt, sie ist der Meinung, dass 2040 zu weit weg ist, dass man mit 2037 rechnen muss, dass das aber vermutlich dann doch nicht reicht, deshalb braucht es nämlich diese Ausnahmebestimmung. Heute hat man geredet, dass diese Ausnahmebestimmung nur bei ausserordentlichen Vorkommnissen geschehen soll, das steht aber nicht im Gesetz. Im Gesetz steht, 2037 plus die Ausnahmemöglichkeiten. Das heisst, dass am Schluss die UVEK-Variante eigentlich noch die schlechtere Variante darstellt als unser Änderungsantrag, weil bei uns klar ist, 2040 ist Schluss mit dem Gasnetz, es gibt keine Ausnahmebestimmungen. Gemäss UVEK-Bericht kann dann das Gasnetz abgeschaltet werden 2037, vielleicht auch 2039, vielleicht auch 2041, wenn das dann notwendig ist, oder vielleicht sogar 2045, weil es gibt keine Deckelung im Vorschlag, wie ihn die UVEK macht. Hier ist der FDP-Antrag klar, wir sagen 2040 und dann ist definitiv fertig.

Der Regierungsrat will die Gasnetze abschalten, wenn die Fernwärme steht, das habe ich bereits gesagt und das hat er auch in seinem Ratschlag erklärt. Auch unter diesem Aspekt macht die UVEK-Variante gar keinen Sinn, weil bei der Zielgrösse 2037/2040 der Regierungsrat die Möglichkeit hat, Ausnahmegewilligungen zu erteilen. Und wenn der Regierungsrat heute in einem Gebiet schon der Meinung ist, oder die IWB, dass es dort vermutlich nicht reichen wird bis 2037, haben Sie dann das Gefühl, dass dann der Regierungsrat keine Ausnahmegewilligungen erteilt? Grundsätzlich muss davon ausgegangen werden, dass dort, wo heute bereits die Realisierung eher fraglich ist, dass es dort zu Ausnahmebestimmungen kommt und dann denke ich, ist es fair und richtig, gerade in das Gesetz zu schreiben, 2040, dann ist Schluss für alle Strassenzüge.

Auch für die Liegenschaftseigentümer/innen werden Unsicherheiten und Ungleichheiten geschaffen, denn für sie muss klar sein, und zwar ab dann, wenn das Gesetz in Kraft tritt, wann ihr Gasnetz in der Strasse abgeschaltet wird. Mit dem ursprünglichen Vorschlag des Regierungsrates und mit dem FDP-Antrag ist es so, es ist klar, 2040 ist Schluss. Es sei aber daran zu erinnern, dass 2035 sowieso grundsätzlich alle fossilen Heizungen ersetzt werden müssen. In der damaligen Debatte hier im Grossen Rat wurde zugesichert, dass hier durchaus Ausnahmeregelungen möglich sein können. Diese unter anderem sind dann vorzusehen, nämlich für Liegenschaften, deren Eigentümer einen Anschluss an die Fernwärme wünschen, das Netz aber noch nicht steht.

Gemäss Variante UVEK wird diese Lösung insofern torpediert, als grundsätzlich diese Anschlusspflicht bei der Verlängerung nicht verlangt wird. Also auch ein Eigentümer, der in einem Gebiet wohnt, wo dann das Gasnetz noch in Betrieb ist und sich gar nicht an das Fernwärmenetz anschliessen will, kann dann noch länger seine Gasheizung in Betrieb halten. Und diese Variante ist eigentlich ausgeschlossen, wenn man sagt, dort wo das Fernwärmenetz gilt, wird abgeschaltet und dann muss der Eigentümer sich entscheiden, will er sich jetzt ans Fernwärmenetz anschliessen oder will er zu diesem Zeitpunkt eine andere Variante wählen. Aus diesem Grund sehen wir den Ratschlag des Regierungsrates und unseren Änderungsantrag als klarere und realistischere Variante als den UVEK-Vorschlag, der ja nicht sagt, 2037 ist fertig, sondern der Ausnahmegewilligungen vorsieht und der Regierungsrat sagt sowieso auch, er schaltet vorher ab, wenn das möglich ist.

Ich bitte Sie zudem zu beachten, dass es ja hier nicht nur um das Gas für die Heizung geht, sondern es geht auch um das Kochgas. Auch dieses wird ja abgestellt und auch hier muss Sicherheit bestehen, wann neben der Umrüstung im Heizbereich auch in den Küchen umgerüstet werden muss. Heute sinnvolle Lösungen sind Induktionsherde, weil Elektroherde oder Glaskeramikerde aus energetischer Sicht keine sinnvolle Variante darstellen. Der Hauseigentümer muss also hier auch die Gasherde herausnehmen, die Gasleitungen in den Küchen stilllegen und allenfalls herausreissen und dann das neue System einbauen, auch das braucht eine Planung, auch das braucht Zeit, umso mehr als ja die IWB von den Hauseigentümern erst jetzt verlangt, dass sie ihre ungesicherten Herde ersetzen müssen durch Gasherde mit einer Zündsicherung. Also diese Gasherde sind jetzt relativ neu.

Und ein letzter Punkt betrifft auch die Gebiete, wo heute schon klar ist, dass die Fernwärme nicht verlegt werden wird und bei vielen Liegenschaften stehen dort entweder Wärmepumpen oder Pelletheizungen im Vordergrund. Es gibt aber auch Strassenzüge, wo auch dies schwer möglich ist, vor allem aus Platzgründen. Und auch hier muss die Politik, muss die

IWB, muss der Regierungsrat Lösungen vorsehen, wie dann diese Liegenschaften beheizt werden. Wie ich gehört habe, ist es auch heute noch so, dass Gasheizungen nicht ganz ausgeschlossen sind, dass rund 20 Prozent der Heizungsersätze immer noch Gasheizungen sind, also diese haben dann noch einen gewissen Wert zum Zeitpunkt der Abschaltung.

Vielleicht noch zu den Argumenten wegen dem hohen Gaspreis. Ich möchte daran erinnern, dass Riehen den Fernwärmepreis höher erhöht hat als Basel-Stadt den Gaspreis, also das kann kein Argument sein, wieso man schnell auf Fernwärme umschalten muss. Auch Basel-Stadt hat den Fernwärmepreis erhöht und zudem sagt die IWB und der Regierungsrat ja nicht, dass man jetzt wartet bis 2040, sondern es wird sukzessive abgeschaltet und nicht zu vernachlässigen sind auch die Kosten für eine Umrüstung, diese sind auf jeden Fall teurer, als wenn man einen 1:1 Ersatz machen kann.

Und zuletzt noch kurz zu dem Vorwurf wegen 2037. Ich habe das jetzt so verstanden, dass das dann Netto-Null ist. Als die Gegner der Klimagerechtigkeitsinitiative gesagt haben, es sei Brutto-Null, hat man gesagt, nein, das sei nicht richtig, es sei eine Netto-Null-Lösung, dass man, wenn CO₂ ausgestossen wird, das kompensieren muss, und diesen Teil zu kompensieren während der befristeten Zeit von drei Jahren, denke ich, ist nicht eine Unmöglichkeit. Auch aus diesem Grund sind wir nicht der Meinung, dass hier mit 2040 der Entscheid der Stimmbevölkerung nicht befolgt wird.

Aus diesem Grund ersuchen wir Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Zwischenfrage

Raffaella Hanauer (GAB): Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Jahreszahlen 2040 und 2050 nicht in der Motion meines Parteikollegen drinstehen, weil es nicht umsetzbar ist, früher ambitioniertere Ziele zu setzen, sondern weil die damaligen Mehrheitsverhältnisse es nicht erlaubten?

Andreas Zappalà (FDP): Nein, dem kann ich so nicht zustimmen. Es steht auch noch 2050.

Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP): Ich halte mich kurz, wir von der Fraktion EVP/Mitte unterstützen wie die Regierung und die UVEK diesen Bericht und ich bitte Sie, ihm ohne Änderungsanträge so zuzustimmen. Ich bin erfreut zu hören, dass die Regierung und die UVEK hier der gleichen Meinung sind und die UVEK auf die Zahl 2037 mit diesen Ausnahmen gekommen ist. Die Erläuterung von meinem Kollegen Andreas Zappalà war sicher etwas aus dem Blick der Hauseigentümer. Der Ausbau der Fernwärme, den wir immer diskutieren, der wird uns in diesem Saal noch einige Male beschäftigen, aber ich glaube, heute ist es richtig, diesem Gesetzesentwurf zuzustimmen.

Pascal Messerli (SVP): Auch ich kann es relativ kurz machen. Wir sprechen ja jetzt über eine Gesetzesänderung, die wird es ganz sicherlich geben, es geht jetzt nur noch darum, ob wir hier eher der Version der FDP folgen oder der Version der UVEK und die SVP-Fraktion bittet Sie, der Version der FDP zu folgen. Andreas Zappalà hat schon relativ viel gesagt, ich muss das nicht alles wiederholen, ich möchte vielleicht noch einen Punkt heraussstreichen, das Wort Planungssicherheit, Regierungsrat Kaspar Sutter hat es auch schon erwähnt. Wenn ich mir jetzt diese beiden Versionen des Gesetzes so anschau, also wir haben die Version der UVEK und dort steht geschrieben, im Bereich des Fernwärmeversorgungsgebietes nach § 1 Abs. 2bis, in denen bis dahin eine Abgabe von Fernwärme noch nicht möglich ist, kann der Regierungsrat auf Antrag der IWB hin, zeitlich befristete Ausnahmen vorsehen. Punkto Planungssicherheit sagt das ja überhaupt nichts aus. Da ist die Version der FDP mit diesen 2040, wo ganz sicherlich Schluss ist, auch im Hinblick auf die Planungssicherheit, im Hinblick auf Lieferengpässe, im Hinblick auf Fachkräftemangel doch die aussagendere Version und aus diesem Grund sind wir auch dafür, dass wir hier diesem Abänderungsantrag zustimmen.

Wir sind auch nicht der Meinung, dass das Ziel 2037 damit tangiert ist, wir haben ein Verfassungsziel, das ist auch bindend, und wenn man das schneller vorantreibt und wir schneller vom Gas wegkommen, umso besser als Ziel. Aber wenn es schlussendlich nicht realistisch ist, dann ist die Version der FDP in diesem Bereich die bessere aus unserer Sicht und aus diesem Grund bitten wir Sie, diesem Abänderungsantrag zuzustimmen.

Dann noch zum Abänderungsantrag des GAB. Ich bin jetzt nicht sicher, ob ich Raffaella Hanauer richtig verstanden habe, dass er zurückgezogen wird, wir hätten hier noch ein gewisses Verständnis dafür gehabt. Wir wollen jetzt mit 2037 bzw. 2040 unseren Kanton selbst einschränken, aber ab 2050 es noch weiter erlauben, deshalb wäre das "schnellstmöglich" vielleicht gar nicht mal so schlecht gewesen. Aber ich denke, auch in diesem Wort "spätestens" haben wir eine genügend gesetzliche Grundlage, dass es auch vorher beendet wird. Dementsprechend kann man es auch so belassen und wir bitten Sie deshalb, dem Abänderungsantrag der FDP zu folgen.

Daniel Sägesser (SP): Das fossile Zeitalter ist vorbei. Noch nicht ganz heute, aber am 27. November des vergangenen Jahres hat die Basler Stimmbevölkerung mit überwältigendem Mehr entschieden, dass der Kanton Basel-Stadt bis spätestens im Jahr 2037 Netto-Null erreichen muss. Der Betrieb eines Gasnetzes zur Wärmeerzeugung hat in einem solchen Ziel keinen Platz. Aber bereits vor diesem richtungsweisenden Volksentscheid war klar, dass wir in Basel-Stadt nach 2037 keine Verwendung mehr für ein flächendeckendes Komforterdgasnetz haben. Denn bereits vor etwas mehr als einem Jahr hat dieses Parlament den flächendeckenden Ausbau der Fernwärme beschlossen und auch in Gebieten, in denen keine Fernwärme vorgesehen ist, ist gemäss Basler Energiegesetz seit 2017 der Neueinbau von Gasheizungen verboten bzw. hat der Grosse Rat letzten Frühlings entschieden, dass per 2035 auch bestehende Gasheizungen durch erneuerbare ersetzt werden müssen. Für das Gasnetz haben wir nach 2037 schlicht keine Verwendung mehr.

In dem Zusammenhang möchte ich vielleicht auch noch kurz auf die verschiedentlich, beispielsweise von der Handelskammer, geäusserte Wunschvorstellung eingehen, dass man das Gasnetz dereinst auch für Transport und Speicherung von Wasserstoff nutzen könnte. Sicherlich ist es denkbar, dass man gewisse Teile der heutigen Erdgasinfrastruktur aus technischer Sicht für Wasserstoff nutzen kann, dies betrifft aber ganz klar nicht das Verteilnetz, um das es hier geht, sondern um die Hochdruckleitungen, welche für die Versorgung der Industrie und transkantonale Durchleitungen dienen. Und um diese geht es im vorliegenden Geschäft nicht. Es ist deshalb richtig, dass wir nun einen geordneten Gasausstieg organisieren. Das Ende der Gasversorgung muss klar definiert werden, das Gasnetz muss sukzessive stillgelegt und zurückgebaut werden und wir müssen sicherstellen, dass bis zum Ende der Gasversorgung die Infrastruktur auf ein absolutes Minimum abgeschrieben ist.

Was nun in diesem Geschäft innerhalb von weniger als vier Jahren passiert ist, finde ich äusserst bemerkenswert und zeigt auf, was wir in Basel innert kürzester Zeit schaffen können. Im Februar 2019 hat der Grosse Rat mit einer knappen Mehrheit die Motion für einen Gasausstieg in Basel-Stadt bis 2050 und ausserhalb des Kantons Basel-Stadt bis 2060 dem Regierungsrat zur Umsetzung überwiesen. Der Regierungsrat hat dann unter Federführung von Energiedirektor Kaspar Sutter ein Umsetzungsratschlag präsentiert, der diese beide Vorhaben um satte zehn Jahre unterbietet. Dieser regierungsrätliche Mut zur deutlichen Übererfüllung der ursprünglichen Motion darf durchaus auch als visionär bezeichnet werden, denn am 27. November implizierte das Basler Stimmvolk mit dem deutlichen Ja zu Netto-Null bis 2037, dass es sogar noch einen schnelleren Zeitplan wünscht. Die Basler Klimaloki rollt. Die UVEK, welche das vorliegende Geschäft zeitlich überschneidend zum angenommenen Gegenvorschlag Netto-Null 2037 beraten hat, hat konsequenterweise dieses Zieljahr nun auch bei diesem Geschäft eingesetzt.

Ich möchte noch kurz auf den Änderungsantrag der FDP und auf das Votum von Andreas Zappalà eingehen. Der Änderungsantrag der FDP ist absolut nicht einleuchtend, wieso wir ein 2037 mit Ausnahmen für den Fall, dass die Fernwärme dann noch nicht so weit sein soll, mit einem 2040 ohne jegliche Ausnahme vorsehen möchten. Ich habe aus Ihrem Votum verstanden, dass Sie den Zeitplan der Fernwärme stark anzweifeln. Ich tue das nicht, ich fordere den Zeitplan, welcher notabene ursprünglich vom Regierungsrat vorgegeben wurde. Die 15 Jahre Umsetzungsfrist wurden vom Regierungsrat auch nie in Zweifel gezogen, das wird Kaspar Sutter nachher wahrscheinlich noch ausführen. An dem halten wir fest, aber die Zweifel, die zum Teil geäussert werden, haben wir in der UVEK aufgenommen und tragen dem Rechnung, dass wir eine Planungssicherheit bieten wollen, dass wenn der Fernwärmeausbau nicht erfolgen würde, dass man dann nicht einfach das Gas abstellt und die Menschen in kalten Wohnungen sitzen, sondern dass es für diese Fälle Ausnahmen geben soll. Das, was Sie vorschlagen, wäre ja dann, ab 2040 wird abgeschaltet, egal wo der Fernwärmeausbau dann steht. Dem kann man nicht folgen.

Dann noch ein Wort zur Versorgung von Gemeinden und Institutionen ausserhalb des Kantons Basel-Stadt. Die SP unterstützt selbstverständlich auch dort einen schnellstmöglichen Ausstieg. Raphael Fuhrer hat hierzu die Kommissionshaltung ausgeführt, die ich nicht wiederholen möchte, der wir uns aber anschliessen. Raphael Fuhrer hat auch die Kosteneffekte beschrieben, dass sich die Netzkosten bei einem Ausstieg auf immer weniger Bezügerinnen und Bezüger verteilen und somit für die einzelnen Gaskundinnen und -kunden mit der Zeit immer teurer werden oder anders ausgedrückt, den Letzten beißen die Hunde. Und mit dem heutigen Entscheid des Grossen Rates senden wir so auch ein klares Signal an die ausserkantonalen Bezügerinnen und Bezüger, dass es sich lohnt, wenn das nicht bereits passiert, bereits jetzt möglichst rasch den Gasausstieg zu organisieren.

Dankend nehmen wir zur Kenntnis, dass der Regierungsrat der UVEK folgt auch mit der Beschleunigung des Gasausstiegs bis 2037 und die SP-Fraktion folgt dementsprechend der UVEK, lehnt den Änderungsantrag der FDP ab und wird dem Bericht zustimmen und die Motion Jürg Stöcklin abschreiben. Wir empfehlen Ihnen, es uns gleich zu tun.

Raoul Furlano (LDP): Die LDP stellt sich voll hinter den Änderungsantrag der FDP von Andreas Zappalà. Er hat alle Argumente, die uns, im Gegensatz zu Daniel Sägesser, sehr einleuchten. Wir wollen auch keine beißenden Hunde und entsprechend bitte ich Sie, dem Änderungsantrag der FDP zuzustimmen.

Tonja Zürcher (GAB): Ich will ehrlich mit Ihnen sein, als ich den Bericht zu diesem Gesetz gelesen habe, habe ich zuerst gedacht, ich habe falsch gelesen, vor allem bei dem Teil, wo es um die Lieferung ausserkantonale geht. Es ist noch nicht wirklich lange her, vielleicht können Sie sich erinnern, Ende November gab es eine Volksabstimmung. Da wurde nicht nur beschlossen, dass wir innerhalb des Kantons Netto-Null bis 2037 erreichen müssen, sondern auch, dass sich das staatliche Handeln, also alles, was unser Kanton macht, nach dem 1,5-Grad-Ziel oder der kritischen Grenze der Klimaerhitzung um maximal 1,5 Grad ausrichten muss. Das gilt nicht nur für das Handeln im Kanton, sondern auch ausserhalb des Kantons. Die kritische Grenze von 1,5 Grad, ich mache jetzt keine grosse Ausführung, woher das die kommt, aber da geht es dann wirklich schnell bergab, wenn wir die nicht halten können. Damit diese global gesehen nicht überschritten wird, müssen die Klimaemissionen bis 2030 halbiert werden, nicht nur in Basel-Stadt, nicht nur Baselland, nicht nur Aargau, global. Das heisst, wir haben als globale Weltbevölkerung sieben Jahre Zeit, um das hinzubekommen. Jetzt haben wir einen Vorschlag, der findet, ja, ok, in Basel-Stadt machen wir schon vorwärts, aber im Baselland, Aargau, da wollen wir halt nicht so sein, die IWB soll halt einfach gut verhandeln und dann kommt das schon irgendwie gut. Es ist mir wirklich ein Rätsel, wie man dieses 1,5-Grad-Ziel halten will, diese Grenze nicht überschreiten will und gleichzeitig sich immer noch auf das Hoffen beschränken will.

Sie wissen es vielleicht, das letzte Jahr, es war zwar nicht der heisseste Sommer, den wir haben konnten, aber im gesamten Durchschnitt war es das wärmste Jahr seit Messbeginn. Es war auch extrem trocken, wir haben jetzt einen sehr warmen, sehr schneearmen Winter und ich glaube, so langsam sollte es allen klar geworden sein, auf welchen Abgrund wir hier zusteuern. Und ja, ich kann es verstehen, dass die Verhandlungen von der IWB mit den Gemeinden, die das

vielleicht noch nicht ganz begriffen haben, nicht überall einfach sein werden. Das kann ich wirklich verstehen, aber ich glaube, das Verhandeln mit Naturgesetzen ist einfach noch viel schwieriger. Da können wir noch so hoffen, die gelten einfach, die funktionieren. Und wenn wir jetzt ungebremst auf den Abgrund zu rasen, liegt das nicht daran, dass die Bevölkerung nicht bremsen will, wie so oft gesagt wird, es liegt daran, dass die Politik sich weigert, den klaren Auftrag der Bevölkerung umzusetzen. Ich komme mir hier drin etwas vor wie in einem Bus, wenn alle Passagier/innen den Knopf drücken, stopp, ich möchte bei der nächsten Haltestelle aussteigen, und wir hier, die am Steuer vorne sitzen, fahren einfach an der Haltestelle vorbei.

Ich bin frustriert, dass der doch relativ harmlose Antrag, der von meiner Fraktion eingebracht wurde, auf den schnellstmöglichen Ausstieg nicht unterstützt wurde. Man hofft offenbar lieber darauf, dass die IWB von selber das so macht, wie wir möchten, anstatt hier drin Verantwortung zu übernehmen. Es bleibt mir nichts anderes übrig, als diese Hoffnung zu teilen und zumindest, dass wir dafür sorgen können, dass die IWB einen klaren Auftrag bekommt. Ich bin froh wenigstens gehört zu haben, dass die SP, die GLP und selbst die SVP der Meinung sind, dass die IWB schnellstmöglich aus den Gaslieferungen aussteigen soll. Ich erwarte, dass Sie alle, die hier mitbestimmen können, spätestens wenn die Eignerstrategie zur IWB kommt, dafür sorgen, dass die IWB die 1,5-Grad-Grenze als klare Vorgabe erhält und danach handeln muss. Ich bitte Sie, sorgen Sie dafür, dass die Klimaziele nicht nur im Schaufenster stehen, wir uns die auf die Fahne schreiben, sondern dass wir sie auch umsetzen.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für die angeregte Diskussion und Debatte der vorliegenden Gesetzesänderung. Ich denke, der Auftrag der Basler Stimmbevölkerung ist klar an uns. Es ist ein anspruchsvolles Ziel, Netto-Null bis 2037 zu erreichen. Wir sollten als politische Entscheidungsträger dort, wo wir den Ersatz haben, wo es die Technologien gibt, also dort, wo es einigermaßen einfach ist, das Ziel zu erreichen, dort sollten wir wirklich alles daran setzen, dass wir dort auch Brutto-Null erreichen und das ist der Fall bei der Wärmeversorgung. Wir kennen die Alternativen, die regulativen Vorgaben sind seit 2017 dort und deshalb sollten wir dort, wo es ohne Komforteinbusse und wo es machbar ist, wirklich Brutto-Null anstreben. Das ist auch der Grund, weshalb der Regierungsrat der weiteren Verkürzung der UVEK auf 2037 folgt im Wissen, wie das Volk im November entschieden hat.

Wir haben danach noch genug Herausforderungen in denen Bereichen, wo es anspruchsvoller ist, die Dekarbonisierung hinzubekommen. Sei es im Bereich des Abfalls, sei es im Bereich der Prozessenergie, dort wo hohe Energiedichten vorhanden sind, dort wird es genügend anspruchsvoll. Und wenn wir, das war jetzt in der Debatte nicht mehr so ein grosses Thema, von Biogas reden, dann brauchen wir das Biogas vor allem dort, wo wir eine hohe Energiedichte brauchen, dort sollten wir die Moleküle einsetzen, die hohe Energiedichte hinbekommen wie das Biogas. Bei der Komfortwärme Biogas einzusetzen, kann in einer Übergangszeit Sinn machen, aber langfristig macht es keinen Sinn, Biogas für die Komfortwärme zu nutzen.

Zur Planungssicherheit möchte ich zwei Sachen sagen. Die Planungssicherheit wird mit diesem Gesetz klarer in den Gebieten, wo klar ist, dass keine Fernwärme kommt, weil dort gibt es keine Ausnahmemöglichkeit und bei denen Gebieten, wo 2037 die Fernwärme liegt, auch dort gibt es keine Ausnahmen. Es gibt diese kleine Unsicherheit in den Gebieten, wo bis 2037, wo zwar Fernwärme geplant ist, aber aus irgendwelchen Gründen, die wir hoffen, dass sie nicht eintreten, aber die möglich sind, es zu einer Verzögerung kommt. Der Programm- und Projektplan der IWB ist klar, bis 2037 liegen diese 60 Kilometer Fernwärme in dieser Stadt. Auf das wird hingearbeitet, aber ja, wir wissen auch, dass wir Stand heute nicht zu 100 Prozent garantieren können, dass es in jeder Strasse dann liegt, und deshalb bin ich sehr froh, dass diese Ausnahmeklausel da drin ist für diese Gebiete, wo das nicht stattfindet.

Eine gewisse Planungsunsicherheit haben wir heute noch in den Gebieten, weil es auch Strassenabschnitte geben wird, wo das Gas früher abgestellt wird. Das war schon immer der Plan und wurde auch hier bestätigt, für das haben wir eine Restwertentschädigung für Werte, die vernichtet werden bei den Hauseigentümern. Das heisst, jemand wird entschädigt, wenn wir aussteigen müssen. Das kann zum Beispiel sein, wenn in einer Strasse nur noch zum Beispiel zwei Erdgaskund/innen dran sind und hohe Investitionen notwendig wären in das Gasnetz. Dann macht es Sinn, die Strasse schon früher vom Netz zu nehmen und dann lieber das Geld zu investieren, dass diese zwei Haushalte auf erneuerbare Form umsteigen können und nicht das ganze Gasnetz dann noch für kurze Zeit instand zu stellen. Das war schon immer so geplant, aber auch in diesem Gesetz bleibt es so, es wird auch Strassenabschnitte geben, wo das Gas früher abgestellt wird.

Dann noch eine Aussage zu Andreas Zappalà. Verantwortlich für die Wärmeversorgung sind primär die Hausbesitzenden und nicht der Kanton. Ich glaube, das ist wichtig zu sagen, wir sagen nicht, wie eine Hausbesitzerin, ein Hausbesitzer die Wärmeversorgung sicherstellen muss, es liegt in der Verantwortung der Hausbesitzenden. Was wir machen, ist mit Regulativen Klarheit zu schaffen und mit der Fernwärme ein gutes Angebot zu machen, aber was dann schlussendlich verwendet wird, ob Pellets oder Fernwärme oder Wärmepumpe, das entscheidet der Hausbesitzer, die Hausbesitzerin. Er trägt die Verantwortung über sein Eigentum und wie er das heizen möchte.

Von dem her herzlichen Dank für diese Debatte. Ich glaube, es ist ein wichtiger Entscheid heute, auch unter Berücksichtigung der Volksabstimmung, den wir heute fällen können. Es ist auch eine klare Botschaft an die Restschweiz, die sagt, ja, Gasausstieg bis 2037, das ist machbar und möglich und wir als Basel-Stadt, wir machen das auch.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. IWB-Gesetz

§ 7

Abs. 5 (neu)

Antrag

Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion FDP vor. Sie beantragen als Absatz 5 die folgende Formulierung: „Die Versorgung mit Erdgas zur Wärmeversorgung im Kanton Basel-Stadt endet im Jahr 2040“

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Das Jahr 2037 war ein sehr bewusster Entscheid der UVEK und wir haben das Geschäft am Schluss auch einstimmig verabschieden können. Der Zeitplan orientiert sich am Ausbau der Fernwärme und dieser wiederum wurde vom Regierungsrat so vorgeschlagen. 2035 ist das Zieljahr und wenn 2035 das Ziel der Fernwärme ist, dann ist ein Zieljahr 2037 für die Stilllegung des Gasnetzes ein sinnvolles Zieljahr. Das damals noch im Bericht des Regierungsrates enthaltene Zieljahr 2040 ist schlicht und einfach überholt durch die Abstimmung, die wir im November hatten. Die Stimmbevölkerung hat übrigens dort auch das Jahr 2030 Netto-Null gesagt und am Schluss dann dem Gegenvorschlag, der in der UVEK erarbeitet wurde, den Vorzug gegeben.

Zu den Ausnahmen. Die werden ja kritisiert vonseiten der FDP und da haben sich SVP und LDP angeschlossen und darum möchte ich das nochmals hier jetzt auch zu Protokoll geben, das wird ja auch Teil dann der Materialien sein wie auch der Bericht der UVEK und die Protokolle natürlich, die dazu gehören. Die Idee ist nicht, dass irgendwelche Gründe dann vorgebracht werden, dass nach 2037 Erdgas bezogen werden kann. Das sind ganz klar Ausnahmebestimmungen, wenn höhere Gewalt im Spiel ist, wenn es unvorhersehbare Effekte sind. Also eine verzögerte Planung, eine vergessene Einplanung von Reserven und andere Dinge, die gehören dort nicht dazu. Der Regierungsrat ist angehalten per Grossratsbeschluss, bis 2035 die Fernwärme in den Boden zu bekommen und daran ändert dieser Beschluss heute nichts. Das Jahr 2037, das zählt, das ist gesetzlich verbrieft sowie auch das 1,5-Grad-Ziel in der Verfassung. Die werden dadurch nicht angetastet, wenn wir hier nun in ganz spezifischen Fällen Ausnahmen vorsehen.

Es wurde auch angesprochen, damit wäre es unklarer als mit dem Zieljahr 2040. Das Ziel ist nach wie vor ganz klar, es ist das Zieljahr 2037, das gilt für sämtliche Gebiete und diese möglichen Ausnahmen kommen für diese Gebiete überhaupt nur in Frage, wo Fernwärme verlegt werden soll und das ist so auch verbindlich festgehalten im Energierichtplan. Dieser ist behördenverbindlich und da kann sich jede und jeder ausrechnen, was mit ihrem oder seinem Haus passiert, einfach aufgrund der Lage dieses Hauses.

Darum möchte ich nochmals aus Sicht der Kommission darum bitten, dass wir bei diesem Zieljahr 2037 bleiben und das so beschliessen.

Laurin Hoppler (GAB): Es ist unverständlich und ich bin immer wieder baff über die Diskussion, was das Klima angeht in diesem Saal. Dieser Änderungsantrag der FDP ist unverständlich und für diesen Gesetzesentwurf noch weiter abschwächend und dieser Gesetzesentwurf alleine ist schon nicht wirklich genügend. Der Antrag widerspricht den Klimazielen des Kantons. Die Bevölkerung hatte eine Auswahl aus drei Vorschlägen; 2030, 2037, 2040 und sie hat sich ganz klar für 2037 entschieden. Jetzt ist es an uns hier drin, diese Ziele umzusetzen. Dafür müssen wir alle zusammenarbeiten, die Bürgerlichen sowie die Linken müssen Kompromisse eingehen. Diese Kompromisse müssen aber immer das Ziel verfolgen, dass Basel bis 2037 diese Ziele erreicht. Die FDP und ihr Änderungsantrag ist daher unverständlich und enttäuschend. Noch enttäuschender ist es, dass er so viele Unterstützung genießt.

Ist es wirklich diese Art, wie wir die nächsten Jahre zusammenarbeiten wollen, wenn es Klimathemen angeht? Ich habe in meiner Eröffnungsrede einen Appell an dieses Parlament ausgesprochen. Lasst uns Brücken bauen und zusammenarbeiten. Ich erlaube mir, diesen Appell erneut vorzutragen und hoffe, dass Sie ihn nun verstehen und ernst nehmen. Er kommt nicht nur von mir persönlich, sondern von einem grossen Teil meiner Generation. Also nochmal, im schönen Basel gibt es fünf Brücken, die das Gross- und das Kleinbasel verbinden. Ich hoffe, dass wir rechtzeitig eine Brücke in eine klimafreundliche Zukunft bauen, aber auch, dass wir hier in diesem Saal neue Brücken für Basel bauen. Brücken zwischen Jung und Alt, zwischen arm und reich, zwischen unterschiedlichen Menschen und ihren Lebensarten und eine neue Brücke in eine klimafreundliche Zukunft.

Damit schliesse ich und hoffe, dass wir den Änderungsantrag der FDP ablehnen und in Zukunft zusammen Brücken bauen.

Zwischenfrage

André Auderset (LDP): Laurin Hoppler, Sie sprechen von Kompromissen, da stimme ich ja völlig zu, und von Brücken bauen, da stimme ich ja auch zu, sollte ein Kompromiss aber nicht einen gewissen Realitätscheck bestehen oder anders gesagt, sollte die Brücke nicht auch etwas halten?

Laurin Hoppler (GAB): Kompromisse müssen diese Ziele verfolgen und diese Ziele müssen ambitioniert sein. Sie sind ambitioniert, das Volk hat so entschieden und ob wir sie dann zielgemäss umsetzen können, das steht in der Zukunft. Aber wir müssen uns diese Ziele setzen und das beste geben.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 58 Nein. [Abstimmung # 446, 11.01.23 11:39:42]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Detailberatung

Abs. 6 (neu)

Abs. 7 (neu)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 27 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 447, 11.01.23 11:40:42]

Der Grosse Rat beschliesst

I.

Das Gesetz über die Industriellen Werke Basel (IWB-Gesetz) vom 11. Februar 2009) (Stand 1. Juli 2020) wird wie folgt geändert:

§ 7 Abs. 5 (neu), Abs. 6 (neu), Abs. 7 (neu)

5 Die Versorgung mit Erdgas zur Wärmeerzeugung im Kanton Basel-Stadt endet im Jahr 2037. In Bereichen des Fernwärmeversorgungsgebiets nach §1 Abs. 2bis, in denen bis dahin eine Abgabe von Fernwärme noch nicht möglich ist, kann der Regierungsrat auf Antrag der IWB hin zeitlich befristete Ausnahmen vorsehen.

6 Die IWB wirken darauf hin, dass die Versorgung mit Erdgas zur Wärmeerzeugung ausserhalb des Kantonsgebietes bis spätestens zum Jahr 2050 beendet wird; vorbehalten bleibt die Versorgung mit Gas auf Basis von erneuerbaren Quellen. Im Rahmen des Leistungsauftrags und der Eigentümerstrategie setzt der Regierungsrat unter Einhaltung der Grundsätze gemäss Abs. 1 entsprechende Zwischenziele.

7 Die IWB stellen sicher, dass Erweiterungen des Netzes für die Versorgung mit Erdgas zur Wärmeerzeugung nur noch im Rahmen der im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bestimmung bestehenden vertraglichen Verpflichtungen erfolgen und Investitionen in das Netz für die Erdgasversorgung zur Wärmeerzeugung bis zum Zeitpunkt der Einstellung der Versorgung mit Erdgas für die Wärme-erzeugung so weit als möglich abgeschrieben sind.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle einer Volksabstimmung am fünften Tag nach Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Mit dem Beschluss über das Eintreten auf das Geschäft haben Sie die Motion Jürg Stöcklin und Konsorten gemäss § 43 Abs. 5 der Geschäftsordnung als erledigt abgeschrieben.

9. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag zur Teilrevision Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz) sowie Bericht zur Motion

Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Revision des Museumsgesetzes sowie Bericht zum Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend Masterplan Basler Museen und Mitbericht der Geschäftsprüfungskommission

[11.01.23 11:41:23, BKK/GPK, PD, 20.0907.02.17.5235.05 09.5193.05, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission und die Geschäftsprüfungskommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten. Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt der Beschlussvorlage zuzustimmen, die Geschäftsprüfungskommission beantragt das Geschäft dem Regierungsrat zurückzuweisen.

Franziska Roth, Präsidentin BKK: Was lange währt, wird hoffentlich endlich gut. Dieser Spruch passt für die Erarbeitung des revidierten Museumsgesetzes wohl trefflich. Mussten wir doch als Parlament schon lange warten, bis der Regierungsrat einen Vorschlag ausgearbeitet hat und dann haben sich die BKK und auch die GPK Zeit gelassen, um den Vorschlag des Regierungsrates zu überarbeiten. Aus einer Innensicht hat sich diese Geduld, diese vielen Stunden, die wir für diese Teilrevision des Museumsgesetzes gearbeitet haben, gelohnt. Ich verstehe, dass Aussenstehende, wenn sie nun den Vorschlag der BKK lesen, den Eindruck haben, dass da etwas Kosmetik vorliegt und eigentlich gar nichts Neues erarbeitet wurde. Das ist richtig, wir haben auf dem Papier nichts Revolutionäres ausgearbeitet. Wir haben aber versucht, Akzente zu setzen und wir haben versucht, etwas mehr Klarheit auf dieses Papier zu bringen.

Das wirklich Wertvolle und aus Sicht der BKK auch Wesentliche ist im Hintergrund gelaufen. Es geht um den Arbeitsprozess, es geht um die Gespräche und es geht um den Austausch, der sehr intensiv von allen Beteiligten geführt worden ist. Dieser Prozess hat meiner Meinung nach Klarheit, zu gegenseitigem Verständnis und auch zu Vertrauen geführt. Ein Teil dieses Prozesses ist in ein sehr detailliertes Funktionendiagramm eingeflossen. An diesem Papier haben alle Beteiligten mitgearbeitet und es wurde so häufig überarbeitet, bis sich nun wirklich alle Funktionen richtig verstanden und richtig festgehalten fühlen. Mögliche Konflikte lassen sich nicht via Gesetz lösen. Zu dieser Erkenntnis ist die BKK im Laufe des Arbeitsprozesses gelangt und darum hat die Kommission diesen Austauschprozess auch aktiv unterstützt. An dieser Stelle möchte ich mich für die ausserordentlich gute Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen im Präsidialdepartement bedanken.

Im schriftlichen Bericht der Kommission ist beschrieben, was die Kommission im Laufe der Zeit gearbeitet hat und mit wem sie Hearings durchgeführt hat. Auf diese Arbeit möchte ich hier nicht mehr eingehen, das würde den zeitlichen Rahmen sprengen. Wichtig dünkt mich aber, dass ich noch kurz erläutere, wie die BKK nach dem Entscheid, keine Rückweisung zu beantragen, mit dem Resultat des Mitberichts der GPK umgegangen ist und warum die BKK zum jetzigen Zeitpunkt keine Auslagerung beantragt.

Die BKK hat ja in der letzten Legislatur ein Kurzgutachten in Auftrag gegeben. In diesem Gutachten sind die Vor- und Nachteile von verschiedenen Trägerschaften für die Museen aufgezeigt worden. Allerdings musste das Gutachten aus Zeit- und Ressourcengründen eher oberflächlich bleiben und hat die spezielle Basler Museumssituation nicht eingehend berücksichtigt. Die Gutachter aus Bern haben in ihrem Gutachten eine oder mehrere Stiftungen als Träger für die Museen bevorzugt. Die BKK hat diesen Vorschlag eingehend diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass eine solche Auslagerung zum jetzigen Zeitpunkt nicht richtig ist. Ein Hinderungsgrund sieht die BKK im Sammlungsgut, das dem Staat gehört und das auch weiterhin in der Obhut des Staates bleiben sollte. Ein weiterer Grund gegen eine Auslagerung ist das umfangreiche Mäzenatentum in Basel. Es gibt diverse Mäzene, die nur an Museen stiften möchten, die im Besitz des Staates sind, das soll nicht gefährdet werden. Am Hearing mit den Gutachtern ist auch klar herausgekommen, dass bei einer Auslagerung an eine oder mehrere Stiftungen der Staat einerseits trotzdem in der finanziellen Verantwortung bleiben würde und andererseits die Museen nicht die absolute Autonomie erhalten könnten, da der jeweilige Stiftungsrat auch mitzureden und mitzuentcheiden hätte. Sollte tatsächlich eine Auslagerung der Museen ernsthaft ins Auge gefasst werden, müsste ein offensichtlicher Gewinn für die Museen entstehen. Innerhalb dieser Gesetzesrevision wäre eine Auslagerung nicht möglich gewesen, weil zu viel bedacht hätte werden müssen und zu viel geändert hätte werden müssen. Das wäre für die BKK nicht möglich gewesen.

Eine Rückweisung, wie es die GPK vorgeschlagen hat, hätte die Unsicherheit für die Museen verlängert und ohne klare Absicht oder den klaren Plan, die Museen auszulagern, hätte der Regierungsrat auch keine besseren Vorschläge zimmern können. Im Bericht der BKK auch erwähnt, hat sich in diversen Hearings klar herausgestellt, dass sowohl die Museumsdirektionen wie auch die Museumskommissionen einer Ausgliederung kritisch gegenüber stehen und ein Mehrwert nicht erkannt wird. Sollte also eine Auslagerung trotzdem geprüft werden, dann könnte oder müsste das via eine Motion verlangt werden und der Regierungsrat hätte genügend Zeit, eine Auslegeordnung vorzunehmen und eine entsprechende Vorlage vorzulegen. Die BKK und auch das Präsidialdepartement haben den Rückweisungsantrag der GPK aber trotzdem ernst genommen und die Argumente der GPK sind in die gemeinsame Weiterentwicklung von § 6 eingeflossen. Zudem hat die BKK die GPK regelmässig über den Stand der Arbeiten informiert und hat den Bericht, bevor er dem Grossen Rat jetzt vorliegt, der GPK zur Verfügung gestellt.

Noch kurz ein Wort zur Detailberatung und den Änderungsanträgen der BKK. Die BKK hat bewusst im schriftlichen Bericht genau erklärt, was sie mit ihren Änderungsvorschlägen bewirken möchte. Diese Erläuterungen sind auch mit der Abteilung Kultur und dem Regierungspräsidenten besprochen worden. Dies, damit für die Ausarbeitung der Verordnung möglichst grosse Klarheit besteht, was dort noch festgeschrieben werden muss. Wie immer, wenn der Grosse Rat eine Gesetzesrevision oder ein neues Gesetz beschliesst, wird die Verordnung, die der Regierungsrat im Nachgang ausarbeitet, von fast grösserer Bedeutung für die Wirksamkeit und die Umsetzung sein. Dass dieser Umstand

Verunsicherung bei allen Beteiligten auslöst, haben wir in den Hearings festgestellt. Eine der häufigsten Aussagen bei allen war, dass man erst genau wisse, wie das Gesetz wirke, wenn man dann die Verordnung dazu kenne.

Da die Kommission im schriftlichen Bericht die Änderungsanträge so detailliert erklärt hat, werde ich nachher in der Detailberatung nur noch auf § 6, weil das der Kernparagraf des revidierten Gesetzes ist, und zu § 12a, weil es hier im Vorfeld bereits zu Diskussionen gekommen ist und weil der Regierungsrat mit diesem Antrag nicht einverstanden ist, kurz etwas erläutern. Zu den anderen Paragrafen würde ich nur noch etwas sagen, wenn noch Fragen in den Voten auftauchen.

Ich möchte nun schliessen und mich nochmals bei allen Beteiligten, vor allem auch bei allen Mitgliedern der BKK und dem Kommissionssekretär André Schrago für die intensive und sehr konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Christian von Wartburg, Präsident GPK: zieht den Rückweisungsantrag zurück.

Die GPK hat in ihrem Mitbericht noch den Antrag gestellt, dass das Gesetz in dieser Form zurückzuweisen sei an den Regierungsrat, um verschiedene Punkte aus der damaligen Sicht besser noch aufzuarbeiten und besser auch noch detaillierter zu regeln. Konkret ging es der GPK damals einerseits darum, dass man gesagt hat, es fehlt eine sorgfältige Auslegeordnung für die möglichen Rechtsformen, die es gäbe. Es war damals zu diesem Zeitpunkt, als wir unseren Mitbericht verabschiedet haben im Juni 2021, noch so, dass es Gutachten gab, die eigentlich eher in eine Auslagerungsrichtung tendierten und wir der Auffassung waren, es braucht einfach noch eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Frage der Rechtsform, ob wirklich hier die Position der Regierung der Weisheit letzter Schluss war.

Wir waren damals, einfach historisch, um das noch in den Kontext zu setzen, mit der BKK schon in engem Kontakt und waren aber mit ihren vorgeschlagenen Änderungen und Lösungen noch nicht zufrieden hinsichtlich der aus unserer Sicht noch im Raum stehenden Problemen. So ging es für uns einerseits auch darum, dass die Rolle der Museumskommissionen noch nicht genügend geschärft war, es ging uns auch darum, dass wir gesagt haben, Kernpunkte einer Vorlage gehören ins Gesetz und nicht dann erst auf dem Verordnungsweg quasi hinzugeschrieben. Sondern das muss umgekehrt sein, dass wir zuerst im Gesetz die Kernpunkte haben und dann gestützt auf diese Vorgaben die Verordnungen geschrieben werden.

Aus Sicht der GPK, zentraler Aspekt war dieser berühmtberühmte § 6 des Museumsgesetzes. Dort gab es eine erste Präzisierung der damaligen BKK, die aus unserer Sicht ein Stück weit in die richtige Richtung ging, aber noch nicht alle Probleme so adressierte, wie wir sie, und das war damals unsere Erfahrung in der GPK, erlebt haben. Dass dieser § 6 in der Anwendung dann wirklich diejenigen Personen, die damit arbeiten müssen, vor grosse Herausforderungen gestellt hat, Stichwort HMB, ist Ihnen allen bestens bekannt, ich will Sie damit nicht langweilen.

Wir haben darum dann damals unseren Mitbericht der BKK zur Verfügung gestellt, ziemlich zeitnah auch verabschiedet, aber natürlich nicht zu Ihren Händen, sondern zu Händen der BKK, und wir haben jetzt konstatieren dürfen, dass das passiert ist, was unserem Wunsch entsprach, nämlich dass man diese Punkte noch einmal zusammen mit der Regierung aufgenommen hat. Ich glaube, das ist eine sehr gute Lösung gewesen, dass dort wirklich versucht worden ist, diese Aspekte, die in unserem Mitbericht erwähnt worden sind, aufzunehmen zusätzlich zu den eigenen Aspekten, die bereits thematisiert worden waren von der BKK selber. Ich glaube, gute Gesetzgebung ist Gesetzgebung, die reflektiert, die sich auch die Zeit nimmt mit den Stakeholdern, mit denjenigen Personen, die dann wirklich auch in der täglichen Arbeit mit einem Gesetz arbeiten müssen, in den Kommissionen zu Lösungen kommen, die dann am Schluss alle überzeugen.

Wir sind verdankenswerterweise von der BKK immer zeitnah informiert worden über die nächsten Schritte und was aus meiner Sicht dann auch sehr wichtig war, dass wir zumindest in der GPK noch einen Moment Zeit hatten, den Bericht der BKK im Entwurf zu lesen und auch anzuschauen, wie sie unsere Argumente aufgenommen und umgesetzt haben und darum dann auch zu einem eigenen Schluss kommen konnten, dass wir an unserem Rückweisungsantrag, den wir damals noch verabschiedet haben, in der jetzigen Form nicht mehr festhalten und diesen hiermit auch zurückziehen und hoffen, dass wir jetzt mit dieser Vorlage wirklich die Grundlage schaffen, dass die Museen über die nächsten 50 Jahre eine solide gesetzliche Grundlage haben, um in der Museumsstadt Basel gut und zur Zufriedenheit aller arbeiten zu können.

Ein letzter Punkt; meine persönliche Erfahrung mit dem Museumsgesetz war, dass es in der alten Fassung so lange gut funktioniert, wie es keine Probleme gibt. Aber ein Gesetz sollte eben auch ein Stück weit antizipieren, dass es Schwierigkeiten geben kann und dass dann gewisse Grundlagen schon vorgegeben sind, wie damit umzugehen ist, wie dann diese Probleme zu adressieren sind und ich glaube, die neue Lösung, insbesondere von § 6, nimmt genau diese Problematik auf und dass diese Quadratur des Kreises nicht definitiv gelingen kann, ist allen klar. Aber mit dieser Vorlage jetzt sind doch die Grundlagen geschaffen, ich werde vielleicht in der Detailberatung noch einmal etwas dazu sagen, wirklich die Grundlagen geschaffen, dass diejenigen Personen, die in dieser Widerspruchsituation stehen werden, und es wird immer wieder Direktoren geben, die dann in der Linie sind zu einem Präsidialdepartement, dass die auch wissen, wo ist Autonomie und wo ist keine Autonomie.

Ich glaube, damit habe ich bereits das gesagt, was vonseiten der GPK zu sagen ist. Mein Dank geht wirklich an die BKK für die Aufnahme unseres Balles, den wir da mal in die Luft gehauen haben und dass sie diesen auch gefangen hat, das freut mich sehr. Und dass auch die Regierung hier wirklich Hand geboten hat, noch einmal nachzubessern, zusammen die besten Lösungen und Ideen zu finden, ich glaube, dafür gebührt allen grossen Dank. Auch wenn es lange gedauert hat, ich habe nochmal nachgeschaut, die ersten GPK-Anregungen, man müsse jetzt endlich dieses neue Museumsgesetz haben, gehen zurück auf das Jahr 2018. Es wird dort schon verlangt, es müsse jetzt endlich diese Vorlage kommen, jetzt sind wir da am Ende eines langen Weges und ich freue mich auf die Debatte.

Schluss der 45. Sitzung

12:00 Uhr

Beginn der 46. Sitzung

Mittwoch, 11. Januar 2023, 15:00 Uhr

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Auf der Tribüne begrüsse ich eine Klasse des Gymnasiums Kirschgarten mit ihrer Lehrperson Kaspar Schürch. Die Schülerinnen und Schüler haben vorhin bereits mit zwei Ratsmitgliedern diskutiert. Herzlich Willkommen im Grossen Rat!

[Applaus]

Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD: Ich kann meine Freude darüber nicht verbergen über diesen "Chrüzlistich". Ich stelle fest, dass alle Fraktionen diese Gesetzesrevision unterstützen, und darf Ihnen sagen, dass ich noch vor eineinhalb Jahren nie und nimmer geglaubt hätte, dass wir das hinkriegen zusammen. So viel Harmonie hätte ich nicht erwartet, das ist schon fast so schön wie der Männerchor von heute Morgen.

Nun, das Gesetz hat wirklich eine lange Geschichte, Sie wissen es. Das alte Gesetz von 1999, das atmet noch ein bisschen diesen Duft von New Public Management, es ist sehr schlank und deshalb auch sehr unpräzise, wenn wir es brauchen, um festzustellen, wer ist wirklich für was zuständig im Zusammenhang mit den Museen, dann war es manchmal nicht so hilfreich. Deshalb gab es ja auch bereits schon alte Vorstösse, die eine Überarbeitung dieser ganzen Museums-Compliance gefordert haben. Dazu gehört der Anzug Daniel Stolz und die Motion von Claudio Miozzari, die hier Klärung verlangten. Es war für den Regierungsrat nicht einfach, einen Vorschlag zu machen, es dauerte relativ lange und der Vorschlag, der dann 2017 eingebracht wurde, der war offenbar nicht überzeugend. Das hat die GPK klar auf den Punkt gebracht, aber auch die BKK hat es zum Ausdruck gebracht, indem sie viele Änderungen vorgeschlagen hat und doch realisiert hat, die ganze Geschichte überzeugt nicht.

Inzwischen haben wir jetzt einen Vorschlag, der offenbar überzeugt und das freut mich ausserordentlich. Ich glaube, wir können vielleicht im Hinblick auf künftige Beratungen gewisse Dinge daraus lernen. Das möchte ich doch noch schnell erwähnen, ich glaube, es gibt drei Gründe, warum es jetzt passt. Der erste ist, dass wir uns gesagt haben, wir machen das zusammen. Das was war ja nicht bestritten, sondern das wie. Das was, da waren wir uns praktisch einig, wir wollen diese schon jahrhundertelange Tradition weiterführen, dass die Museen staatlich sind, dass diese Sammlungen Volksvermögen sind. Es handelt sich da um etwa 13'000'000 Objekte, also mit nicht nur monetären, sondern auch ideellen grossen Wert. Das gehört der Basler Bevölkerung, da sind wir uns einig.

Aber gleichzeitig wissen wir aus langer Tradition, dass die Museen vor allem auch deshalb so gut, interessant und lebendig sind, weil sie von einem starken privaten Engagement leben und profitieren. Diese Situation ist ein bisschen einzigartig in unserem Kanton, aber sie ist gut und sie soll auch weitergeführt werden. Wie bringen wir jetzt das zusammen, Dienststelle, Staat einerseits, starke Unabhängigkeit, möglichst hohe Autonomie andererseits. Das war die Frage. Und es hat sich jetzt wirklich gelohnt, dass wir drei Dinge gemacht haben.

Erstens haben wir gesagt, wir arbeiten zusammen. Wir hören auf mit dem Pingpong, Verwaltung - Kommission, Verwaltung - Kommission, wir machen das zusammen und binden auch die Stakeholder ein, nämlich die Museumskommissionspräsidenten und natürlich auch die Museumsleitungen, um wirklich zu verstehen, was denn die Probleme sind, die tatsächlich auftauchen. Das hat sich gelohnt. Zweitens hat sich gelohnt, dass wir gesagt haben, wir nehmen uns Zeit dafür, wir machen es wirklich genau und ich möchte da ein grosses Danke aussprechen der BKK, aber auch explizit dem Ausschuss, der gebildet wurde, um sich da wirklich in die Materie einzuarbeiten.

Und das Dritte, was sich meines Erachtens gelohnt hat, ist die Grundlage dafür. Wir haben realisiert, wir wollen eigentlich in die gleiche Richtung, aber wie machen wir das. Und was hier die Grundlage der Arbeit war, ein Diagramm, das die Zuständigkeiten regelt, also ein Funktionsdiagramm. Wir haben uns, bevor wir uns an die Gesetzesmechanik gemacht haben, überlegt, wer hat eigentlich was zu sagen und wann, was sind eigentlich die Aufgaben des Grossen Rates, der Kommissionen, der Museen und der Behörde, der Abteilung Kultur resp. des Regierungsrates. Das war die Grundlage und darauf haben wir uns zuerst mal geeinigt, bevor wir gesagt haben, jetzt schreiben wir das Gesetz neu und auf dieser Basis irgendwann auch die Verordnung. Und weil dieses Funktionsdiagramm wirklich intensiv diskutiert wurde und von allen am Schluss gutgeheissen wurde, wirklich von allen Stakeholdern, bin ich überzeugt, dass wir jetzt eine hervorragende Grundlage geschaffen haben, die auch funktioniert und auf deren Basis wir dann auch die Verordnung, wenn das Gesetz so verabschiedet wird, im Sinne aller verabschiedet werden können. Und dieses Funktionsdiagramm, das kann ich Ihnen sagen, das war für uns super. Wir wissen jetzt einiges mehr und genauer als vorher. Das ist quasi der Kern dieser Arbeit, die hat sich wirklich gelohnt. In diesem Sinne nochmal bin ich sehr froh, dass dieser Prozess so stattfinden konnte.

Jetzt vielleicht doch noch ein paar Überlegungen, was hat sich denn wirklich geändert oder warum ist es aus unserer Sicht ein Meilenstein, diese Revision, warum bringt sie uns wirklich vorwärts. Wir haben nämlich wichtige Klärungen gemacht in diesem Zusammenhang, vor allem, was die Frage der Autonomie der kantonalen Museen als Dienststellen des Präsidialdepartementes und was die Aufgaben und Verantwortlichkeiten von Museumskommissionen und Präsidialdepartement angeht. Die Zuständigkeiten der grossräthlichen Kommissionen zu klären und gegebenenfalls neu

festzulegen, ist Aufgabe des Grossen Rates und nicht der Regierung. Das haben wir geklärt.

Der Bericht der BKK nimmt also als Kernanliegen der Revision folgendes auf. Um es vorwegzunehmen, alle neuen Vorschläge, die hier gemacht wurden, findet der Regierungsrat richtig und eine Verbesserung, er unterstützt sie deshalb und es gibt eine Ausnahme, auf die gehe ich dann in der Detailberatung noch ein, die ist aber nicht matchentscheidend, dass wir irgendwie das Gesamtpaket gefährdet sehen.

Die fünf kantonalen Museen, Antikenmuseum, Naturhistorisches Museum, Museum der Kulturen, Historisches Museum und Kunstmuseum sollen nicht in unabhängige Trägerschaften überführt werden. Sie sollen weiterhin den Status von kantonalen Dienststellen haben und die damit verbundenen Rechte und den damit verbundenen Schutz der Sammlungen als Teil des Universitätsguts und Verwaltungsvermögens des Kantons geniessen. Dies war grundsätzlich die Haltung der alten Regierung, mit diesem Bericht haben wir das jetzt auch auf den Punkt gebracht, was wir damit meinen. Der Regierungsrat hat sich deshalb gesagt, es ist richtig, nochmals kurz zusammenzufassen, was die Änderungen, die wir vorschlagen, hier genau in diesem Sinne bringen. Ich reduziere mich auf § 5, 6 und 7, das scheinen mir die wichtigsten Punkte zu sein, die ich nochmals kurz sage, was ist jetzt besser.

Die BKK hat in § 5 die Pflicht zur Veröffentlichung von Sammlungskonzepten als auch den Auftrag zur Provenienzforschung gesetzlich verankert. Das ist wichtig. Die Museen sind somit nicht nur aufgerufen, bei den Erwerbungen die Herkunft und die Echtheit der Objekte zu überprüfen, sondern auch im vorhandenen Sammlungsbestand zu überprüfen. Sofern sie diesen Vorschlag annehmen, wäre Basel-Stadt in der Schweiz sowohl der erste Kanton als auch die erste Stadt, die diese Verpflichtung gesetzlich festhält. Auch der Regierungsrat ist der Meinung, dass die Erforschung der Herkunft der Objekte in den Sammlungen ein wichtiges Anliegen ist, wir müssen dem heute nachkommen und er möchte zur Unterstützung und Finanzierung der systematischen und proaktiven Provenienzforschung in den kantonalen Museen eine Rahmenausgabenbewilligung einrichten und hat Ihnen einen entsprechenden Antrag überwiesen. Es geht darum, jährlich Fr. 250'000 dafür den Museen zur Verfügung zu stellen. Der Regierungsrat steht der gesetzlichen Verankerung dieser Aufgabe sehr positiv gegenüber und in diesem Sinne sind wir froh über die Änderungen, auch gegen die Verpflichtung, Daten wo immer möglich nach dem Prinzip Open Data der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, hat er keine Vorbehalte. Der Regierungsrat findet das richtig, er macht aber darauf aufmerksam, dass die Digitalisierung der Bestände und ihre Veröffentlichung ein langfristiges und ressourcenintensives Unterfangen ist, es handelt sich um rund 13'000'000 Objekte.

Zu § 6. Hier heisst es zu Recht im Bericht der BKK, es sei eine Kernbestimmung des Museumsgesetzes. Hier geht es um die Rechtsform und damit um die Frage des Verhältnisses von Autonomie und Eingliederung in die Organisation der Zentralverwaltung. Die BKK hat sich dazu von mehreren Juristen beraten lassen und legt einen nach Ansicht der Regierung sinnvollen neuen Vorschlag vor, der begriffliche und sachliche Klärungen bringt. Sie stellt klar, dass Autonomie der Museen nicht heisst, dass sie rechtlich selbstständige Personen wären, denn das ist als Dienststelle des Kantons nicht gegeben, sondern Autonomie heisst, eine je nach Bereich und den geltenden rechtlichen Vorgaben abgestufte Entscheidungsfreiheit. Und hier macht das revidierte Gesetz nun plastisch, dass sich die Autonomie in erster Linie auf die Inhalte Kultur- und Bildungsauftrag, das heisst, auf die Auswahl von Themen und Gestaltung des Programmes bezieht. Um die Freiheit in der Erfüllung des Kultur- und Bildungsauftrags wahrnehmen zu können, müssen die staatlichen Museen auch in ihren organisatorischen, finanziellen und personellen Angelegenheiten über eine angemessene Entscheidungsfreiheit verfügen. Wie das eben auch die Neuerung mit einem Vierjahres-Globalkredit demonstriert, das ist neu, hier bekommen sie in finanzieller Hinsicht einen weiteren Horizont, das bedeutet auch weitere Freiheiten. Der Regierungsrat begrüsst die Klärung betreffend Steuerung und Aufsicht, die durch den Vorschlag der BKK gewonnen wird, und dass wir nicht mehr von Leistungsvereinbarungen sprechen, sondern von Leistungsauftrag ist ebenfalls richtig und konsequent. Der Vorschlag der BKK bezeichnet auch, wo die Autonomie der Museen an ihre Grenzen kommt und die Aufsichtspflicht des Departements im Sinne einer Intervention ausgeübt werden muss.

Zu § 7. Der neue Vorschlag zu § 7 sieht vor, dass die Museumskommissionen nicht nur bei der Suche nach einem neuen Direktor oder einer neuen Direktorin eine wichtige Rolle spielt, sondern sie hat dort gemäss Museumsgesetz ein Vorschlagsrecht gegenüber dem Präsidialdepartement. Der neue Vorschlag sieht vor, dass sie vom Departement einbezogen werden muss, wenn personalrechtliche Massnahmen gegen einen Museumsdirektor oder einer Museumsdirektorin notwendig werden. Sofern Sie diesen Artikel, wie von der BKK beantragt, verabschieden, so geben Sie uns den Auftrag, dass vertrauliche Personalangelegenheiten in der Regel exklusiv zwischen Anstellungsbehörde und Arbeitnehmenden besprochen werden müssen und mit der Museumskommission zu teilen sein. Der Regierungsrat ist wie die BKK der Ansicht, dass dies nur möglich ist, wenn eine Schweigepflicht der Mitglieder der Museumskommissionen in der Museumsverordnung dann auch verankert wird.

Das sind aus unserer Sicht die wichtigsten und positiven Veränderungen. Wir haben einen Antrag dann zu Artikel 12a, ich glaube, es wäre besser, wenn ich den in der Detailberatung dann begrüsse. In diesem Sinn nochmal, ich freue mich sehr, dass wir hier einen grossen Schritt weitergekommen sind, dass wir einen gordischen Knoten gemeinsam mit viel Geduld, aber auch sehr viel Kompetenz lösen konnten und ich bedanke mich sehr herzlich bei den Kommissionen.

David Jenny (FDP): Ich wollte so beginnen; was lange währt, wird endlich gut. Die Präsidentin der BKK hat das schon vorweggenommen, ich habe umformuliert; was kurz wird beraten, kann sehr oft nicht raten. Wir haben sehr lange beraten, auch unterstützt durch die GPK, und wäre dieses Geschäft, wie ursprünglich vorgesehen, Ende der letzten Legislatur in den Rat gebracht worden, dann hätten Sie über den Antrag der BKK, das Museumsgesetz mit einigen Änderungen gegenüber dem regierungsrätlichen Vorschlag zu verabschieden, und dem Rückweisungsantrag der GPK entscheiden müssen. Ich bin froh, dass insofern Harmonie herrscht und dass Sie diesen Entscheid nicht treffen müssen.

Der Wechsel in der Legislatur und der Wechsel an der Spitze des Präsidialdepartementes konnten insbesondere dafür

genutzt werden, das Spannungsverhältnis zwischen der Eingliederung der Museen in die kantonale Verwaltung und die gleichzeitig gewünschte Selbstständigkeit, neu Autonomie der Museen näher auszuloten und damit kompensieren wir teilweise, was die GPK in der letzten Legislatur vermisst hat. Das Wort Harmonie wurde von Regierungspräsidenten Beat Jans in den Mund genommen. Vielleicht ist nicht immer alles ganz harmonisch, aber wir hoffen doch, dass es da keine Kakophonie sein wird in Zukunft, sondern höchstens einige Dissonanzen, die zu klären sind.

Die BKK ist davon überzeugt, dass damit auch eine Lösung erarbeitet wurde, die vielleicht nicht das Ei des Kolumbus ist und ein solches Ei wäre aus Provenienzgründen höchst problematisch, aber eine solide Grundlage für das künftige Zusammenwirken von Museen und Verwaltung darstellt. Der Schlüsselbegriff ist Autonomie und Autonomie in organisatorischer, personeller und finanzieller Hinsicht unterscheidet die Museen von gewöhnlichen Dienststellen. Dies haben in Zukunft sowohl Regierung wie Parlament zu beachten. Wir haben nicht sieben und hundert Obermuseumsdirektorinnen und -direktoren, wir müssen uns zurücknehmen und dann wird das auch gut klappen.

Ein paar Worte zu den Museumskommissionen. Da die Museen rechtlich nicht selbstständig sind, dürfen diese nicht mit Verwaltungsräten ausgegliederten Organisationen mit eigener Restpersönlichkeit gleichgesetzt werden. Sie sind Organe sui generis mit beschränkten Kompetenzen und Verantwortlichkeiten. Präzisiert haben wir die Rolle bei Anordnung von personalrechtlichen Massnahmen gegenüber der Direktion. Ich glaube, das ist folgerichtig. Sie haben schon eine Rolle bei der Anstellung, dann sollen sie auch bei der möglichen Beendigung eines Anstellungsverhältnisses eine gewisse Rolle haben. Die ist aber sehr beschränkt, es geht um Information und sie verhindern, dass eine Kommission überrollt wird. Die Zusammensetzung der Kommissionen reflektiert auch die rechtliche und geschichtliche Bindung mit der Universität. Das wurde diskutiert, aber so belassen. Neu ist, dass Mitglieder des Grossen Rates nicht mehr Kommissionsmitglieder sein dürfen. Dies ist hinzunehmen, kann aber auch angesichts der soeben beschriebenen beschränkten Rollen dieser Kommissionen als übertriebenen Public Corporate Governance-Tourismus beschrieben werden. Die vorgeschlagene Revision gibt meines Erachtens überzeugende Antworten auf aktuelle Problemstellungen wie Provenienzforschung, Annahme von Schenkungen, der Wert von Objekten, Vorgehen bei Ansprüchen Dritter und ich meine auch bei Besuchen von Schulklassen. Dazu kommen wir später noch. Ich bitte Sie, den Vorschlägen der BKK zu folgen.

Und dann noch dies. Warum wurde die Option der Ausgliederung der Museen nicht in allen Details geprüft oder zumindest von einer Kommissionsminderheit vorgeschlagen? Zuerst einmal, ein expliziter politischer Auftrag bestand nicht. Das erwähnte Gutachten oder die mehreren Gutachten vom Präsidenten der GPK haben meines Erachtens nicht sehr überzeugt. Das waren 08/15-Handlungsoptionen wirklich abgeleitet aus anderen Kantonen, die nicht unsere Geschichte haben mit öffentlichen Museen auch in Verbindung mit der Universität. Wir hätten ja die Arbeit nicht bewältigen können, es hätte eine Rückweisung bedurft und dies hätte dazu geführt, dass dringliche Änderungen im Museumsgesetz wahrscheinlich ad calendas graecas vertagt worden wären, es gibt auch keine Teilrückweisung. Und diese Unsicherheit hätte unseren Museen sicherlich geschadet.

Die baslerische Besonderheit des Universitätsgutes hätte eine Ausgliederung nicht vereinfacht. Eine Übertragung des Eigentums von Universitätsgut an nicht konkurs- oder pfändungsfeste Rechtsträger wäre sehr problematisch gewesen.

Dann wäre auch zu prüfen gewesen, ob wirklich alle Museen ausgliederungsfähig wären oder nur einzelne oder ob zum Beispiel auch eine Museumsholding mit Tochtergesellschaften richtig gewesen wären. Vonseiten der Museumsdirektionen und Kommissionen war kein Hilfeschrei nach Ausgliederung zu vernehmen, zumindest nicht in meinen Ohren, die mögen altersbedingt taub sein. Die rechtliche Einbindung in den Staat bietet aber den Museen auch Vorteile, von Versicherungsproblemen, Altproblemen angefangen, wie auch, dass dies gegenüber Mäzeninnen und Mäzenen Rechtssicherheit bietet, und dann verfügen die Museen schon heute über ihnen nahestehende Stiftungen. Verglichen mit BVB, IWB und den Spitälern wären rechtlich selbstständige Museen sehr kleine Einheiten, die weiterhin im Wesentlichen am Tropf des Staates hängen würden. Und dass ausgegliederten Museen grosse Freiheit in Personalfragen, insbesondere in Besoldungsfragen eingeräumt würde, ist wohl nur ein Wunschenken.

Aus all diesen Gründen bin ich persönlich auch als Freisinniger nicht enttäuscht, dass die Ausgliederung der Museen nicht auf der Tagesordnung steht. Ich glaube, das teilrevidierte Gesetz bietet eine sehr gute Grundlage, dass sich unsere Museen weiterhin prächtig weiterentwickeln können, auch wenn es manchmal zu Dissonanzen kommen wird. Wir werden dies überstehen und in diesem Sinne bitte ich Sie, der BKK zu folgen.

Joël Thüring (SVP): Ich habe mir auch wie David Jenny und Beat Jans vorgängig etwas aufgeschrieben, ein Zitat, meines wurde bisher noch nicht verwendet; gut Ding will Weile haben, so kann man es auch sagen. Tatsächlich hat dieses Gesetz eine gewisse Zeit gebraucht, bis es heute im Parlament ist, aber ich muss tatsächlich auch zugeben, und das hat Regierungspräsident Beat Jans ja am Anfang seines Votums auch gesagt, wahrscheinlich war es gut, dass wir diese Zusatzschleife gemacht haben, dass wir es über zwei Legislaturen beraten haben und jetzt hier eine breite Einigkeit haben. Ich glaube, das ist auch ein gutes Zeichen für die Museen und es wäre wahrscheinlich nicht ganz so optimal gewesen, wenn zwei Kommissionen mit unterschiedlichen Anträgen hier aufgetreten wären und es allenfalls dann auch noch Anträge aus den Reihen dieses Hauses gegeben hätte.

Insofern kann sich auch die SVP-Fraktion hinter diesen Bericht der BKK stellen. Wir sind immer noch nicht, das darf ich sagen, mit allem ganz zufrieden, wir haben aber durchaus auch gesehen, dass im Rahmen dessen, was jetzt möglich ist, wenn man sagt, dass diese Museen weiterhin im bestehenden System Teil unserer kantonalen Verwaltung bleiben sollen, wir jetzt die beste Lösung auch für die Museen gefunden haben. Wir wären tatsächlich, das unterscheidet uns vielleicht ein wenig von der FDP, tatsächlich dafür gewesen, dass man diese Ausgliederung in eine Stiftung, oder was auch immer diese Rechtsform dann gewesen wäre, etwas intensiver geprüft hätte. Wir waren auch immer der Meinung, dass dies eigentlich ursprünglich Sache des Regierungsrates gewesen wäre, der uns da in seinem Ratschlag, den er uns damals vor gut zweieinhalb Jahren überwiesen hat, hierzu sich praktisch gar nicht geäussert hat. Wir hätten uns gewünscht, wenn

man diese Frage etwas intensiver geprüft hätte und das dann allerdings auch ganz offen gelassen hätte, ob man am Schluss trotzdem das jetzige System beibehalten hätte oder einen Wechsel vorgenommen hätte.

Trotzdem können wir uns jetzt hinter diese Lösung stellen, weil es für die Museen tatsächlich viele verschiedene Vorteile mit sich bringen wird, die wurden auch von der Kommissionssprecherin und von Regierungspräsident Beat Jans aufgezählt. Wir glauben, es ist sehr wichtig, dass diese Museen eben in der Verwaltung eine etwas andere Rolle haben wie andere Dienststellen. Wenn wir es genau nehmen würden, sind nämlich Museumsdirektoren nichts anderes als Abteilungsleiter. Die Dienststellenleitung ist Frau Schmid und Herr Bignasca, Herr Helfenstein, das sind Abteilungsleiter in einer Abteilung innerhalb der Dienststelle Kultur im PD. Das ist jetzt, wenn man einen Schirm von aussen betrachtet, nicht ganz so von der Bezeichnung optimal und es ist auch nicht so, dass man ein Museum mit einem Erbschaftsamt vergleichen kann, deshalb scheint es für uns auch richtig zu sein, dass wir diesen fünf staatlichen Museen eine grössere Autonomie einräumen wie einer anderen Dienststelle, damit sie eben auch in diesem Spannungsfeld zwischen Staatsgeldern, die sie bekommen für letztlich vor allem ihre Dauerausstellungen, für die Personal-, für die Betriebskosten und dem, was sie für Sonderausstellungen an zusätzlichen Mitteln einwerben müssen, und das ist letztlich ja ein Grossteil, der dann auch für diese Sonderausstellung über Drittmittel finanziert werden muss, dass man hier diesen Spagat hinbringt, so dass es für die Museen möglich ist, möglichst autonom zu funktionieren und trotzdem in diesem Konstrukt der staatlichen Verwaltung, des Staatsapparats zu bleiben. Und hier glauben wir, sind wir jetzt nun mit diesen Änderungen, die in der BKK diskutiert wurden, die wir auch mit dem Regierungsrat zusammen besprochen haben, auf einem sehr guten Weg.

Ich glaube, Beat Jans hat das erwähnt, das ist eine tolle Zusammenarbeit gewesen. Ich möchte trotzdem daran erinnern, im Normalfall sieht die Gewaltenteilung das nicht so vor, dass man miteinander in einer Art Arbeitsgruppe übergeht und dann vielleicht ein bisschen Consulting gegenseitig leistet. Das ist zumindest, wenn wir die Ansätze von Grossräten uns so anschauen, vielleicht der Stundenansatz nicht ganz der einer Consultingfirma, aber ich glaube, in diesem bestimmten Fall war es gerechtfertigt, dass wir diese Schlaufe so gemacht haben. Für zukünftige Gesetze wäre es allenfalls sinnvoller, man würde das vorgängig in der Verwaltung etwas anders aufgleisen, aber das ist ja auch noch nicht unter Regierungspräsident Beat Jans erstellt worden.

Zu den einzelnen Änderungen der BKK. Uns ist vor allem wirklich diese Autonomie der Museen sehr wichtig und wir glauben, dass wir mit diesem Gesetz hier diesen Schritt machen, dass auch diese Rollen besser geklärt sind. Dass wir genauer auch sehen können, was ist die Rolle der Abteilung Kultur, der Abteilungsleitung in der Abteilung Kultur, was ist die Rolle der Museumsdirektorinnen und -direktoren und was ist die Rolle dieser Museumskommissionen, die ja immer auch noch da sind und die eine Mischung sind aus Interessensgruppe für dieses Haus, auch Unterstützung bieten sollen, vielleicht auch helfen sollen, Drittmittel einzuwerben und trotzdem auch diese Museen im operativen Alltag bis zu einem gewissen Grad begleiten und unterstützen.

Und hier glauben wir, haben wir nun mit diesen Formulierungen etwas gefunden, was allen hilft. Ob es dann im Einzelfall tatsächlich so funktionieren wird, wie wir es jetzt ausgearbeitet haben auf diesen diversen Formularen, auf diesem Funktionsdiagramm, das werden wir dann sehen. Wir möchten da nur noch einmal an die Causa Fehlmann erinnern. Wir haben auch aufgrund dieser Situation diverse Änderungen vorgenommen im Gesetz und ob das dann für einen weiteren solchen Fall, den wir ja alle nicht hoffen, dass er eintreten wird, ob es dann, so wie wir es jetzt angedacht haben, dann tatsächlich perfekt funktioniert, wird sich zeigen müssen. Aber auch hier glauben wir, wurden jetzt wichtige Schritte getan mit diesen Formulierungen.

Die Museen sollen aus unserer Sicht diese Unabhängigkeit haben. Mit diesem Vierjahres-Globalbudget, das sie bekommen werden, gibt es diese Unabhängigkeit bis zu einem gewissen Grad, aber wir dürfen auch nicht vergessen, diese Gelder, die der Kanton den Museen zur Verfügung stellt, die sind grösstenteils gebunden. Da ist der Spielraum tatsächlich nicht so gross, wenn man den Personal- und Betriebsaufwand anschaut, was für ein Museum so anfällt pro Jahr. Also die Herausforderung, Drittmittel zu generieren, wird weiterhin sehr gross sein und wir hoffen, dass natürlich die Museen auf diesem Weg weiterhin die Unterstützung der Gesellschaft erhalten, dass sie weiterhin diese wichtigen Sonderausstellungen machen können und dass der Regierungsrat dort, wo es auch notwendig ist, zusätzlich finanziert. Da wehren wir uns nicht dagegen, das wird ja dann demnächst auch ein Thema werden in diesem Ratschlag betreffend Provenienzforschung. Das wird wahrscheinlich erneut zu Diskussionen führen, aber wir sind zuversichtlich, dass wir auch hier eine Lösung finden werden.

Deshalb können wir heute auch als SVP sagen, ja, wir stimmen diesem Ratschlag und den Änderungen der BKK zu, ja, wir freuen uns, dass dieser Schritt getan wurde. Wir bedauern es etwas, dass wir nicht einen weiteren Schritt gegangen sind, aber wir nehmen uns jetzt diese Zeit, dieses neue Museumsgesetz sich auch entfalten zu lassen und sollten wir in einigen Jahren feststellen, dass es vielleicht doch nicht perfekt ist, dann können wir allenfalls noch einmal diese Dinge diskutieren und dann vielleicht dieses Funktionsdiagramm, das ja nun sicher auch im Büro von Beat Jans einen prominenten Platz einnimmt, noch einmal durchgehen und allenfalls auch neue Spalten einfügen. Das sollte ja in der heutigen modernen Zeit digital sehr rasch möglich sein. Aber für den Moment möchten wir Sie bitten, diesen Anträgen und dem Ratschlag zu folgen.

Claudio Miozzari (SP): Ich muss es Joël Thüring jetzt schon sagen, das revidierte Museumsgesetz ist kein perfektes Gesetz. Es definiert die Museen weiterhin als Dienststellen des Kantons mit einer bestimmten Autonomie, aber es gibt auch gar kein perfektes Gesetz. Das Problem ist, dass Autonomie und Dienststelle ein potenzieller Widerspruch ist oder so wie Joël Thüring gesagt hat, dass sich da ein Spannungsfeld öffnet, aber offensichtlich wollen wir mit diesem Spannungsfeld leben. Weder der Regierungsrat noch die Museen noch alle anderen Beteiligten haben ein Interesse an der Loslösung der Museen aus dem Staat, zumindest die politische Mehrheit will das nicht. Aus unserer Sicht ist das zu

Recht so, auch die SP möchte, dass der Kanton seine Verantwortung für die Museen selber und direkt wahrnimmt, insbesondere auch für die Sammlungen.

Wir sind keine Freunde von Auslagerungen von Staatsaufgaben und wenn der Staat seine Verantwortung wahrnimmt, dann ist es auch so, dass es Grenzen der Autonomie gibt. Gleichzeitig ist diese Autonomie wichtig, weil es geht um einen Kulturbetrieb, man könnte auch von weitreichender künstlerischer Freiheit sprechen. Nicht die Politik soll über die Inhalte entscheiden, die in den Museen ausgearbeitet und diskutiert werden, sondern das sollen die Museen selber machen und dafür braucht es mehr als einfach eine programmatische Freiheit.

Als die Subkommission und das Präsidialdepartement in der BKK das jetzt schon mehrfach genannte Funktionsdiagramm gezeigt haben, habe ich mich kurz gefragt, ob es nicht sinnvoll gewesen wäre, schon viel länger und viel früher an so einem Diagramm zu arbeiten. Vielleicht hätten wir dann dieses neue Gesetz gar nicht gebraucht. Das ist natürlich ein bisschen zu kurz gegriffen, es war eben erst in diesem Gesetzesprozess möglich, dieses Funktionsdiagramm anzulegen, aber da zeigt sich für uns eigentlich was es braucht, um mit diesem Spannungsfeld, das wir da haben, konstruktiv und auch gut zu arbeiten. Es braucht den laufenden Austausch, es muss laufend möglich sein, eine neue Spalte in dieses Diagramm einzufügen, weil man laufend darüber diskutiert, wie die Prozesse laufen und wo es Anpassungsbedarf gibt. An so einem Modell muss man fleissig arbeiten, aber es braucht trotzdem klare Leitplanken und man muss auch mal einen Entscheid durchziehen können.

Es hat sich gelohnt, das haben schon mehrere gesagt, ich möchte auch noch auf zwei, drei Verbesserungen eingehen. Zum einen, dass die Sammlungskonzepte verankert sind, das hat jetzt noch niemand gesagt. Leider war es bisher so, dass die Museen keine professionelle Sammlungskonzepte vorlegen konnten oder vielleicht auch wollten, es ist aber so, dass wir im bestehenden Gesetz und auch im neuen Gesetz sehr enge Limiten gesetzt haben, was die Deakzessionierung betrifft. Das heisst, wenn etwas in die Sammlung aufgenommen wird, dann bleibt es in der Regel da. Und wenn man so eine Regelung hat, dass man eigentlich nur dazunehmen kann und nicht weggeben, dann ist es umso wichtiger, dass klar definiert ist, was man sammelt und was man nicht sammelt. Und das ist jetzt vorgegeben mit dem neuen Gesetz, man bezieht sich auf die internationalen Standards, die jetzt eingehalten werden, und die geben auch vor, was man eben nicht sammelt und sie sind auch zumindest teilweise öffentlich, damit das auch diskutierbar ist.

Zur digitalen Zugänglichkeit. Der Regierungsrat hat schon vor Jahren das Prinzip Open Government Data beschlossen. In vielen Fällen hatte ich bisher das Gefühl, das ist ein Wille und auch ein bisschen ein Lippenbekenntnis, weil die Umsetzung dann doch nicht ganz so einfach ist, das gilt natürlich auch für die Museen. Wir haben jetzt, nur weil wir das ins Gesetz geschrieben haben, das noch nicht erreicht, aber immerhin wird jetzt dieser Beschluss nachvollzogen und ich glaube, er ist sehr wichtig für die Zukunft der Museen, wenn die Sammlungen relevant bleiben sollen langfristig, dann muss hier neben der Verankerung des Prinzips auch noch etwas passieren. Und das gleiche gilt für die Provenienzforschung, da sind wir schon einen kleinen Schritt weiter. Da gibt es schon einen Ratschlag, über den wir dann noch diskutieren werden, da können wir dann auch gut überlegen, ob diese Mittel, die da definiert sind, wirklich reichen, um einen Status zu setzen. Auch hier sind wir froh, dass das Prinzip und diese sehr wichtige Aufgabe, die für den Bestand der Museen entscheidend ist, im Gesetz jetzt verankert ist.

Es gibt auch Sachen, die hätten wir als SP vielleicht ein bisschen anders geregelt. Zum Beispiel gerade das arbeitsrechtlich nicht ganz einfache Prinzip, dass bei personalrechtlichen Massnahmen mit der Direktion die Kommissionen einzubeziehen sind. In diesem und auch in den weiteren Punkten tragen wir aber gerne den in der Subkommission erarbeiteten Kompromiss mit.

Ich schliesse, indem ich mich dem mehrfach geäusserten Dank anschliesse, explizit auch an die Beteiligten in der alten Legislatur und danke für das neue Gesetz.

Catherine Alioth (LDP): Ich habe kein Sprichwort zu Beginn meines Votums, aber vielleicht eine Metapher. Der Schwebezustand ist aufgehoben. Mit der Teilrevision des Museumsgesetzes liegt nun eine Basis für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen den Museen und dem zuständigen Departement vor. Zudem hat sich bei der Erarbeitung einer tragfähigen Lösung für die zukünftige Zusammenarbeit mit den Beteiligten, das sind das Präsidialdepartement als zuständiges Departement, die Museumsdirektionen, die Museumskommissionen und die BKK, ein aktiver Dialog entwickeln können. Dieser bildet ein wertvolles Fundament für die erfolgreiche Zusammenarbeit. Die fünf staatlichen Museen sind für unsere Kulturstadt Basel von zentraler Bedeutung. Sie sind ein relevanter Standortfaktor und erfüllen einen wichtigen Bildungs- und Vermittlungsauftrag. 40 Prozent der Kulturausgaben des Kantons fliessen schliesslich in die fünf staatlichen Museen.

Die LDP-Fraktion befürwortet und unterstützt das überarbeitete Museumsgesetz. Meine Vorredner haben bereits sehr ausführlich berichtet, ich habe keine wesentlichen Ergänzungen, ich möchte aber doch noch auf ein paar Punkte eingehen. Die Verordnung, wir haben es auch schon gehört, die Verordnung als zentrales Element bei der Umsetzung des Gesetzes. Einige gesetzliche Bestimmungen sind noch vage. Sie verlangen Konkretisierung und dies geschieht auf der Verordnungsstufe. Es ist zu bedauern, dass noch keine Angaben zu geplanten Ordnungsänderungen bekannt sind. Ich möchte hier auf den Ordnungsspeicher hinweisen, den die BKK im Laufe der Beratung angelegt hat und in ihrem Zwischenbericht aufführt. Hier wurden die Themen gesammelt, die in der Verordnung von der Regierung geregelt werden sollten. Die LDP fordert hierzu die Regierung auf, diese im Vernehmlassungsverfahren bei den beteiligten Akteuren, den Museumsdirektionen und den Museumskommissionen festzulegen. Auch deshalb, um den schon begonnenen Dialog fortzuführen und weiter zu verankern.

Ein intensiv diskutierter Punkt war dann auch die Besetzung der Museumskommissionen. Wir erachten es als wichtig, dass in den Museumskommissionen möglichst alle Schwerpunkte des Museums abgedeckt werden. Die Museumskommissionen bilden ein wichtiges Gremium, das für die Verbindung zur Gesellschaft von grösster Bedeutung

ist. Es geht um die Fachkompetenz, um die Nähe zu den einzelnen Museen und um die Fähigkeit, andere Kreise für die Unterstützung gewinnen zu können. Dabei dürfte es keine Rolle spielen, ob daneben noch andere Mandate wahrgenommen werden. Jede und jeder in einer solchen Funktion kennt auch die Ausstandregeln.

Die Einrichtung von mehrjährigen Globalkrediten finden wir sehr richtig. Diese begünstigt die langjährige Planung und erweitert den Handlungsrahmen der Museen. Mehr als drei Viertel des Budgets, wir haben es schon gehört, sind allerdings für Fixkosten verplant. Dies gibt den Museen nicht viele neue Freiheiten bzw. unternehmerischen Spielraum.

Selbstständigkeit, Flexibilität und Planungssicherheit sind dennoch besser und ermöglichen mehrjährige Rahmenausgabenbewilligungen etwa für Sonderausstellungen und Ankäufe für Sammlungen. Für Sonderausstellungen und Ankäufe von Sammlungen sind die Museen aber auf Drittmittel angewiesen.

Dass dieses Gesetz nun so vorliegt, ist dank der intensiven Zusammenarbeit zwischen dem Präsidialdepartement, den Museumsdirektionen, den Museumskommissionen und der BKK möglich geworden. Dies hat allen Beteiligten viel Energie und Ausdauer abverlangt. Ich möchte dies an dieser Stelle nochmals hervorheben und würdigen und mich auch dafür bedanken. Der Dialog, der durch die Erarbeitung der Gesetzesvorlage entstanden ist, ist Grundlage für die weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Die LDP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Gesetz zu und bittet Sie, auch den Anzug von Daniel Stolz als erledigt abzuschreiben. Zu den einzelnen Paragrafen komme ich dann in der Detailberatung dazu.

Beatrice Messerli (GAB): Mit dem neuen Museumsgesetz wird die Zusammenarbeit zwischen Regierung, Parlament, Direktionen der Museen und Museumskommissionen neu und besser geregelt und den Museen trotzdem die nötige Autonomie zugestanden. Das scheint uns extrem wichtig zu sein. Das vorliegende revidierte Museumsgesetz wurde mancherorts als mutlos und ohne grosse Wirkung beurteilt. Dies vor allem, weil die Museen weiterhin als Dienststellen beim Kanton verbleiben sollen. Es wurde der BKK auch vorgeworfen, dass sie das heisse Eisen Auslagerung nicht wirklich angepackt hätten. Doch, das hat sie, das geht auch aus dem Bericht hervor. In verschiedenen Sitzungen und mit Gutachten von auswärtigen Experten wurde die Auswirkung sehr eingehend diskutiert und schlussendlich verworfen, denn auch die extra eingeladenen Experten konnten mit ihren Argumenten nicht überzeugen. Sie lieferten keine stichhaltigen Argumente für einen derartigen Paradigmenwechsel. David Jenny hat das sehr ausführlich dargelegt und ausgeführt.

Die BKK hat schlussendlich diese Auslagerung deutlich verworfen. Eine Auslagerung hätte letztlich nur eine bedeutsame Änderung gebracht, dem Parlament wäre die Kontrolle entzogen worden. Die Entscheidungsgewalt wäre an einen Verwaltungs- oder Stiftungsrat gegangen und dass das nicht immer die beste aller Lösungen ist, hat sich schon mehrfach an anderen Beispielen gezeigt, Beispiel IWB, BVB, Spital. Die Angestellten wären nicht mehr durch das Personalgesetz geschützt, die Lohneinreihung hätte keine Gültigkeit mehr und die Pensionskassenzugehörigkeit müsste ebenfalls neu geregelt werden. Die Frage des Besitzstandes sorgte bereits für Diskussionen bei den oben genannten Auslagerungen. Die Finanzierung wäre auch weiterhin Sache des Kantons gewesen, aber eben ohne Einflussmöglichkeit durch Parlament oder Departement. Das GAB hat sich immer wieder gegen Auslagerungen ausgesprochen und zeigt sich über die Entscheidung, Nicht-Auslagerung der Museen sehr erfreut.

Ausserdem muss festgestellt werden, dass Problematiken, wie sie in den letzten Jahren immer wieder von sich reden gemacht haben, auch bei ausgelagerten Museen nicht wirklich hätten verhindert werden können, genauso wie auch zukünftig mit dem revidierten Gesetz nicht alle Eventualitäten abgebildet und ihnen entgegen gewirkt werden können. Es wird immer wieder Themen geben, die nicht auf Gesetzes- oder Verordnungsebene zu regeln sind. Ob das jetzt Probleme finanzieller Art, Fragen des Führungsstils oder grundsätzliche Fragen von Kontrolle und Führung, durch das Departement zum Beispiel, dass diese nicht immer wirklich geregelt werden können. Es braucht hier auch Bereitschaft zu Diskussion und Auseinandersetzung.

Es ist richtig und wichtig, dass den Museen ein grosses Mass an Autonomie zugebilligt wird, insbesondere in den Bereichen Ausstellungskonzepte, Personal, Organisation und Finanzen. Selbstverständlich immer innerhalb der rechtlichen Vorgaben. Es ist ausserdem richtig, dass den Museumskommissionen mehr Verantwortung zugestanden wird und ihre Zuständigkeiten klarer geregelt werden. Das GAB stimmt der neuen Regelung zu, dass zukünftig Kommissionsmitglieder nicht gleichzeitig Mitglieder von Behörden oder politischen Gremien wie dem Grossen Rat sein können. Wir könnten uns allerdings vorstellen, dass die Museumskommissionen in Zukunft noch viel diverser aufgestellt sind. Weiblicher, jünger und auch nicht Akademiker/innen und die Kommissionen dann die Bevölkerung besser abbilden können.

Wir halten es ebenfalls für richtig, selbst wenn es dazu noch bestimmte Regelungen braucht, dass Präsidentin oder Präsident der Museumskommissionen zukünftig ein Anhörungsrecht vor dem Anordnen personalrechtlicher Massnahmen hat. Die Änderungsvorschläge im Ratschlag zeigen, dass sich die BKK sehr intensiv gemeinsam mit Museumsdirektionen, den Museumskommissionen, dem Departement und der Abteilung Kultur mit dem Gesetzesvorschlag auseinandergesetzt und dadurch verschiedene Änderungsvorschläge gemacht hat. Es zeigt sich auch, dass es gelungen ist, alle Betroffenen zu Beteiligten zu machen. Es wurden bei allen Änderungen immer wieder Rücksprache genommen und von allen Beteiligten zurückgespiegelt, welche Auswirkungen die Änderungen haben und durch die intensive Auseinandersetzung mit allen Beteiligten ist ein Prozess entstanden, der zu einem nach unserer Meinung guten Resultat geführt hat, beispielsweise das Diagramm, das bereits mehrfach erwähnt worden ist.

Böse Zungen behaupten aber trotzdem, es hätte sich kaum etwas geändert und der Berg hätte eine Maus geboren. Das stimmt unserer Meinung nach nicht, denn wir alle wissen, dass manchmal kleine, kaum wahrnehmbare Änderungen eine grosse Wirkung haben können. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen des GAB, dem Gesetz und insbesondere den von der BKK beantragten Änderungen vollumfänglich zuzustimmen.

Zum Schluss noch eines. Ich bin 2016 hier in den Rat eingetreten, damals waren Museen bereits ein Riesenthema und es hat mich die letzten sieben Jahre begleitet. Ich freue mich, dass es heute endlich zu einem Abschluss kommt und ich tatsächlich noch dabei sein darf.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Ich meine auch, für die Kulturstadt Basel ist heute ein freudiger Tag, das teilrevidierte Museumsgesetz ist endlich reif für die Beratung in diesem Parlament. Wichtige Fragen sind geklärt, ein zusätzlicher Effort aller Akteure hat dazu beigetragen, insbesondere auch der eigens dafür gebildeten Arbeitsgruppe, deren Arbeit die GLP honoriert und hiermit auch verdankt. Im Speziellen wurden die Fragen der Zuständigkeiten, Kompetenzen und Verantwortungen erneut diskutiert, gespiegelt und die entscheidenden Knackpunkte beseitigt. So auch die Knacknuss bezüglich der Autonomie der Museen resp. der Frage, ob sie ausgegliedert werden sollen, was wir heute basierend auf dem erarbeiteten Kompromiss benehmen können.

Die Grünliberalen sind überzeugt, dass der vorliegende Gesetzesvorschlag der Komplexität der Geschäfte Rechnung trägt, gut durchdacht ist und damit eine tragfähige fundierte gesetzliche Lösung vorliegt. Es ist uns aber bewusst, dass die Verordnung zum Gesetz noch nicht ausgearbeitet ist und sie für die gesetzliche Umsetzung der Bestimmungen essenziell ist. Wir empfehlen deshalb weiterhin den Einbezug der Player bei der Konsultation der Verordnung. Die Richtung hinsichtlich der gesetzlichen Neuerungen wird aber durch gemeinsame Nenner vorgegeben in Bezug auf das Etablieren von Sammlungskonzepten, die aktive systematische Provenienzforschung sowie die Formulierungen betreffend die teilautonomen Museen.

Die nun gewählte Linie, insbesondere betreffend die Rechtsform und die Organisation verpflichtet sowohl das Präsidialdepartement als auch die Museumsdirektor/innen zu einer konstruktiven und mit Blick auf die Zukunft zu einer verbesserten Zusammenarbeit. Die Ausgestaltung der Autonomie und die damit verbundenen Entscheidungsfreiheiten in Bezug auf die organisatorischen, finanziellen und personellen Angelegenheiten berücksichtigt den Wunsch der Museumsdirektor/innen und ebenso der Museumskommissionen, deren Rolle zugleich gefestigt wird. Dem Ruf nach einem krisenresistenten Museumsgesetz wird Rechnung getragen und die Teilautonomie der Museen und der Handlungsspielraum durch den Vierjahres-Globalkredit gestärkt. Mit dem Leistungsauftrag wiederum wird mehr Flexibilität und eine bessere Planungssicherheit erreicht.

Die GLP-Fraktion empfiehlt die Anträge der BKK für das revidierte Museumsgesetz zur Annahme. Wir danken allen Beteiligten für die offene und lösungsorientierte Zusammenarbeit, namentlich dem Präsidialdepartement und den Verantwortlichen der Museen wie auch der GPK für den fundierten Mitbericht. Nicht zuletzt deswegen kam eine Neuauslegung der Gesetzesartikel zustande, die Früchte getragen hat. Die Grünliberalen sind happy damit, alles weitere wird sich bei der Umsetzung zeigen. Wir sind auch überzeugt, die Basis für ein gutes Miteinander ist heute geschaffen worden.

Brigitte Gysin (die Mitte/EVP): In den Wochen über den Jahreswechsel konnte ich zwei Ausstellungen in unseren Museen besuchen; Frohe Festtage im Museum der Kulturen und Zerrissene Moderne im Kunstmuseum. Bis vor knapp zwei Jahren war das meine einzige Perspektive auf unsere Museen, nämlich als Besucherin im Museum oder vielleicht als Lehrperson, die mit einer Schulklasse ein Bildungsangebot nutzt. Seit knapp zwei Jahren nun kenne ich auch die Perspektive aus Sicht der Legislative und zum Glück müssen wir als Parlament nicht diese Ausstellungen gestalten, aber wir sind dafür verantwortlich, für gute Rahmenbedingungen zu sorgen, die solche Ausstellungen erst möglich machen, mit denen wir auch die Verantwortung gegenüber den Steuerzahlenden und den Institutionen wahrnehmen können. Wir tun das über die Gelder im Rahmen des Budgets und eben auch über die gesetzlichen Grundlagen.

In einer perfekten Welt, da gäbe es sicher auch das perfekte Museumsgesetz, das jegliche Abläufe optimal regelt, reibungslose Zusammenarbeit garantiert und darum auch jegliche Konflikte verhindert oder wenigstens bei Konflikten deren problemlose Beilegung ermöglicht. Wir wissen es, die Welt ist nicht perfekt und es wurde schon mehrfach gesagt, auch Gesetze sind in der Regel nicht perfekt. Im nun sehr langem Prozess hinter diesem Museumsgesetz, da bin ich persönlich ja eben nicht den ganzen Marathon mitgelaufen, da war ich sozusagen nur beim Endspurt dabei, ich kann vielleicht auch nicht genau beurteilen, was in der ersten Legislatur, im ersten Teil geschaffen worden ist, aber beim mit dabei sein nun dieser zusätzlichen Arbeiten, Präzisierungen, Klärungen, da konnte ich das mehr mitverfolgen und die Fraktion Mitte/EVP und auch ich, wir sind überzeugt davon, dass nun wirklich mit diesen Klärungen und Verbesserungen ein Gesetz vorliegt, mit dem unsere Museen in den kommenden Jahren gut arbeiten können.

Ich verzichte darauf, nochmals auf all das einzugehen, was meine Vorrednerinnen und Vorredner schon sehr differenziert dargelegt haben und möchte nur nochmals hervorheben, es ist vielleicht nicht das perfekte Gesetz, auch in Zukunft kann es Konflikte geben, aber mit dem Gesetz, wie es nun vorliegt, scheinen mir die Voraussetzungen deutlich verbessert, dass solche Konflikte besser angegangen werden können.

Darum und aus den schon von vielen Seiten genannten Gründen wird auch die Mitte/EVP diesem Museumsgesetz in der vorliegenden Form zustimmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. Museumsgesetz

§1 (Überschrift geändert)

§2 (Überschrift geändert)

Abs. 2 (neu)

§3 (Überschrift geändert)

Abs. 2 (neu)

§4 (Überschrift geändert)

§5 (Überschrift geändert)

Abs. 1 (geändert), Abs. 1bis (neu), Abs. 1ter (neu), Abs. 1quater (neu), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 geändert, Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (neu)

§ 6 (Überschrift geändert)

Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (neu), Abs. 3 (neu)

§ 6a (neu)

§ 7 (Überschrift geändert)

Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (neu), Abs. 5 (neu)

§ 8 (Überschrift geändert)

§ 9 (Überschrift geändert)

Abs. 1 (geändert), Abs. 1bis (neu), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (geändert)

§ 10 (Überschrift geändert)

Abs. 1 (geändert)

§ 10a (neu)

§ 11 (Überschrift geändert)

Abs. 1 (geändert)

§ 12 (Überschrift geändert)

Abs. 1 (geändert)

§ 12a (neu)

Antrag

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt §12a „Schulklassen“ zu streichen. Wir eröffnen dazu die Debatte:

Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD: Wir beantragen, diesen §12a, der neu eingeführt werden soll mit dieser Revision, zu streichen. Der 12a-Artikel geht um Schulklassen und er sagt: "Schulklassenbesuche, Führungen und andere Vermittlungsangebote im Zusammenhang mit Schulklassenbesuchen aus dem Kanton Basel-Stadt werden den Museen vergütet. Die Ansätze werden vom Regierungsrat festgelegt". Warum bitten wir Sie, diese Neuerung nicht aufzunehmen. Mit der beantragten Anpassung von §12a Abs. 1 soll für Besuche, Vermittlungsangebote und Führungen von Schulklassen eine separate Abgeltung eingeführt werden und mit der Teilrevision soll den Museen aber eigentlich mehr Flexibilität gewährt und die finanzielle Autonomie mit mehrjährigen Globalbudgets gestärkt werden. Die Einführung einer zusätzlichen Abgeltung, separaten Abrechnung steht aus Sicht des Regierungsrates im Widerspruch zu diesen Bemühungen. Bisher wurden diese Aufwendungen über das Globalbudget abgegolten und diese separate Abrechnung würde zudem zu zusätzlichem administrativem Aufwand führen.

Der Regierungsrat hat das Anliegen aber erkannt. Er hat sich im Rahmen mit der Stellungnahme vom 20. Januar 2021 zur Motion der BKK betreffend Abgeltung an die Museen für Schulklassenbesuche dahingehend geäußert, dass er sich der steigenden Zahl von Schulbesuchen und auch der damit einhergehenden Belastung der Museumsbetriebe bewusst und bereit ist, andere Möglichkeiten einer adäquaten Abgeltung des Aufwands, der seitens der Museen aufgrund der Schulbesuche entsteht, zu prüfen. Der Grosse Rat ist mit Beschluss vom 21. April 2021 dem Antrag des Regierungsrates gefolgt und hat die Motion in einen Anzug umgewandelt, Sie werden also von uns in dieser Sache sowieso hören.

In diesem Sinne bitten wir Sie, hier diesen Antrag abzulehnen. Sollten Sie das nicht tun, werden wir Ihnen trotzdem eine Lösung vorschlagen, die im Rahmen des Globalbudgets das Thema adressiert.

Franziska Roth, Präsidentin BKK: Beat Jans, Sie haben zwei Mal gesagt, separat und zusätzlich. Im Gesetzesparagraf, den wir einfügen möchten, steht weder separat noch zusätzlich. Wir möchten im Gesetz festhalten, dass die Klassen aus Basel-Stadt ihre Schulbesuche weiterhin kostenlos halten können. Wir haben gemerkt in den vergangenen Jahren, dass diese Schulbesuche immer wie mehr zugenommen haben, dass die Aufwände für die Museen zugenommen haben und wir haben festgestellt, dass darüber nachgedacht worden ist, dass man vielleicht diese Schulbesuche limitieren soll oder irgend auf eine Art, dass die Schulen etwas bezahlen müssen und das möchten wir nicht. Wir möchten, dass die Schulbesuche weiterhin kostenlos sind und auch im Anzug steht nichts, dass es separat oder zusätzlich abgegolten

werden muss. Wir möchten, dass ein Finanzierungsmodell, und das kann gerne innerhalb des Globalbudgets sein, erarbeitet wird und wir möchten auch, dass man in dieses Finanzierungsmodell den Kanton Baselland miteinbezieht, weil auch die Schulen aus Baselland unsere Museen bis jetzt kostenlos mit einer Abgeltung durch den Kanton Baselland besuchen können. Das möchten wir erhalten und darum möchten wir es im Gesetz haben.

Claudio Miozzari (SP): Wir möchten bei der Version der BKK bleiben. Ich muss zwar zugeben, es ist nicht ganz einfach, das umzusetzen, aber es ist tatsächlich so, dass wir hier einen falschen Anreiz haben. Ob jetzt zehn oder tausend Schulen kommen in einem Jahr, das ist ein beträchtlicher Unterschied im Aufwand, aber die Entschädigung für die Museen ist immer dieselbe und wir hoffen, dass der Regierungsrat eine Lösung findet, die dann doch nicht so viel mehr zu tun gibt. Ich glaube auch, dass die gesetzliche Vorgabe, die wir vorgeschlagen haben, einen gewissen Handlungsspielraum lässt und wir möchten deshalb bei der Version der BKK bleiben.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP-Fraktion lehnt den Antrag des Regierungsrates ab und folgt der BKK und den Ausführungen der Präsidentin. Sie hat das sehr gut erklärt, ich habe eigentlich nichts mehr zu ergänzen. Es könnte argumentiert werden, dass die Abgeltung der Schulklassenbesuche auf Verordnungsebene geregelt wird, aber gerade wegen dieser wichtigen Aufgabe, nämlich der Bildung und der Vermittlung, ist es wirklich sehr wichtig, diesen Bereich auf Gesetzesebene zu regeln. Wir bitten Sie deshalb, den Antrag des Regierungsrates abzulehnen.

Christian von Wartburg, Präsident GPK: Es ist mir der Moment entglitten, wo ich zu § 6 noch etwas sagen konnte und ich habe jetzt die letzte Gelegenheit, noch etwas zu tun und ich mache das. Ich weiss, das ist ungewöhnlich, aber es ist mir wichtig, dass im Protokoll zumindest noch mein Votum insofern stattfindet, dass der neue Vorschlag zu Artikel 6 und 6a aus meiner Sicht insofern Klarheit schafft, dass das Departement bei den Museen nur und wirklich nur eine Dienstaufsicht hat, dass die Autonomie der Museen respektiert wird, sofern diese im Einklang mit der Rechtsordnung handeln und so lange der Leistungsauftrag nicht ernsthaft gefährdet erscheint. Ein Museum hat somit Autonomie und in diesem Autonomiebereich besteht, ausgenommen ein Rechtsbruch oder eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung, kein Weisungsrecht der vorgesetzten Behörde. Das ist mein Verständnis und mir war es wichtig, das noch einmal auch in der Beratung dieses Gesetzes so von meiner Sicht und auch aus Sicht des Mitberichts der GPK statuiert zu haben.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 91 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 448, 11.01.23 16:08:54]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Detailberatung

§ 12b (neu)

§ 13 (Überschrift geändert)

Abs. 1 (geändert)

Titel nach § 14 (geändert)

§ 14a (neu)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmungen

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 449, 11.01.23 16:10:02]

Der Grosse Rat beschliesst

I.

Das Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz) vom 16. Juni 1999 (Stand 10. April 2005) wird

wie folgt geändert:

§ 1

Geltungsbereich (Überschrift geändert)

§ 2 Abs. 2 (neu)

Bestandesgarantie und Lagerung (Überschrift geändert)

2 Die Lagerung von Sammlungsgegenständen kann ausserhalb des Kantonsgebiets erfolgen. Der Regierungsrat erlässt die erforderlichen Vorschriften auf dem Verordnungsweg.

§ 3 Abs. 2 (neu)

Kultur- und Bildungsauftrag (Überschrift geändert)

2 Der Regierungsrat legt die langfristige Ausrichtung der Museen periodisch fest. Die Museumsdirektorinnen und -direktoren und Museumskommissionen werden dazu angehört.

§ 4

Zusammenarbeit mit der Universität (Überschrift geändert)

§ 5 Abs. 1 (geändert), Abs. 1bis (neu), Abs. 1ter (neu), Abs. 1quater (neu), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (neu)

Universitätsgut, Sammlungen der Museen (Überschrift geändert)

1 Die Sammlungen der Museen bilden einen Teil des Universitätsgutes gemäss Universitätsguts-gesetz und stehen als solches im Eigentum des Kantons Basel-Stadt. Sie sind dem in § 3 genannten Zweck gewidmet.

1bis Die Museen richten den Erwerb und die Übernahme von Objekten, die Pflege sowie die Verwendung der Sammlung gemäss ihrem jeweiligen Sammlungskonzept aus, das die international anerkannten Standards erfüllen muss und öffentlich einsehbar ist.

1ter Sie prüfen bei Erwerbungen die Echtheit der Objekte.

1quater Sie prüfen bei Erwerbungen und Sammlungsobjekten die rechtmässige Herkunft und veröffentlichen die Ergebnisse. Von Dritten geltend gemachte Ansprüche werden umfassend abgeklärt. Im Falle eines berechtigten Anspruchs Dritter bemühen sich die Museen in Absprache mit dem zuständigen Departement um eine faire und einvernehmliche Lösung. Gelingt dies nicht, wird der Fall auf gemeinsamen Antrag der betreffenden Museumsdirektion, der betreffenden Museumskommission und des Rektorats der Universität dem Regierungsrat zum Entscheid vorgelegt. Für die Lösungsfindung können auch unabhängige Expertinnen und Experten beigezogen werden.

2 Die Gegenstände der Sammlungen der Museen sind grundsätzlich unveräusserlich. Über Ausnahmen entscheidet der Regierungsrat auf gemeinsamen Antrag der betreffenden Museumsdirektorinnen und -direktoren, der betreffenden Museumskommission und des Rektorats der Universität. Ein Veräusserungserlös oder ein eingetauschter Gegenstand bleibt Teil der Sammlung, welcher der veräusserte Gegenstand entnommen wurde.

3 Objekte aus Schenkungen und erbrechtlichen Verfügungen an die einzelnen Museen gehören zum Universitätsgut, unter Berücksichtigung der damit verbundenen Bedingungen und Auflagen. Die Annahme von Schenkungen, Erbschaften und Legaten unterliegt der Genehmigung durch den Regierungsrat, soweit die Schenkungen, Erbschaften und Legate mit Auflagen, Bedingungen oder Folgekosten verbunden sind.

4 Die Sammlungen der Museen stehen für Zwecke von Forschung und Lehre zur Verfügung. Dabei sind die Betriebsordnungen der Museen zu beachten.

5 Daten der Sammlung werden gemäss dem Prinzip "Open Data" so weit als möglich öffentlich zur Verfügung gestellt.

§ 6 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (neu), Abs. 3 (neu)

Rechtsform und Organisation (Überschrift geändert)

1 Die staatlichen Museen sind Dienststellen des zuständigen Departements.

2 Im Rahmen der rechtlichen Vorgaben sind die Museen in der Erfüllung des Kultur- und Bildungsauftrags frei. Im Hinblick darauf kommt ihnen auch organisatorische, personelle und finanzielle Autonomie zu.

3 Die Ausführungsvorschriften und die Steuerungsinstrumente, insbesondere der Globalkredit und der Leistungsauftrag, tragen der Autonomie der Museen Rechnung.

§ 6a (neu)

Steuerung und Aufsicht

1 Das zuständige Departement legt in Zusammenarbeit mit der Museumsdirektion für jedes Museum den Leistungsauftrag fest. Dieser beinhaltet insbesondere die Kosten- und Leistungsvorgaben.

2 Das zuständige Departement begleitet und beaufsichtigt die Museen. Es trifft die erforderlichen Massnahmen, wenn rechtliche Vorgaben verletzt werden oder wenn die Erfüllung des Leistungsauftrags ernsthaft gefährdet erscheint.

§ 7 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (neu), Abs. 5 (neu)

Museumskommissionen (Überschrift geändert)

1 Für jedes Museum besteht eine Kommission. Sie begleitet, berät und unterstützt die Museumsdirektorin resp. den Museumsdirektor. Der Regierungsrat regelt die Kompetenzen der Kommissionen auf dem Verordnungsweg.

3 Vor dem Anordnen von Massnahmen gemäss §§ 24 und 25 des Personalgesetzes vom 17. November 1999 gegenüber

einer Direktorin oder einem Direktor sowie einer Beendigung des Arbeitsverhältnisses gemäss §§ 30 Abs. 2, 32 und 33 des Personalgesetzes mit einer Direktorin oder einem Direktor wird die Präsidentin oder der Präsident der Museumskommission angehört. Die Präsidentin oder der Präsident informiert die Kommission.

4 Jede Kommission besteht aus sieben bis neun Mitgliedern. Bei einem Bestand von sieben oder acht Mitgliedern der Kommission werden bis maximal drei Mitglieder, bei einem Bestand von neun Mitgliedern bis maximal vier Mitglieder von der Universität gewählt. Die übrigen Mitglieder sowie der Präsident oder die Präsidentin der Kommission werden vom Regierungsrat auf Antrag des zuständigen Departements gewählt.

5 Die Mitglieder der Museumskommissionen können nicht gleichzeitig Mitglied einer in diesem Gesetz erwähnten Behörde oder Einrichtung sein, mit Ausnahme der Universität oder universitärer Einrichtungen.

§ 8

Museumsdirektorenkonferenz (Überschrift geändert)

§ 9 Abs. 1 (geändert), Abs. 1bis (neu), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (geändert)

Globalkredit (Überschrift geändert)

1 Die Museen erhalten die finanziellen Mittel für die Leistungserbringung in Form von Globalkrediten je Museum zugewiesen.

1bis Die Globalkredite werden vom Grossen Rat für ein Jahr bis höchstens vier Jahren bewilligt.

2 Mit der Budgetvorlage erhält der Grosse Rat die notwendigen Kosten- und Leistungsdaten zur Kenntnis. Die Leistungsdaten umfassen die Umschreibung der Wirkungs- und Leistungsziele der Museen mit Indikatoren und Sollwerten.

3 Der Grosse Rat beschliesst gleichzeitig mit dem Globalkredit die Leistungsziele der Museen.

4 In der Bildungs- und Kulturkommission erfolgt die Vorberatung des Globalkredits und der Leistungsziele. Sie hört jährlich die Museen an. Der Grosse Rat beschliesst das Betriebsergebnis vor Abschreibungen pro Museum. Investitionen werden separat gemäss den ordentlichen Kompetenzen bewilligt.

5 Mittel für die Ankäufe in den Sammlungen und für die Sonderausstellungen können als mehrjährige Ausgabenbewilligungen oder Rahmenausgabenbewilligungen genehmigt werden. Für die Ausgabenbewilligungen oder Rahmenausgabenbewilligungen gelten die ordentlichen Kompetenzen.

§ 10 Abs. 1 (geändert)

Nachtragskredite (Überschrift geändert)

1 Werden einem Museum nach der Bewilligung des Globalkredits zusätzliche Aufgaben übertragen oder fallen unvorhersehbare ausserordentliche Aufwendungen oder Einnahmeausfälle an, kann der Grosse Rat die nötigen Mittel in Form eines Nachtragskredites sprechen.

§ 10a (neu)

Mehrjährige Globalkredite

1 Während der Laufzeit des mehrjährigen Globalkredits werden Budgetüberschreitungen oder Budgetunterschreitungen vollständig auf das Folgejahr übertragen.

2 Bei mehrjährigen Globalkrediten passt der Regierungsrat den Kredit während der Laufzeit jährlich um die auf den Personalkosten ausgerichtete Teuerung gemäss § 22 des Gesetzes betreffend Einreihung und Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt (Lohngesetz) vom 18. Januar 1995 an. Weiter kann der Regierungsrat den Globalkredit während der Laufzeit aufgrund von Änderungen bei den internen Verrechnungen anpassen.

3 Als Beitrag zur Sanierung des kantonalen Finanzhaushaltes kann ein mehrjähriger Globalkredit sowie die Leistungsziele während der Laufzeit durch den Grossen Rat angepasst werden.

§ 11 Abs. 1 (geändert)

Kreditübertragung, Rücklagen (Überschrift geändert)

1 Der Regierungsrat entscheidet über die Übertragung nicht beanspruchter Beträge des Globalkredits und über die Rücklagen gemäss §§ 17 und 18 des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz) vom 14. März 2012.

§ 12 Abs. 1 (geändert)

Gebühren (Überschrift geändert)

1 Die Museen erheben für den Besuch ihrer Sammlungen oder Ausstellungen sowie für weitere Dienstleistungen in der Regel Gebühren. Diese tragen zur Deckung der Kosten bei. Art und Höhe der Gebühren orientieren sich an den Gebühren vergleichbarer Institutionen. Zur Förderung der Zugänglichkeit der Sammlungen können die Museen im Rahmen des Globalkredits auf die Gebühren-erhebung im Einzelfall oder allgemein verzichten.

§ 12a (neu)

Schulklassen

1 Schulklassenbesuche, Führungen und andere Vermittlungsangebote im Zusammenhang mit Schulklassenbesuchen aus dem Kanton Basel-Stadt werden den Museen vergütet. Die Ansätze werden vom Regierungsrat nach Anhörung der Museumsdirektorenkonferenz festgelegt.

§ 12b (neu)

Drittmittel

1 Die Museen legen ethische Grundsätze für die Annahme von Drittmitteln fest.

§ 13 Abs. 1 (geändert)

Kooperation (Überschrift geändert)

1 Die Museen kooperieren im Rahmen ihrer inhaltlichen und organisatorischen Autonomie miteinander und streben koordinierte Tätigkeiten mit weiteren Institutionen an. Bei hierzu notwendigen oder sich ergebende längerfristigen oder bedeutenden rechtlichen Bindungen wird das Departement vorgängig angehört.

Titel nach § 14 (geändert)

4. Teil: Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 14a (neu)

Ausführungsbestimmungen

1 Der Regierungsrat regelt das Nähere in einer Verordnung.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum. Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Mit dem Beschluss über das Eintreten auf das Geschäft haben Sie die Motion Claudio Miozzari und Konsorten gemäss § 43 Abs. 5 der Geschäftsordnung als erledigt abgeschrieben.

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, den Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend «Masterplan Basler Museen» abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 09.5193.05 abzuschreiben.

24. Neue Interpellationen.

[11.01.23 16:11:01]

Interpellation Nr. 140 Eric Weber betreffend befördert Basel die illegale Migration?

[11.01.23 16:11:01, JSD, 22.5583, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Eric Weber (fraktionslos): Diese Interpellation ist wichtig. Ich möchte nur zeigen, was die Basler Zeitung am Samstag geschrieben hat, sie hat das Thema quasi übernommen; "Bildzeitung läuft Sturm, Bundesregierung hält dagegen". Eine ganze Seite in der Basler Zeitung zu meiner Interpellation. In der Interpellation lesen Sie, was in Basel am Bahnhof SBB und auch am Badischen Bahnhof los ist. Seit Sommer 2022 sieht man eine starke Zunahme von jungen Männern und das ist ein Problem, da jetzt europaweit das Thema Basel angesprochen wird. In vielen Zeitungen, auch in Österreich und Deutschland, steht nicht über unsere Stadt als Kulturmetropole, sondern wir sind in ein schiefes Licht gekommen wegen diesen Flüchtlingen, die hier in Basel die Grenze überqueren. Darum möchte ich von der Regierung Antworten. Ich habe in allen Zeitungen in Österreich und Deutschland gelesen über die Flüchtlingsroute von Österreich über Basel und von Basel weiter nach Frankreich oder Deutschland.

Im Text meiner Interpellation steht, wie im Deutschen Bundestag das Thema Basel schon behandelt wird. Basel wurde auch letzte Woche in der Bildzeitung massiv genannt und darum, weil ich gewusst habe, dass dieses Thema kommt, habe ich diese Interpellation schon im letzten Jahr geschrieben und abgegeben. Selbst der Deutsche Bundestag beschäftigt sich nun mit der Praxis in Basel und Basel wird in einem ganz schlechten Licht dargestellt. Wir sind für die Deutschen die

Bösen. Sie finden diesen Artikel im Internet und lesen Sie den Text meiner Interpellation, dort zitiere ich die Politiker, die Basel schuldig sprechen. Die Deutschen sagen nun, es geht nicht, dass wir in Basel all diese Männer durchwinken, und die Deutschen benennen den Schuldigen, die Polizei in Basel.

Das ist sehr spannend und deshalb habe ich diese Fragen gestellt und bin auch gespannt, was die Regierung sagt. Wahrscheinlich ist die Antwort so, dass Basel-Stadt nichts ändern kann, weil die Flüchtlingsproblematik eine Sache des Bundes ist. Aber trotzdem ist der Schwarze Peter bei uns in Basel und ich bin erschrocken, als ich im Internet gelesen habe, dass Basel so schlecht dargestellt wird und hier hat Basel wirklich einen schlechten Ruf bekommen. Ich weiss nicht, ob Sie gesehen haben, was am Bahnhof SBB teilweise los ist mit diesen Sonderzügen.

Interpellation Nr. 141 Tim Cuénod betreffend der Sperrung der Meret Oppenheim-Strasse und den Auswirkungen auf das Gundeldinger Quartier, die Verkehrsteilnehmer:innen und den öffentlichen Verkehr

[11.01.23 16:15:21, BVD, 22.5594, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Tim Cuénod (SP): Niemand stellt in Frage, dass dieser Bahnausbau höchst erfreulich ist, dass die SBB für einmal so viel Geld in Basel investieren. Die Kommunikation war im vorliegenden Fall aber ziemlich unglücklich, das heisst, man hat eher zufällig erfahren zwei Wochen vor Baubeginn, dass die Meret Oppenheim-Strasse für drei Jahre gesperrt ist für den Durchgangsverkehr. Es zeigt sich jetzt in den ersten Tagen dieser Sperrung, dass diese Befürchtungen nicht ganz unbegründet sind. Zu Stosszeiten gibt es deutlich mehr Verkehr, insbesondere auf der Güterstrasse, der teilweise den öffentlichen Verkehr aufhält. Man muss es beobachten, offenbar gab es ein, zwei Mal auch einen Unfall, der unter anderem dazu geführt hat, aber auf jeden Fall ist es eine Situation, die für das Gundeldinger Quartier sicher nicht erfreulich ist. Ich habe einige offene Fragen in diesem Zusammenhang an den Regierungsrat. Ich bedauere ein wenig, dass es jetzt noch keine mündliche Antwort gibt, weil die Fragen stellen sich auch recht kurzfristig, aber ich bin dann sehr gespannt auf die schriftliche Beantwortung der Fragen durch den Regierungsrat und hoffe, dass man zumindest auch bei der Signalisation vielleicht noch Verbesserungen vornehmen kann, dass man auch schaut, was gibt es für mögliche Begleitmassnahmen, um diese Zusatzbelastung in Grenzen zu halten, zu schauen, dass insbesondere der öffentliche Verkehr gerade auf der Güterstrasse flüssig vorankommt. Ich bin, wie gesagt, sehr gespannt auf die Antworten des Regierungsrates.

Gestatten Sie mir noch ein letztes Wort zur Kommunikation des öffentlichen Verkehrsprojekts. Wenn ich sehe, und da finde ich das Bundesamt für Strassen, was ich sonst nie lobe, aber für einmal vorbildlich oder sagen wir es so, vielleicht auch manchmal zweifelhaft vorbildlich, aber was wir da an Informationsbroschüren zugeschickt bekommen für grosse Strassenausbauprojekte, das ist nun wirklich eine umfassende Kommunikation gegenüber der ganzen Bevölkerung. Bei Bahnprojekten ist das nicht der Fall. Man kann natürlich sagen, die SBB finden, das sind unsere Areale und es ist uns nicht mehr primär wichtig, aber wenn wir als Region Basel wollen, dass gegen Bahnausbauprojekte, die wir ja sehr vorantreiben, keinen Widerstand erwächst, dann haben wir ein starkes Interesse daran, dass die Bevölkerung bei Ausbausritten gut informiert wird, dass man auch da wirklich kommuniziert und diesem Informationsbedürfnis auch Rechnung trägt. Ich glaube, das würde die Akzeptanz dieser Schritte verbessern. Je mehr die grösseren Zusammenhänge bekannt sind, desto mehr werden auch kleinere Mehrbelastungen oder manchmal auch grössere Mehrbelastungen auch akzeptiert und ich denke, es wäre in diesem Sinne gut, dass sich auch der Regierungsrat überlegt, wie kann man die Kommunikation bei ÖV-Ausbauprojekten insgesamt verbessern. Dass die SBB finden, dass das nicht unbedingt ihre höchste Priorität ist, kann ich verstehen, aber das birgt eben auch Gefahren für die Region Basel.

Interpellation Nr. 142 Sasha Mazzotti betreffend Feuerwerk rund um den Jahreswechsel 2022/2023

[11.01.23 16:19:54, JSD, 23.5001, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Sasha Mazzotti (SP): Warum habe ich diese Interpellation zu privaten Feuerwerken und Böllerei um den Silvester eingereicht. Als ich vor elf Jahren nach Riehen gezogen bin, weit nach hinten umgeben von der deutschen Grenze, gab es grosse bunte Feuerwerke über Lörrach, Weil und Inzlingen. Bei uns in Riehen war es dunkel und ruhig. Die Grenze wurde mir da wieder sehr bewusst. Dem ist nicht mehr so, jetzt klöpft es auch in Riehen und als wir dieses Jahr um 8 Uhr abends nach Basel radelten, wurde es sogar immer mehr, also auch in Basel vier Stunden vor Mitternacht. Feuerwerk am Silvester, naja, bei uns ist das ja keine Tradition und in der Zwischenzeit gibt es ja auch ganz andere Möglichkeiten, am Himmelszelt eine fulminante Show zu bieten, ohne Schaden für Umwelt, Tierwohl und unsere Gesundheit.

In der Interpellation geht es nicht um eine Alternative, aber sehr wohl um das Thema Tierwohl, Umwelt und uns

Menschen, denn es wurde auch dieses Jahr nicht einfach von Mitternacht eine halbe Stunde lang laut und bunt das neue Jahr begrüsst, sondern das Geböllere und die Feuerwerke wurden einen Tag zuvor und mindestens einen Tag danach abgelassen. Notabene, in Basel und der Schweizer Region gibt es diese Tradition ja eigentlich gar nicht. Ob es dieses Jahr mehr Feuerwerke gab, weil die Leute noch Raketen und Vulkane im Keller hatten, da unsere 1. August-Feier mit Feuerwerk verboten wurde wegen der Trockenheit, das weiss ich nicht. Ich vermute, wenn nicht aufgeklärt wird, was dieses Geböllere und Feuerwerk eigentlich für Folgen für Tiere und Umwelt hat und es nicht rechtliche Folgen haben wird, wird es sogar zunehmen.

Mir ist klar, dass die Polizei nicht auf Feuerwerkjagd gehen kann am Silvesterabend, aber ich erwarte, dass die Problematik proaktiv angegangen wird. Für mich ist die entscheidende Frage, was die Konsequenzen sein werden und vor allem, was für Massnahmen für den nächsten Silvester geplant sind. In dem Sinne bin ich gespannt auf die Antwort und bedanke mich im Vorfeld bei denen, die diese zu beantworten haben.

Interpellation Nr. 143 Oliver Bolliger betreffend ist ein erhöhter Verzugszins bei Steuerforderungen wirklich nötig?

[11.01.23 16:22:38, FD, 23.5004, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

In den vergangenen Monaten sind die Zinsen schnell gestiegen. Sowohl der Vergütungszins als auch der Belastungszins wurden dieser Marktentwicklung angepasst. Der Vergütungszins soll die Steuerzahlenden motivieren, möglichst frühzeitig Akonto-Zahlungen an die zu erwartenden Steuern zu zahlen. Deshalb wurde dieser von 0,1 auf 0,5 Prozent erhöht. Auf dem Sparkonto bekommt man zwischen 0 bis 0,5 Prozent. Der Kanton sollte hier in einer ähnlichen Grössenordnung liegen. Der Belastungszins soll die Wirkung haben, dass Steuerforderungen rechtzeitig bezahlt werden. Der bisherige Belastungszins von 3 Prozent liegt mittlerweile erheblich tiefer als andere vergleichbare Schuldzinsen im Markt. Darum hat der Regierungsrat eine leichte Erhöhung beschlossen. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass der Belastungszins nicht hoch sein soll, aber er darf auch nicht zu tief sein, da sonst ein zu grosser Anreiz besteht, sich beim Kanton zu verschulden.

Mit einem Belastungszins von 3,5 Prozent bleibt der Belastungszins nach wie vor tief. Der Bund verlangt beispielsweise 4 Prozent auf der direkten Bundessteuer und auch im Vergleich zu anderen Kantonen befindet man sich am unteren Rand. Baselland verlangt beispielsweise 5 Prozent. Bei Vergleichen mit europäischen Ländern zeigt sich, dass sich bei vielen eine variable Festlegung des Verschuldungszinssatzes durchgesetzt hat. Das heisst, dort schwanken die Zinsen viel stärker als bei uns. Ebenso ist zu bedenken, dass im Ausland in der Regel der automatische Lohnabzug für Steuern gilt. Das heisst, im Ausland sind Steuerschulden im Vergleich zur Schweiz bei Angestellten viel tiefer. Der Vergleich mit dem Ausland ist folglich nicht sehr sinnvoll. Die Änderung von Vergütungs-, und Belastungszins, wie sie der Regierungsrat umgesetzt hat, ist insgesamt einnahmeneutral. Mehreinnahmen beim Belastungszins von grob geschätzt rund Fr. 3'000'000 werden durch die Erhöhung des Vergütungszinses wieder kompensiert.

Im Rechnungsjahr 2021 waren gut die Hälfte aller Veranlagungen von Verzugszinsen betroffen. Man darf davon ausgehen, dass sie alle Bevölkerungsgruppen umfassen. Tiefe und hohe Einkommen, Familien und Einzelpersonen. Bei den Verzugszinsen handelt es sich meistens um einen sehr kleinen Betrag, weil man den Fälligkeitstermin verpasst hat. Wenn jemand beispielsweise eine Steuerschuld von Fr. 10'000 hat und ein Jahr zu spät bezahlt, dann entspricht die Erhöhung des Verzugszinses von um 0,5 Prozent einen Betrag von Fr. 50. Der es Verzugszins schränkt also nur bei grossen Steuerbeträgen ein. Bei diesen würden hohe Einkommen oder Vermögen dahinterstehen. Liegen besondere Verhältnisse vor, so kann die Steuerverwaltung für fällige Steuern, Zinsen oder Bussen die Zahlungsfrist erstrecken oder Ratenzahlungen vorsehen. Es besteht im Einzelfall die Möglichkeit, einen teilweisen oder vollständigen Steuererlass zu beantragen.

Dem Regierungsrat ist es wichtig, die Kaufkraft im momentan von Teuerung geprägten Umfeld zu erhalten. Darum hat er auch den Grundbedarf bei der Sozialhilfe, den kantonalen Mindestlohn sowie die bei den Familienmietzinsbeiträgen anrechenbare Nebenkostenpauschale an die Teuerung angepasst. Ebenfalls wurde wie jedes Jahr die Prämienverbilligung an die gestiegenen Krankenkassenprämien angepasst. Insbesondere Menschen mit tiefen Einkommen sowie auch Familien profitieren hiervon. Diese Massnahmen sind sozialpolitisch zielgerichtet im Unterschied zu einer Senkung des Verzugszinses, der Personen mit hohen Steuerbeträgen und entsprechend hohe Einkommen zugutekäme.

Oliver Bolliger (GAB): Ich danke der Regierung für die zeitnahe Beantwortung meiner Interpellation. Vorneweg muss ich leider sagen, ich bin mit der Beantwortung des Regierungsrats nicht zufrieden. Es ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar, weshalb die Regierung sich dazu entschlossen hat, jetzt genau zu diesem Zeitpunkt den Belastungszins zu erhöhen. Auch in der Beantwortung der Regierung habe ich nun keine wirklich glaubhaften, nachvollziehbaren Gründe erfahren, wieso er das gemacht hat. Der Verweis auf die Erhöhung der Zinsen in den vergangenen Monaten bei den Banken, etc. ist aus meiner Sicht kein wirkliches Argument. Schliesslich ist der Kanton auch kein Finanzinstitut und es ist

nun überhaupt nicht so, dass wir dringend auf liquide Mittel angewiesen wären, um unseren Verpflichtungen nachzukommen.

Eher hätte ich mir gewünscht, dass die Regierung in der aktuellen finanziellen schwierigen Situation ein Zeichen setzt, anstatt den Verzugszins zu erhöhen, diesen senken würde. Dies würden wir finanziell locker verkraften und entlasten diejenigen Steuerzahlenden, die nicht in der Lage sind, ihre Steuerschulden fristgemäss bis zum 31. Mai vollständig zu begleichen. Das sind auch nicht wenige, wir haben es gehört, gemäss Antwort der Regierung bezahlen die Hälfte der Steuerpflichtigen ihre Steuern verspätet. Es ist also sehr verbreitet und gerade für Familien ist es wahrscheinlich eher die Regel als die Ausnahme. Monatliche Ratenzahlungen zu leisten und dann mit dem 13. Monatslohn Ende November die Restschuld zu begleichen, ich glaube, das ist ein sehr verbreitetes Zahlungsmodell. Und bei diesem soll nun noch ein höherer Zinssatz gelten, für mich nicht wirklich nachvollziehbar.

Was mich auch erstaunt, der Regierungsrat teilt mit, dass sich die Änderung der Zinssätze, also Vergütungs- und Belastungszins, einnahmeneutral auswirkt. Auch dies ist für mich eher unverständlich, weil ganz konkret bedeutet dies, die Menschen, die mit mehr Belastungszins auch ihre Steuerforderungen bezahlen müssen, weil sie eben nicht fristgerecht bezahlen, somit die Zinsentlastung derjenigen finanzieren, die ihre Steuern punktgenau bezahlen können. Und in Anlehnung an Mani Matter könnte man es auch so sagen; dene wos guet geit, geits no besser, und dene, wos nit so guet geit, geits no e biz schlächter. Irgendwie passt das für mich zurzeit nicht wirklich zusammen.

Auch wenn es vielleicht ein paar Menschen gibt, die ihre Steuern aus welchen Gründen auch immer bewusst spät bezahlen, das kann ja sein, obwohl sie rechtzeitig bezahlen könnten, ist dies für mich kein Argument, den Belastungszins zu erhöhen. Die Mehrheit der Steuerzahlenden mit Verzugszins ist wahrscheinlich, und ich denke wirklich so, schlicht nicht in der Lage, ihre Steuern komplett am 31. Mai abzuliefern, zu bezahlen. Der Verweis auf mögliche Anträge bei der Steuerverwaltung, ja, in der Praxis hinkt der ein wenig, das Erstrecken von Zahlungsfristen ist immer mit Belastungszinsen verbunden und ein Steuererlass zu erwirken bei der Steuerverwaltung ist im Gegensatz zu früher, da kann ich wirklich aus der Praxis reden, viel schwieriger geworden, als dies heute ist.

Nein, ich bin von der Beantwortung meiner Interpellation nicht befriedigt und ich überlege mir noch, evtl. etwas nachzufassen.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 23.5004 ist erledigt.

Interpellation Nr. 144 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Schutz für Menschen mit vom Strom abhängigen (z.T. lebenserhaltenden) medizinischen Geräten bei flächendeckendem Stromausfall

[11.01.23 16:31:28, GD, 23.5005, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt beantworten:

Zunächst mit ein paar wenigen einleitenden Bemerkungen. Der Kanton steht zum Thema Energiemangellage seit Ende September 2022 unter anderem auch mit der Medizinischen Gesellschaft Basel in Kontakt. Es fanden Austauschgespräche statt zur Sensibilisierung der Ärzteschaft und zu Planungs- und Vorbereitungsmaßnahmen, um allfällige Strommangelszenarien adäquat begegnen zu können. Dabei sind auch von Strom abhängige medizinische Geräte eines der diskutierten Themen.

Zu den einzelnen Fragen.

Erstens ist es für Betroffene möglich, sich an eine zentrale Meldestelle zu wenden. Patientinnen und Patienten, die auf von Strom abhängige medizinische Geräte angewiesen sind, werden eng von ihrer Hausärztin oder ihrem Hausarzt oder einer anderen Fachperson betreut. Sie wenden sich in erster Linie an ihre betreuende Ärzteschaft, welchen wiederum die Medizinischen Dienste des Gesundheitsdepartements bei Fragen zur Verfügung stehen.

Zweitens sind die medizinischen Fachkräfte, vor allem Hausärztinnen und Hausärzte darüber informiert, welche vorsorglichen Massnahmen für den Notfall geplant werden. Die Fachgruppen der Medizinischen Gesellschaft Basel wurden über mögliche Strommangelszenarien informiert und aufgefordert, ihre Mitglieder zu sensibilisieren und die für ihre jeweilige Fachspezialität geeignete Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen. Zurzeit wird unter anderem eruiert, wo im Bedarfsfall Anlaufstellen für das Laden von Akkus von medizinischen Geräten angeboten werden könnten.

Drittens werden Patientinnen und Patienten über eventuelle Notfallmassnahmen ausreichend informiert. Betroffenen Patientinnen und Patienten stehen ihre betreuenden medizinischen Fachpersonen zur Verfügung. Zudem sind pro fachärztliche Gesellschaften und Patientenorganisationen Informationen erhältlich. So hat beispielsweise die Schweizerische Gesellschaft für Pneumologie ein Merkblatt zum Thema herausgegeben, welches unter anderem auf der Webseite der Lungenliga Schweiz zu finden ist. Im Weiteren informiert die kantonale Webseite zur Energiemangellage über Möglichkeiten der privaten Vorsorge.

Viertens, wie weit sind die IWB in der Lage, auf individuelle Notfälle zu reagieren. Als Stromnetzbetreiberin im Kanton Basel-Stadt kommt der IWB die Aufgabe zu, mögliche, und es ist zu betonen, hoffentlich nicht nötige, aber mögliche Netzabschaltungen im Rahmen der vom Bund vorgegebenen Energiesparprogrammen umzusetzen. Sie ist damit eng eingebunden in die Kantonale Krisenorganisation, in der die Vorkehrungen für den Fall möglicher Bewirtschaftungsmassnahmen zur Vermeidung bzw. Bewältigung einer Energiemangellage getroffen werden. Die IWB hat nicht den Auftrag und ist auch technisch nicht in der Lage, auf individuelle Einzel- resp. Notfälle einzugehen. Dafür sind im gegebenen Fall die Rettungsdienste zuständig. Wie ausgeführt obliegt es jeder und jedem einzelnen Betroffenen, sich vor Beginn von Stromnetzabschaltungen, die mit Vorlauf angekündigt würden, auf eigene Initiative zu erkundigen, wo sie im Fall von rollierenden Stromabschaltungen die notwendigen Hilfsleistungen erhalten können.

Bruno Lötscher (die Mitte/EVP): Regierungsrat Lukas Engelberger, ich danke herzlich dafür, dass sich die Regierung die Zeit genommen hat, diese Interpellation kurzfristig mündlich zu beantworten, denn diese Menschen, die hier betroffen sind, die haben richtig Angst. Ich habe Briefe gesehen von Geräteherstellern, die geschrieben haben, wissen Sie, dass bei flächendeckender Stromabschaltung Sie mit dem Tode allenfalls zu rechnen haben, bitte erkundigen Sie sich also bei ihrem Arzt. Oftmals sind diese Leute überfordert, diese Tätigkeiten selber noch vorzunehmen, sie brauchen Hilfe und ich bin froh und glücklich zu lesen oder zu hören, dass die Medizinische Gesellschaft diese Arbeit übernommen hat und die Ärzteschaft aktiv mobilisiert und sensibilisiert, damit die Menschen, die davon betroffen sind, dort Hilfe holen können. Mir ist klar und ich finde es auch richtig, dass nicht der Staat grundsätzlich hier zuständig ist, aber eine Anlaufstelle, wo man sich allenfalls beraten lassen kann, wäre durchaus denkbar und sinnvoll, denn ich bin nicht ganz glücklich zu lesen, dass man erst jetzt beginnt zu prüfen, wo allenfalls zentrale Akku-Ladestationen möglich werden oder dass die Leute auf der Webseite der Lungenliga nachschauen können, auch da sind sie oft überfordert.

Insgesamt aber danke ich für die Ausführungen, ich bin überzeugt, dass die Medizinische Gesellschaft hier den richtigen Weg einget, und ich erkläre mich als befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 23.5005 ist erledigt.

Interpellation Nr. 145 Pascal Messerli betreffend Kommunikation der Sicherheitsbehörden bei unmittelbarer Gefahrenlage

[11.01.23 16:37:50, JSD, 23.5006, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Einleitung: Die jüngsten Angriffe auf Velofahrerinnen und Velofahrer haben zu einer spürbaren Verunsicherung in der Bevölkerung geführt. Der Regierungsrat versteht, dass nach diesen scheinbar aus dem Nichts aufgetretenen Delikten Fragen zur Sicherheit und zu den Ermittlungsarbeiten gestellt werden. Er nimmt diese Verunsicherung ernst und hofft auf eine baldige Ergreifung der Täterschaft durch die Strafverfolgungsbehörden. Gleichzeitig bedankt er sich für die Gelegenheit, offene Fragen zum Kommunikationskonzept bei Ereignissen zu erklären.

Zu den einzelnen Fragen, Frage 1.

Eine unmittelbare Information mit Warnhinweis löst nur dann die erhoffte Schutzwirkung aus, wenn ein klarer Sachverhalt vorliegt und mögliche Präventivmassnahmen kommuniziert werden können. Die reine Kommunikation eines Ereignisses ohne begleitende Verhaltensempfehlung bewirkt keinen Schutz vor Gefährdung und kann im Gegenteil sogar kontraproduktive Auswirkungen haben. So können unbedachte Ereignismeldungen unerwünschte Konsequenzen wie die Erschwerung der Fahndungstätigkeit oder Ermittlungsarbeit zur Folge haben. Die im Zeugenaufwurf vom 20. Dezember 2022 erwähnten Straftaten ereigneten sich zwischen 18 und ca. 19.30 Uhr und wurden der Polizei kurz nach 18 Uhr sowie später wieder zwischen 19.20 Uhr und kurz nach 20 Uhr gemeldet. In einer solchen Situation muss sich die Polizei zunächst einen verlässlichen Überblick verschaffen. Die fachliche Betreuung von Geschädigten, die akute Gefahrenabwehr sowie sofortige Fahndungen nach mutmasslichen Täterschaften stehen im Vordergrund. Selbstverständlich ist auch die Frage nach einer Warnung intern diskutiert worden. Da aber keine weiteren Meldungen eingegangen sind und es keine Hinweise auf Folgetaten gegeben hat, wurde nicht zuletzt aus konkreten fahndungstaktischen Gründen, die hier aufgrund der Ermittlungstaktik nicht ausgeführt werden können, entschieden, nach Abschluss der Erstfahndung einen Zeugenaufwurf zu publizieren.

Zu Frage 2.

Ja, es existieren festgelegte Abläufe für Ereignisfälle, darunter auch für das Szenario Terror. Im Falle eines Terroranschlags wird der Kantonale Krisenstab einberufen, womit die Kommunikationshoheit beim Regierungssprecher in der Staatskanzlei liegt. Dieser stimmt die Kommunikation mit den Mediensprechern der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt und der Kantonspolizei Basel-Stadt ab. Für sofortige Warnhinweise und Verhaltensempfehlungen werden die App

Alertswiss des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und der Twitter-Kanal der Kantonspolizei sowie der offizielle Twitter-Kanal des Kantons verwendet. Diese werden im Fall eines Terroranschlags rund um die Uhr bewirtschaftet, zudem werden die Medien in einem festen Rhythmus informiert. Die genaue Kommunikation wird selbstverständlich auch mit den Einsatzleitungen abgesprochen.

Zu Frage 3.

Diese Darstellung ist nicht korrekt und muss auf einem Missverständnis beruhen. Richtig ist, dass die fallbezogene Medien- und Öffentlichkeitsarbeit bei Straftaten gemäss den Vorgaben und den eher restriktiven Umschreibungen in der Schweizerischen Strafprozessordnung tatsächlich in die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaften und Gerichte fällt. Diese sind selbstverständlich in stetigem engem Austausch mit den ausführenden Polizeibehörden. Eine rasche Kommunikation wird durch diesen in der Praxis eingespielten und seit vielen Jahren erprobten Austausch nicht verhindert, sondern deren Inhalt verifiziert und geschärft. Im vorliegenden Fall wurde, wie in der Antwort zu Frage 1 erläutert, aus anderen Gründen entschieden, auf eine Warnung der Bevölkerung zu verzichten und einen Zeugenaufruf zu publizieren.

Zu Frage 4.

Der Regierungsrat geht davon aus, dass diese Frage den Einsatz im Ereignisfall betrifft. Hier gibt es bei der Information der Bevölkerung per soziale Medien folgendes zu berücksichtigen. Der Vorteil der sozialen Medien ist die einfache und sofortige Information mit den wichtigsten Fakten zu einer Sachlage. Andererseits werden damit nur einzelne Teile der Bevölkerung erreicht, jene, die dem entsprechenden Konto folgen. Die Breite der Bevölkerung wird deshalb nicht direkt über Twitter, sondern über die Newsseiten der starken Medien erreicht. Die wichtigsten Multiplikatoren unter den Followers sind deshalb die Medienschaffenden. Dem Twitter-Konto der Kantonspolizei folgt ein grosser Teil der Journalistinnen und Journalisten in der Region. Der Regierungsrat stellt fest, dass dieses System funktioniert, wie sich jeweils an der raschen Einbettung der Tweets auf den Newsseiten zeigt, wenn die Kantonspolizei zu einem aktuellen Ereignis wie zum Beispiel bei Demos oder Verkehrsbehinderungen informiert. Gleichwohl empfiehlt der Regierungsrat sowohl dem Folgen der Accounts des Kantons als auch den Download der App Alertswiss. Alertswiss ist der offizielle Behördenkanal des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und der Kantone für sämtliche relevanten Informationen rund um die Vorsorge und das Verhalten bei Katastrophen, Notlagen sowie Grossereignissen.

Zu Frage 5.

Für auf Grossereignisse bezogene Bevölkerungswarnungen braucht es keine zusätzlichen Ressourcen. Die Abläufe sind definiert und eingespielt. Die Frage ist, welche zusätzlichen Inhalte zu kommunizieren wären und welcher Mehrwert dadurch generiert würde. Wie in der vorhergehenden Antwort erklärt, stellt der Regierungsrat fest, dass mit der aktuellen Aufgabenzuweisung die Anforderungen, nämlich die Information der Bevölkerung, erfüllt werden und für die Ereigniskommunikation somit nicht mehr Ressourcen benötigt werden.

Zu Frage 6.

Unter den Polizeien ist es gang und gäbe, die Arbeit der anderen Korps zu beobachten und aus deren Einsätzen die entsprechenden Lehren zu ziehen. Die Terroranschläge in Europa vor mehreren Jahren haben die enorme Bedeutung der raschen Kommunikation vor Augen geführt. Die Zahl der Social-Media-Seminare, zum Beispiel mit direktem Bezug zu Fallbeispielen aus den genannten Anschlägen, hatte in den Folgejahren zugenommen. An einigen haben zu Fortbildungszwecken auch Angehörige der Kantonspolizei teilgenommen.

Pascal Messerli (SVP): Ich habe die Interpellation am Montagmorgen eingereicht und jetzt schon eine sehr fundierte Antwort bekommen, dafür bedanke ich mich beim Regierungsrat. Ich bin auch mit der Beantwortung befriedigt. So wie ich es jetzt verstanden habe, ist es eine Einzelfallabwägung, ob man im einzelnen Fall kommuniziert oder nicht, und ich habe grundsätzlich auch ein grosses Vertrauen in die Sicherheitsbehörden und kann selbstverständlich auch die Gründe nachvollziehen, weshalb man in diesem Einzelfall jetzt nicht kommuniziert hat. Ich nehme auch erfreut zur Kenntnis, dass man im Bereich Terror, in einem derartigen Szenario einen klaren Plan hat und diesen dann auch anwenden wird.

Vielleicht noch ein Punkt, der mir wichtig ist, warum ich auch diese Interpellation eingereicht habe, diesen Beweggrund, warum ich auch der Meinung bin, dass man vielleicht bei einem Einzelfall eher kommunizieren sollte als nicht kommunizieren sollte. Wir hatten jetzt diesen Fall und dann kam eine Meldung auf Instagram. Ich habe das dann von einer Kollegin auf WhatsApp erhalten, ein derartiger Screenshot, und meiner Meinung nach war es jetzt so, dass an diesem Abend sich diese Meldung nicht rasant verbreitet hat. Das kann aber auch sehr schnell ändern, es kann sich eine gewisse Dynamik entwickeln, dass jemand mit sehr vielen Followers etwas postet, dann fühlen sich seine Followers gezwungen, das auch wieder zu posten, dann entsteht eine Dynamik. Die Leute kommentieren auf Facebook, auf Twitter, auf Instagram, es wird spekuliert, es wird vielleicht auch eine Falschmeldung verbreitet, ich habe was gesehen oder ich kenne jemanden, der was gesehen hat, und wenn wir dann diesen Zeitpunkt erreicht haben und die Bevölkerung zusätzlich verunsichern, weil sie auf den sozialen Medien die vielen verschiedenen Kommentare lesen, dann verlieren die Sicherheitsbehörden ein gewisses Informationsmonopol. Und das Sicherheitsmonopol sollte ja beim Staat sein und das Informationsmonopol sollte auch beim Staat sein und wenn sich so etwas dann rasant entwickelt, dann droht die Gefahr, dass wir hier etwas die Information aus der Hand geben und dann eine zusätzliche Verunsicherung in der Bevölkerung entstehen kann.

Das ist der Grund, warum ich eher dafür bin, dass man in einem Zweifelsfall kommuniziert, als dass man es nicht tut, aber ich habe selbstverständlich auch ein gewisses Verständnis für die polizeitaktischen Gründen und für die ermittlungstaktischen Gründen und kann mich vorerst mit der Beantwortung der Interpellation für befriedigt erklären.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 23.5006 ist erledigt.

Interpellation Nr. 146 Nicola Goepfert betreffend Demonstrationsstatistik 2022

[11.01.23 16:47:30, JSD, 23.5007, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

10. Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft" - Bericht und Antrag für eine weitere Verlängerung der Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat sowie der Abstimmungsfrist

[11.01.23 16:47:31, PD, 20.1006.03, RZI]

Der Regierungsrat beantragt die Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat bis zum 15. Juni 2023 zu verlängern sowie die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 22. August 2024 zu verlängern.

Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD: Ich möchte nur kurz erklären, warum der Regierungsrat beantragt, für die Berichterstattung zur Initiative "Basel baut Zukunft" eine nochmalige Verlängerung der Frist um maximal drei Monate bis zum 15. Juni 2023 zu holen. Die Abklärungen und Arbeiten an einem potenziellen Gegenvorschlag wurden zwischenzeitlich intensiv fortgesetzt, dabei sind wir auch mit den Initiantinnen und Initianten sowie mit den Eigentümerinnen und Eigentümern im Austausch. Es hat sich gezeigt, dass die Erarbeitung eines Gegenvorschlags auf Gesetzesebene geeigneter als auf Verfassungsebene erscheint und letztlich im ganzen Verfahrensablauf viel Zeit sparen wird. Zur sorgfältigen Erarbeitung eines entsprechenden Gesetzesentwurfes wird aufgrund deren Vergleich zu einer Verfassungsbestimmung erhöhten Komplexität und Bestimmtheitserfordernis jedoch mehr Zeit benötigt. Damit anschliessend der Grosse Rat und die vorberatende Kommission genügend Zeit zur Behandlung der Initiative haben, empfehlen wir dem Grossen Rat, auch die Frist zur Durchführung einer allfälligen Volksabstimmung um drei Monate zu verlängern. Die gemäss § 24a Abs. 4 hier benötigte Zustimmung des Initiativkomitees haben wir bereits eingeholt. Mit der Verlängerung der Abstimmungsfrist um drei Monate müsste bis zum 22. August 2024 über die Initiative "Basel baut Zukunft" und einen allfälligen Gegenvorschlag abgestimmt werden. Das Ziel des Regierungsrates ist es, einen ausgewogenen für alle Beteiligten gangbaren Gegenvorschlag vorzulegen, der bestenfalls zu einem Rückzug der Initiative führt.

Jeremy Stephenson (LDP): Namens der LDP/FDP/SVP und der Mitte stimmen wir dieser Fristverlängerung zu. Allerdings möchten wir an dieser Stelle klar festhalten, dass diese Zustimmung keineswegs bedeutet, dass wir jedem Gegenvorschlag zustimmen werden. Wenn dieser Gegenvorschlag zu nahe an der Initiative ist, dann lassen wir lieber den Gegenvorschlag bleiben und werden die Initiative im Abstimmungskampf bekämpfen. Das möchte ich einfach zu Protokoll geben und wir sind gespannt, wie weit die Regierung einen vernünftigen Gegenvorschlag bringen kann.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Frist Berichterstattung
 2. Frist Durchführung der Volksabstimmung
- Publikationsklausel wird ergänzt

Schlussabstimmung

zur rechtlichen Zulässigkeit.

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 450, 11.01.23 16:53:05]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Die Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat zur formulierten Volksinitiative «Basel baut Zukunft» wird bis zum 15. Juni 2023 verlängert.

2. Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung der formulierten Volksinitiative «Basel baut Zukunft» wird bis zum 22. August 2024 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

11. Ausgabenbericht betreffend Staatsbeitrag des Kantons Basel-Stadt an den Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) und die Infobest Palmrain für die Jahre 2023 bis 2025

[11.01.23 16:53:22, RegioKo, PD, 22.0860.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Regiokommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 458'064 zu bewilligen.

Niggi Rechsteiner (GLP): Mit diesem Ausgabenbericht beantragt der Regierungsrat die Fortführung der Finanzierung des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) und der Informations- und Beratungsstelle Infobest Palmrain für die Jahre 2023 bis 2025 im Umfang von insgesamt Fr. 458'080. An den TEB fallen Beiträge von Fr. 276'423 und an die Informations- und Beratungsstelle Infobest Palmrain ein Beitrag von Fr. 181'640. Beide Organisationen werden seit ihrer Gründung von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie von weiteren Schweizer Akteurinnen und Akteuren mitgetragen und arbeiten eng zusammen. Aus diesem Grund wird die Finanzierung der beiden Einrichtungen, wie bereits in den Vorjahren, in einem Ausgabenbericht zusammengefasst. Die beantragten Staatsbeiträge des Kantons Basel-Stadt an den TEB und an die Infobest Palmrain sind im Budget eingestellt.

Ziel des Eurodistricts ist die Stärkung der trinationalen Agglomeration Basel und ihre urbanen Zentren als attraktiver grenzüberschreitender Wirtschafts- und Lebensraum mit hoher Umweltqualität. Der TEB wirkt als Plattform bez. Kooperationsgefäss für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im trinationalen Raum Basel auf lokaler und kommunaler Ebene. Er bezweckt die Entwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Städten, Gemeinden, Gemeindeverbänden, regionalen Gebietskörperschaften und kommunalen Zweckverbänden in der trinationalen Agglomeration Basel. Ziel ist es, mit gemeinsamen Positionen und Projekten den gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum der trinationalen Agglomeration zu stärken sowie die regionale Identität zu fördern.

Der TEB hat in der zurückliegenden Finanzierungsperiode eine neue Strategie 2023 erarbeitet und die Fortführung des Begegnungsfonds beschlossen. Dafür wird eine leichte Erhöhung der Finanzierungsbeiträge beantragt. Das TEB-Präsidium wird abwechslungsweise von den drei Ländern für jeweils zwei Jahre übernommen. Von 2023 bis 2025 ist die Präsidentschaft in der Schweiz. Der Districtrat mit dem Präsidenten Tim Cuénod ist ein wichtiger Partner des Vorstandes des TEB. Wichtige Projekte des TEB sind unter anderem in den Bereichen Raumplanung und Landschaft, Mobilität und Verkehr bzw. Zivilgesellschaften zu finden.

Die Infobest Palmrain ist Anlaufstelle und Kompetenzzentrum für alle Fragen aus dem grenzüberschreitenden Alltag für die Bevölkerung, die Wirtschaft, Vereine, Verwaltung, Behörden und die Politik. Als niederschwellige, bürgerinnen- und bürgernahe Informationsstelle bietet sie unter anderem Bürgerinnen und Bürgern, die durch einen Behördengang jenseits der Grenze vor Probleme gestellt werden, Informationen und Orientierungshilfen an. Wichtigste Dienstleistungen sind die Information, Beratung, Vermittlung, grenzüberschreitende Bürger/innensprechtag und digitale Hilfsmittel. Hier zu erwähnen ist das Covid-Einreise-Tool, das in relativ kurzer Zeit erstellt wurde. Die Infobest beteiligt sich am Interreg-Projekt "Service Zentrum Oberrhein", das in den Bereichen Koordination, Digitalisierung von Prozess- und Beratungstätigkeit sowie Verstärkung der Kommunikation und Öffentlichkeit eine Weiterentwicklung anstrebt.

Für beide Finanzierungsbeiträge werden geringfügige Erhöhungen der Beiträge für die Jahre 2023 bis 2025 beantragt. Da die Aufschläge neu berechnet werden, wird die Erhöhung durch den Umrechnungskurs in Franken marginalisiert.

Das vorliegende Geschäft wurde der Kommission im September überwiesen und im November vom Präsidiatdepartement in der Kommission im Detail vorgestellt. Die Regiokommission anerkennt die wertvolle Arbeit des TEB und der Infobest Palmrain für die Region und die Bevölkerung. Das Dreiland profitiert von einem konkreten Nutzen. Die geringfügige Anpassung der Mittel wird seitens der Kommission wohlwollend zur Kenntnis genommen. Sie beschliesst einstimmig mit 12 Stimmen, dem Ausgabenbericht betreffend den Staatsbeitrag des Kantons Basel-Stadt an den Trinationalen Eurodistrict Basel und die Infobest Palmrain für die Jahre 2023 bis 2025 zuzustimmen und beantragt dem Grossen Rat, den Ausgabenbericht zu genehmigen.

Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD: Nach der Erneuerung der Rahmenkredite und Staatsbeiträge für INTERREG VI im Jahr 2021 und für die interkantonale Koordinationsstelle Regio Basiliensis sowie für die Oberrhein-

Kooperation im vergangenen Jahr sind die Anträge an den Grossen Rat mit dem vorliegenden Ausgabenbericht für den Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) und die Infobest Palmrain nun komplett und das ist wichtig. Zu Beginn der letzten Finanzierungsperiode wussten wir noch nicht, dass uns eine Pandemie treffen und diese sogar zu Grenzschiessungen führen würde. Entsprechend konnten wir nicht erahnen, wie wichtig gerade die Dienstleistungen der Infobest Palmrain werden würden, um die negativen Auswirkungen dieser Grenzschiessungen abzufedern. Auch im Hinblick auf den Angriff Russlands auf die Ukraine und die Energiemangellage haben wir gesehen, wie wichtig der grenzüberschreitende Zusammenhalt und die grenzüberschreitende Information sind. Nicht zuletzt spielen der institutionalisierte Austausch und die persönlichen Kontakte über die Grenzen beim Klimawandel, aber auch bei den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU eine immer wichtigere Rolle. Ohne sinnvollen Einbezug unserer Partner dies- und jenseits der nationalen, kantonalen und kommunalen Grenzen wird es kaum möglich sein, das vom Volk vorgegebene Ziel einer klimagerechten Stadt Basel mit Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2037 umzusetzen. Auch in diesem Bereich ist es sehr wichtig, dass wir uns austauschen, vernetzen und gemeinsam vorgehen können.

Sehr gute Dienste, ich habe es gesagt, leistet diese Zusammenarbeit auch zwischen den eruierten Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Alle Seiten sind sich über die Wichtigkeit geregelter Beziehungen einig und ich glaube, wir können auch national sehr gut aufzeigen, wie wichtig es ist, dass der Bundesrat hier wieder an den Verhandlungstisch mit der EU-Kommission findet, weil wir als Region zusammengehören, uns über Jahrhunderte zusammen entwickelt haben und eine Auseinanderdividierung dieses Verhältnisses für unsere Region sehr schädlich wäre.

Aus lokaler Optik bedarf gerade die trinationale Agglomeration Basel besondere politische Aufmerksamkeit. Zur Veranschaulichung; in Basel-Stadt gibt es etwa hunderttausend Arbeitsplätze, die nicht von Menschen aus unsrem Kanton besetzt werden. Wir bieten für Auswärtige rund hunderttausend Arbeitsplätze und ein Drittel dieser Arbeitsplätze wird besetzt durch Menschen, die in Frankreich oder Deutschland leben, etwa halbe-halbe. Schon das zeigt, dass wir eine Versorgungsregion sind, die zusammengehören, dass es zwingend ist, dass diese Menschen uns entlasten bei unserer Versorgungsarbeit, die Menschen, die pendeln, und diese Entlastung der Agglomeration Basel bringt auch enorme Vorteile für uns als Wissensgesellschaft, als dynamischer Wirtschaftsstandort, aber auch als kulturelles Zentrum und als Exportmotor der Schweiz. Gleichzeitig bedarf die trinationale Agglomeration aber auch einer systematischen und professionellen Pflege und dafür ist dieser Trinationalen Eurodistrict und Infobest zuständig, die leisten hier ganz wichtige Beiträge. Auch aus diesem Grund hat sich der TEB eine neue Strategie gegeben für 2030 und die Infobest verfolgen am gesamten Oberrhein eine verstärkte Harmonisierung und Digitalisierung.

Vielleicht noch kurz, was hat der TEB in seiner neuen Strategie vor. Ab Mitte 2023 wird Stadtmann von Rheinfelden, Franco Mazzi, das TEB-Präsidium übernehmen und die Schweizer Delegation somit anführen. Was jetzt vorrangig angegangen werden soll, das sind konkrete INTERREG VI-Projekte, damit wir wieder grenzüberschreitend auch mit Geld aus der EU Ideen realisieren können, Projekte realisieren können. Diese sind im Bereich der Zivilgesellschaft einerseits, es geht darum, die Verständigung über die Grenzen zu stärken, wir wollen die Mehrsprachigkeit fördern, wir wollen Begegnungen ermöglichen, Schüleraustausch ermöglichen, all das kann mit diesen Mitteln geschehen. Wir wollen aber auch die Raumplanung stärken, weil es sehr sinnvoll ist, über die Grenzen hinweg sich Gedanken zu machen, wie sich unsere Entwicklungen abstimmen lassen. Nach Abschluss der IBA, die ja sehr viel Projekte generiert hat und gemeinsame Pläne auch hervorgebracht hat, ist es besonders wichtig, dass wir jetzt diese Raumplanungs- und Landschaftsentwicklungsfragen der TEB wieder zurückgeben, von der IBA wieder an den Trinationalen Eurodistrict.

Und schliesslich gibt es natürlich enorm viele Mobilität- und Verkehrsideen und Projekte, auch Brücken, zum Beispiel von der Schweiz ins benachbarte deutsche oder französische Gebiet. Die Umsetzung von Massnahmen zur Verbesserung der Mobilität und zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs in unserer trinationaler Agglomeration ist eine ganz wichtige Ergänzung zu den Aktivitäten von Agglo Basel.

Und zu genau diesem Zweck hat der TEB jetzt neue Mittel beantragt und soll sie auch erhalten. Wir haben es gehört, rund Fr. 92'000 pro Jahr wird der Kanton Basel-Stadt dafür aufwenden und das ist im Rahmen dessen, was wir auch früher ausgegeben haben, und erfreulich ist, dass die Beteiligung von Riehen als Kofinanziererin vom Kantonsbeitrag abgezogen werden kann. Der Infobest Palmrain soll rund Fr. 61'000 jährlich von uns erhalten und so seine wichtige Informationsaufgaben auch in den nächsten Jahren erfüllen können.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei der Regiokommission für ihre sorgfältige Arbeit und positive Empfehlung, die sie abgegeben haben. Die Einstimmigkeit in der Kommission zeigt, wir, Bürgerinnen und Bürger des Dreilandes, brauchen diese Gremien, sie leisten eine gute und wichtige Arbeit für die ganze Region.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Beteiligung Trinationaler Eurodistricts Basel
 2. Beteiligung Infobest Palmrain
 3. Vorbehalt Zustimmung Partner
- Publikationsklausel.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 451, 11.01.23 17:07:41]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an der Finanzierung des Trinationalen Eurodistricts Basel wird für die Jahre 2023 bis 2025 eine Ausgabe von maximal Fr. 276'423 (Fr. 92'141 pro Jahr) bewilligt.
2. Für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an der Finanzierung der Infobest Palmrain wird für die Jahre 2023 bis 2025 eine Ausgabe von Fr. 181'640 (Fr. 60'547 pro Jahr) bewilligt.
3. Dieser Beschluss wird unter dem Vorbehalt gefasst, dass die Kantone Basel-Landschaft und Aargau sowie die deutschen und französischen Träger ihre Beiträge an den Trinationalen Eurodistrict Basel und an die Infobest Palmrain im vereinbarten Umfang ebenfalls beschliessen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Schweizerische Friedensstiftung swisspeace für die Jahre 2023 bis 2026

[11.01.23 17:07:58, JSSK, PD, 22.1090.02, BER]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 1,6 Mio. zu bewilligen.

Barbara Heer (SP): Die Schweizerische Friedensstiftung swisspeace mit Sitz in Basel ist das wichtigste Institut für angewandte Friedensforschung in der Schweiz. Swisspeace engagiert sich im Rahmen der Entwicklung der Schweizer Friedenspolitik an der Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis. Für weitere Ausführungen möchte ich auf den Ratschlag der Regierung verweisen oder wird vielleicht die Regierung noch ausführen. Die Gewährung der Finanzhilfen 2019 bis 2022 knüpfte die JSSK 2018 an die Bedingung der Verlegung des Hauptsitzes nach Basel. 2019 wurde dann der Geschäftssitz der swisspeace nach Basel transferiert, 2022 fand der Umzug aller Mitarbeitenden in den Hauptbau der Kaserne statt.

Die JSSK befasste sich an zwei Sitzungen mit der Vorlage. Die Einführung in das Geschäft erfolgte durch den Vorsteher des Präsidialdepartements, Regierungspräsident Beat Jans, sowie durch den Leiter Kantons- und Stadtentwicklung. Die JSSK beantragt jetzt dem Grossen Rat, folgendes zu beschliessen: Fr. 1'600'000 resp. Fr. 400'000 pro Jahr für den Betrieb von swisspeace, davon sind Fr. 300'000 Betriebsbeitrag für die Weiterentwicklung der Friedensforschung und Fr. 100'000 sind Betriebsbeitrag für die Durchführung des Basel Peace Forums, welches jetzt dieses Jahr am 19. und 20. Januar stattfindet.

Die JSSK hat den Grossratsbeschluss leicht überarbeitet, wie Sie unserem Bericht entnehmen können, dahingehend, dass der Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes greifen soll. Dazu komme ich gleich noch. Diese Änderung der JSSK war schon im Grossen Rat im Dezember Thema rund um den Staatsbeitrag für Pro Infirmis.

In der Kommission gab unter anderem zu reden, dass der Ratschlag lediglich Ausblick auf die kommende Periode gibt, ein Rechenschaftsbericht über die vergangene Periode im Ratschlag fehlte. Das Departement hat uns natürlich mündlich informiert, dennoch baten wir die Verwaltung, dies das nächste Mal zu stärken und sie versicherte uns auch, dass das Reporting in der nächsten Periode mehr Gewicht erhalten wird.

Nachgefragt haben wir auch betreffend den Stand der bikantonalen Finanzierung. Da hat die Verwaltung ausgeführt, dass aktuell ein Vorstoss hängig ist in Baselland, es sieht aus, als gäbe es direkte Projektunterstützung aus dem Swisslos-Fonds von Baselland, aber grundsätzlich ist es natürlich sehr wünschenswert aus unserer Sicht, dass es eine bikantonale Finanzierung gibt. Dies ist auch wichtig, weil das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation eine bikantonale Förderstruktur erwartet.

Eine Information, die nicht im Ratschlag zu finden ist, aber in unserem Bericht vorkommt, swisspeace hat eine Erhöhung beantragt, um ein Gastaufenthaltsprogramm für erfahrene Expertinnen und Experten aus der Praxis der Friedensförderung zu lancieren. Die Regierung lehnte den Antrag ab und war der Meinung, dass zuerst eine klare Verankerung eines solchen Gastaufenthaltsprogramms in der Gaststadtpolitik stattfinden müsste und die strategischen Grundalgen dafür müssten erst noch erarbeitet werden. Das führte nicht etwa zu Diskussionen in der JSSK, wir waren einfach interessiert an den Gründen für die Ablehnung der Erhöhung.

Nun zum Teuerungsausgleich. Der Teuerungsausgleich wird gemäss § 12 Staatsbeitragsgesetz bei Finanzhilfen in der Regel gewährt, wenn die Personalkosten mindestens 70 Prozent der gesamten Betriebskosten ausmachen. Die JSSK stellte dann in der Beratung fest, dass der regierungsrätliche Entwurf zum Grossratsbeschluss keinen Teuerungsausgleich vorsah resp. mit der Formulierung "nicht-indexiert" eigentlich explizit ausschliessen wollte. Auf Nachfrage der Kommission gab dann die Verwaltung Auskunft, dass der Teuerungsausgleich kein Thema gewesen sei in der Verhandlung des Staatsbeitrags, da dies auch zeitlich vor der schlagartigen Teuerung stattgefunden hat. Gleichzeitig waren wir in der JSSK mit dem Ausgabenbericht Finanzhilfe Aliena beschäftigt, wo der Teuerungsausgleich explizit beantragt wurde und die Nicht-Indexierung nicht zu finden war im Grossratsbeschluss. Die Kommission kritisierte das als Widersprüchlichkeit des Regierungsrates im Umgang mit dem Teuerungsausgleich, insbesondere wenn aktuell bei jeder Finanzhilfe trotz ausgeschlossener Indexierung nachträglich ein Gesuch um Teuerungsausgleich gestellt werden könne, wie auch der Beantwortung der Interpellation "Melanie Eberhardt betreffend Umgang mit Staatsbeiträgen aufgrund der aktuellen Teuerung" zu entnehmen ist. Die JSSK ersuchte dann die Verwaltung zur Auskunft über den prozentualen Anteil des Personalaufwands bei swisspeace und wir erfuhren, dass diese im Verhältnis zum Gesamtaufwand bei 73,87 Prozent liegt im Budget 2023. Somit ist die Schwelle der 70 Prozent für einen Teuerungsausgleich erreicht und der § 12 Abs. 2 greift.

Die Kommission beschloss dann auch einstimmig, die Streichung der Klammer bei den Beträgen, da stand in den Klammern "nicht-indexiert", und beschloss einstimmig die Ergänzung der Formulierung, dass ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 vom Regierungsrat jährlich beschlossen wird. Der Antrag lediglich das "nicht" zu streichen, so dass der Betrag indexiert wird, verwarf die Kommission mit der Begründung, dass das Gesetz bei Finanzhilfen gar keine automatische Indexierung zulässt im Gegensatz zu den Abgeltungen gemäss § 12 Abs. 1, in der eine automatische Indexierung vorgesehen ist. Mit dieser expliziten Festschreibung, dass der allfällige Teuerungsausgleich vom Regierungsrat jährlich beschlossen wird, soll aus Sicht der JSSK zusätzliche Transparenz hinsichtlich der Frage des Teuerungsausgleiches geschaffen werden.

Im Namen der JSSK beantrage ich Ihnen, unseren schriftlichen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und diesen vorliegenden Grossratsbeschluss so anzunehmen. Dann bedanke ich mich auch bei den Mitgliedern der Kommission, der Verwaltung, der Regierung für die gute Zusammenarbeit und bedanke mich auch bei den Mitarbeitenden von swisspeace für die geleistete Arbeit.

Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD: Vor dem Hintergrund, dass die Zeit fortgeschritten ist, der Kommissionsbericht umfassend und ein wichtiger Bericht mit dem Ratschlag Ihnen bereits vorliegt, halte ich mich kurz. Der Regierungsrat ist überzeugt, mit der Unterstützung von swisspeace das Profil des Kantons als international agierenden Standort mit humanistischer Tradition weiter zu schärfen. Friede und Sicherheit sind Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung. Das gilt hier, das gilt in anderen Weltregionen genauso, wir erfahren das heute täglich mit den Nachrichten, die wir konsumieren. In seinem Engagement im Bereich Friedensförderung möchte der Regierungsrat dies stärken.

Er beantragt Ihnen deshalb die Genehmigung des Staatsbeitrages an swisspeace für die kommenden vier Jahre in der Höhe von insgesamt Fr. 1'600'000. Ich bedanke mich herzlich für die kompetente Beratung der Kommission und bitte Sie um Zustimmung des Antrags.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Staatsbeiträge

Alinea 1 Betriebsbeitrag Friedensforschung

Alinea 2 Betriebsbeitrag Durchführung Basel Peace Froum

2. Teuerungsausgleich

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 452, 11.01.23 17:18:06]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Betrieb der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace werden für die Jahre 2023 bis 2026 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 1'600'000 (Fr. 400'000 p.a.) bewilligt:

- Betriebsbeitrag für die Weiterentwicklung der Friedensforschung und –förderung Fr. 300'000 p.a.

- Betriebsbeitrag für die Durchführung des Basel Peace Forums Fr. 100'000 p.a.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

13. Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung für die Durchführung der UEFA Women's EURO 2025 in der Schweiz bzw. in Basel

[11.01.23 17:18:53, JSSK, ED, 22.0989.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK) beantragen, auf das Geschäft 22.0989 einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Barbara Heer (SP): In diesem Fall werde ich den mündlichen Bericht halten. Die JSSK hat sich aufgrund des Anliegens, das Geschäft auch rasch in den Grossen Rat zu kriegen und auch der Tatsache, dass es eigentlich nicht so viele Diskussionspunkte gab, für einen mündlichen Bericht entschieden.

Die JSSK hat den Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung für die Durchführung der UEFA Women's EURO 2025 in der Schweiz bzw. in Basel an zwei Sitzungen behandelt, beide Male eher kurz diskutiert. Ich möchte mich an dieser Stelle gleich beim Erziehungsdepartement, Conradin Cramer, Abteilungsleiter Sportamt des ED und Bereichsleiter Jugend, Familie und Sport bedanken, die das Geschäft in der JSSK überzeugend dargestellt haben.

Für die JSSK ist klar, diese Rahmenausgabenbewilligung gilt es zu sprechen und es ist dann auch zu hoffen, dass die UEFA sich im Frühling für die Schweizer Kandidatur entscheidet. Worum geht es. Zurzeit bemüht sich der Schweizerische Fussballverband um die Kandidatur für die UEFA Women's EURO 2025, Basel wäre eine der Austragungsstätten. Stattfinden würde es im Juni und Juli 2025, es wären 31 Spiele mit 16 Teams. Basel als einer der Hauptaustragungsorte geht von drei Spielen in der Vorrunde und zwei in der Finalrunde aus. Wie die Regierung die Chancen der Schweizer Bewerbung einschätzt, kann sie vielleicht nachher noch ausführen. Dass die Regierung mit der Teilnahme Basel darauf abzielt, ein starkes Zeichen für die Weiterentwicklung sowie die Positionierung des Frauenfussballs zu setzen und auch die internationale Ausstrahlung für die Schweiz und Basel positiv zu nutzen, das scheint der JSSK sinnvoll und das begrüsst sie.

Die Summe der Fr. 12'900'000 ist mit einigermaßen grossen Unsicherheiten verbunden. Das Erziehungsdepartement hat das Budget erstellt mit Wissen, dass es viele unbekannte Ausgaben gibt auch aus den Erfahrungen der EURO 08 und dem Europa-League-Final 2016 als Referenzwert. Geplant sind auch Rahmenaktivitäten, Begleitmassnahmen wie Public Viewings, offizielle Fanzonen und Fördermassnahmen des Mädchen- und Frauenfussballs.

Jetzt kurz zu einigen Themen, zu denen die JSSK Nachfragen gestellt hat. Einerseits war es zum Beispiel der JSSK wichtig, dass aus den Erfahrungen, zum Beispiel der EURO 08, gelernt wird, zum Beispiel als das Potenzial der Gastronomie damals deutlich überschätzt worden war. Die Verwaltung gab dann auch Auskunft, ob dies berücksichtigt worden ist und auch ein Austausch mit der Projektleitung der damaligen EURO 08 stattgefunden hat und zum Beispiel nur Spiele mit Potenzial für viel Publikum in der Fanzone gezeigt werden.

Dann gab es Nachfragen zur Finanzierung. Nach dem Brutto-Prinzip ist der volle Betrag eingestellt worden, es ist noch offen, ob und was der Bund daran bezahlen wird. Das Erziehungsdepartement hat uns versichert, dass bei verschiedenen Grossanlässen in der Vergangenheit gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem Bund gemacht wurden betreffend Kofinanzierung von solchen Anlässen. Baselland hingegen hat kein Interesse an einer gemeinsamen Projektorganisation geäussert, allenfalls wird der Swisslos-Fonds von Baselland einen Beitrag sprechen in tieferem sechsstelligem Bereich. Sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite gibt es also einige offene Faktoren, weswegen auch die JSSK die einzelnen Budgetkosten jetzt nicht ausführlicher diskutiert hat. Einfach zur Information, wie Sie dem vorliegenden Beschluss entnehmen können, ist der Betrag indexiert.

Die JSSK legt Ihnen einen leicht geänderten Grossratsbeschluss vor. Wir haben den Entwurf der Regierung dahingehend korrigiert, dass der Beschluss nur gilt, wenn die Schweiz den Zuschlag auch tatsächlich erhält. Dieser Zuschlagsentscheid war ursprünglich jetzt für Ende Januar terminiert, weswegen wir in der JSSK diskutiert hatten, ob es überhaupt Sinn macht, den Beschluss vor dem Entscheid der UEFA zu fällen. Wir kamen dann aber zum Schluss, dass es wichtig ist, den Entscheid vorher zu fällen, damit auch das Parlament nicht nur pro forma nachvollzieht, sondern wenn es das wollen würde, auch tatsächlich Nein sagen könnte, auch wenn das natürlich nicht so aussieht. Auch haben wir vom Erziehungsdepartement vernommen, dass es für sie wichtig ist, bald loslegen zu können mit der Projektorganisation. Tatsächlich wurde aber jetzt der Entscheid über die Auswahl der Kandidatur auf den Frühling, konkret im April 2023 verschoben. Es bleibt also spannend.

Für die JSSK ist die sportpolitische und die standortpolitische Relevanz des vorliegenden Geschäftes klar gegeben. Die

JSSK schätzt die UEFA Women's EURO 2025 als ein sehr wichtiger Anlass für den noch in der Entwicklung stehenden Frauenfussball ein. Es ist auch wichtig aus Sicht der JSSK, dass hiermit nicht nur ein schöner Anlass finanziert wird, sondern auch Strukturen zur Stärkung des Frauenfussballs gefördert werden. Auch den Schweizerischen Fussballverband gilt es zum Beispiel in die Pflicht zu nehmen, wie in der Diskussion in der JSSK geäussert wurde. Im Ratschlag sind auch konkrete Fördermassnahmen angedeutet, auch Vorschläge aus der Kommission, eben zum Beispiel, dass Basel die Stärkung des Frauenfussballs auch gegenüber dem Bundesamt für Sport platzieren solle oder auch in der Projektorganisation berücksichtigt werden soll. Zum Beispiel auf angemessene Beteiligung von Frauen oder konkrete Zusammenarbeit mit den lokalen Frauenteamen hat das Erziehungsdepartement und die Regierung sehr offen und interessiert reagiert. Der Regierungsrat hat auch ausgeführt, dass sie zwar noch kein Konzept erarbeitet hätten zur strukturellen Stärkung des Frauenfussballs in der Region, das aber ein wichtiger Punkt auf der Agenda sei. Das Thema werde auf jeden Fall in der Projektorganisation berücksichtigt und er sieht das wirklich auch als ein Impuls oder möchte es als Impuls nutzen für die strukturelle Stärkung des Frauenfussballs in der Region.

Mit diesem mündlichen Bericht beantrage ich dem Grossen Rat im Namen der JSSK, dem von uns leicht geänderten Ihnen auch schriftlich vorliegenden Grossratsbeschluss zuzustimmen und diese Rahmenausgabenbewilligung zu sprechen.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Inka Grings, so heisst die neue Trainerin der schweizerischen Fussball-Nationalmannschaft der Frauen, die hat gestern ein Interview gegeben in einer Zürcher Zeitung, die unter Basler Namen auch erscheint, und wird da wie folgt zitiert. Sie sagt erstens: "Es gibt keinen schöneren, faireren Sport als Fussball". Sie sagt zweitens: "Es ist Fussball, für den jede und jeder eine Leidenschaft pflegt". Und sie sagt drittens: "Und Frauen können es genauso gut wie Männer". Bei den ersten beiden Sätzen kann man vielleicht durchaus diskutieren, beim dritten Satz finde ich nicht, das hat die EURO in England eindrücklich gezeigt, das haben auch die Zuschauermassen, die Beliebtheit dieses Anlasses eindrücklich gezeigt. Der Frauenfussball ist am Kommen, wie eine Sportart nur am Kommen sein kann, es ist genial zu sehen, wie schnell hier eine klassische sportliche Männerdomäne endlich geknackt wird.

Eine Frauenfussball-Europameisterschaft in der Schweiz und in Basel wäre ein grosser Gewinn. Ein grosser Gewinn für das ganze Land, ein grosser Gewinn aber vor allem auch für Basel. Wir haben mit unserer Stadion-Infrastruktur die Möglichkeit, hier auch Finalsplele durchzuführen und werden auch zahlreiche Vorrundensplele bekommen, wenn es dann den Zuschlag gibt. Das gibt eine Inspiration selbstverständlich für den Leistungssport, das ist toll, vor allem aber wünsche ich mir einen Input für den Breitensport. Wir wissen, dass gerade Fussball ein niederschwelliges Angebot ist auch für Menschen, die zuziehen nach Basel, die Integrationsleistung von Fussball ist immens hoch und wenn hier nicht nur, ich sage mal 80 Prozent Buben das machen, sondern auch immer mehr Mädchen, dann ist das ein grosser Gewinn gerade für unsere Stadt. Der Schweizerische Fussballverband schätzt den Effekt dieses Grossanlasses auf zehn Jahre Beschleunigung in der Entwicklung des Frauenfussballs. Das ist natürlich nicht exakte Wissenschaft, aber man kann sich schon vorstellen, was so ein Anlass mit Role Models, die man live sehen kann, und es wird so sein, dass man Tickets auch bekommt im Gegensatz zur EURO 08, dass so etwas ausstrahlt auf die ganze Bevölkerung, aber vor allem natürlich auf Mädchen und junge Frauen, die vielleicht sich überlegen, diesen Sport dann auszuüben.

Selbstverständlich haben wir auch die positiven Effekte im Tourismus, im Standortmarketing. Die Präsidentin der JSSK hat erwähnt, der Betrag Fr. 12'900'000, das ist brutto, das ist auch ziemlich hoch, darf man sagen, das ist aber brutto, da kommen die Bundesbeiträge, dann kommen Beiträge von anderen zugewandten Orten, da kommen Sponsoring-Beiträge und es kommt natürlich auch die Wertschöpfung, die wie immer bei solchen Grossanlässen nicht einfach zu beziffern ist, aber die sicher da ist. Die Fankultur im Frauenfussball ist auch nochmal ein anderer als im Männerfussball, so dass wir hoffen, dass wir auch bei Sicherheitskosten und anderen negativen Nebeneffekten weniger zu befürchten haben als vielleicht noch beim Europa-League-Final 2016 oder bei anderen nationalen Spielen, die wir hier in Basel ausrichten dürfen. Der Kanton hat Erfahrung mit Grossanlässen, Sie wissen das, wir haben die Sportinfrastruktur und es ist sehr wünschenswert, dass wir diese Infrastruktur auch bespielen, auch nutzen können.

Ich möchte schliessen mit dem grossen Dank an die JSSK, vor allem auch an deren Präsidentin, die ich schon mit dem Thema behelligen durfte, als sie noch nicht formell im Amt war. Es war extrem wichtig, dass wir das schnell durch die Kommission bringen. Wir haben damit gerechnet, dass der Zuschlag schon im Januar ist und weil 2025 für die Organisation eines Grossanlasses eigentlich übermorgen ist, wollen wir keine Zeit verlieren. Sobald wir den Zuschlag erhalten, auf das hoffen wir, möchten wir direkt loslegen und dazu brauchen wir natürlich die Mittelfreigabe des Grossen Rates. Jetzt hat leider die UEFA verschoben auf 4. April, das ist unerfreulich, weil die Zeit einfach nochmal knapper wird, aber das ist hinzunehmen, die UEFA ist immer für Überraschungen gut. Wir unterziehen uns dem und die Hoffnung, dass wir als Schweiz und als Basel dann den Zuschlag bekommen, die ist hoch, meine Leute, die das besser wissen, sagen mir klar über 50 Prozent. Also wir dürfen hoffen und ich bitte Sie auch, die Daumen zu drücken.

Thomas Gander (SP): Schön, dass wir wieder mal über Fussball sprechen hier im Parlament. Ich stimme Regierungsrat Conradin Cramer vollständig zu, auch mein Einblick in die Fussballwelt zeigt auf, der Frauenfussball ist nicht nur am Kommen, sondern er ist sehr präsent. In England haben die Spiele in den Stadien rund 600'000 Menschen verfolgt und ein Millionenpublikum vor den Fernsehern und an den Finalsplelen. Logisch ist es für die UEFA sehr interessant, in diesen Bereich jetzt zu investieren und deshalb macht es schon auch Sinn, dass wir das noch politisch hier diskutieren. Es sind immerhin Fr. 12'000'000, die wir hier freigeben, kein Pappenstiel für ein Event, der dann schlussendlich auch einer UEFA zugutekommt, die, man kann schon sagen, immer wieder berechtigterweise im Fokus der Medienlandschaft steht über ihr Gebaren oder ihre Gewinnverwendung, aber auch über die Kommerzialisierung und ich denke, das darf man in der ganzen Diskussion jetzt auch um die Frauenförderung, auf die sich dieser Beitrag wirklich auch auswirken wird, nicht ganz

vergessen. In diesem Sinne ist mir auch wichtig, dass immer auch Länder oder jetzt sprich unser Kanton auch in Verhandlungen nicht defensiv auftritt, sondern ein Kanton darf, oder ein Land, auch wenn es sich bewirbt, offensiv auch gegenüber einer UEFA auftreten, einem Verband aufzutreten und auch Forderungen stellen oder Erwartungen stellen, die dann mit diesen Geldern auch erfüllt werden sollen.

Und hier ist es klar, ich finde, die Strukturen sind noch lange nicht vorhanden in der Schweiz, dass wir von einer klaren Frauenförderung im Fussball sprechen können, die auch strukturell sehr stark verankert ist. Ich durfte die Amateur Liga der Schweiz, alle Präsidenten, ich muss es so sagen, begrüßen. Es war voll, es waren 120 Leute hier, es war eine Frau hier, die delegiert war in diese Versammlung, und alle anderen waren Männer und da gibt es natürlich noch viel zu tun. Ich glaube schon, dass so ein Event wie eine Frauen-EURO dann auch Auswirkung hat, aber wir müssen, das hat die Präsidentin und der Regierungsrat gesagt, auch schauen, dass wir dann diesen Drive eines solchen Grossanlasses auch nutzen, auch die Strukturen anzupassen, die Sensibilität auch zu fördern, aber auch Erwartungen an unsere Sportvereine und auch an den Nordwestschweizer Fussballverband zu stellen, was es bedeutet, solch ein Grossanlass hier stattfinden zu lassen und was es insbesondere auch bedeuten soll dann für die weitere Förderung des Frauenfussballs in unserer Region oder überhaupt in der Schweiz.

In diesem Sinne findet die SP-Fraktion, ja, wir wollen diese EURO hier in Basel haben, wir wollen auch das Finalspiel haben, das soll man ruhig auch so sagen dürfen, das können wir hier durchführen, aber wir möchten auch, dass die Regierung hier gegenüber der UEFA und auch gegenüber dem Schweizerischen Fussballverband sehr stark auftritt.

Annouk Feurer (GAB): Conradin Cramer hat eigentlich schon alles gesagt, was ich auch sagen wollte, deshalb halte ich mich jetzt kurz. Ich möchte hier einfach kurz die Bewerbung der Regierung freudig bestärken, weil der Frauenfussball spätestens seit der letzten EM in England wirklich lanciert wurde und unbedingt mehr Präsenz verdient hat. Junge Mädchen können Mut und Vorbilder finden und das strahlt sehr positiv auf alle Sportbereiche aus und vielleicht können wir ein bisschen davon träumen, dass Fussballerinnen in Zukunft gleich viel verdienen wie Fussballer.

Meanie Eberhard (SP): Auch ich werde mich kurz halten, denn eigentlich ist es ja eine klare Sache, wir haben alles gehört, was sehr positiv ist für dieses Thema. Als ich das gehört habe, wollte ich aber trotzdem irgendwie auch noch als Fussballerin, als Person, die in Fussballvereinen tätig ist, die da aktiv ist, doch auch noch sagen, es geht eben nicht so schnell, wie es gehen sollte. Bis in den 70er-Jahren war Frauenfussball noch verboten, seither haben Männer auch immer wieder sehr engagiert den Frauen da Steine in den Weg gelegt und wenn wir diese Chance heute haben, wenn wir heute so ein positives Zeichen setzen, dann möchte ich das doch auch noch nutzen für einen Appell, dass wir auch wirklich schauen, dass wir in der Gleichstellung im Fussball, aber eben auch im Sport allgemein vorwärts machen. Ich kann mich da an Annouk Feurer anschliessen, was die Löhne angeht, sind wir noch nicht da, aber auch was die Förderung, was die Infrastruktur und was die Wertschätzung angeht, sind wir noch nicht da, wo wir sein sollten. In diesem Sinne ist jetzt dieser Ratschlag auch einfach eine gute Chance, noch auf das hinzuweisen und eben auch den Appell an die Regierung, da auch direkt hinzuschauen, wenn da Gelder gesprochen werden, dass dann in Zukunft an diesen Anlässen nicht 120 Männer und eine Frau dort sitzen, sondern dass wenn es um eine Frauen-EM geht, da auch Frauen am Tisch sitzen und auch Frauen mitentscheiden.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Rahmenausgabenbewilligung
2. Regelung Bewilligung
3. Beiträge Dritter

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 453, 11.01.23 17:37:23]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Fall der erfolgreichen Kandidatur der Schweiz mit Basel als Host City und einer der Hauptaustragungsorte für die UEFA Women's EURO 2025 wird für die Planung, Organisation und Durchführung des Turniers eine Rahmenausgabenbewilligung von insgesamt Fr. 12'900'000 zulasten der Erfolgsrechnung bewilligt (Index 104.2 Punkte,

Stand August 2022, Basler Index der Konsumentenpreise (BIK), Basis Dezember 2020 = 100 Punkte).

2. Für die Bewilligung der einzelnen Ausgaben ist gemäss § 27 Abs. 2 FHG jeweils der Regierungsrat zuständig.

3. Allfällige Beiträge Dritter werden von den Ausgaben in Abzug gebracht.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

14. Kantonale Volksinitiative "für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)"; Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen

[11.01.23 17:37:39, ED, 22.1303.01, RZI]

Der Regierungsrat beantragt, die Initiative als rechtlich zulässig zu erklären.

Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Sie beschliessen heute über die rechtliche Zulässigkeit der Volksinitiative "für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt", kurz die Förderklassen-Initiative, wie sie auch vom Komitee genannt wird. Wir beantragen Ihnen, die Initiative für rechtlich zulässig zu erklären und sie dem Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen. Sie haben ja auch bereits zwei Vorstösse zum Thema überwiesen und all diesen Anliegen ist etwas gemeinsam, die verschiedenen Vorstösse erachten das bestehende Fördersystem als nicht ausreichend resp. nicht für alle Schülerinnen und Schüler zielführend.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um auch hier etwas klarzustellen. Der Regierungsrat teilt die Auffassung, dass insbesondere Schülerinnen und Schüler mit einer massiven Verhaltensauffälligkeit den Unterricht signifikant erschweren, was zu einer grossen Mehrbelastung für alle Schülerinnen und Schüler, für unsere Lehrpersonen und für die Schulleitungen führt. Wir sind intensiv daran, mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Praxis Massnahmen zu erarbeiten, um unsere Schule zu stärken. Deshalb möchten wir Sie bitten, uns die Initiative zur Berichterstattung zu überweisen, damit wir einen Gegenvorschlag prüfen können und Ihnen dann ein Gesamtpaket anbieten können. Ich möchte Ihnen darin Lösungsvorschläge für alle diese Anliegen anbieten, für die überwiesenen Vorstösse wie auch für die Initiative.

Lassen Sie es mich heute schon klar sagen, die integrative Schule ist weder ein Heiligtum noch ein Dogma, auch nicht allein glücklich machend und die integrative Schule in einer Art kuriosen Reinform, diese reine integrative Schule gibt es ja auch gar nicht. Auch heute werden in Basel einige hundert Schülerinnen und Schüler separativ beschult, aber klar ist auch, es gibt Probleme mit der integrativen Schule und wir wollen, wir müssen diese Probleme lösen gemeinsam mit Ihnen, gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern aus der Schulpraxis.

Fest steht aber auch, es ist kein Zurück zum früheren Status. Ich kenne niemanden, der sich in dieser Sache auskennt und sich das alte System mit den Kleinklassen von früher sehnlichst zurückwünscht. Das wollen auch die Initiantinnen und Initianten der Förderklassen-Initiative nicht, im Gegenteil. Sie nennen ihre Initiative nicht zufällig Volksinitiative für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt, an der integrativen Schule, das ist ein wichtiger Bestandteil der Initiative. Und diese integrative Schule, die ist wichtig, sie ist so wichtig, dass Basler Schulen beim Thema Integration in der Schweiz eine Pionierrolle eingenommen haben.

Bei uns wurde der Gedanke der Integration schon früh konsequent umgesetzt und vielleicht noch konsequenter als anderswo. Wir stehen nun an einem Punkt, wo das System ganz offensichtlich an seine Grenzen stösst. Die Menge schwerer Verhaltensauffälligkeiten haben in kurzer Zeit ein Ausmass erreicht, das unsere Schulen teilweise kaum noch bewältigen können. Wir wollen am Grundsatz Integration vor Separation festhalten, aber Integration kann nur gelingen, wenn alle so mitmachen können, dass ein geregelter Unterricht möglich ist. Da hat das zu integrierende Kind einen Anspruch und diesen Anspruch auf geregelten Unterricht haben auch die integrierende Klasse und auch die integrierenden Lehr- und Fachpersonen. Und klarerweise braucht es manchmal Separation, damit die Integration im Grossen gelingen kann.

Ich möchte Ihnen mit diesem Votum jetzt im Rahmen der Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit einfach versichern, das Thema geniesst bei mir, beim Regierungsrat höchste Priorität. Bereits im Frühling möchten wir ein Massnahmenpaket in eine breite Konsultation geben und dafür brauchen wir dann natürlich oder brauche ich auch Ihre Unterstützung. Ich danke Ihnen deshalb, wenn Sie heute diese Initiative uns, dem Regierungsrat zur Berichterstattung überweisen.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Schlussabstimmung

zur rechtlichen Zulässigkeit.

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 454, 11.01.23 17:42:58]

Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 3'588 Unterschriften zustande gekommene umformulierte kantonale Volksinitiative «für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)» wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zur Volksinitiative zu übertragen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Volksinitiative gemäss § 18 Abs. 3 lit. b. IRG dem Regierungsrat zur Berichterstattung innert sechs Monaten zu überweisen.

15. Ratschlag betreffend Bewilligung der Staatsbeiträge 2023-2025 für den Verein Agglo Basel

[11.01.23 17:43:33, RegioKo, BVD, 20.0716.02, RAT]

Der Regierungsrat und die Regiokommission (RegioKo) beantragen, auf das Geschäft 20.0716 einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Niggi Rechsteiner (GLP): Mit diesem Ausgabenbericht beantragt der Regierungsrat, die Staatsbeiträge für die laufende Finanzierungsperiode 2021 bis 2025 von Fr. 3'130'000 um Fr. 594'000 auf Fr. 3'724'000 zu erhöhen. Im Hinblick auf das Agglomerationsprogramm der 5. Generation mit der Erweiterung der Thematik Klima reichen die bisherigen Mittel nicht mehr aus. Alle anderen Partner haben einer entsprechenden Anhebung der Beiträge entweder bereits zugestimmt oder bereiten parallel zu Basel-Stadt entsprechende politische Beschlüsse vor.

Die Agglomerationsprogramme sind ein zentrales Instrument des Bundes zur koordinierten Planung von Verkehr, Siedlung und Landschaft in urbanen Räumen. Dazu gehört auch die Abstimmung zwischen öffentlichem Verkehr, motorisiertem Individualverkehr sowie Fuss- und Veloverkehr. Die Agglomerationsprogramme bedingen eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Kanton, Städten, Gemeinden und in Grenzagglomerationen wie Basel mit den zuständigen Behörden der angrenzenden Länder. Aktuell befinden sich seitens Basel-Stadt das Agglomerationsprogramm 4. Generation mit einem Projektvolumen von Fr. 2'900'000'000 beim Bund in Prüfung.

Der Verein Agglo Basel, um den es hier geht, ist trinational und umfasst insgesamt 165 Gemeinden, 66 dieser Gemeinden befinden sich ausserhalb der Schweiz. Um die Bundesanforderungen an ein Agglomerationsprogramm zu erfüllen, müssen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung in der gesamten trinationalen Agglomeration auch über die Landesgrenzen hinweg zwingend abgestimmt werden. Agglo Basel hat neun Mitglieder, wie beispielsweise die Saint-Louis Agglo, den Landkreis Lörrach, die Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft sowie Aargau, Jura, die Région Grand Est und das Land Baden-Württemberg. Die Hauptaufgaben umfassen die Erarbeitung und Weiterentwicklung des Agglomerationsprogramms in der Region in Abstimmung mit Politik, Behörden und Verwaltung, die Erarbeitung und Weiterentwicklung eines koordinierten grenzüberschreitenden Angebotskonzepts, die Hauptvertretung gegenüber dem Bund, Prozessführerschaft bei der Umsetzung des Agglomerationsprogramms und nicht zuletzt auch die Interessenwahrung für die trinationale S-Bahn Basel durch "trireno".

Die Entwicklung des Finanzbedarfs, um die es hier geht. Mit jeder Programmgeneration steigt die Anzahl der laufenden Projekte aus früheren Programmen. Weiter hat der Bund gewisse Aufgaben an die Trägerschaften delegiert und die Anforderungen und Erwartungen ausgeweitet. So soll ab der 6. Programmgeneration die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung sowie Landschaft verpflichtende Bestandteile der Agglomerationsprogramme werden. Die Mitglieder von Agglo Basel wollen sich möglichst gut aufstellen, um diese Themen bereits in die 5. Programmgeneration einfließen zu lassen.

Seit 2017 sind die Beiträge der Mitglieder von Agglo Basel konstant geblieben. Bisher konnten zusätzliche Aufgaben mit Rückstellungen aus früheren Jahren abgefangen werden, diese Mittel sind nun jedoch aufgebraucht. Die jährlichen Mitgliederbeiträge für den Bereich Aggloprogramm steigen von Fr. 480'000 um Fr. 175'000 auf Fr. 655'000. Für den Bereich S-Bahn "trireno" steigt der jährliche Beitrag von Fr. 146'000 um Fr. 23'000 auf Fr. 169'000. Gesamthaft betrachtet steigt der Betrag von Fr. 3'130'000 um Fr. 594'000 auf Fr. 3'724'000 über eine Finanzierungsperiode von fünf Jahren.

Das Geschäft wurde im Oktober der Regiokommission überwiesen. Die Kommission wurde am 25. November vom stellvertretenden Geschäftsführer über die Aktualitäten informiert und Fragen wurden beantwortet. Der Verein Agglo Basel leistet eine wichtige Arbeit in der komplexen trinationalen Region und steuert erfolgreich die Agglomerationsprogramme und die Entwicklung der trinationalen S-Bahn. Die Regiokommission anerkennt den zusätzlichen Finanzbedarf. Die Erhöhungen sind massvoll, auch in Anbetracht, dass die Beiträge seit 2017 nicht mehr angepasst werden mussten. Die Kommission kritisiert einzig, dass nach dem grossrätlichen Beschluss für die Finanzierungsperiode 2021 bis 2025 diese bereits nach zwei Jahren angepasst werden muss. Weiter diskutierte die Kommission, ob die Rechtsform von Agglo Basel als Verein den Aufgaben und dem finanziellen Volumen noch entsprechen. Die Kommission anerkennt dabei die Herausforderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit über mehrere Kantone und drei Länder, die die Abstimmung zu einer adäquaten Rechtsform verkomplizieren.

Die Regiokommission beantragt dem Grossen Rat einstimmig mit 12 zu 0 Stimmen, dem Ausgabenbericht zuzustimmen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich kann Ihnen aus der direkten Zusammenarbeit auch mit Agglo Basel bestätigen, dass diese Zusammenarbeit wirklich sehr gut ist. Das ist ein schlank aufgestellter Verein, die arbeiten unglaublich sorgfältig, denken proaktiv an Dinge und das Return on Investment, wie man so schön sagt, ist wirklich hoch. Wir haben es gehört, Fr. 490'000'000 Bundesbeiträge haben sie, wenn man das etwas umgangssprachlich sagen darf, "inegholt" für unsere Region. Also das lohnt sich, diese Investition, die wir hier tätigen. Es kommt dazu, dass die Arbeit von Agglo Basel auch inhaltlich wirklich relevant ist. Sie alle wissen, dass Siedlungs- und Verkehrsentwicklung nicht an Landesgrenzen und nicht an Kantonsgrenzen Halt macht, da muss man wirklich zusammenarbeiten und das ist anspruchsvoll mit all diesen Gebietskörperschaften und auch da leistet Agglo Basel sehr wertvolle Arbeit.

Insofern bin ich froh, wenn Sie diesen Ausgabenbericht genehmigen, auch weil wir künftig Themenschwerpunkte noch verstärken möchten. So beispielsweise Klimaschutz gerade im Bereich der Verkehrspolitik, aber auch Klimaanpassungen, also Reduktion von Hitze, Inseln, auch das sind Vorgaben vom Bund, damit wir auch künftig Beiträge erhalten für unsere Projekte und deshalb ist dieser Schwerpunkt auch sehr wichtig, dass wir das nachvollziehen können. Deshalb Danke an die Kommission für die Beschäftigung mit diesem Geschäft und für die Empfehlung und ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Tim Cuénod (SP): Es ist unumstritten, dass Agglo Basel eine ausgezeichnete Arbeit leistet, übrigens auch bei "trireno", bei der Weiterentwicklung der trinationalen S-Bahn einen wichtigen Beitrag leistet und dass wir eine von nur wenigen Regionen sind, in die der Bund 40 Prozent der Projekte im Aggloprogramm mitfinanziert, weil der Wirkungsgrad von den Projekten sehr hoch ist. Es scheint mir jetzt wichtig, zwei ceterum censeo hier doch noch zu deponieren resp. immer wieder gewisse zwei Dinge zu sagen. Das eine ist, es ist enorm wichtig, dass man Projekte umsetzt, die man einmal beschlossen hat, sonst drohen Strafabzüge bei weiteren Projekten. Das betrifft mal ÖV-Projekte, mal andere. Und das zweite ist, es ist ungeheuer wichtig, dass man kommunikativ Infrastrukturprojekte gut begleitet und gerade auch bei ÖV-Projekten ist dies nicht unbedingt der Fall. Sonst drohen sie zu scheitern und dann holt man sich ein Minus auch für zukünftige Projekte, weil Strafabzüge vom Bund drohen. Entsprechend denke ich, dass es sehr wichtig ist, dass man sich diesbezüglich mehr Gedanken macht, dass man auch wirklich informiert über die Gesamtzusammenhänge, der Netzentwicklung, der Finanzierung und dass man nicht nur ein einzelnes Projekt vollkommen isoliert betrachtet. Ich denke, da gibt es ein grosses Bedürfnis, ich spüre es auch immer in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, dass häufig das Informationsbedürfnis sehr gross wäre, die Zusammenhänge aber leider zu wenig bekannt sind.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Alinea 1

Alinea 2

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 455, 11.01.23 17:54:34]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Agglo Basel wird die Ausgabenbewilligung für die Jahre 2021-2025 gemäss GRB Nr. 20/42/14G vom 14. Oktober 2020 von Fr. 3'130'000 um Fr. 594'000 auf Fr. 3'724'000, nicht indiziert, erhöht:

- Aufgabenbereich Agglomerationsprogramm: um Fr. 175'000 pro Jahr ab 2023

- Aufgabenbereich S-Bahn: um Fr. 23'000 pro Jahr ab 2023

Dieser Beschluss ist zu publizieren..

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin:

Informiert, dass sie keine Nachtsitzung plant, und am Mittwoch 25. Januar nur noch am Morgen mit einer Sitzung rechnet.

Schluss der 46. Sitzung

18:00 Uhr

Beginn der 47. Sitzung

Mittwoch, 18. Januar 2023, 09:00 Uhr

Mitteilungen

[18.01.23 09:00:08, MGT]

Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe zwei kurze Mitteilungen:

Heute keine Nachtsitzung

Ich informiere Sie gerne nochmals, dass es heute Abend keine Nachtsitzung gibt und dass wir nächsten Mittwoch den Vormittag einplanen.

Schlussabend

Sie erhalten eine E-Mail mit einer anonymen Umfrage welche Sie bitte bis kommenden Sonntag ausfüllen-

55. Resolution gegen die massiven Menschenrechtsverletzungen durch das iranische Regime

[18.01.23 09:01:07]

Es wurde eine Resolution aufgelegt. Der Resolution einen Entwurf für eine Resolution aufgelegt. Der Resolutionstext liegt Ihnen vor.

Edibe Gölgeci (SP): Im Namen der SP-Fraktion bitten wir Sie, der Resolution zuzustimmen. Zum wiederholten Mal lehnen sich die Menschen in Iran gegen das Regime auf. Über unterdrückte Frauenrechte in der islamischen Republik und den Widerstand der Bevölkerung. Es sind Proteste von enormem Ausmass. Seit dem 19. September 2022 gehen Menschen in Iran auf die Strasse und erheben unter Einsatz ihres Lebens ihre Stimme gegen ein unterdrückerisches Regime. Sie rufen "Nieder mit der Diktatur" und sie rufen "Jin, Jiyan, Azadi", auf Deutsch "Frau, Leben, Freiheit". Die feministische Parole in kurdischer Sprache steht für das derzeitige Auflehnen der Bevölkerung gegen die Regierung wie keine andere. Neu ist sie nicht. Seit Jahrzehnten wird sie von der kurdisch-feministischen Bewegung im Iran und in anderen kurdischen Gebieten verwendet, doch nie zuvor wurde ihr in Iran eine so breite Unterstützung zuteil, unabhängig vom Geschlecht, Ethnie, Alter und Schicht.

Die Menschen in Iran werden vor allem im öffentlichen Raum aber auch im Privaten streng überwacht. Grundlegende Menschenrechte von Frauen wie Männern werden in der islamischen Republik nach Angaben von Organisationen wie Amnesty International systematisch verletzt. Presse- und Meinungsfreiheit sind stark eingeschränkt. Es besteht kein Recht

auf faire Gerichtsverfahren. Auch alltägliche Dinge wie ein Besuch im Fussballstadion oder Fahrradfahren in der Öffentlichkeit sind für Frauen verboten. Tanzen ist untersagt, auch für Männer. Kontrollen, Razzien und Festnahmen sind gängige Mittel, um die Menschen in Iran unter Druck zu setzen.

Die Kleiderordnung in Iran seit der islamischen Revolution hat eine lange Geschichte. Die Auslegung der Verschleierungsordnung variierte in den vergangenen Jahrzehnten je nach amtierenden Staatspräsidenten und gesellschaftlichen Stimmungslage. Am Weltfrauentag versammelten sich zum Beispiel 1979 spontan Zehntausende Frauen in Teheran zu einer feministischen Demonstration gegen die Verschleierungspflicht. Doch rund zwei Jahre nach der islamischen Revolution wurden Frauenrecht sukzessive durch den Staat beschnitten, auch grundlegende wie das Erb-, Ehe-, Scheidungs- und Reiserecht. Das Erscheinungsbild der Frauen auf den Strassen Irans veränderte sich auch über die letzten zwei Jahrzehnte. Der Hidjab rutschte immer weiter nach hinten auf die Schulter, der Lippenstift wurde greller, die Kleidung enger und kürzer. Das Ablegen des Hidjabs in der Öffentlichkeit als Protestaktion ist spätestens seit 2014 in Iran bekannt. Ab 2017 startete mit White Wednesday eine weitere Kampagne. Jeden Mittwoch waren Iranerinnen aufgerufen, als Zeichen ihrer Solidarität in der Öffentlichkeit entweder ein weisses Kopftuch zu tragen oder die Verschleierung ganz abzulegen.

Sie hören, die iranische Geschichte der vergangenen 100 Jahre ist einerseits geprägt von dem Wunsch, sich der westlichen Moderne zu öffnen, andererseits von dem Bedürfnis, religiöse Traditionen zu bewahren. Der aktuelle Auslöser der Massendemonstrationen in Iran ist der Tod der 22-jährigen iranischen Kurdin Jina Mahsa Amini. Sie fiel in Polizeigewahrsam ins Koma, wenige Stunden nachdem sie in Teheran von der so genannten Sittenpolizei festgenommen worden war. Ihr Kopftuch habe ihr Jahr nicht vorschriftsmässig bedeckt, so der Vorwurf. Amini starb drei Tage nach ihrer Festnahme. Seitdem werden die Proteste immer grösser und heftiger. Auch international beobachten wir eine hohe Solidaritätswelle.

Trotz härtester repressiver Reaktionen der islamischen Republik lehnt sich vor allem die junge Generation gegen das Regime auf. Auch das Ablegen des Kopftuchs in der Öffentlichkeit ist zum Symbol des Widerstands geworden, denn in Iran ist das eine Straftat.

Auch hier in der Schweiz besteht seit Monaten ein grosses öffentliches Interesse und Betroffenheit angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen und der kaum fassbaren Gewalt in Iran. Wir erleben eine sehr engagierte Diaspora in der Schweiz und in Basel, die sich unermüdlich an die Öffentlichkeit wendet und sich dafür einsetzt, dass international Massnahmen ergriffen werden. Wir haben es zuletzt im Januar an einer Demonstration in Zürich gesehen, an der zehntätigen Mahnwache im Dezember in Basel und zuletzt vor einigen Tagen in Strasbourg. Darauf müssen wir, die Politik, reagieren und antworten, auch auf lokaler Ebene.

Basel will mehr Einsatz vom Bund. Der Bundesrat kann mehr. Wir berufen uns auf die langjährige humanitäre Tradition der Schweiz und Basel. Wir können und müssen als demokratisch unabhängiges Land für Demokratie und Menschenrechte einstehen. Damit die protestierende Bevölkerung in Iran den Abgang des Regimes erreichen kann, braucht sie unsere Unterstützung. Darum fordern wir den Bundesrat mit dieser breit gestützten Resolution auf zu handeln. Er soll die vollständigen EU-Sanktionen übernehmen und zudem soll er prüfen, ob wie in Grossbritannien die iranische Revolutionsgarde als terroristische Organisation eingestuft werden kann.

Wir fordern Gerechtigkeit für Jina Mahsa Amini und all die Menschen, die seither hingerichtet und verhaftet wurden, darunter auch Minderjährige. Wir solidarisieren uns sehr stark mit den mutigen Menschen in Iran, die für Demokratie und Freiheit kämpfen, insbesondere mit den Frauen. Es ist wichtig, sich überall für die Rechte von Frauen stark zu machen. Ich bedanke mich solidarisch für die Überweisung der Resolution. "Jin, Jiyan, Azadi", "Zan, Zendeji, Azadi", "Frau, Leben, Freiheit".

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Resolution abzulehnen. Wir haben auf der Welt zahlreiche Kriege, Konflikte, Menschenrechtsverletzungen. In jedem sozialistischen Regime haben wir Menschenrechtsverletzungen, in jedem arabischen Land haben wir Menschenrechtsverletzungen. Das habe ich Ihnen letzte Woche schon gesagt. Wenn wir nun einen Konflikt, ein Land, in dem grobe Menschenrechtsverletzungen stattfinden, herauspicken, hier eine Resolution einreichen, dem Bundesrat ein Signal geben, dann gibt das ein komplett unvollständiges Bild. Wenn wir konsequent sein wollten, dann müssten wir pro Jahr Hunderte von Resolutionen einreichen, jeden Krieg, jeden Konflikt und jede grobe Menschenrechtsverletzung mittels Resolution rügen. Das ist aber nicht die Aufgabe eines kantonalen Parlaments, das führt völlig ins Uferlose.

Was Sie hier betreiben, ist Klientelpolitik. Sie wollen hier einen Konflikt herauspicken und dadurch die eine oder andere Stimme abholen. Das ist nicht wirklich glaubwürdig. Im Übrigen ist es auch so, dass wir bei diesen genannten Punkten sehr wenig kantonale Kompetenzen haben, um sie auch nachvollziehen zu können. Der Bundesrat, die Rechtskommissionen des Parlaments haben hier eine Abwägung gemacht. Der Ständerat hat zusätzliche Sanktionen abgelehnt. Es existieren bereits Sanktionen gegen den Iran, weitere Sanktionen wurden in einer Güterabwägung abgelehnt, auch mit dem Grund, dass wir ein Schutzmachtsmandat zwischen den USA und dem Regime Iran haben. Dort hätte man empfunden, dass weitere Sanktionen eine reine Symbolpolitik wären und wir können uns nicht eins zu eins mit der EU vergleichen.

In den Gebieten, in denen wir eine kantonale Kompetenz haben (ich erinnere Sie noch einmal an die Städtepartnerschaft mit Shanghai), wollten Sie mit einem Mörderregime nicht brechen, dort haben Sie meine Motion abgelehnt. Es gibt durchaus Parlamentsmitglieder, welche auch meine Motion damals unterstützt haben, aber diejenigen, die jetzt dieser Resolution zustimmen und meine Motion damals abgelehnt haben, diese Parlamentsmitglieder erinnern mich ganz stark an die deutsche Nationalmannschaft. Wo es ganz einfach ist, gegen Ungarn oder hier gegen den Iran grosse Menschenrechte einzufordern, dort machen Sie das mutig. Wo es um Handel geht, um Profit und Finanzen, dort sagen Sie

lieber, dass es etwas zu heikel sei, etwas zu sagen.

Das ist eine Doppelmoral. Wenn Sie die Shanghai-Motion ablehnen und dieser Motion zustimmen, dann machen Sie sich einer Doppelmoral schuldig. Das gleiche gilt auch, wenn es darum geht, die IRGC als Terrororganisation einzustufen. Ich kann Ihnen ehrlich sagen, ich weiss nicht, warum man auf Bundesebene gerade diese und andere Organisationen nicht als Terrororganisationen einstufen möchte. Ich wäre ja sehr gespannt, wie dieses Parlament reagieren würde, wenn ich beispielsweise nächsten Monat eine Standesinitiative einreichen würde, die ein Verbot der Hamas und die Einstufung der Hamas als Terrororganisation fordern würde, oder die PKK. Dort schweigen Sie seit Jahren, hier muss man nun einfach eine Terrororganisation herausnehmen und diese dann in der Schweiz verbieten, losgelöst von allen anderen Konflikten und Menschenrechtsverletzungen. Das ist in der Tat ungläubwürdig.

Wenn wir schon beim Thema Hamas und Israel sind, kommt noch ein dritter Punkt hinzu. Was macht denn der UNO-Menschenrechtsrat hauptsächlich? Israel sanktionieren und verurteilen, mehr als Syrien, Iran, mehr als Nordkorea und China. Der UNO-Menschenrechtsrat ist eigentlich ein UNO-Unmensenrechtsrat, weil er aus antisemitischen Gründen einseitig auf Israel schießt und gegen Israel hetzt. Wenn wir die Menschenrechte in der Schweiz ernst nehmen wollen, dann sollten wir uns konsequenterweise von diesem UNO-Menschenrechtsrat distanzieren oder diesen zumindest auf seine antisemitischen Motive überprüfen.

Im letzten Punkt fordern Sie, dass die Menschen in der Schweiz geschützt werden. Da gebe ich Ihnen ausnahmsweise zu 100% Recht. Deshalb habe ich auch 2017 eine Interpellation eingereicht, als es darum ging, dass kurdische Menschen an der Universität von türkischen Regierungsspitzen überwacht wurden. Da bin ich bei Ihnen. Ich habe mich auch anlässlich der Shanghai-Motion beschwert, als Tibeter auf unserem Territorium von chinesischen Sicherheitskräften niedergeknüpelt wurden und wir gleichzeitig Mondfeste gefeiert haben. Das ist in der Tat ein grosses Problem, und wir müssen unsere nationale Sicherheit und unsere nationale Souveränität in den Griff bekommen und verbessern. Das machen wir aber, indem wir unsere Sicherheitsinstrumente, unsere Sicherheitsbehörden stärken, mit einem starken Nachrichtendienst, mit einer starken Armee, mit einer starken Polizei, all das, was insbesondere die rot-grünen Kräfte in diesem Land ablehnen. Wenn Sie das verbessern wollen, dann machen Sie die Arbeit in sicherheitspolitischen Anliegen und nicht via Resolution.

Im Namen der SVP bitte ich Sie, diese Resolution abzulehnen.

Fleur Weibel (GAB): Es ist sehr erfreulich, haben letzte Woche über 80 Grossrätinnen und Grossräte der Traktandierung der Resolution zugestimmt. Ich danke Ihnen dafür vielmals und bitte Sie, die Resolution nun heute mit ebenso grosser Zustimmung zu überweisen und damit ein deutliches Zeichen nach Bundesbern zu schicken.

Die Schweiz muss ebenso wie die internationale Gemeinschaft weitere Massnahmen ergreifen, um die grausame Gewalt des iranischen Mullahregimes baldmöglichst zu stoppen und den Kampf der iranischen Bevölkerung für Freiheit, Menschen- und insbesondere Frauenrechte zu unterstützen.

Einige von Ihnen haben diese und ähnliche Resolutionen, die hier im Grossen Rat schon behandelt wurden, als Symbolpolitik abgetan. Diese Sichtweise verkennt zum einen die Wirkmächtigkeit, die Symbole in ihren jeweiligen Kontext haben. Es macht immer einen Unterschied, ob ein Zeichen gesetzt wird oder nicht, ob öffentlich und politisch Stellung bezogen wird oder nicht. Zum anderen ist es nicht einfach ein Symbol, sondern es sind konkrete Forderungen, die Basel als weltoffene und ihrer humanistischen Tradition verpflichtete Stadt mit der Resolution an den Bundesrat schickt.

Für die Iranerinnen und Iraner in Basel, die seit Monaten mit unerschütterlichem Engagement für die revolutionäre Bewegung in Iran kämpfen, und von denen heute einige auch hier im Rathaus anwesend sind, ist es von enormer Bedeutung, dass ihre Forderungen von der lokalen Basler Politik gehört, aufgenommen und an den Bund weitergegeben werden. Ist es nicht genau das Wesen unserer föderalen Politik, Anliegen gegenüber Bundesbern zu kommunizieren und dadurch auch die Vorstösse unserer nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu unterstützen, die in Bern leider nicht so zahlreich vertreten sind.

Ist es nicht unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker, eine Stimme zu sein für jene, die in den politischen Institutionen der Schweiz nicht so einfach Gehör finden? In meinem Verständnis von Politik ist das jedenfalls so und somit ist für mich auch völlig klar, dass wir diesen aktuellen Kampf, den manche auch als historischen Kampf bezeichnen, diesen Kampf gegen Unrecht, Gewalt und Unterdrückung, der auf den Strassen iranischer aber auch Schweizer Städte geführt wird, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Dass wir mit der Resolution die von zahlreichen iranischen Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten geäusserten Forderungen aufnehmen und an den Bundesrat weitergeben, ist auch deshalb so wichtig, weil das verbrecherische iranische Regime seit Jahrzehnten gerade darüber funktioniert, dass es die Menschen zum Schweigen bringt. Eine Journalistin aus Teheran, die heute in Zürich lebt, beschreibt das wie folgt: "Es wird stummgeschaltet, um zu töten, und es wird getötet, um stummzuschalten." Stummgeschaltet werden die Journalistinnen und Journalisten, die über die Todesurteile berichten wollen, indem sie verhaftet und ins Gefängnis gesteckt werden. Und getötet werden die Demonstrantinnen und Demonstranten, damit die revolutionäre Bewegung wieder verstummt. Aber jetzt gibt es eine Hoffnung, dass diese grauenvolle Politik des Unterdrückens und Einschüchterns, des Folterns, des Vergewaltigens und des Hinrichtens nicht mehr funktioniert. Die Menschen in Iran und in der iranischen Diaspora lassen sich nicht mehr zum Schweigen bringen. Für jeden getöteten Menschen, heisst es, erheben zehn andere Menschen ihre Stimme.

Diese revolutionäre Kampf für Freiheit und Menschenrechte ist also fundamental darauf angewiesen, dass nicht länger geschwiegen wird und die Mächtschaften des iranischen Regimes nicht länger toleriert werden. Genau deshalb fordern auch die Iranerinnen und Iraner, die in den USA, Europa und in der Schweiz leben, dass eben diese Länder, die sich Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit auf die Fahne schreiben, nun mit aller Vehemenz für diese Werte eintreten

und sich mit dem Befreiungskampf unter dem Slogan "Jin, Jiyan, Azadi" - "Frauen, Leben, Freiheit" solidarisieren.

Dabei hat gerade die Schweiz durch ihr Schutzmachtmandat eine wichtige Rolle für das iranische Regime und darf deshalb erst recht nicht schweigen. Sie muss die massiven Menschenrechtsverletzungen in aller Deutlichkeit verurteilen und weitere Massnahmen ergreifen. Dazu gehört, die Sanktionen der EU vollständig zu übernehmen, damit diese nicht über die Schweiz ausgehebelt werden können. Dazu gehört auch, wie Grossbritannien zu prüfen, ob die iranischen Revolutionsgarde als terroristische Organisation eingestuft werden kann. Dieses Anliegen steht derzeit im Zentrum der Forderungen der iranischen Proteste, denn die Revolutionsgarde ist hauptverantwortlich für die brutale Gewaltausübung im Auftrag des Regimes.

Weiter muss sich die Schweiz dafür einsetzen, dass im UNO-Menschenrechtsrat der internationale Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus gestartet wird, um die systematische Straflosigkeit in Iran anzugehen und sie muss darüber hinaus die in der Schweiz lebende iranisch-stämmige Bevölkerung vor Repression schützen, welche diese Menschen wegen der Unterstützung der Proteste oder kritischer Beiträge erfahren. Und schliesslich muss sich die Schweiz immer und auf allen möglichen Wegen, auf allen politischen Ebenen, dezidiert für die Wahrung der Menschen- und Grundrechte einsetzen, denn diese Rechte, die vom iranischen Regime und zugegebenermassen natürlich auch von anderen aufs Gröbste missachtet werden, sind von unschätzbarem Wert.

Im Namen der Fraktion GAB bitte ich Sie, die Ihnen vorliegende Resolution zu überweisen, für die iranische Bevölkerung, für die Frauen, das Leben und die Freiheit.

David Jenny (FDP): Ich möchte als Dritunterzeichner dieser Resolution sprechen. Resolutionen werden ergriffen in Gebieten, wo wir keine Kompetenzen haben. Und Resolutionen haben etwas Willkürliches, wir können und sollen uns nicht zu allem in der Welt äussern mit diesem Instrument. Wir haben diese Resolution vorliegen aus Gründen, die ich sehr gut nachvollziehen kann.

Für mich ist diese Resolution vor allem ein Beitrag im innenpolitischen Diskurs über unser Neutralitätsverständnis. Und dieses Verständnis ist sich am Ändern, und es ist auch nicht rigide festgeschrieben in unserer Bundesverfassung. Wir haben das jetzt gesehen mit dem Ukraine-Konflikt. Wir müssen als Schweiz andere Antworten haben, wie wir in der Welt auftreten, als wir es vielleicht vor fünf oder zehn Jahren hatten. Diese Resolution ist in diesem Sinn ein Beitrag zu dieser Diskussion.

Dass das, was hier gefordert ist, auch gelten sollte, wenn das der Bundesrat und die Bundesversammlung so übernehmen, auch bezüglich anderer Konflikte, ist für mich selbstverständlich. Und dass der Bundesrat eine Güterabwägung treffen muss, was wichtiger ist und was den Menschen im Iran mehr bringt, eine Schutzmachtfunktion oder Übernahme von allen oder einzelnen Forderungen dieser Resolution, ist auch klar. Aber das Minimum ist, wir dürfen nicht dazu dienen, Sanktionen der EU zu umgehen. Rechtfertigungsgründe für das, was wir im Iran erleben, gibt es für alle in diesem Hause nicht. In diesem Sinne bitte ich Sie, dieser Resolution zuzustimmen und zu überweisen, auch im Bewusstsein, dass unser Gewicht in dieser gesamten Diskussion sehr gering ist. Aber manchmal ist es auch wichtig, geringes Gewicht richtig einzusetzen.

Eric Weber (fraktionslos): Edibe Gölgeci hat von Demokratie gesprochen. Ich möchte sie bitten, als Grossrätin ganz tief in sich zu gehen. Ich möchte freundlich und sachlich darlegen, was in unserer Stadt passiert. Wegen dieser Resolution habe ich heute Morgen drei Mal offiziell dem Notruf der Polizei telefoniert. Das sind Folgen dieser Resolution. Die Leute dieser Resolution haben im Rathausinnenhof eine Demonstration veranstaltet, und das ist nicht erlaubt. Darum habe ich die Polizei angerufen. Die Polizei hat gesagt, sie würde eine Patrouille schicken, bis 9 Uhr war diese Patrouille natürlich nicht eingetroffen. Unter den Arkaden war alles verklebt.

Pascal Messerli hat gesagt, dass wir uns nicht um jedes Land kümmern können, in dem Menschenrechtsverletzungen passieren. Das ist richtig. Er hat auch richtig den Begriff Klientelpolitik verwendet. Er hat weiter gesagt, dass die Leute dieser Resolution Wählerstimmen abholen wollen. Auch da sind wir uns einig. Darum muss ich wiederholen, was ich vor einer Woche gesagt habe. Bitte gehen Sie mit diesem Anliegen in den Nationalrat, aber nicht in ein Kantonsparlament, in dem wir uns mit Kanaldeckel, Strassen, Häuser beschäftigen. Wir machen hier keine Aussenpolitik.

Pascal Messerli hat richtig daran erinnert, dass seine Motion abgelehnt wurde. Auch meine Resolutionen zur Ukraine sind letztes Jahr zwei Mal abgelehnt worden. Fleur Weibel hat gesagt, es ginge ums Mullah-Regime. Ich bin mit vielen Botschaften in Kontakt, ich werde auch der iranischen Botschaft mein Votum schicken. Und ich möchte beantragen, dass ich eine Delegationsreise als Grossrat nach Iran bekomme, damit ich mir ein eigenes Bild vor Ort machen kann. Die Grossräte, die anständig über den Iran reden, erhalten auch eine Reiseeinladung nach Iran, wie ich das auch immer in arabische Länder bekomme.

In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, sich zu mässigen, sich zu überlegen, wofür wir hier vorne stehen.

Tonja Zürcher (GAB): Pascal Messerli, diese Resolution ist Symbolpolitik, das ist richtig. Manchmal sind Symbole aber das einzige, was wir tun können, und wir dürfen dieses Mittel, das Symbol der Solidarität, nicht unterschätzen. Mit dieser Resolution rufen wir der iranischen Bevölkerung zu, den Frauen, den Männern, den queeren Menschen, den Kurd:innen, den Belutsch:innen und allen anderen Minderheiten und Aktivist:innen zu: Wir lassen euch nicht alleine, wir hören euch zu. Wir lassen die Täter nicht ungestraft davonkommen. Wir, die die Sicherheit und Demokratie schätzen können in diesem Land, wir stehen auf eurer Seite. Wir solidarisieren uns mit euch, mit eurem Kampf für das Leben, für die Freiheit und für die Selbstbestimmung. Wir stehen auf der Seite der iranischen Bevölkerung, der Demokratie und der Menschenrechte. Ich

bitte Sie, wählen Sie die richtige Seite.

Zwischenfrage

Pascal Messerli (SVP): Ich danke für die Ehrlichkeit bezüglich Symbolpolitik, aber würden Sie eine Standesinitiative von mir unterstützen, welche ein Hamas-Verbot fordern und diese als Terrororganisation einstufen möchte?

Tonja Zürcher (GAB): Wie Sie wissen, habe ich Ihre Motion bezüglich Shanghai unterstützt, und ich bin auch hier bereit, mit Ihnen darüber zu sprechen.

Eric Weber (fraktionslos): Ich möchte Bezug nehmen zu Tonja Zürcher. Sie hat gesagt, dass wir die Täter nicht ungestraft davonkommen lassen. Ich werde Ende Januar einen langen Brief schreiben und dies alles dem Botschafter in Bern melden.

Christian von Wartburg (SP): Ich habe eine gute und langjährige Freundin. Sie ist in London aufgewachsen, weil ihre Eltern nach der Revolution den Iran verlassen mussten. Die Familie lebt seither in London im Exil. Ich habe sie am letzten Mittwochabend zum Abendessen gesehen und habe sie gefragt, ob es denn etwas bringe, wenn wir in Basel eine Resolution verabschieden. Und sie hat mich sehr emotional angeschaut und gesagt: Every sign counts - jedes Zeichen zählt.

Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP): Mit Blick auf die vorliegende Resolution habe ich zunächst gezögert. Ich habe mich erkundigt, was die Haltung des Bundesrats ist, ich habe gelesen, dass die aussenpolitische Kommission des Nationalrats eine Iran-Motion verabschiedet hat, auch wenn der Ständerat das anders sieht. In Bern gibt es offensichtlich unterschiedliche Perspektiven. Pascal Messerli hat Recht, wir können nicht zu allen Menschenrechtsthema eine Resolution verabschieden. Und auch ich sehe die Städtepartnerschaft mit Shanghai kritisch. Aber es gibt Situationen und Umstände, wo es wichtig ist, dass wir als Grosser Rat Stellung nehmen. Die Menschenrechtsverletzungen in Iran sind massiv und sie rechtfertigen diese Resolution.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Resolution zu unterstützen.

Abstimmung

Verabschiedung Resolution (Zweidrittelmehr)

JA heisst Verabschiedung der Resolution, NEIN heisst Nicht-Verabschiedung.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 15 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 456, 18.01.23 09:36:24]

Der Grosse Rat beschliesst

die folgende Resolution zu verabschieden:

Resolution gegen die massiven Menschenrechtsverletzungen durch das iranische Regime

Der Grosse Rat des Kanton Basel-Stadt ist äusserst besorgt über die anhaltenden, massiven und gewaltsamen Menschenrechtsverletzungen durch das iranische Regime. Der Bundesrat muss endlich reagieren.

Seit dem gewaltsamen Tod der 22-jährigen iranischen Kurdin Jina Masha Amini am 16. September 2022, als sie in Gewahrsam der iranischen Sittenpolizei war, demonstrieren Iranerinnen und Iraner verschiedenster Gesellschaftsschichten und ethnischer Hintergründe mit aller Entschlossenheit gegen die repressive Politik und das menschenrechtswidrige System der islamischen Republik. Die seit bald vier Monaten anhaltenden Proteste, die das sofortige Ende des Mullah-Regimes um Religionsführer Ali Chamenei fordern, bringen das Ausmass der Unterdrückung zum Ausdruck, unter der die iranische Bevölkerung seit Jahrzehnten lebt. Das islamistische Regime seinerseits geht mit aller Härte, massiver Repression und unmenschlicher Gewalt gegen die Demonstrierenden, also gegen die eigene Bevölkerung, vor. Nicht nur wurden Tausende Menschen verhaftet und Hunderte getötet, hinzu kommen gezielt eingesetzte sexuelle Gewalt sowie inszenierte Prozesse, in denen Demonstrierende zum Tode verurteilt werden – erste Hinrichtungen haben bereits stattgefunden.

Seit Beginn der Proteste engagieren sich auch in der Schweiz viele Menschen für den Kampf der iranischen Bevölkerung um Freiheit, Menschen- und Frauenrechte und äussern ihre Solidarität bei öffentlichen Kundgebungen und in den sozialen Medien. So wurde in der alten Billettkasse des Theaters Basel während einer zehntägigen Mahnwache an die zahlreichen, oftmals noch minderjährigen Toten dieser revolutionären Bewegung in Iran erinnert und ihrer gedacht, dies bezeugt das besondere Engagement in unserem Kanton in dieser Sache. Im Rahmen solcher Veranstaltungen und Kundgebungen

werden auch immer wieder Forderungen an die offizielle Schweiz gestellt. Die Antwort des Bundesrates auf die Brutalität des iranischen Regimes ist bisher ungenügend. Im Sinne einer kohärenten Haltung für Frieden, Demokratie und Menschenrechte darf die Schweiz nicht länger abseitsstehen und muss die von der EU verhängten Sanktionen vollständig übernehmen. Die internationale Gemeinschaft kann und darf die Augen nicht verschliessen und die iranische Bevölkerung ihrem Schicksal überlassen.

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt verurteilt die massiven Menschenrechtsverletzungen und die brutale Gewalt durch das iranische Mullah-Regime in aller Deutlichkeit und fordert die Schweizer Landesregierung dazu auf, folgende Massnahmen zu ergreifen:

-Der Bundesrat soll die aufgrund der unhaltbaren Menschenrechtsverletzungen in Iran von der EU beschlossenen Sanktionen gegen Mitglieder des iranischen Regimes vollständig übernehmen, auf keinen Fall dürfen EU-Sanktionen via die Schweiz ausgehebelt werden.

-Der Bundesrat soll zudem prüfen, ob, wie in Grossbritannien, die iranische Revolutionsgarde(IRGC) als terroristische Organisation eingestuft werden kann.

-Wir verlangen, dass sich die offizielle Schweiz im UNO-Menschenrechtsrat für die Umsetzung des internationalen Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus einsetzt, um die systematische Straflosigkeit in Iran anzugehen.

-Weiter soll sich der Bundesrat bei den iranischen Behörden dafür einsetzen, dass die international anerkannten Menschenrechte in Iran umfassend gewahrt werden. Dazu gehört auch, dass die iranisch-stämmige Bevölkerung in der Schweiz, die hierzulande Kritik an Iran übt oder Menschen in Iran unterstützt, vor Repression und Bespitzelung durch das iranische Regime geschützt wird.

19. Ratschlag für eine Ausgabenbewilligung betreffend Corona 2023: Testen Terminierung auf Mittwoch, 18. Januar 2023, 09.00 Uhr

[18.01.23 09:37:01, GSK, GD, 22.1630.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von Fr. 1'531'890 gemäss Tischvorlage zu bewilligen.

Oliver Bolliger, Präsident GSK: Letzten Mittwoch haben wir den Ratschlag für eine Ausgabenbewilligung Corona 2023 bezüglich den Testkosten auf die Traktandenliste gesetzt. Einen Tag später traf sich die GSK zu einer ausserordentlichen Sitzung, um das Geschäft zu beraten. Ich danke den Mitgliedern der Kommission für ihre Flexibilität, dass dies so kurzfristig möglich wurde.

Rollende Planungen, Anpassungen und Überraschungen gehören seit der Covid-Pandemie zu den politischen wie auch betrieblichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten. So ist es vielleicht auch nicht verwunderlich, dass bei einem Geschäft, welches explizit das repetitive Testen betrifft, die Ausgangslage sich innert Wochen verändern kann. In den letzten drei Jahren hat sich das Virus immer wieder mal anders verhalten als wir es angenommen haben. Die diesjährige Sommerwelle war für die meisten eher überraschend, und für den vergangenen Herbst und Winter wurde hinsichtlich der Covid-Ansteckungen eine höhere Belastung vorausgesagt. Aktuell sind das Gesundheitswesen und das Gesundheitspersonal stark belastet. Das gleichzeitige Auftreten von Covid-, Grippe- und RSV-Viren wurde so nicht erwartet und gestaltet sich zur Zeit als sehr herausfordernd.

Der Ratschlag zur Ausgabenbewilligung Corona: Testen datiert vom 30. November. In den letzten Wochen hat sich die Ausgangslage verändert, unterdessen hat nämlich der Bundesrat entschieden, per 1. Januar 2023 vollständig aus der Finanzierung des betrieblichen Testens auszustiegen, und somit wurde die im Ratschlag beschriebene Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettokosten obsolet. Es gelten nur noch die Bruttokosten.

Dieser Entscheid führte in mehreren Kantonen dazu, das betriebliche Testen definitiv einzustellen. Das schulische Testen wird seit letztem April nicht mehr mitfinanziert, einzelne Kantone wie auch Basel-Stadt führten dieses Angebot jedoch mit eigener Finanzierung weiter. Seit der Rückkehr zur normalen Lage am 1. April 2022 liegt die Verantwortung für die Pandemiebewältigung bei den Kantonen. Das Gesundheitsdepartement hat ein Grunddispositiv beim Impfen und Testen aufrechterhalten. Dies auch, um bei Bedarf wieder rasch reagieren zu können und zusätzliche Schutzmassnahmen einzuleiten. Ziel ist und bleibt es, jeweils einen Kollaps der Gesundheitsversorgung zu verhindern.

Seit Beginn der Pandemie vor drei Jahren sind bis Ende August total rund 47 Millionen Franken für Covid-Zusatzaufgaben für Testen, Impfen und weiteres angefallen. Das GD geht davon aus, dass die Gesellschaft sich auf einen längerfristigen Umgang mit Covid-19 einstellen muss. Es wird von jeweils einer höheren Viruszirkulation im Herbst und Winter ausgegangen, jedoch bleibt dies eine Vorhersage des Infektionsgeschehen, sie ist unpräzise und somit eine Ausnahme. Das Departement rechnet mit dem Szenario 2 des Bundes, was bedeutet, dass der saisonale Anstieg der Infektionszahlen strukturell bewältigbar bleibt und es zu keiner Gefahr einer akuten Überlastung des Gesundheitswesens kommen wird.

In diesem Szenario ist Testen, Contact Tracing eine Möglichkeit, aber nur noch im begrenzten Umfang notwendig und Auffrischimpfungen nur für gefährdete Personengruppen empfohlen. Aktuell besteht neben dem symptomorientierten Testen noch das repetitive Testen in systemrelevanten Betrieben, vor allen in Gesundheitseinrichtungen und in der öffentlichen Verwaltung. Dies sind zur Zeit wöchentlich 1'500 Tests in 120 Einrichtungen. Ebenfalls besteht das repetitive

Schultesten mit rund 2'500 Personen pro Woche.

Wie Sie dem ursprünglichen Ratschlag entnehmen können, plant das GD bereits mit einem Ausschleichen des Testens an Schulen und Betrieben für das laufende Jahr. Das Testangebot an den Schulen wäre noch bis zu den Osterferien Ende März und dasjenige in den Betrieben bis Ende Juni, also bis zu den Sommerferien gelaufen. Diese Massnahmen hätten Gesamtkosten von knapp 4,4 Millionen Franken verursacht. Die damals berechneten Kosten für den Kanton hätten 3,1 Millionen Franken betragen.

Die Kommission hat den Ratschlag an einer Sitzung im Beisein des Vorstehers des GD sowie des Kantonsarztes und der stellvertretenden Kantonsärztin beraten. Da wir bereits heute über dieses Geschäft abstimmen werden, ist nur eine mündliche Berichterstattung möglich, weswegen ich etwas länger spreche als sonst. Das Geschäft wurde in der GSK intensiv und kontrovers beraten. Das GD stellte zu Beginn der Beratung aufgrund der veränderten Ausgangslage eine neue Variante vor. Das GD sieht aktuell eine geringere Notwendigkeit, das schulische und betriebliche Testen wie angedacht fortzusetzen. Aufgrund der zur Zeit entspannten Lage sei ein vorzeitiges Ausschleichen möglich, was die Kosten entlastet und somit ein geringeres Kostendach notwendig wäre.

Ich danke der Kommission, dass trotz unterschiedlicher Ansichten über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit des schulischen und betrieblichen Testens wir uns nicht in x-fache Untervarianten verloren haben, sondern eine reduzierte Variante einem sofortigen Stopp gegenübergestellt hatten, mit dem Ziel, die heutige Diskussion auch ein wenig zu entlasten. Die Kommission ist auf das Geschäft einstimmig eingetreten, das GD hat der GSK eine neue und reduzierte Variante vorgelegt. Ich möchte nun mit drei Folien auf die Details eingehen.

Folie 1: Auf dieser Folie sehen Sie den Verlauf hinsichtlich der Fallzahlen und Hospitalisationen. Die Sommerwelle ist gut erkennbar wie auch der Fakt, dass aufgrund der Abnahme beim Testen eine Aussage zu den Spitaleintritten immer schwieriger wird. Das Abwassermonitoring ist diesbezüglich bedeutender geworden. Die Belastung in den Spitälern in diesem Winter ist aber deutlich erkennbar und die Abnahme der Hospitalisationen gestaltet sich zur Zeit eher zäh, wobei eben auch andere respiratorische Erreger ihren Beitrag dazu leisten. Die Immunität in der Bevölkerung durch Impfen und Ansteckung ist insgesamt hoch, und eine Eskalation der Situation ist zunehmend unwahrscheinlich. Ein Ausschleichen beim Testen ist aus Sicht des GD und auch aus Sicht der GSK verantwortbar. Über das Tempo besteht jedoch eine unterschiedliche Haltung.

Folie 2: Hier sehen Sie die Variante gemäss Ratschlag sowie die neue Berechnung. Das Testen in den Schulen würde nur noch bis zur Fasnacht und das betriebliche Testen bis Ende März laufen. Die Gesamtkosten halbieren sich und betragen noch rund 1,5 Millionen Franken. Danach wäre das repetitive Testen definitiv beendet. Dies müsste den Schulen und den Gesundheitseinrichtungen kommuniziert werden, damit diese sich entsprechend vorbereiten können. Das GD informierte die Kommission, dass sie den im Ratschlag genannten Betrag nicht ausschöpfen werden und sich an den neuen Berechnungen orientieren. Ein Änderungsantrag durch die Regierung ist nicht möglich. Bei Nichteintreten besteht eine Finanzierungslücke, welche das GD tragen müsste.

Die GSK hat sich intensiv beraten, dabei ging es wesentlich darum, ob das Testangebot sofort gestoppt und keine Finanzen mehr gesprochen, oder gemäss neuer Variante des GD, ausgeschlichen werden soll. Auch die Möglichkeit eines tieferen Kostendachs irgendwo dazwischen wurde angesprochen, dann aber zugunsten der Klarheit in der Grossratsdebatte darauf verzichtet.

Folie 3: Die berechneten 1,5 Millionen Franken verteilen sich im Groben auf ein Drittel Schultesten und zwei Drittel betriebliches Testen. Die Kommission ist sich einig, dass das repetitive Testen ein wichtiger Baustein in der Pandemiebekämpfung war und auch in Zukunft je nach Lage wieder sein könnte. Die Art und Weise der Beendigung dieses Angebots wird aber unterschiedlich bewertet. Eine Minderheit der Kommission sieht es als unproblematisch an, das Testen kurzfristig zu beenden und somit noch mehr Kosten einzusparen. Die Mehrheit der Kommission befürwortet das beschleunigte Ausschleichen beim Testen, welches kommunikativ begleitet werden soll, auch um die Menschen, die sich in den letzten Jahren regelmässig freiwillig testen liessen, auch mitzunehmen. Den Antrag auf Ablehnung der Ausgabenbewilligung wurde mit 4 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung verworfen. Als Kompromissvorschlag beantragt die GSK, auf Basis der Berechnungen des Departements angepasste Ausgaben von Fr. 1'531'890 für die Massnahmen im Bereich Covid-Testen 2023 zu Lasten der Erfolgsrechnung des GD. Dieser Antrag wurde von der GSK mit 8 Stimmen zu 4 Stimmen unterstützt.

Die GSK bittet Sie, den Ihnen vorliegenden Grossratsbeschluss über den Betrag brutto von Fr. 1'531'890 als Kostendach für das schulische und betriebliche Testen zu bewilligen.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte Ihnen vorweg danken für die Flexibilität und die Bereitschaft, sehr kurzfristig das Geschäft ausserordentlich zu traktandieren und zu behandeln, damit wir sehr früh im Jahr diesen Entscheid fällen können, ob und wie lange wir noch mit diesen Testangeboten weiterfahren möchten.

Wir dürfen sagen, das repetitive Testen war und ist ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer Pandemiebewältigungsstrategie und wir können auch sagen, dass die Testangebote von der Bevölkerung sehr gut angenommen wurden und durchaus auch geschätzt werden. Ich möchte das an dieser Stelle ausdrücklich würdigen und allen, die mitgewirkt haben, danken.

Im Sinne es Rückblicks kann ich in Erinnerung rufen, dass wir in den Schulen seit Juni 2021 diese repetitiven Tests anbieten, auf der Primarstufe und Sekundarstufe 1 haben wir begonnen, ab August 2021 wurde das Testangebot auf die Sekundarstufe 2 ausgeweitet. Anfang 2022 gab es zwei Monate, in denen auch das Testen an den Schulen obligatorisch war. Das war natürlich die Zeit, in welcher wir die höchsten Testzahlen zu verzeichnen hatten. Es gab Wochen, wo 19'000 Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen an den Testungen in den Schulen teilnahmen. Zeitweise war jeder vierte

Klassenpool positiv bzw. 3% aller Schülerinnen und Schüler wurden wöchentlich positiv getestet.

Dann gab es eine Entspannungsphase. Der Bund stellte dann entsprechend auch die Finanzierung der Schultests auf Ende März 2022 ein im Zuge der Umstellung auf die normale Lage, und seither tragen wir als Kanton die vollen Kosten der noch verbleibenden Tests, die wir weiterhin in eigener Verantwortung anbieten. Aktuell nehmen noch rund 2'500 Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen wöchentlich an einem derartigen Test im Schulumfeld teil.

Für Betriebe und Gesundheitsinstitutionen startete das Testangebot Ende Mai 2021 und wurde dann auch Stück für Stück ausgebaut. In den Spitzenzeiten, etwa im Januar 2022 wurden bis zu 15'000 Tests pro Woche durchgeführt. Ab März konnten dann nur noch systemrelevante Betriebe testen und die Testkosten für sie wurden weiterhin vom Bund übernommen. Zur Zeit ist die Situation beim betrieblichen Testen so, dass noch rund 120 Betriebe im Kanton Basel-Stadt diese Tests anbieten, etwa zwei Drittel davon sind Gesundheitsbetriebe oder soziale Einrichtungen, also Spitäler, zahlreiche Alters- und Pflegeheime, auch Spitexorganisationen usw.

Wir haben den Ihnen vorliegenden Ratschlag in der ursprünglichen Version zur Fortführung des repetitiven Testens im Spätsommer 2022 erarbeitet, und es ist wichtig, die damalige Ausgangslage noch einmal vor Augen zu halten. Wir waren damals noch relativ frisch in der normalen Lage, die seit 1. April 2022 gilt. Die Massnahmen wurden ja fast sämtlich aufgehoben und es gab auch eine wesentliche Anpassung in der nationalen Teststrategie mit der Folge, dass wesentlich weniger getestet wurde. Wir haben uns damals entschieden, das repetitive Testen weiterzuführen als ein wichtiges Element für die Überwachung der Situation, um eine mögliche Verschlechterung frühzeitig erkennen zu können. Die Sommerwelle im letzten Jahr hat das dann bestätigt, wir haben dort neu aufkommende Omikronvarianten gesehen. Das hat zu einem doch sehr deutlichen Anstieg auch der Hospitalisationen geführt, unter anderem hat man auf eidgenössischer Ebene reagiert und die eidgenössische Kommission für Impffragen hat Anfang Juli 2022 eine Impfpflicht für Personen über 80 Jahre noch einmal ausgesprochen.

Wir hatten aufgrund dieser Sommerwelle und der Vorerfahrungen im Winter 2021/22 die Überzeugung, dass wir mit dem Testen weiterfahren sollten und haben Ihnen deshalb eine Finanzrahmen vorgelegt in Form dieses Ratschlags, den der Kommissionspräsident bereits zusammengefasst hat.

Im Januar 2023 können wir glücklicherweise sagen, dass die Situation nicht mehr dieselbe ist. Das Geschehen hat sich wesentlich beruhigt. Wir haben zwar immer noch ein lebhaftes Pandemiegeschehen, wir sehen neue Varianten, wir sehen grosse Unsicherheit in China, aber unsere Situation hat sich wesentlich stabilisiert. Der Kommissionspräsident hat bereits erwähnt, dass das Gesundheitswesen stark belastet ist. Das sind Symptome der Spätphase der Pandemie. Covid-19-Patientinnen und -Patienten per se sind heute nicht mehr die Hauptlast in den Spitälern, Sie können das in den Statistiken nachverfolgen. Wir haben also gesehen, dass wir eine kritische, kalte Jahreszeit auch ohne Covid-Schutzmassnahmen bewältigen können, und das gibt uns nun doch wieder Anlass für Optimismus, dass wir das Größte und Schwierigste in dieser Pandemie nun wirklich ausgestanden haben.

In diesem Zusammenhang wird denn auch das Gewicht des repetitiven Testens geringer. Das Abwassermonitoring wird wichtiger, wenn weniger Menschen testen, wenn wir weniger Belastung sehen in den Spitälern, gibt uns das noch wesentliche und auch repräsentative Hinweise. Wir können uns auch auf eine gute Immunitätslage in unserer Bevölkerung verlassen, die sich hat bilden können aufgrund von mehreren Impfdurchgängen und zahlreichen durchgemachten Erkrankungen.

Wir sind nun also an diesem Übergang in die endemische Phase, vielleicht würden wir sagen, wir sind bereits am Anfang der endemischen Phase und können sagen, dass eine Eskalation zunehmend unwahrscheinlich wird. In diesem Zusammenhang hat die Bundesversammlung im Dezember beschlossen, dass der Bund ab Januar diesen Jahres nichts mehr an die Testkosten zahlt. Seither gehen die Kosten der SARS-CoV-2-Tests zulasten der Testpersonen. Sie können das über die Krankenversicherung abrechnen, wenn der Test klinisch relevant ist, was bei den wenigsten Fällen so angenommen wird, ansonsten müssen die Testpersonen selber zahlen. Das hat natürlich dazu geführt, dass wir sehr viel weniger Tests sehen und das nimmt uns natürlich einen Teil der Sicht auf das aktuelle Geschehen, weil im Abwasser werden eben nur die Viren gesehen und nicht die Menschen, die eine Erkrankung durchmachen.

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass eine gewisse Unsicherheit verbleibt und dass wir gut beraten sind, wenn wir vorsichtig diese endemische Lage angehen. Es gibt insbesondere Unsicherheit im Zusammenhang mit der Situation in China, die wir als unkontrolliert einschätzen müssen und wo wir doch ein gewisses Risiko sehen, dass sich neue Varianten dort entwickeln und dann auch weltweit verbreiten werden. Ich kann hier zum Glück sagen, dass wir nicht aktuell so einen Kandidaten haben, der klarerweise ein riesiges Risiko darstellt, aber es ist möglich, dass von Covid-19, insbesondere ausgehend von China, weiterhin eine Gefahr ausgeht. Deshalb empfehlen wir Ihnen, mit dem Testen nicht abrupt mitten im Winter aufzuhören, sondern das langsam zu verlassen. Die Testplanung möchten wir aber sehr wohl den veränderten epidemiologischen Verhältnissen anpassen, wir möchten namentlich früher aus dem Testprogramm aussteigen.

Die aktualisierte Planung sieht vor, einen Ausstieg aus dem Schultesten mit Beginn der Fasnachtsferien und einen Ausstieg aus dem betrieblichen Testen Ende März. Das heisst, wir fahren in den Schulen weiter und testen bis zu den Fasnachtsferien, das wäre dann auch ein organischer Bruch im Schulalltag, und im betrieblichen Testen fahren wir weiter bis Ende März. Wir würden das auch so halten, wenn der ganze Betrag, den wir ursprünglich beantragt hatten, hier gesprochen würde. Wir sehen nicht, dass wir auf diese höheren Zahlen von 3 oder 4 Millionen Franken kommen. Die Kostenentwicklung hängt auch wesentlich davon ab, wie viele Personen beim Testen mitmachen, wie viele Pools dann positiv sind und wie viele Zweitanalysen gemacht werden müssen. Wir sehen nicht, dass wir in diese hohe Region von 3 oder 4 Millionen Franken kommen. Wir sehen also rund 1,5 Millionen Franken als einen realistischen Maximalbetrag und sind sehr dankbar, dass wir diese aktualisierte Planung der GSK vorstellen konnten. Ich darf Ihnen sagen, dass wir sehr gerne den Antrag der GSK übernehmen. Wir halten nicht fest an unserem höheren Betrag, den wir beantragt haben, sondern wir schliessen uns gerne dem Antrag der GSK an. Wir möchten Sie aber bitten, wirklich dabei zu bleiben, also auf

das Geschäft einzutreten und den Beschlussantrag der GSK zu verabschieden, und nicht sofort auszusteigen. Wir würden in unserer Beurteilung den Eindruck erwecken, uns überstürzt aus dem Pandemiedispositiv zu verabschieden. Das fänden wir nicht sinnvoll, auch für die Glaubwürdigkeit unserer Massnahmen, auf die wir ja allenfalls auch in Zukunft wieder angewiesen sein werden. Und wir finden es wichtig, dass wir bis zum Abklingen der Wintersaison noch eine erhöhte Aufmerksamkeit für das Thema Covid-19 an den Tag legen, und die repetitiven Tests, die jetzt gemacht werden, ermöglichen uns das in einem vernünftigen Umfang.

Raoul Furlano (LDP): beantragt Nichteintreten.

Ich danke Regierungsrat Lukas Engelberger für die perfekte chronologische Darstellung, der ich mir anschliesse. Ich darf im Namen der FDP und der SVP sprechen. Ich stelle den Antrag auf Nichteintreten und probiere, sachlich die Argumente zu bringen, warum wir das nicht wollen.

Der Ratschlag wurde im Sommer 2022 erarbeitet unter einer ganz anderen Ausgangslage. Sie erinnern sich, am 1. April 2022 wurden Quarantäne, Isolation, Zertifikatspflicht, Maskenpflicht aufgehoben. Von überstürzt und abrupten Abbrechen zu sprechen, finde ich ein bisschen seltsam. Die nationale Teststrategie wurde mit dem Fokus auf symptomatische Personen angepasst, weil man zu Recht die Sorge hatte, dass die Pandemie erneut aufflammt durch fehlende einschränkende Massnahmen oder durch Virusvarianten, die im Herbst kursierten. Zum Glück kam aber alles anders.

Im Moment haben wir eine stabile Situation im Gesundheitswesen, was Corona betrifft. Uns beschäftigen derzeit andere Viren. RSV, Influenza, und natürlich hat das repetitive Testen an Relevanz verloren. Wir haben andere Parameter wie Abwassermonitoring. Unsere Bevölkerung zeigt eine sehr gute Immunität. Wir haben in der Schweiz gut gearbeitet, das Impfen, durchgemachte Erkrankungen haben dazu beigetragen. Insbesondere bei den Jungen, und die Schülerinnen und Schüler sind eine Gruppe der Bevölkerung, die am besten durchimmunisiert ist. Wir erleben nun eine Endemie, und keine Pandemie mehr.

Nun wird ein Ratschlag vorgelegt, der zwar auf 1,5 Millionen Franken abgespeckt wurde. Ich kann das Argument, nicht abrupt abzubrechen, nachvollziehen. Wir machen das zwar nicht jetzt, aber in ein paar Wochen. Irgendwann ist Schluss, wo liegt also das Problem? Das Problem liegt in der Kommunikation. Und ich bin überzeugt, dass das GD gut kommunizieren kann, und dass ein Ausschleichen in zwei oder drei Wochen durchaus möglich ist.

Für mich sind die 1,5 Millionen Franken Wellness. Wissenschaftlich macht ein kantonales Testen von ein paar tausend Personen überhaupt keinen Sinn mehr. Man müsste den gesunden Menschenverstand walten lassen. Epidemiologisch macht es absolut Sinn, im Rahmen von Studien um zu sehen, wie es weitergeht, was wir daraus lernen können. Aber das soll doch bitte der Nationalfonds bezahlen, aber nicht wir als Steuerzahler. Warum muss Basel-Stadt wieder aus der Reihe tanzen? Andere Kantone haben längstens die Kostenübernahme gestoppt und wir sollen uns nun aus rein psychologischen Gründen weitermachen. Eine Vertreterin der Linken hat es so formuliert: Viele Menschen haben während der Pandemie das Vertrauen in uns Politiker verloren, und das wäre nun unsererseits wieder ein schlechtes Zeichen. Mit dieser Aussage habe ich eher Mühe. Gewinnen wir wirklich Vertrauen, wenn wir Steuergelder ohne Nutzen ausgeben und eine Zeichenpolitik betreiben?

Gerade in den Schulen ist doch längst eine Testmüdigkeit zu beachten. Sehen Sie bitte die Realität, wie sie in den Schulen ist. Mir sind Fälle bekannt, wo in gewissen Klassen Schüler gemobbt werden, die testen. Und dann werden andere wiederum, die nicht testen, auch schief angesehen. Hören wir doch einfach auf damit. Sogar Institutionen wie das Universitätsspital und das UKBB haben auf das betriebliche Testen jetzt verzichtet. Auch das kam abrupt. Das ist ein vernünftiger Schritt in die Freiheit.

Nun sollen Geriatriezentren, Alters- und Pflegeheime weiter testen. Testen wir denn alle auf die RSV-Viren, die uns derzeit viel mehr beschäftigen? Oder gar auf Influenza? Diese Viren beschäftigen uns nun, und da haben wir im Moment auch eine Endemie. Oder überlegen Sie, Besucher von solchen Institutionen testen zu lassen? Lassen wir doch den gesunden Menschenverstand hochleben. Wichtig sind doch einfach die Regeln, die wir alle während der Pandemie gelernt haben. Das bringt etwas, und nicht das repetitive Testen im Moment. Dass es wieder einmal sinnvoll werden kann, ist sicherlich möglich. Bei Fieber geht man nicht unter die Leute, sondern bleibt zu Hause. Habe ich Erkältungssymptome, halte ich Abstand und trage vielleicht eine Maske. Ich huste und niese nicht in die Hände, sondern in den Ellenbogen. Ich benutze Einwegtaschentücher und wasche mir nachher die Hände. Das ist alles viel günstiger zu haben.

Mit einem Nachtragskredit können wir gerne weiterdiskutieren und schauen, was wir machen können für die bereits ausgeschütteten Gelder, die bis jetzt nötig waren. Das wären dann aber weniger als 1,5 Millionen Franken. Und deshalb stellen die Fraktion der LDP, FDP und SVP den Antrag auf Nichteintreten, und ich hoffe, die Argumente leuchten auch denjenigen ein, die bis jetzt anders gedacht haben.

Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP): Ich bedanke mich bei meinem Vorredner für die Wiederholung der Verhaltensregeln, das finde ich sehr wichtig. Den restlichen Argumenten, die er angeführt hat, warum das repetitive Testen per sofort eingestellt werden sollte, kann ich mich nicht anschliessen. Die Gründe, warum man nicht gerne testet, dass Schülerinnen und Schüler gemobbt werden sollen usw. sind alles keine genügenden Gründe.

Unser Kanton ist ziemlich gut durch die Pandemie gekommen und bereitet sich nun auch seriös auf die endemische Phase vor. Wie es aussieht, wird das Abwassermonitoring die Zukunft sein, wie man mit Covid umgeht, um gewisse Prognosen zu stellen und Massnahmen treffen zu können. Ich sehe absolut keinen Grund, den Fachleuten aus dem Gesundheitsdepartement nicht zu vertrauen in der Abschlussphase dieser pandemischen Begleitung. Warum soll das Ausschleichen keine gute Idee sein? Warum der Zeitpunkt der Fasnacht eine gute Idee ist, wurde uns erklärt. Das ist eine natürliche Zäsur und deshalb ein guter, unkomplizierter Zeitpunkt. Aber in der jetzigen Situation ganz aufzuhören, halte ich

nicht für sinnvoll, und ich bitte Sie, den Fachleuten, die das bisher sehr gut gemeistert haben, zu vertrauen und diesem austarierten neuen, angepassten Vorschlag, den auch die GSK unterstützt, zuzustimmen.

Tobias Christ (GLP): Ich will nur kurz die Haltung der GLP darlegen. Die GLP ist grundsätzlich dem Nichteintretensantrag gegenüber offen, unterstützt aber sonst den Antrag der GSK. Das liegt nicht daran, dass unsere Meinungen furchtbar divergieren, sondern eher daran, dass wir nicht genügend Zeit hatten, wirklich eine gemeinsame Haltung zu definieren. Es ging anderen teilweise auch so.

Grundsätzlich können wir uns dem Dank an das GD anschliessen. Wir haben Respekt davor, wie es grundsätzlich mit der Pandemie umgegangen ist und immer noch umgeht. Wir sind uns auch einig, dass man mit dem schulischen Testen jetzt eigentlich aufhören könnte. Wenn wir nicht eintreten, würden wir als Parlament die Verantwortung dafür übernehmen. Das macht es vielleicht für die Regierung etwas einfacher, falls wir Nichteintreten beschliessen. Wenn wir dem Antrag der GSK folgen, was ich persönlich empfehle, dann wollen wir mit dem Testen so aufhören, wie es die Regierung vorschlägt, wenn es geht durchaus auch noch ein bisschen schneller, denn wir sind uns einig, dass wir das Geld anders besser ausgeben könnten. Wir wollen möglichst viel einsparen, aber uns ist auch klar, dass ein guter Teil der Kosten bereits angefallen ist.

Ich kann schliessen, indem ich mich der Auflistung von Raoul Furlano anschliesse. Er hat das Grippeimpfen erwähnt. Das finde ich ein gutes Beispiel einer Massnahme, die Geld kostet. Deshalb möchte ich an alle appellieren, sich gegen die Grippe zu impfen.

Meanie Eberhard (SP): Ich darf für die SP und das GAB sprechen. Wir empfehlen Ihnen, auf dieses Geschäft einzutreten und dem Antrag der GSK zu folgen.

Die Ausgangslage haben wir ausführlich dargelegt bekommen. Wir haben auch gehört, wie sich das GD aktuell mit dieser Ausgangslage auseinandersetzt, was es sich überlegt. Ich bringe dem GD und dem Kantonsarzt so viel Vertrauen entgegen, dass sie das geprüft haben. Es ist auch ein Zeichen, dass sie das tatsächlich gemacht haben, weil sie aufgrund der aktuellen Ausgangslage diesen Ratschlag redimensioniert haben. Sie haben geschaut, wo wir aktuell stehen und welche Ausgaben noch angemessen sind.

In diesem Kontext möchte ich auf die zwei für mich relevantesten Aspekte eingehen. Das ist zum einen, dass wir tatsächlich immer noch sehr viele Personen haben, die im Spital positiv auf Covid getestet werden. Wir haben es gehört, es gibt auch viele andere Krankheiten, aber trotzdem ist die Zahl immer noch relativ hoch. Zum anderen hören wir, dass es in China aktuell eine gewisse Unsicherheit gibt, wie sich das Ganze entwickeln wird. Aufgrund dessen leuchten mir die Überlegungen des GD durchaus ein, dass man jetzt einen geregelten Ausstieg aus diesem Testen macht.

Wir haben gehört, dass das Interesse nicht mehr vorhanden sei. 2'500 Schüler:innen pro Schulwoche, die testen, finde ich immer noch ansehnlich und zeigt, dass ein gewisses Interesse vorhanden ist. Wir haben auch gehört, dass es offensichtlich Mobbing gibt. Eltern haben mir geäussert, dass sie davon noch nichts gehört haben und dass sie den Lehrpersonen so viel Vertrauen entgegenbringen, dass sie das unterbinden würden. Der wichtigste Aspekt, das noch bis zu den Schulferien weiterzuziehen, ist, dass das eine gewisse Logik hat. Das jetzt von heute auf morgen zu beenden, scheint wenig sinnvoll.

Es gibt Institutionen, die nach wie vor auf das betriebliche Testen setzen. Das sind Gesundheitsorganisationen. Da macht es in meiner Perspektive immer noch Sinn, das weiterzuführen. Wir haben gehört, dass es auch Besuchende gibt, die das Virus trotzdem hineinbringen können. Das stimmt natürlich. Ich gehe davon aus, dass die Personen das mit Vorsicht machen, vielleicht eine Maske tragen. Aber gerade für die Personen, die im Gesundheitswesen arbeiten, sehe ich durchaus einen Mehrwert, testen zu können. Auch aus Arbeitgeberperspektive macht es doch durchaus Sinn, wenn man entsprechend dieses Wissen hat und schauen kann, dass es sich nicht weiter ausbreitet und man dann mit einer Vielzahl von kranken Mitarbeitenden konfrontiert ist.

Ich begrüsse es sehr, dass der Regierungsrat aktuelle Zahlen verlangt hat, dass wir in der Kommission den redimensionierten Vorschlag besprechen konnten und dass die Mehrheit der Kommission diesen auch so unterstützt hat. Es leuchtet mir durchaus ein, dass wir so vorgegangen sind und ich möchte an dieser Stelle Ihnen allen ans Herz legen, dem zu folgen. Die Einsparungen, die wir machen können, sind relativ gering, weil wir schon Kosten verursacht haben in diesem laufenden Jahr. Die Kosten sind dann einfach nicht gedeckt, wenn wir auf Nichteintreten setzen. Zudem würden wir zu mehr Verunsicherung führen, insbesondere bei den Lehrpersonen, Eltern und Schüler:innen. Und zu guter Letzt empfinde ich den Antrag auf Nichteintreten als relativ unüberlegt und als Schnellschuss. Auch wenn ich es sehr gut nachvollziehen kann, dass wir uns lieber bald mit anderem als mit Coronamassnahmen beschäftigen können, bitte ich Sie doch im Namen der SP und des GAB, nun den gut überlegten Weg des koordinierten Ausstiegs aus dem Testen zu wählen und dem Antrag der GSK zu folgen.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für diese Diskussion, die wir hier auch dank der flexiblen Traktandierung führen können, und ich darf auch sagen, dass ich mich immer sehr gut unterstützt gefühlt habe bei den Zumutungen, die wir hier ins Haus getragen haben mit diesen kurzfristigen Anträgen, die nötig waren für die Bewältigung der Pandemie. Ich danke Ihnen herzlich für das Vertrauen, das Sie uns immer wieder entgegengebracht haben.

Wir sind jetzt an einem angenehmeren Punkt, wo wir in die Endemie gehen und wo wir einen geordneten Ausstieg aus unserem Massnahmendispositiv finden wollen, können und sollen. Ich finde sehr richtig, dass man gesunden Menschenverstand einfordert in den kommenden Wochen und Monaten, aber ich verstehe nicht unbedingt dasselbe darunter wie der Sprecher der LDP. Ich bin sehr einverstanden mit seinem Aufruf, individuell Vorsicht walten zu lassen,

nicht nur bezüglich Covid-19, sondern auch in Bezug auf die anderen Erkrankungen, die uns beschäftigen, das RSV-Virus ist genannt worden, ebenso die Influenza. Von Raoul Furlano ist auch erwähnt worden, wie wir individuell einen Beitrag leisten können durch massvolles, vorsichtiges Verhalten in unserem Alltag, um die Ansteckungen mit diesen Krankheiten, die alle schwer bis tödlich verlaufen können, einigermaßen zu minimieren. Ergänzen möchte ich auch das Impfen. Wir haben nur etwa 16% der gesamten Bevölkerung, die sämtliche Booster-Angebote wahrgenommen haben. Mir ist bewusst, dass viele Menschen sich noch angesteckt haben und sich entsprechend Zeit lassen mit dem zweiten Booster. Aber wer sich optimal schützen möchte, hat heute vier Impfungen. Da sind wir noch nicht ganz dort, wo wir sein wollen, deshalb rufe ich das gerne in Erinnerung.

Für mich gehört zum Ausschleichen ein vorsichtiges Timing zum gesunden Menschenverstand. Was gewinnen wir dadurch, wenn wir jetzt noch ein paar Wochen oder Monate diese Testangebote verlängern? Wir gewinnen eine bessere Sichtbarkeit auf das aktuelle Geschehen, ein noch etwas besseres Monitoring über die aktuelle Entwicklung. Wir können beitragen, die Gesundheitslast zu reduzieren, indem insbesondere die Personalausfälle durch diese Testangebote eingeschränkt werden können. Wir gewinnen eine gewisse Sicherheit, dass wir nicht in der aktuellen Situation Risiken aufgrund von allenfalls neuen Varianten etwa aus China übersehen würden. Das sind die Vorteile.

Die Nachteile fallen demgegenüber in meiner Beurteilung und in der Beurteilung des Regierungsrats nicht derart ins Gewicht. Wir sprechen noch über Kosten. Das ist richtig und wir sprechen über viel Geld. Ich bin persönlich eher der Ansicht, dass es wahrscheinlich noch etwas weniger sein wird, wenn die Testintensität und -häufigkeit weiterhin zurückgehen wird. Weitere Nachteile sehe ich nicht. Wir haben vollständige Freiwilligkeit auf der Seite der Testpersonen, und die Mobbingthematik ist jetzt vollkommen neu für mich. Wir bekommen aus den Schulen mit, dass das Testen gut akzeptiert ist und dass sich im Schulalltag eine gute Normalität mit diesem Testangebot eingestellt hat.

Im Fall eines Nichteintretens müssten wir sehr rasch die Testangebote beenden. Wir sind hier schon finanziell in Vorleistung. Das muss nicht das Problem des Grossen Rats sein, da hätten wir selber etwas schneller sein müssen. Das wäre aber bewältigbar, aber Sie werden sicher verstehen, dass wir dann sofort aussteigen würden aus den beiden Testangeboten. Das fände ich aus den dargelegten Gründen nicht ratsam. Ich kann Ihnen aber zusagen, dass wir auch in den kommenden Wochen und Monaten selbstverständlich massvoll vorgehen wollen und diesen Übergang in normale Verhältnisse wirklich schaffen wollen.

Oliver Bolliger, Präsident GSK: Die Kommission ist auf das Geschäft eingetreten und hat einen Beschluss gefasst. Somit lehnt die Kommission den Antrag auf Nichteintreten ab.

Erlauben Sie mir noch kurz ein paar Anmerkungen. Es ist eine Tatsache, dass der Kanton in der Verantwortung steht, Pandemien zu bewältigen. Er steht also auch in der Verantwortung, den Übergang zur endemischen Phase professionell und in Einklang mit den bisher getroffenen Strategien und Massnahmen zu gestalten. Auch wenn ich persönlich auch froh bin, dass es weniger Druck gibt, weiss ich noch, wie wichtig es war, als wir 2021 im Sommer das Testen in den Schulen etabliert haben. Auch damals war es nicht so einfach, das kommunikativ zu gestalten. Deshalb bin ich überzeugt, dass wir hier ein wenig Zeit brauchen, dies kommunikativ gut zu gestalten.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag der GSK zu folgen und die 1,5 Millionen Franken zu sprechen.

Abstimmung

über das Nichteintreten

Ja heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 35 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 457, 18.01.23 10:30:08]

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 34 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 458, 18.01.23 10:31:01]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Umsetzung von Massnahmen zur Pandemiebekämpfung im Bereich Covid-Tests werden für das Jahr 2023 Ausgaben zulasten der Erfolgsrechnung des Gesundheits-departements in Höhe von Fr. 1'531'890 brutto und Fr. 3'102'000 netto bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

16. Ratschlag betreffend Ersatz von Oberflurwertstoffsammelstellen durch Unterfluranlagen

[18.01.23 10:31:37, UVEK, BVD, 22.1334.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) beantragen, auf das Geschäft 22.1334 einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Raphael Fuhrer (GAB): Dieses Geschäft war in der UVEK unbestritten. Ich möchte daher zuerst meinen Dank aussprechen an Dominik Egli für die gute Begleitung und verweise generell auf den Bericht des Regierungsrats. Vorgesehen ist ein Eins-zu-eins-Ersatz, das heisst, die Standorte werden mehr oder weniger erhalten bleiben, je nach Platz im Untergrund.

Die UVEK hat ein, zwei Fragen dazu diskutiert. Wir haben abgeklärt, ob das neue System auch kompatibel wäre mit den geplanten Unterflurcontainern für Bebbi-Säcke. Das ist der Fall. Es besteht aber keine Abhängigkeit zwischen dem Entscheid heute und dem anderen Geschäft.

Wir haben erfahren, dass diese Unterflurcontainer ungefähr ein bis zwei Mal pro Jahr gereinigt werden, das ist eine grössere Sache, und dass man sich bei der Stadtreinigung nun vermehrt Gedanken macht zu Geruch- und Lärmbelästigungen und dass man die Unterflurcontainer darauf optimiert.

Am Ende hat die UVEK mit 12 Stimmen ohne Gegenstimme und Enthaltung dem Ersatz zugestimmt.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf es auch sehr kurz machen, wobei man die Sache nicht unterschätzen darf. Es ist physisch und finanziell keine so grosse Sache, wenn man es an den einzelnen Containern misst, es ist aber doch so, dass es für die Anwohnenden wirklich eine Verbesserung bedeutet. Sie sehen das an den Bildern, die auch in den Ratschlag eingefügt sind. Rein visuell macht es wirklich etwas aus, dass sie im Untergrund verschwinden. Es lädt auch weniger zu Littering ein, wenn es unter dem Boden ist, und gerade bezüglich Lärm macht es viel aus. Es kommt sauberer daher und ist quartierfreundlicher. Deshalb würden wir uns sehr über Ihre Unterstützung freuen und ich möchte der Kommission für die schnelle Behandlung des Geschäfts ganz herzlich danken.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 459, 18.01.23 10:35:08]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Ersatz der bestehenden Oberflurwertstoffsammelstellen durch Unterfluranlagen wird eine einmalige Ausgabe von Fr. 4'170'000 zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Tiefbauamt, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

17. Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung zur Erneuerung und Aufwertung der Grünanlage Verkehrsgarten Wasgenring

[18.01.23 10:35:40, UVEK, BVD, 22.1438.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 2'741'000 zu bewilligen.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Dieses Geschäft ist in der UVEK auf sehr gute Resonanz gestossen. Unser Dank gilt Frau Löwenthal von der Stadtgärtnerei für die gute Begleitung. Auch hier möchte ich für den Inhalt auf den Bericht des Regierungsrats verweisen und ein paar Diskussionspunkte im Plenum erörtern.

Die Öffnung in Richtung Depot des Verkehrsgarten wird von der UVEK begrüsst. Wir haben weiter Fragen gestellt zum Einsatz von Recycling-Asphalt innerhalb des Verkehrsgartens. Wir haben Fragen gestellt zur Gestaltung, dass zum Beispiel auch neue Situationen wie die Aufstellflächen für Velofahrer:innen vor den Autos integriert werden. Das wurde uns bestätigt. Wir haben darüber diskutiert, dass der Mehrwertabgabefonds da ist, um genau solche Projekte zu finanzieren, die alle Kriterien, die im Gesetz festgeschrieben sind, erfüllen und dass uns das sehr gefreut hat. Und schliesslich regen wir an, am Gebäude über Nisthilfen nachzudenken.

Wir haben erfahren, dass dieser Verkehrsgarten sehr rege genutzt wird. Jeden Morgen sind dort Schulklassen vor Ort, und es ist sehr erfreulich, dass dieser Verkehrsgarten nun neu gestaltet wird, optimiert wird. Er wird der Quartierbevölkerung zugute kommen aber eben auch den Schüler:innen, die sich im Velofahren üben.

Es wird also mehr für die Aufenthaltsqualität getan und es wird mehr Natur vorhanden sein. Das ist in der UVEK auf gute Resonanz gestossen und wir empfehlen mit 13 Stimmen ohne Gegenstimme Zustimmung zum Beschlussantrag.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch das ist ein Projekt, über das sich das Quartier sehr freuen wird. Dieser Verkehrsgarten ist äusserst beliebt, einige von Ihnen kennen ihn sicher. Wir möchten ihn sanft sanieren aber auch diese Gelegenheit nutzen, für das Stadtklima, die Diversität etwas zu tun. Herausgekommen ist ein ganz rundes Projekt, das wir zum Teil aus dem Mehrwertabgabefonds finanzieren können. Wir würden uns sehr über Ihre Zustimmung freuen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Bewilligung Gesamtbetrag

Alinea 1 Ausgaben Sanierung und Aufwertung Grünanlagen

Alinea 2 Ausgaben Abbrüche und deren Entsorgung

Alinea 3 Entwicklungsbeitrag

Alinea 4 jährlich wiederkehrende Ausgaben

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 460, 18.01.23 10:39:35]

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 2'741'000 für die Sanierung und Aufwertung des Verkehrsgartens am Wasgenring bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 2'315'000 neue Ausgaben für die Sanierung und Aufwertung der Grünanlage Verkehrsgarten am Wasgenring, inkl. Anteil Personalkosten zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur – Mehrwertabgabefonds»
- Fr. 206'000 für Abbrüche und deren Entsorgung im Rahmen des Verkehrsgartens Wasgenring zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds
- Fr. 200'000 als Entwicklungsbeitrag für die ersten fünf Jahre nach Fertigstellung zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau-

und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds

- Fr. 20'000 als jährlich wiederkehrende neue Ausgaben für den Unterhalt der Belags- und Vegetationsflächen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

18. Eignerstrategie für die Basler Verkehrs-Betriebe 2022-2025

[18.01.23 10:39:49, UVEK, BVD, 22.0773.01, SCH]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragen die Eignerstrategie zur Kenntnis zu nehmen.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Zuerst möchten wir unseren Dank an Regierungsrätin Esther Keller und an Daniel Scheuner, Eignervertreter im Bau- und Verkehrsdepartement richten für die gute Begleitung dieses Geschäfts. Auch hier möchte ich auf den Inhalt der Regierungsvorlage verweisen. Diese besteht aus einem Begleittext sowie der eigentlichen Eignerstrategie. Sie sieht fünf Schwerpunkte vor und sie enthält Anpassungen einerseits aufgrund der Revision des BVB-Organisationsgesetzes von 2016 sowie Anpassungen in der Corporate Governance des Regierungsrats und auch aufgrund der Erfahrungen des BVD der letzten Jahre.

Es geht insgesamt in Richtung mehr Aufsicht und mehr Mitwirkung durch den Eigner. Die Oberaufsicht liegt beim Grossen Rat, das ist nun auch schriftlich so festgehalten. Die Eignerziele teilen sich auf, es geht einerseits um die Leistung, die das Transportunternehmen BVB erbringen muss und politische Ziele, um die Abläufe innerhalb der BVB sowie um die BVB als Arbeitgeber.

Die UVEK hat zur Kenntnis genommen, dass nun regelmässige Treffen stattfinden sollen, je nach Zweck ist dieser Rhythmus unterschiedlich und auch der Inhalt. Wichtig ist, und das unterstützt die UVEK, es geht um Kontrolle, um den Austausch und darum, dass das BVD Anliegen einbringen kann. Das ist im Sinne der UVEK. Wir wünschen uns eine gute Kontrolle und vor allem, dass Dinge früh angesprochen werden. Die Eignerstrategie kann übrigens auch innerhalb dieser Zeit angepasst werden.

Zur BVB als Arbeitgeber: Für die UVEK ist klar, zufriedene Mitarbeitende sind die Basis einer guten BVB und dies ist ein absolutes Muss. Dass dazu Umfragen stattfinden ist gut, und die Resultate sollte man auch ernst nehmen. Es geht aber auch darum, dass man weitere Indikatoren im Auge behält. Für uns ist klar, Ausfälle, Krankheitstage, auch das hat mit der Zufriedenheit der Mitarbeitenden zu tun, auch das soll ernst genommen werden. Neue Instrumente wie zum Beispiel zur besseren Einsatzplanung sind gut, sind aber kein Selbstzweck sondern sollen zum Wohle des Personals eingesetzt werden. Schliesslich ist es der UVEK ein Anliegen, dass die Firmenkultur sich ändert. Die BVB sollen auch für Frauen attraktiv sein. Ziel muss ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis auf allen Stufen sein. Die UVEK hat sich erkundigt, ob Lohnvergleichsanalysen stattfinden. Das wurde bestätigt. Wir sind sehr gespannt, was die Resultate zeigen und welche Massnahmen, wenn nötig, ergriffen werden. Die UVEK erwartet allgemein, dass die Arbeit weitergeführt wird. Sie anerkennt, dass Fortschritte erzielt wurden. Die Ziele sind gut, die Arbeit muss aber entsprechend folgen.

Zur BVB als Transportunternehmen: Wir haben erfahren, dass keine Benchmarks mehr gemacht werden, im Vergleich zu anderen Transportunternehmen, dies vor allem auch, weil die anderen Transportunternehmen nicht bereit waren, alle nötigen Daten zu teilen. Für die UVEK ist klar, dass es unerlässlich ist, dass genug Personal bei den BVB vorhanden ist, damit der ÖV zuverlässig stattfinden kann und damit wir als Kundinnen und Kunden auf den ÖV verlassen können. Es ist für die UVEK gut und richtig, wenn die BVB aktiv den ÖV weiterdenken. Es ist auch im Interesse der Kundinnen und Kunden, wenn wir eine innovative BVB haben. Es ist aber für die UVEK klar und es ist zentral, dass diese Innovationen im Öffentlichen Verkehr eingebettet sind in eine Gesamtverkehrsstrategie, und diese Aufgabe liegt beim BVD und bei der Politik, also auch bei uns. Die Eckpunkte müssen dort festgesetzt werden, und sie müssen geeignet sein, dass in Basel-Stadt auch im Bereich Verkehr das Ziel 2037 klimaneutral erreicht werden kann. Stichworte sind Mobility as a Service, Mobilitätshubs oder auch On-Demand-Angebote. Aber für die UVEK geht es weiter. Es braucht Push-Massnahmen im MIV, und es braucht einen guten klassischen ÖV, eine gute ÖV-Güte im ganzen Kanton. Für die UVEK ist klar, der Regierungsrat muss das aktuell nach 2040 festgesetzte Ziel nach den Abstimmungen vom November auf 2037 korrigieren.

Zur BVB als ausgelagertes Unternehmen: Die UVEK stellt fest, dass die Auslagerung neben Vorteilen auch Schaden verursacht hat. Es geht um finanzielle Schäden, Schäden im Vertrauen und um Schäden beim ÖV als Ganzes. Die UVEK anerkennt aber auch, dass das BVD bestrebt ist, nachzubessern und dass die BVD professioneller mit den BVB kooperieren. Das heisst aber auch, der Kontroll- und der Führungsaufwand steigt und entsprechend auch die Kosten. Wir haben in der UVEK keine Grundsatzdiskussion über die Nettokosten oder über den Nettonutzen der Auslagerung geführt, trotzdem möchte ich ein paar Punkte anführen, die wir diskutiert haben.

Die Eignerstrategie sieht unter anderem die Möglichkeit von Auslagerungen von Dienstleistungen vor. Das hat die UVEK stützig gemacht und wir haben nachgefragt. Wir haben als Auskunft erhalten, dass nur mit Einwilligung des Eigners Auslagerungen möglich sind, dass nicht zu unsozialen Konditionen ausgelagert werden soll, um das eigene

Betriebsergebnis der BVB aufzubessern, und dass Auslagerungen grundsätzlich nicht erwünscht sind und nur dann vorgenommen werden können, wenn gute Gründe dafür sprechen. Als Beispiel wurde uns etwa ein Fachkräftemangel bei der IT genannt.

Weiter haben wir den Punkt Geschäftsmodell Infrastruktur Unterhalt diskutiert. Wir erinnern uns an die Zeit, als beim Bankverein Notmassnahmen nötig waren, als die GPK und die UVEK sich bemüht haben, diesem Thema nachzugehen und Hearings veranstaltet haben. Die UVEK nimmt in diesem Zusammenhang zur Kenntnis, dass das BVD uns von starken Verbesserungen berichtet hat, dass das Geschäftsmodell Infrastruktur sowieso generell nun optimiert werden soll in Hinblick auf den Fernwärmeausbau und dass darum das BVD davon ausgeht, dass sich die Situation weiter verbessern wird. Zum einen ist die UVEK erfreut über diesen positiven Trend, sie möchte aber auch hier zu Handen des Protokolls festhalten, dass es nicht darum geht, nun nachzulassen, sondern dass das endgültige Fazit auch erst in ein paar Jahren gezogen werden kann.

Weitere Themen, die wir im Zusammenhang mit der Eignerstrategie besprochen haben, waren Öffentlicher Verkehr im Kontext von Corona, in dem Zusammenhang auch die Reservebildung, die die BVB laut Eignerstrategie unternehmen sollen, die Zusammenarbeit zwischen Direktion, Verwaltungsrat, BVD und BLT. Insgesamt beantragt die UVEK Kenntnisnahme und hofft auf eine Fortführung des positiven Trends. Wir sind aus Sicht der UVEK noch nicht am endgültigen Ziel, aber wir sind positiv gestimmt, dass dieser Trend fortgeführt werden kann.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte mich herzlich bei der Kommission und ihrem Präsidenten bedanken für die kritischen Fragen und die Auseinandersetzung mit der Eignerstrategie. Diese ist wie gesagt zur Kenntnisnahme, aber wir nehmen die Anregungen natürlich mit. Dieser Aussenblick ist auch für uns immer wieder gut, sie helfen uns, Dinge noch einmal zu hinterfragen. Wir sind gut unterwegs mit der BVB, aber es ist nicht der Moment zum Zurücklehnen. Wir kämpfen immer noch mit Nachfragerückgang nach Corona, wir sehen letzte Nachwehen. Es erholt sich, aber wir sind leider noch nicht ganz da, wo wir vor der Pandemie waren. Wir müssen weiter vorwärts machen, attraktiver werden, zuverlässig sein und das hängt alles mit diesen Faktoren zusammen, die Raphael Fuhrer erwähnt hat.

Etwas sehr Schönes, was die Leute auch sehen und wahrnehmen, ist die neue Buslinie, die elektrischen Doppelgelenkbusse, die im Moment unterwegs sind in Richtung Frankreich. Diese sind sehr präsent und machen den Leuten auch Freude. Ich weiss nicht, ob Sie schon die Gelegenheit hatten, mit einem unterwegs zu sein, aber es ist wirklich ein sehr angenehmes Fahrgefühl. Es wackelt nicht und die Gefährte können auch zu Stosszeiten viel mehr Menschen aufnehmen.

Auch mit der Elektrifizierung der Flotte sind wir gut unterwegs. Hier leisten wir Pionierarbeit im Sinne, dass wir sehr früh alle Busse umstellen und nicht nur einen Teil der Flotte. Insgesamt nehmen wir diese Anregungen gerne mit und ich danke Ihnen für das kritische Hinterfragen und die Kenntnisnahme des Berichts.

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis vom Bericht.

20. Bericht der Petitionskommission zur Petition P440 "Mülltrennung im öffentlichen Raum"

[18.01.23 10:51:02, PetKo, 21.5756.03, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Beda Baumgartner (SP): Die Petition Mülltrennung im öffentlichen Raum hält fest, insbesondere in den Sommermonaten entstehe viel recycelbarer Müll wie Glas, Alu, Pet und Karton im öffentlichen Raum. Für diese stünden aber keine Behälter zur Verfügung, mit welchen ökologisches nachhaltiges Recyceln möglich wäre. Aufgrund der Dringlichkeit einer nachhaltigen Stadtentwicklung solle dieser Schritt der Wertstoffwiederverwendung und Sensibilisierung der Bevölkerung nicht versäumt werden. Die Petition fordert daher, dass eine ökologisch nachhaltige Mülltrennung im öffentlichen Raum eingeführt wird.

Der Grosse Rat hat die Petition an seiner Sitzung vom 8. Dezember 2021 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Am 24. Januar 2022 hörte die Kommission im Rahmen eines Hearings eine Vertretung der Petentschaft sowie den Leiter der Stadtreinigung als Vertreter des Bau- und Verkehrsdepartements an. Mit Bericht vom 22. Februar 2022 stellte die Petitionskommission dem Grossen Rat den Antrag, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahmen innert sechs Monaten zu überweisen. Diesem Antrag folgte der Grosse Rat mit Beschluss vom 27. April 2022. Am 19. Oktober 2022 hat die Petitionskommission die Stellungnahme des Regierungsrats erhalten.

Die Petitionskommission dankt dem Regierungsrat für die ausführliche und informative Stellungnahme zur Abfalltrennung im öffentlichen Raum. Daraus und aus den Antworten auf die von der Kommission gestellten Fragen geht hervor, dass eine Trennung des Abfalls nach verschiedenen Fraktionen im öffentlichen Raum grundsätzlich möglich ist. Im Gegensatz zu Basel existieren solche Systeme in anderen Schweizer Städten an stark frequentierten Orten. Der Regierungsrat empfiehlt aber aufgrund beschränkter Platzverhältnisse, einer gemessen am Gesamtabfallaufkommen geringen Menge

und sehr hoher Kosten von der Einführung eines Abfalltrennsystems im öffentlichen Raum abzusehen.

Dass der Regierungsrat ökologische und ökonomische Aspekte in seine Beurteilung einbezieht, stuft die Petitionskommission als richtig ein, einer allfälligen Einführung eines Abfalltrennsystems sollte ein Preisschild angehängt werden. Dass sich die getrennte Sammlung rein wirtschaftlich nicht lohnt, ist unbestritten. Die damit verbundene politische Frage lautet, ob es sich lohnen muss. Unter freiem Himmel stehende Abfalltrennsysteme dürften das Bewusstsein schärfen, dass man sich im öffentlichen Raum gleich verhalten sollte wie zu Hause bzw. Abfall unabhängig vom Ort des Entstehens getrennt entsorgen sollte. Allenfalls könnte die Existenz von Trennsystemen auch dazu motivieren, Abfall nicht liegen zu lassen (Littering).

Eine deutliche Mehrheit der Petitionskommission würde es vor diesem Hintergrund begrüssen, wenn in Basel zumindest an geeigneten und noch zu definierenden Stellen Abfalltrennsysteme aufgestellt würden. Eine Minderheit der Kommission unterstützt die Haltung des Regierungsrats. Ihrer Meinung nach ist das Littering das deutlich grössere Problem als die fehlende Möglichkeit, Abfall auch im öffentlichen Raum getrennt zu entsorgen.

Den Ihnen vorliegenden Bericht hat die Petitionskommission am 7. Dezember mit 9 zu 1 Stimmen verabschiedet.

Joël Thüring (SVP): beantragt die Petition als erledigt abzuschreiben.

Ich danke der Petitionskommission für die Ausführungen. Im Namen meiner Fraktion beantrage ich Ihnen, die Petition als erledigt zu erklären. Wir schliessen uns in der Argumentation weitgehend dem an, was der Regierungsrat im Hearing in der Petitionskommission offenbar geäussert hat. Mülltrennung ist aus unserer Sicht im öffentlichen Raum natürlich wünschenswert, aber nicht das dringendste Problem. Das Wichtigste ist, dass der Kanton etwas gegen das Littering unternimmt, dass der Kanton hier einerseits Massnahmen ergreift, um das Littering zu verhindern und andererseits Möglichkeiten schafft, ausreichend Entsorgungsstellen im öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen. Wir sind der Ansicht, dass der Gedanke der Mülltrennung sekundär ist, prioritär ist tatsächlich die Möglichkeit, dieses Littering im öffentlichen Raum zu verhindern.

Das wirft auch die Petitionskommission auf in ihrem Bericht. Wir sind der Ansicht, dass es deshalb auch keine weitergehende Berichterstattung durch den Regierungsrat braucht. Der Regierungsrat hat in diesem Zusammenhang bereits einen Auftrag. Ihm wurde vor einigen Monaten eine Motion überwiesen, ein Massnahmenpaket Sauberkeit auszuarbeiten. Und selbstverständlich ist das eine dieser Fragen, die im Rahmen dieser Motionsbehandlung vom Regierungsrat auch beantwortet werden muss. Der Regierungsrat hat selber gesagt, er möchte dieses Massnahmenpaket breit ausarbeiten und sich deshalb auch etwas mehr Zeit ausbedingen, was ja dieses Haus ihm genehmigt und bewilligt hat.

Insofern glauben wir, braucht es keine zusätzlichen Anstrengungen. Die Berichte zu den Mülltrennungssystemen fallen unterschiedlich aus. Gerade die SBB sagt, dass diese Systeme nur an wirklich sehr grossen Bahnhöfen Sinn machen, breit gestreut scheint das auch bei der SBB nicht wirklich sinnvoll zu sein. Deshalb ist unser Ansatz weiterhin der, dass wir möglichst viele Möglichkeiten brauchen, Müll im öffentlichen Raum zu entsorgen. Da sind wir bis zu einem gewissen Grad in einem Zwiespalt, dass natürlich dadurch die illegale Entsorgung weiter zunehmen wird. Ich glaube aber sehr, dass unabhängig von der Bereitstellung von Abfallentsorgungseinern diese illegale Entsorgung weiter stattfinden wird.

Aber es ist so, es gibt an vielen Orten einfach viel zu wenig Entsorgungsmöglichkeiten. Ich habe seit einigen Wochen Besuch aus einem anderen Land, und wenn Sie mit diesem Besuch durch die Aussenquartiere gehen und diese Leute eine Zigarette nach dem Rauchen entsorgen möchten, dann haben sie in vielen Strassen keine Entsorgungsmöglichkeit. Es gibt in praktisch keinen Quartierstrassen Abfallkübel. Es gibt sie an den Hotspots, aber überall sonst, wo auch geraucht wird, gibt es sie nicht, und entsprechend auch keine Entsorgungsmöglichkeiten für anderen Abfall. Hier muss der Regierungsrat schleunigst dafür sorgen, dass es mehr Abfallkübel gibt. Ich glaube nicht, dass die Solarabfallkübel die Antwort darauf sind, aber es braucht Kübel, um auch in den Quartieren den Menschen zu ermöglichen, den Abfall sachgerecht zu entsorgen. Ob sie ihn dann trennen oder nicht, ist zweitrangig.

Das andere ist, dass diese Leerungen regelmässig stattfinden müssen. Hier gibt es ebenfalls noch Potenzial. Und an den Hotspots muss es zwingend im Sommer, wie wir es am Rheinbord kennen, mehr Möglichkeiten geben. Hier sollte auch in Zukunft auf diese blauen Container gesetzt werden. Diese sind vielleicht ästhetisch nicht so schön, aber sie sind sehr zweckdienlich und sie helfen tatsächlich, das Abfallproblem gerade auch am Rheinbord zu lösen.

Es ist etwas illusorisch zu meinen, dass, wenn Sie am Rheinbord eine Petflasche in die Hand nehmen und etwas trinken, diese Petflasche zwei Stunden später nach Hause tragen. Ich gehöre tatsächlich zu denjenigen, die den Abfall noch entsorgen und nicht einfach irgendwo hinstellen, aber mir wäre es tatsächlich auch noch nie in den Sinn gekommen, wenn ich um 20.30 Uhr am Rheinbord etwas trinke, den Abfall drei Stunden später zu mir ins Bachlettenquartier zu tragen. Das finde ich reichlich absurd. Hier muss der Kanton tatsächlich die Möglichkeiten anbieten, dass die Abfallentsorgung vor Ort möglich ist. Das ist vielleicht mit mehr Kosten verbunden, aber in diesem Bereich der Sauberkeit darf der Kanton auch Gelder einsetzen, weil Sauberkeit und Sicherheit haben einen direkten Zusammenhang, und deshalb glauben wir, dass eine saubere Stadt auch ein Beitrag zu einer sicheren Stadt ist.

Wir bitten Sie also, die Petition als erledigt zu erklären und dem Regierungsrat im Rahmen der Motion Massnahmenpaket Sauberkeit die Gelegenheit zu geben, uns umfassend ein Paket vorzulegen, das unsere Stadt sauber macht.

Annouk Feurer (GAB): Die Antwort der Regierung findet das GAB doch etwas enttäuschend. Obwohl festgehalten wird, dass die Trennung des Abfalls im öffentlichen Raum grundsätzlich möglich ist, sieht man davon ab, eine für Basel passende Lösung zu finden. Luzern zeigt ein Beispiel für saisonal anfallende grössere Mengen an Abfall, bei dem sie

während den Sommermonaten am Seeufer Recyclingstationen aufstellen. Zürich und Bern stellen Trennsysteme an stark genutzten Orten auf. In Bern werden dadurch je nach Wetter und Saison über die Trennsysteme pro Monat zwei bis drei Tonnen wiederverwertbare Abfälle eingesammelt.

In der Antwort der Regierung wird klar, die Lösung von Luzern, Bern und Zürich passen nicht nach Basel. Trotzdem sollte es doch möglich sein, dementsprechend eine neue Lösung zu finden. Dass Abfalltrennung sinnvoll ist, ist kein Geheimnis. Dass an gewissen Orten wie am Rhein saisonal mehr Abfall anfällt, der recyclebar wäre, ist auch nichts Neues. Klar ist aber auch, dass Recycling viele Herausforderungen mit sich bringt, zum Beispiel das Reinhalten der Sammlungen und die Komplexität der Koordination des Einsammelns. Aus Sicht der Stadtreinigung sei dies aber machbar.

Wir dürfen dabei auch nicht vergessen, dass wir mit Recyclingmöglichkeiten im öffentlichen Raum die Bevölkerung darauf sensibilisieren und das Bewusstsein schärfen. Wir haben hier auch eine gewisse Vorbildfunktion. Aus unserer Sicht darf sich die Stadt dieses Projekt deshalb auch etwas kosten lassen. Es sollte uns doch mindestens ein Pilotversuch wert sein, bei dem wir herausfinden können, ob solch temporäre Recyclingstellen am Rhein funktionieren würden und weniger Abfall liegen gelassen wird. Deshalb bitte ich Sie, die Petition an den Regierungsrat zurückzuweisen und hoffe auf eine kreative Lösung, möglichst effizient und kostengünstig.

Salome Hofer (SP): In der Problemanalyse bin ich durchaus Joël Thürings Meinung, in der Schlussfolgerung in Bezug auf diese Petition kommt die Fraktion der SP hingegen zu einem anderen Schluss. Littering ist ein Problem, leider auch in unserer Stadt, das wir unbedingt bekämpfen sollten und auch wollen. Das haben wir unter anderem auch mit der Überweisung der angesprochenen Motion gezeigt. Wir sind der Meinung, dass wir dies auch mit dieser Petition zeigen sollten, indem wir sie noch einmal an den Regierungsrat überweisen.

Beda Baumgartner hat es angesprochen, wir haben im Moment noch kein Preisetikett, es gibt aber Beispiele aus anderen Städten. Wir wären sehr froh, wenn der Regierungsrat ein konkretes Preisschild erarbeiten würde. Ich denke auch, dass es uns das wert sein muss, dass wir dieses Preisschild haben und das ursächliche Problem des Litterings mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten effizient bekämpfen können. Da gehört für die SP auch die Möglichkeit einer Abfalltrennsystematik mit dazu. Man kann prüfen, wo das Sinn macht. Man sieht aus den Berichten der SBB und aus anderen Städten, dass es vielleicht nicht überall Sinn macht, dass man auf die Frequentierung der Orte schauen muss. Und was ganz wichtig ist, wir wollen nicht, dass das dann die einzige Lösung ist. Andere Lösungen müssen weiter vorangetrieben werden. Wenn es Orte gibt, an denen zu wenig Abfallentsorgungsmöglichkeiten bereitstehen, dann müssen wir auch das anschauen, da bin ich mit Joël Thüring einverstanden. Aber wir fänden es falsch, wenn wir diese Möglichkeit der Abfalltrennung direkt wieder ausschliessen würden. Deshalb bitten wir den Regierungsrat, das noch einmal für bestimmte Plätze konkret zu prüfen, dieses Preisschild zu erarbeiten, noch einmal mit anderen Kantonen das Gespräch zu suchen und von deren Erfahrungen zu profitieren.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Petition noch einmal an den Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.

Eric Weber (fraktionslos): Alles was Joël Thüring gesagt hat, stimmt. Mich beschäftigen im Zusammenhang mit dem Thema Müll zwei Dinge. Das eine sind die teuren Mülleimer, die oft überfüllt sind. Das muss verbessert werden. Ich bin letztes Jahr erschrocken, als ich in der Zeitung gelesen habe, dass Altpapier Geld kosten soll. Wenn Altpapier in Basel Geld kostet, dann gibt es wirklich ein Litteringproblem. Da mache ich nicht mit.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Abstimmung

JA heisst erledigt, NEIN heisst an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung.

Ergebnis der Abstimmung

28 Ja, 67 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 461, 18.01.23 11:08:25]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition P440 (21.5756) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu **überweisen**.

21. Bericht der Petitionskommission zur Petition P449 "Keine Aufhebung oder Verschiebung von den Bushaltestellen Linie 31, 38 Thomaskirche, Ensisherstrasse, Blotzheimerstrasse"

[18.01.23 11:08:36, PetKo, 22.5309.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Karin Sartorius, Präsidentin PetKo: Die Kommission hat die Petition 449 am 22. Juni überwiesen erhalten und im Oktober desselben Jahres die Petentschaft zu einem Hearing eingeladen. Anwesend waren neben der Petentschaft die Koordinatorin Umsetzung Behindertengleichstellung an Tram- und Bushaltestellen aus dem BVD.

Die Petentschaft erläuterte am Hearing, dass das BVD die Bushaltestellen in der Hegenheimerstrasse hinderungsfrei umbauen gedenke und gleichzeitig den öffentlichen Verkehr um 30 Sekunden beschleunigen möchte. Dafür soll die Bushaltestelle Ensisheimerstrasse aufgehoben und die Bushaltestelle Thomaskirche und Blotzheimerstrasse verschoben werden, was sie verhindern möchten. Sie begrüssen die hinderungsfreie Umgestaltung der Bushaltestelle, fordern dies aber ohne die geplante Aufhebung einer Station und ohne die Verschiebung der anderen erwähnten Bushaltestellen. Während die Petentschaft der Verschiebung der Haltestelle Blotzheimerstrasse noch halbwegs neutral gegenübersteht, obwohl die Station die höchste Passagierfrequenz aufweist, habe das Quartier kein Verständnis für die Aufhebung der Haltestelle Ensisheimerstrasse und die Verschiebung der Haltestelle Thomaskirche. Die Petentschaft hat ihre Argumente sehr ausführlich erläutert, wie im Bericht zu lesen ist.

Die Vertreterin des BVD hat gegenüber der Petitionskommission und der Petentschaft bestätigt, dass die Halteketten der drei Haltestellen an der heutigen Lage so umgebaut werden können, dass künftig hinderungsfrei eingestiegen werden kann. Aus technischen Gründen wäre ein Beibehalt aller Haltestellen an heutiger Lage möglich, jedoch mit einem Abbau von etwa 20 Parkplätzen. Beim Umsetzen des Projektes des Regierungsrats wäre die Parkplatzbilanz neutral. Zudem würde der ÖV um 30 Sekunden beschleunigt und somit attraktiver.

Die Kommission stellt fest, dass noch keine definitive Entscheidung über die Verschiebung der Haltestellen gefallen ist und somit noch Handlungsspielraum besteht. Solange die Haltung des Grossen Rats zur Petition nicht geklärt ist, wird das Projekt von Seiten des BVD nicht weiter vorangetrieben. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission die folgenden Aspekte der ÖV-Beschleunigung, der Fahrplanstabilität und das Projekt an sich in ihre Erwägungen einbezogen, welche im Bericht detailliert erläutert werden. Die Kommission hat das Gefühl, dass die Idee der Aufhebung bzw. der Verschiebung der drei Haltestellen einzig aus der Vorgabe entstanden ist, den ÖV beschleunigen zu müssen. Dazu hat die Regierung auch einen Auftrag. Sie versteht dies nicht als Kritik an die zuständige Stelle in der Verwaltung. Die Bedürfnisse des betroffenen Quartiers scheinen der Petitionskommission allerdings zu kurz gekommen zu sein. Zudem wäre die kürzere Fahrzeit um 30 Sekunden nur für einen kleineren Teil der Buspassagiere von Nutzen, befindet sich die Haltestelle Thomaskirche doch am Anfang bzw. Ende der beiden Buslinien.

Insgesamt stuft die Kommission den Mehrwert der mit dem Projekt verbundenen Beschleunigung daher als gering ein. Sie beantragt deshalb dem Grossen Rat ohne Gegenstimme, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen und dem Anliegen der Petentschaft zu entsprechen, also an den heutigen Haltestellen festzuhalten.

Beat K. Schaller (SVP): Namens der SVP-Fraktion bitte ich Sie, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Es ist mittlerweile bekannt, die Umsetzung des BehiG verlangt den Umbau einer gehörigen Anzahl von Tram- und Bushaltestellen. Im vorliegenden Fall sind es die Haltestellen der Buslinien 31 und 38 entlang der Hegenheimerstrasse. Wie die Petitionskommission schreibt, nützt die Regierung diese Anpassungen aus, um den Busverkehr entlang dieser Strassen zu beschleunigen und an einer solchen Attraktivitätssteigerung des ÖV kann ja auf den ersten Blick nichts ausgesetzt werden, aber nur auf den ersten Blick, spielen bei diesem Vorhaben doch auch noch andere Überlegungen eine grosse Rolle.

Die Haltestelle Thomaskirche soll über den Luzernerring hinweg stadteinwärts verlegt werden, und diese Verschiebung würde bedeuten, dass die Buspassagiere aus dem Quartier auf der Seite der Thomaskirche über den Kreislauf zur Haltestelle gehen müssten. Beobachtungen zeigen klar, dass die bestehende Unterführung eher als angenehme Rennbahn für die Velofahrer und viel weniger als attraktive Alternative für die Fussgänger benützt wird. Die Mehrzahl der Leute benützt die oberirdische Querung und die ist von Natur aus gefährlicher. Das ist vor allem von Belang, weil sich in diesem Quartier auch das Wasgenringschulhaus befindet. Die SVP sieht keinen Grund, weshalb der Zugang zum Bus für die Schüler gefährlicher gemacht werden soll. Die gegenwärtige Lage der Haltestelle vor der Thomaskirche, ohne Überquerung des Luzernerrings, ist aus dieser Sicht gut, und der Zugang darf auf keinen Fall gefährlicher gemacht werden.

Auch die Verschiebung der Ensisheimerstrasse stösst in der Bevölkerung auf Widerstand. Das neu entstehende Quartier im Westfeld dürfte mit seinen neuen Wohnformen eher eine jüngere Generation anziehen. Im Gegenteil dazu ist im Viertel Ensisheimerstrasse, Hagentalerstrasse, Musbacherstrasse eher die ältere Generation zu Hause, Leute, welche für jeden Meter weniger zur Haltestelle dankbar sind. Aus dieser Sicht ist die Verschiebung der Haltestelle unangebracht. Den Anforderungen des BehiG kann auch ohne eine Verschiebung der Haltestelle entsprochen werden.

Neben diesen Überlegungen kommen aber auch noch andere hinzu. Die Petitionskommission schreibt, unter den Bewohnerinnen und Bewohnern des von den Anpassungen betroffenen Quartiers gäbe es hingegen mehr Verlierer als Gewinner. Für den grösseren Teil von ihnen nähme die Distanz zwischen Haustür und nächstgelegener Bushaltestelle zu. Nachteilig wäre dies insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen.

Mit dieser Petition schickt die betroffene Quartierbevölkerung ein starkes Signal aus, wie sie die reale Gestaltung ihres Lebensraums sieht. Sie tut dies nicht aus einer ideologischen Sicht, sondern aus den Herausforderungen ihres täglichen Lebens heraus. Das hier gezeigte Engagement der Bevölkerung und ihrer ehrenamtlichen Organisationen gilt es zu akzeptieren, gerade und vor allem in diesem Fall sind wir als Parlament verpflichtet, genau hinzuhören. Deshalb bitte ich

Sie namens der Fraktion der SVP, der Petitionskommission zu folgen und die Petition der Regierung zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP): beantragt die Petition als erledigt zu erklären.

Mein Vorredner hat gesagt, das Parlament solle richtig zuhören und unsere Bevölkerung ernst nehmen. Ich spreche hier als Redner der Fraktion die Mitte/EVP, aber auch etwas für die UVEK. Ich möchte hier festhalten, wir haben über dieses Geschäft letztes Jahr schon einmal abgestimmt, anlässlich des Berichts zur Umsetzung der Anforderungen des Bundesgesetzes zur Behindertengleichstellung auf Tram- und Busnetz. Die UVEK hat dieses Anliegen auch schon besprochen. Und wir waren grossmehrheitlich der Meinung, das zu tun. Wir haben die Anwohner damals schon begrüsst. Wir haben ihre Argumente angehört, wir haben die Fachleute angehört, wir haben die Empfehlung gegeben, es umzusetzen. Es gibt immer Vor- und Nachteile.

Was ich nun nicht verstehe, dass wir hier noch einmal eine Zusatzschleife machen, wo doch die Sache bei der Regierung angesiedelt ist. Wenn Sie nun zustimmen, wird es nichts ändern. Und wenn es ändert, dann haben wir das parlamentarische Vorgehen übersteuert. Dann fühle ich mich als Mitglieder einer Fachkommission etwas komisch, wenn wir zu einem Schluss gekommen sind und dies durch eine Petition nachträglich überworfene wird. Wenn wir anfangen, diese Tür zu öffnen, dann kommen wir nicht mehr vorwärts. Wir können uns nicht wirklich um die grossen Probleme kümmern. Ich bitte Sie, in Zukunft den Kommissionsmitgliedern ihrer Fraktion zuzuhören, sonst macht die Arbeit weniger Spass. Ich danke, wenn Sie die Petition nicht überweisen und als erledigt erklären.

Pascal Pfister (SP): Hier haben wir einen normalen Prozess, und ich bitte die Mitglieder der UVEK, das nicht persönlich zu nehmen. Natürlich hatten Sie Ihre Argumente dafür, dass dies eine gute Lösung sei. Nun kommt eine andere Kommission zu einem anderen Schluss. Das ist ein normaler Prozess. Diese eine Anpassung war in der UVEK in einem Gesamtpaket. Da war die Sicht für die anderen Ratsmitglieder etwas versperrt. Wenn dann ein neutraler Quartierverein so etwas thematisiert, ist es durchaus legitim, dies noch einmal zu überprüfen. Es ist üblich, dass Entscheide, die hier getroffen werden, in den Quartieren noch einmal in Frage gestellt werden. Das ist auch die Qualität von Petitionen. Oft muss man antworten, dass leider alles schon entschieden und ausgegeben sei, hier haben wir für einmal einen anderen Fall.

Die Buslinie, um die es hier geht, ist nicht eine zentrale Linie. Es gäbe eine Einsparung von 30 Sekunden, wenn Sie das Quartier aber kennen, wissen Sie, dass das sehr theoretisch ist, weil dieser Bus praktisch nie rechtzeitig kommt.

Die Petitionskommission hat die Sachlage anders gewichtet, und sie möchte den Antrag stellen, die Petition der Regierung zu überweisen. Die Haltestellen können ja sowieso BehiG-gerecht umgebaut werden. Es ist nicht gegen die Arbeit der UVEK gerichtet, aber die Petitionskommission hat die Anliegen aus dem Quartier höher gewichtet als die 30 Sekunden mehrheitlich virtueller Zeiteinsparung.

Fleur Weibel (GAB): Ich kann mich Pascal Pfister anschliessen. Es liegt im Wesen dieses Parlaments, dass es verschiedene Kommissionen gibt. Wir haben diese Petition erhalten und diesen einen spezifischen Abschnitt im Gesamtkonzept noch einmal angeschaut. Wir sind zur Überzeugung gekommen, dass die Bedürfnisse der Quartierbevölkerung in diesem spezifischen Abschnitt zu wenig berücksichtigt wurden und der Mehrwert durch die Beschleunigung auf dieser Strecke nicht im Verhältnis steht zu den berechtigten Bedenken der Quartierbevölkerung. Ich bitte Sie im Namen des GAB, die Petition noch einmal dem Regierungsrat zu überweisen.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Abstimmung

JA heisst Erledigt, NEIN heisst zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat

Ergebnis der Abstimmung

14 Ja, 73 Nein, 8 Enthaltungen. [Abstimmung # 462, 18.01.23 11:26:37]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition P449 (22.5309) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu **überweisen**..

22. Bericht der Petitionskommission zur Petition P453 "Monsterbauprojekt Zuba stoppen! Für eine klimafreundliche Mobilität in Basel-Stadt"

[18.01.23 11:27:10, PetKo, 22.5438.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen.

Karin Sartorius, Präsidentin PetKo: Die Petitionskommission hat die Petition im Herbst überwiesen erhalten und am 21. November die Petentschaft zu einem Hearing eingeladen. Anwesend waren neben der Petentschaft der Geschäftsführer von Agglo Basel, die Leiterin Verkehrsplanung aus dem Amt für Mobilität, der Senior Projektleiter Infrastruktur aus dem Tiefbauamt und von der Bau- und Umweltschutzdirektion des Kantons Basel-Landschaft der Leiter des Geschäftsbereichs Verkehr, Infrastruktur und der Projektleiter Zuba.

Die Petentschaft erläuterte am Hearing, dass das Bauprojekt Zuba, also der Zubringer, der Tunnel Bachgraben, die Erschliessung des Industriegebiets Bachgraben durch einen Autotunnel unter dem Kantonsgebiet von Basel-Stadt mit der Autobahn zu verhindern sei. Sie fordern, dass die Absichtserklärung zwischen den beiden Regierungen revidiert werden müsse, um somit im Kanton Basel-Stadt eine politische Diskussion über den Zuba zu ermöglichen. Ein Projekt, das dazu diene, mehr Autoverkehr abzuwickeln, sei nicht mehr zeitgemäss. Velo-, ÖV- und Fussverkehr müssten gefördert und bevorzugt behandelt werden. Entsprechend soll eine Velovorzugsroute und der Tramausbau zur Erschliessung des Bachgrabengebietes beschleunigt ausgearbeitet werden. Nur so könne das Umweltschutzgesetz eingehalten werden.

Die Vertretung der Verwaltung und der Projektleiter Zuba haben gegenüber der Petitionskommission und der Petentschaft das Grossprojekt, das aus verschiedenen Teilen besteht und übergeordnet über zwei Kantone und den Bund durch die KoBa (Koordinationsstelle Verkehrsanbindung Bachgraben), auf die schon heute bestehenden Verkehrsprobleme im Bachgrabengebiet hingewiesen. Es komme dort regelmässig zu Staus, von denen auch der Bus betroffen sei. Das Zusammenspiel aller Verkehrsarten (Fussgängerverkehr, Veloverkehr, ÖV und MIV) müsse dringend verbessert werden. Gemäss einer Modellierung der Verkehrsströme werden künftig vor allem die Anbindung an die S-Bahn und an die Autobahn in Richtung Basel Nord und Kleinbasel von Bedeutung sein. Wir wissen, das Industriegebiet ist rasant am Wachsen.

Mit den Erschliessungsprojekten, dem Autobahntunnel Zuba, dem Tram Bachgraben und der Velovorzugsroute Bachgraben-Bahnhof SBB seien drei Ziele verbunden: Förderung des Modal Shift, Sicherstellung der Erreichbarkeit und verkehrliche Entlastung der Wohnquartiere von Lärm und Abgasen. Die Kommission stellt fest, dass es bei den verkehrlichen Erschliessungen des Bachgrabengebietes von diesen drei verschiedenen Projekten die Rede ist, dass es bei der Erschliessung aber grundsätzlich um ein Vorhaben gehe und die Projekte zusammengehören. Die Projekte sind zwar im Agglomerationsprogramm des Bundes separat aufgeführt, die Koordinationsstelle Bachgraben stellt aber eine abgestimmte Planung und Realisierung sicher. Die Kommission stellt weiter fest, dass die Zuständigkeit für den Zuba-Tunnel dem Kanton Basel-Landschaft zugewiesen wurde und jene für das Tram Bachgraben dem Kanton Basel-Stadt übertragen wurde. Von einem partnerschaftlichen Vorgehen wurde abgesehen. Wie es zu dieser Entscheidung gekommen ist, konnten die Vertreter leider nicht beantworten.

Die Mehrheit der Petition deshalb dem Regierungsrat zur Stellungnahme überweisen, um zu eruieren, mit welchen Überlegungen sich dieser gegen eine partnerschaftliche Behandlung des Gesamtprojekts ausgesprochen hat. Die mit der Absichtserklärung verbundene Realteilung hat zur Folge, dass sich Parlament und Stimmvolk im Kanton Basel-Stadt nicht zum Zuba-Tunnel und im Kanton Basel-Landschaft nicht zum Tram Bachgraben äussern können.

Eine Kommissionsminderheit empfindet es als effizienter, wenn jeweils ein Kanton für einen definierten Teil des Gesamtprojekts zuständig ist und erkennt keinen Grund, die von den beiden Regierungen abgeschlossene Vereinbarung zu hinterfragen. Weiter weist sie darauf hin, dass für den Bau des Zuba wie für jedes andere Projekt die im Kanton geltenden Gesetze gelten, auch wenn sich der Kanton nicht an der Finanzierung beteiligen muss. Der Zuba muss das übliche Baubewilligungsverfahren durchlaufen. Auch der politische Widerstand gegen das Projekt ist für die Kommissionsminderheit nicht nachvollziehbar, werden mit dem Bau des Zuba-Tunnels doch genau jene Strassen entlastet, bei denen dieselben Kreise, die gegen diesen nun opponieren, mangelnde Sicherheit für Velofahrende monieren. Der Zuba ist auch ein Projekt für den Velo- und den öffentlichen Verkehr und entlastet das dichte Wohnquartier in Basel West vom motorisierten Verkehr und den mit diesem verbundenen Emissionen. Eine Verzögerung des Vorhabens gilt es deshalb sowohl im Interesse der Basler Bevölkerung als auch der im Bachgraben angesiedelten Unternehmen und Beschäftigten zu verhindern.

Die Mehrheit der Kommission erkennt in der Überweisung der Petition aber keine Gefahr einer Projektverzögerung. Sie geht hingegen davon aus, dass die Verhinderung des demokratischen Prozesses die Gegner des Zuba zu Einsprachen zwingen wird. Die Mehrheit der Kommission hat für die Regierung einen Fragenkatalog zusammengestellt mit der Bitte um Stellungnahme, um ein besseres Verständnis für das Projekt zu erhalten in Bezug auf die Absichtserklärung, der Aufspaltung der Teilprojektverantwortung, Mitspracherecht von Parlament und Stimmbevölkerung, und ob eine Revidierung der Absichtserklärung möglich sei. Zudem interessiert sich die Kommission für weitere Zahlen und Fakten, Planungsstand, flankierende Massnahmen, die Velovorzugsroute, und dafür, ob ein Plan B existiere für den Fall, dass sich der Bund oder deutlich später als erhofft finanziell am Zuba beteiligt.

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 6 zu 4 Stimmen, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert einem Jahr zu überweisen.

Andrea Strahm (die Mitte/EVP): beantragt die Petition als erledigt zu erklären.

Ich bitte Sie im Namen der Fraktionen die Mitte/EVP, FDP und LDP, die vorliegende Petition aus folgenden Gründen als erledigt zu erklären.

Vor den Toren Basels, im Bachgrabengebiet, ist ein florierendes Industrieareal entstanden. Wir alle kennen das

Tropeninstitut. Nebst diesem befinden sich dort viele weitere Betriebe, pharmazeutische Unternehmen und Forschungsstätten. BaseLink umfasst ein Areal von 75'000 m², insbesondere für die Life Sciences und die Biotech-Branche. Auch die Universität Basel unterhält dort einen Standort. Es ist ein pulsierendes Gebiet mit aller Infrastruktur, Kantinen usw., die den dort Arbeitenden zur Verfügung stehen müssen. Das Areal umfasst auch Parkhäuser mit rund 4'000 Parkplätzen, die es für die von weiter herkommenden Arbeitenden und Besucher benötigt. Die Beschäftigten sind zu einem grossen Teil ausgesprochen gesuchte Spezialisten, und sie wohnen nicht immer so, dass sie mit ÖV oder Velo zur Arbeit gehen könnten.

Das Gebiet war schon vor seinem Ausbau zum Industriecluster erschlossen, und noch immer befinden sich dort das Gartenbad Bachgraben und weitere vorhandene Einrichtungen. Das Areal muss zudem vom Pendlerverkehr aus Frankreich durchquert werden. Dieser bewegt sich durch den mitten durch das Areal führenden Hegenheimermattweg, durch die Baselstrasse südlich davon und die Rue de Bâle im Norden. Pendler, die auf die Autobahn müssen, etwa Franzosen, die im Industriegebiet Pratteln arbeiten, müssen zwangsläufig über diese Zufahrtsstrassen zu den Schweizer Autobahnen.

Im Bachgrabengebiet bemüht man sich intensiv darum, dass so wenig Arbeitnehmende wie möglich mit dem Auto anreisen. Man kämpft auch hier im Haus um den Ausbau des Anschlusses an die ÖV. Auch Velorouten werden erstellt. Trotz allen Bemühungen wird aber ein erheblicher Teil an mobilisiertem Individualverkehr bleiben und nicht vermieden werden können. Zu viele Leute wohnen zu weit weg, um anders sinnvoll anreisen zu können. Dieser Verkehr kommt zum üblichen Rush Hour-Verkehr, den wir eh schon seit Jahren kennen, also dazu. Die Folge davon ist, dass der nördliche Teil von Grossbasel West unter einer enormen und mit dem Fortschritt der Bauarbeiten im Bachgraben immer unerträglicher werdenden Verkehrsbelastung leidet und leiden wird. Es handelt sich hier um reinen Durchgangsverkehr, der sich durch ein Wohnquartier mit Schulen, Parks, Spielplatz, Kirche, Spital und Alterssiedlung staut. Die Situation ist jetzt schon kritisch, und sie wird noch kritischer. Durch die drohende Streichung von Bushaltestellen über den Wasgenringkreisel hinaus sind noch vermehrt Fussgängerquerungen zu erwarten. Es wird also auch gefährlicher. Bei den Fussgängern handelt es sich um Kinder, die auf den Robbi Spielplatz ins Bachgraben oder in die Schule wollen. Dass sie die Unterführungen nicht gerne benutzen liegt auf der Hand. Die Verkehrssituation ist also gefährlich und gehört raschmöglichst entschärft.

Die Stausituation wird sodann den öffentlichen Verkehr erheblich behindern. Die Busse stehen jetzt schon ewig im Stau. Mehr Pünktlichkeit beim ÖV, wie in diesem Haus gewünscht, lässt sich so jedenfalls nicht erreichen. Es ist deshalb dringend nötig, den Zubringer Bachgraben möglichst rasch zu verwirklichen. Weitere Verzögerungen, wie sie die vorliegende Petition wünscht, sind nicht mehr tragbar. Dem Bericht der Regierung können Sie entnehmen, dass die Bedenken der Petenten widerlegt werden konnten. Es konnte eine Lösung gefunden werden, die allen Beteiligten, den Anwohnenden aber auch dem Bachgrabengebiet und den Grenzgängern, Rechnung trägt und auch dem Klimaschutz, denn Stau war noch nie umweltfreundlich.

Denken Sie doch an den Voltaplatz und wie sich dort einst der Verkehr im Dauerstau durchquälte. Nun haben wir dort ein angesagtes Wohnquartier und viel Lebensqualität. Dies gelang ausschliesslich dadurch, dass man den Durchgangsverkehr verbannte und die Autobahnen Frankreichs und der Schweiz miteinander verband. Genau dies muss nun auch im Bachgrabengebiet getan werden, und zwar rasch.

Ich bitte Sie im Namen der Fraktionen die Mitte/EVP, FDP und LDP, die vorliegende Motion als erledigt zu erklären.

Raphael Fuhrer (GAB): Wir sind im Jahr 2023 und wir glauben ernsthaft, dass wir mit mehr Strassen weniger Verkehr erhalten. Das war schon im 20. Jahrhundert nicht so und wird auch in Zukunft nicht sein, ob es in Walisellen, in Allschwil oder in Renens ist, es hat sich bis jetzt einfach nicht bestätigt. Warum sollen wir nun einfach die Faust in der Tasche machen müssen, nichts dazu sagen können, wenn unser geschätzter Nachbarkanton ein riesiges Entwicklungsgebiet direkt an der Kantongrenze bestimmt, das nicht gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen ist, wo die Veloverkehrs- und Fussverkehrserschliessung grosse Defizite enthält und nun wir als Kanton Basel-Stadt dem Kanton auch noch ein rundum Sorglospaket mit einer Vereinbarung garantieren? Und das Parlament kann nichts dazu sagen? Das kann ja nicht sein. Darum bitte ich Sie im Namen des GAB, diese Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Unser Umweltschutzgesetz sagt, die Prioritäten sollen bei der umweltfreundlichen Mobilität sein. Ich gehe absolut einig, der MIV hat sehr viele Nachteile, Lärmsicherheit und Emissionen, darum setzen wir uns auch schon lange für die anderen Verkehrsmittel ein. Aber mit dem Zuba lösen wir die Probleme nicht. Wir können heute schon den Veloverkehr verbessern, Fahrbahnhaltestellen für den Busverkehr schaffen, damit die Autos hinter dem Bus halten. All das kann man ohne den Zuba machen. Darum ist es wichtig, ab und zu unsere Gesetze zu studieren, die Priorität liegt beim umweltfreundlichen Verkehr. Das Projekt sieht vor, dass zuerst die Strasse gebaut wird, es wird also zuerst der rote Teppich ausgelegt für die Autofahrerinnen und Autofahrer, die in dieses Areal wollen, aber auch für alle Allschwilerinnen und Allschwiler, die dann auf dem direkten Weg über unser Kantonsgebiet zur Autobahn fahren. Erst später möchte man dann mit Tram- und Velovorzugsroute diese Leute wieder dazu motivieren, das Auto zu Hause zu lassen. Das kann ja nicht funktionieren.

Wir haben das Bruttoprinzip in unserem Finanzhaushaltgesetz, wir haben schon über unzählige Geschäfte abgestimmt, in denen die eingestellten Finanzen viel höher sind als das, was wir als Kanton bezahlen. Warum ist das hier nicht der Fall? Ich glaube nicht, dass die Mitarbeitenden des BVD gratis arbeiten für all die Abklärungen, Anpassungen raumplanerischer Natur, um diesen Tunnel auf unserem Kantonsgebiet zu schaffen.

Im Umweltschutzgesetz gibt es weiter die Bestimmung, dass die Gesamtmenge des motorisierten Individualverkehrs nicht steigen darf. Wenn wir nun eine Strasse bauen, wird es zu Mehrverkehr kommen aufgrund der Arbeitsplätze und Freizeitangebote auf diesem Areal. Dies wird auf unsere Rechnung kommen, und das heisst im Gegenzug, Baslerinnen und Basler dürfen weniger Auto fahren, damit jemand vom Elsass mit dem Auto dort arbeiten gehen kann. Warum sollen

wir als Grosser Rat dazu nichts sagen können?

Sie sehen, aus inhaltlicher, aus formaler und aus rein logischer Sicht wäre es an der Zeit, dass der Regierungsrat dazu transparent ist, berichtet, wie das zustande gekommen ist, was das für die Bevölkerung, die Umwelt und für unsere Ziele bedeutet, und dass wir als Grosser Rat dazu eine politische Debatte führen können, ob wir das gleich sehen oder nicht. Darum möchte ich Sie bitten, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

David Wüest-Rudin (GLP): Wir haben heute Morgen anlässlich der Diskussion zur Resolution Iran gehört, Politik habe auch etwas mit Symbolik zu tun. Es sind nicht immer nur die harten Facts der Entscheide sondern auch die Aussagen, die damit verbunden sind, die man mitteilen möchte. Die Grünliberale Fraktion musste sich nun die Frage stellen, was denn die politische Aussage ist, wenn wir diese Petition an den Regierungsrat überweisen.

Die politische Aussage ist klar, dass man das Monsterbauprojekt Zuba stoppen, verhindern will. Diese politische Aussage will die Grünliberale Fraktion nicht machen. Darum sind wir nicht dafür, diese Petition noch einmal dem Regierungsrat zu überweisen, obwohl die Petitionskommission wichtige und richtige Fragen stellt. Es wäre interessant und wichtig zu wissen, warum die Projektaufteilung Zuba und ÖV zustande gekommen sind, welches die Haltung des Regierungsrats ist, wie er die Mitsprache des Parlaments sieht usw. Diese Fragen können wir aber mit anderen Instrumenten jederzeit stellen. Eine schriftliche Anfrage genügt. Und wenn die Mitsprache des Parlaments zu kurz kommt, gibt es die Möglichkeit, einen Vorstoss zu machen und den Regierungsrat zu beauftragen, das Geschäft anders zu strukturieren, vorzugsweise nachdem die Fragen beantwortet sind, kann man einen Vorstoss machen. Wir können hier eine Motion diskutieren, die das verlangt. Das ist für uns sinnvoller und effektiver, als über die Petitionskommission eine Petition dem Regierungsrat zu überweisen, die das Stoppen des Zuba-Projekts fordert mit Fragen, die er beantwortet, die wir dann aber nicht mehr diskutieren können. Wenn wir eine Diskussion lancieren wollen, dann sollten wir das über andere Instrumente tun.

Ich möchte noch eine inhaltliche Beurteilung anbringen. Warum wollen wir nun dieses politische Signal nicht senden, Zuba zu stoppen? Weil wir die ganze Erschliessung des Bachgrabens als Gesamtprojekt sehen. Es ist eine Erschliessung auch mit ÖV, auch mit Velo, es sind diese drei Komponenten. Wir gehen sehr wohl damit einig, dass man sich überlegen sollte, ob nicht zuerst die ÖV- und Veloerschliessung gemacht werden sollte und erst dann der Autozubringer gebaut werden sollte. Da sind wir offen, das fänden wir sinnvoll. Aber es ist wichtig, mit Blick auf die Klimapolitik nicht einfach das Auto zu verhindern. Wichtig ist die Forcierung der Elektromobilität, dann ist auch die Bewältigung von Mobilität mit Auto klimapolitisch nicht mehr so relevant. Sie wird es in anderen Fragen noch sein - Flächenverbrauch, Wärmeemission. Wir können aber unsere Augen nicht vor den Mobilitätsrealitäten verschliessen. Es werden mehr Bewegungen in dieses Gebiet stattfinden, auch mit dem Automobil, selbst wenn man einen grossen Teil per Velo oder ÖV abwickeln kann. Da muss man sich überlegen, welche Infrastrukturen nötig sind.

Aus diesen Überlegungen beantragen wir Ihnen, die Petition nicht an den Regierungsrat zu überweisen, sondern als erledigt zu erklären. Die Fragen, die die Petitionskommission aufwirft, finden wir hingegen interessant und wichtig und könnten wir auf anderem Weg einbringen.

Zwischenfrage

Raffaella Hanauer (GAB): Ist Ihnen bewusst, dass es bereits eine Motion gibt zum Tram, welche bisher noch nicht eingehalten ist. Wir haben auch schon eine schriftliche Anfrage eingereicht. Zur Zeit plant der Kanton Basel-Landschaft das Bauprojekt, die Regierung lässt uns nicht mitreden. Haben Sie Verständnis dafür, dass wir deshalb den Weg über die Petition gewählt haben?

David Wüest-Rudin (GLP): Ich habe dafür Verständnis, ich habe für viele Petitionen Verständnis. Die spezifischen Fragen kann man aber noch einmal stellen.

Pascal Messerli (SVP): Einerseits staune ich, wie ideologisch verbohrt rot-grün an dieser Petition festhält, andererseits überrascht es mich aber nicht, weil spätestens seit Annahme des Gegenvorschlags der Klimagerechtigkeitsinitiative zeigen sie ihr wahres Gesicht. Es geht ihnen nicht mehr darum, dass sie für gute Luft oder für Verkehrssicherheit sind, sie wollen radikale Verbotsmassnahmen, sie wollen das Auto am liebsten ganz verbieten in diesem Kanton. Das ist die Realität. Ihr Vorsprecher von der FHNW, der ein zweiseitiges Interview bekommen hat in der Basler Zeitung, hat gestern seine radikalen Massnahmen präsentiert. Dahinter scheinen sich alle von rot-grün zu stellen, das sind radikale Bevormundungsversuche, radikale Verbotsmassnahmen, und bei dieser Autofeindlichkeit wird die SVP nicht mitmachen. Es wird auch in Zukunft die Realität sein, dass Menschen auf das Auto angewiesen sind. Es wird in Zukunft Durchgangsverkehr geben, es wird Handel geben, Transport geben. Dann macht es doch Sinn, dass wir hier eine vernünftige Verkehrspolitik für alle Verkehrsteilnehmenden anstreben. Wir wollen, dass der Verkehr unterirdisch gestaltet wird und oberirdisch Entlastungsmassnahmen ergriffen werden, in Bezug auf die Luft, auf die Emissionen, auf Lärm. Wir können dann auch oberirdisch Sicherheitsmassnahmen im Bereich des Langsamverkehrs ergreifen. Aber nein, Sie wollen das nicht, Sie wollen einfach auf Ihrem ideologischen Prinzip beharren und eine Petition unterstützen, um dieses Projekt ganz zu stoppen.

Wenn Sie nun sagen, dieses Projekt verstosse gegen kantonales Recht, dann ist doch die Petition erst recht das falsche Mittel. Wenn es gegen Recht verstösst, dann müssen Sie eine Einsprache machen, dann geht das vor das Appellationsgericht und schlussendlich bis vor das Bundesgericht. Dann muss man das rechtlich bekämpfen. Mit der Petition haben Sie dafür wirklich das falsche Instrument gewählt.

Die SVP wird sich auch in Zukunft für eine vernünftige und nicht-ideologische Verkehrspolitik einsetzen. Sie bekennt sich zu diesem Projekt. Dementsprechend bitten wir Sie, diese autofeindliche Politik abzulehnen und diese Petition als erledigt zu erklären.

Zwischenfrage

Raphael Fuhrer (GAB): Sie haben gesagt, rot-grün sei ideologisch nur auf Verbote aus. Die Roche verbietet ihren Mitarbeitenden einen Parkplatz, wenn sie weniger als eine Stunde Anreise mit dem ÖV haben. Ist demnach die Roche ein radikales rot-grünes Unternehmen?

Pascal Messerli (SVP): Die Roche beschliesst keine Gesetze, die generell abstrakt für sämtliche Bürger dieses Kantons gelten, also dementsprechend hinkt der Vergleich.

Beda Baumgartner (SP): Diese Debatte hat sich doch um einiges emotionaler und aufgeladener entwickelt, als ich gedacht hätte. Ich gebe Ihnen die Versicherung, ich werde nicht auf gleichem Level einsteigen.

Formal vorweg zu den Einwänden von David Wüest-Rudin, warum wir diese Petition nicht an den Regierungsrat überweisen sollten, obwohl die Fragen sinnvoll seien: Wenn wir eine schriftliche Anfrage oder Interpellation einreichen, dann diskutieren wir das auch nicht mehr in diesem Saal. Die Frage ist, ob wir diesen Umweg nehmen und uns die Beantwortung abholen durch die Überweisung der Petition oder ob wir noch einmal eine schriftliche Anfrage und eine Interpellation einreichen. Gerade in Bezug auf die Belastung der Verwaltung, die den effizienten Grünliberalen auch wichtig sein sollte, könnte man gut einfach den Weg über die Petition nehmen.

Die Position der SP ist nicht die gleiche wie sie im Titel der Petition zum Ausdruck kommt. Das ist wichtig festzuhalten. Die SP stellt sich nicht grundsätzlich gegen das Projekt Zuba, vor allem nicht, weil wir zwei Motionen eingereicht haben zum Tram Nr. 30 und zu den Begleitmassnahmen. Wir haben uns immer in diesem Thema eingesetzt, dass es nicht einfach nur eine verkehrsvergrössernde Variante ohne Begleitmassnahmen bzw. ohne ÖV-Lösung gibt.

Wir sehen die Rolle der Petitionskommission darin, dass sie die offenen und ungeklärten Fragen einer Petentschaft klärt. Wenn sie in einer ersten Runde von der Verwaltung nicht geklärt werden können, müssen sie halt in einer zweiten Runde geklärt werden. In diesen Fragen gibt es auch politisch relevante Fragen, wie zum Beispiel zum aktuellen Planungsstand aber auch zur Ausgabenbewilligung zur Velovorzugsroute in Richtung Kleinbasel. Insbesondere ist eine politische Frage die Mitsprache von Parlament und Stimmbevölkerung bei einem Projekt dieser Bedeutung. Es ist wichtig und richtig, dass sich der Regierungsrat dazu verhalten kann, dass er Stellung nehmen kann, und dass wir uns nachher auf der Basis dieser Antworten dem Thema weiter widmen können.

Darum beantrage ich Ihnen im Namen der SP-Fraktion, die Petition zur Stellungnahme innert einem Jahr an den Regierungsrat zu überweisen.

Schluss der 47. Sitzung

12:00 Uhr

Beginn der 48. Sitzung

Mittwoch, 18. Januar 2023, 15:00 Uhr

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

Kaffeespende

Ich freue mich Ihnen mitteilen zu können, dass Thomas Müry heute Nachmittag den Kaffee spendieren wird, dies als Geste, weil er bald seine letzte Grossrats-Sitzung haben wird.

Im Namen des Grossen Rates möchte ich ihm für diese grosszügige Geste herzlich danken.

[Applaus]

Eric Weber (fraktionslos): Pascal Messerli hat gesagt, dass er gegen radikale Verbotsmassnahmen sei. Das ist auch meine Meinung. Er hat auch gesagt, es handele sich um ein ideologisches Konzept. Das ist auch meine Meinung. Ich habe kein Auto auch kein Velo, deshalb kann ich mich kurz fassen. Ich muss feststellen, dass immer mehr Leute wegen dem Verkehr bekriegen. Velofahrende schimpfen auch. Ich finde diesen Hickhack im Parlament wegen des Verkehrs traurig. Ich finde es traurig, wenn Velofahrende mit Stangen angegriffen werden.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Abstimmung

JA heisst Erledigt, NEIN heisst zur an den Regierungsrat zur Stellungnahme überweisen

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 463, 18.01.23 15:04:01]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P453 (22.5438) ist **erledigt**.

23. Bericht der Petitionskommission zur Petition P455 Basel St. Johann - begrünt, klimafreundlich, lebenswert

[18.01.23 15:04:45, PetKo, 22.5436.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Karin Sartorius, Präsidentin PetKo: Die Petitionskommission hat die Petition 455 im Oktober überwiesen erhalten und im Dezember die Petentschaft zu einem Hearing eingeladen. Die Petition ist von im St. Johann-Quartier wohnhaften Personen lanciert worden. Es sind 1'400 Unterschriften zusammengekommen. Sie möchten das Quartier grüner, klimafreundlicher und lebenswerter machen. Das St. Johann sei aufgrund des hohen Anteils an versiegelten Flächen eines der vom Klimawandel und der Erderwärmung am stärksten betroffenen Quartiere von Basel und somit ideal für kurzfristige Forderungen der Petentschaft für eine pilotmässige Einrichtung von drei begrünten, verkehrsberuhigten und klimafreundlichen Begegnungszonen. Wir kennen das auch unter dem Begriff Superblocks, und dies in der Verlängerung des St. Johann-Parks bis 2023. Dafür soll die Mülhauserstrasse für den motorisierten Durchgangsverkehr gesperrt werden. Die Petentschaft hat ihre sehr konkreten Forderungen präzise dargestellt und der Kommission erläutert.

Die Vertreterin des Kantons und der Stadtentwicklung hat gegenüber der Kommission festgehalten, dass aus Fachsicht die Petition mit dem Ziel einer nachhaltigen, integralen und klimaangepassten Stadtentwicklung passt und mit der an den Regierungsrat gerichteten Petition für ein zukunftsfähiges Wettsteinquartier und dem von dem Grossen Rat überwiesenen Anzug Kühne und Hanauer betreffend Superblocks liegen bereits Forderungen auf dem Tisch des Regierungsrats, wie sie auch die vorliegende Petition nun verlangt. Im St. Johann Superblocks zu realisieren stösst bei der Kantons- und Stadtentwicklung deshalb grundsätzlich auf Zustimmung. Weiter hat sie festgehalten, dass auch der Kantons- und Stadtentwicklung eine mögliche baldige Umsetzung wichtig ist. Ganz so ehrgeizig wie die Petentschaft sind sie nicht, aber sie muss sicher unter Einbezug der betroffenen Bevölkerung erfolgen.

Die Kommission stellt fest, dass die Petition bei der Verwaltung auf offene Ohren stösst. Aus ihrer Sicht macht eine gemeinsame Stellungnahme des Regierungsrats zur Petition und zum Anzug Kühne Hanauer betreffend Superblock in Basel Sinn. Die Petitionskommission stuft Wohnumfeldaufwertung als richtig und wichtig ein, einfache Massnahmen, die keine lange Projektierung voraussetzen, können ihres Erachtens kurzfristig umgesetzt werden. Ein Teil der Kommission fordert die Verwaltung dazu auf, mutig zu sein und das zu versuchen, eine Minderheit der Kommission weist aber darauf hin, dass sich in der Bevölkerung gegen die Einrichtung von Begegnungszonen und solcher Superblocks sowie gegen den Abbau von Parkplätzen auch Widerstand rege. Die Bevölkerung soll also wirklich unbedingt von Anfang an miteinbezogen werden.

Weitere Punkte, auf die die Petitionskommission vom Regierungsrat eine Antwort bittet, ist, wie sich die Bildung von Superblocks auf das Verkehrsaufkommen auswirkt in den ausserhalb der Blöcke liegenden Strassen und wie sich die Aufwertung des Wohnumfelds auf die Mietpreise der im Superblock liegenden Wohnungen auswirkt. Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat einstimmig, die Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Luca Urgese (FDP): beantragt die Petition als erledigt zu erklären.

Ich darf Ihnen namens der FDP, der LDP und der SVP beantragen, die Petition als erledigt zu erklären. Ich will nicht noch einmal die Diskussion führen, die wir bereits anlässlich der Diskussion des Anzugs Kühne Hanauer geführt haben. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass es sich hierbei um ein egoistisches Verdrängungsprojekt zu Lasten der Nachbarn ausserhalb dieser Superblocks handelt. Ein sehr ausgeprägtes Beispiel von NIMBY-Politik, bei der sich die Betroffenen in eine chambre séparée zurückziehen möchten.

Die entscheidende Frage hier ist aber, ob es diese Petition neben dem Anzug auch noch braucht. Die Antwort ist offensichtlich Nein. Der parlamentarische Auftrag ist da, die Idee wird geprüft, die offenen Fragen werden ohnehin beantwortet werden. Wir sind der Ansicht, dass wir keine Doppelspurigkeiten brauchen, wir sehen keinen Mehrwert. Deshalb sollten wir im Sinne der Effizienz diese Petition als erledigt erklären, der Prüfungsauftrag an den Regierungsrat bleibt ja unverändert bestehen.

Tonja Zürcher (GAB): Sie haben es gehört, die Petition wurde von einem Anzug bereits aufgenommen. Es ist also kein grosser Zusatzaufwand, in diesem Zusammenhang auch noch über diese Petition zu berichten. Wir werden den Personen und der Bevölkerung, die diese Petition unterschrieben haben, besser gerecht, wenn wir diese Petition auch noch mit überweisen, gerade weil sehr viele Argumente in der Petition sind, die wir als wichtig erachten.

Nun könnte man sagen, dass wir nichts mehr tun müssen. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass die Petentschaft ganz klar gefordert hat, dass im Sommer 2023 bereits etwas umgesetzt werden soll. Die Überweisung der Petition mit dem Wunsch auf Beantwortung zusammen mit dem Anzug zu den Superblocks heisst nicht, dass wir die Forderungen einfach in die Schublade schieben können und dann irgendwann kurz vor Ablauf der Frist eine Antwort erhalten, in der es heisst, dass man inhaltlich einverstanden sei aber dass es halt nicht so schnell gehe. Wir möchten wirklich, dass jetzt in diesem Sommer etwas umgesetzt wird.

Es ist auch nicht so schwierig. Wir könnten das ohne die Verwaltung machen, aber es macht Sinn, wenn es über den Kanton läuft. Es ist relativ einfach, ein paar Blumentöpfe hinzustellen, ein paar Hochbeete hinzustellen und vielleicht gelingt es sogar, einen oder mehrere dieser grossen tollen Bäume in den Töpfen, die wir vom Rhein unter der Dreirosenbrücke kennen, auch noch in diese Quartiere zu bekommen. Damit kann auf sehr einfache Art und Weise ein verkehrsberuhigter, begrünter Raum geschaffen werden. Wenn sich das bewährt, kann dies mittelfristig definitiv eingeführt werden mit der Entsiegelung, denn neben der Begrünung ist die Entsiegelung ein sehr wichtiges Anliegen, um dem Stadtklima gerecht zu werden, damit das Wasser nicht einfach ungenutzt wegfliessen, sondern auch verdunsten und die Stadt kühlen kann.

Ich bitte Sie, diese Petition zu überweisen, und ich bitte Regierung und Verwaltung, dann auch wirklich schnell vorwärts zu machen, damit wir diesen Sommer schon erleben können, wie es eigentlich sein könnte.

Brigitte Kühne (GLP): Wir haben hier eine Petition aus der Bevölkerung, von Personen, die im St. Johann-Quartier wohnen, die exakt das gleiche Ziel hat wie der Regierungsrat, nämlich eine nachhaltige, integrale und klimaangepasste Stadtentwicklung. Diese Stadtentwicklung soll erreicht werden mit den Instrumenten Stadtklimakonzept, der neu vorliegenden Mobilitätsstrategie sowie mit dem Konzept der Schwammstadt. Im Weiteren ist eines der Legislaturziele, den städtischen Raum gemeinsam zu nutzen. Die Stossrichtung der Petition stimmt erst noch überein mit dem kürzlich vom Volk deutlich angenommenen Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative.

Wir haben es gehört, die Petition soll zusammen mit dem vor zwei Monaten in diesem Parlament überwiesenen Anzug Superblocks für Basel beantwortet werden. Ideal also! Es ist keine Doppelspurigkeit, sondern eine effiziente Beantwortung. Interessant ist, dass diese Petition mit keiner Gegenstimme von der Petitionskommission zur Überweisung an den Regierungsrat empfohlen wird, aber gemäss Kreuztabelle vier von sieben Parteien empfehlen, die Petition als erledigt abzuschreiben. Erledigt?

Wir Grünliberalen überweisen diese Petition gerne dem Regierungsrat, damit es vorwärts geht mit mehr Lebensqualität in dieser Stadt.

Pascal Pfister (SP): Ich möchte noch auf zwei Dinge hinweisen. Einerseits ist mir bei der Behandlung der Petition aufgefallen, wie stark die Petentschaft wirklich drängt und dass in der Bevölkerung Erwartungen geweckt worden sind, welche die Verwaltung sicher noch vor Herausforderungen stellen werden. Aber es zeigt sich, dass sich in der Stadt etwas bewegt. Für uns war es wichtig, mit dieser Petition zwei zusätzliche Fragen aufzunehmen, wie sich das nämlich für die Mieten und Bewohner:innen ausserhalb der Superblocks entwickelt.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte zu zwei, drei Voten kurz Stellung nehmen. Tatsächlich handelt es sich hier um ein Anliegen, das wir aufnehmen möchten. Wir haben dazu den Anzug zu den Superblocks gerne entgegengenommen. Tonja Zürcher, ich glaube schon, dass mehr gefordert ist als einfach ein paar Pflanzentöpfe aufzustellen. Die Leute möchten eine definitivere Lösung, nämlich eine Entsiegelung, was ja auch nachhaltiger ist als einfach Bäume in Töpfen hinzustellen. Das braucht einige Abklärungen. Ich denke nicht, dass wir das schon diesen Sommer werden machen können, auch weil es Menschen gibt, die dieser Idee gegenüber kritisch sind, weil wir abklären müssen, was es für die Versorgung und für die Infrastruktur der Rettung bedeutet usw. Wir müssen das sorgfältig abklären, auch aufgrund der Fragen, die Sie selber in der Kommission gestellt haben, was es nämlich für die umliegenden Strassen bedeutet.

Es ist aber wirklich wunderbar, dass dieses Anliegen aus dem Quartier kommt. Die zwei Gebiete St. Johann und Wettstein würden sich dafür eignen, und wir freuen uns über diese Initiative und wir werden das gerne prüfen, aber wir werden es sorgfältig prüfen.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Abstimmung

JA heisst erledigt, NEIN heisst an den RR zur abschliessenden Behandlung.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 54 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 464, 18.01.23 15:19:05]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition P455 (22.5436) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu **überweisen**.

25. Budgetpostulat für 2023 Pascal Messerli betreffend Erziehungsdepartement, Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Personal- und Sachaufwand (Eishalle St. Jakob-Arena)

[18.01.23 15:20:12, 22.5589.01, NBP]

Der Regierungsrat ist bereit, das Budgetpostulat 22.5589 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 22.5589 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Pascal Messerli (SVP): Eigentlich haben wir diesem Budgetpostulat schon indirekt zugestimmt. Wir haben den Ratschlag zur Kunsteisbahn Margarethen zurückgewiesen und wir haben eine Motion der JSSK überwiesen, die mehr Eisflächen vorsah. Dann wäre es ja absurd, wenn wir einerseits mehr Eisflächen fordern, aber nicht der Meinung sind, dass wir in einer Übergangszeit die Eishalle optimal ausnutzen sollten. Es ist ein Bedürfnis der Eisvereine. Der EC Basel feiert grosse Erfolge in der letzten Zeit, es gibt auch die Eisvereine, insbesondere auch die Eiskunstläufer:innen, welche dann zu Unzeiten trainieren müssen. Es wäre wirklich gut, wenn man diese Hallen im Juni zwei Wochen länger offen halten könnte. Das wäre ein Zeitpunkt währenddem der EC Basel in den Sommerferien ist und vielleicht die Eiskunstläufer:innen mehr trainieren könnten.

Man sagt gemeinhin, dass Buben und Männer Eishockey spielen und Mädchen Eiskunstlauf betreiben. Wenn wir diese Infrastruktur optimieren, können wir vielleicht einen grösseren Beitrag dazu leisten für den Breitensport, dass mehr Mädchen Eishockey spielen und mehr Buben Eiskunstlauf betreiben. Auch wir hätten wir ein Argument, um optimale Bedingungen zu schaffen. Wir haben auch sportpolitisch etwas am Laufen, ich nenne die Motion der JSSK, auch die Motion Thomas Gander. Wir haben letzte Woche die Bewerbung zur Frauen-EM genehmigt. Wir konnten viele sportpolitische Pflöcke einschlagen, auch mit der grossen Befürwortung zur Schwimmhalle, die wir vielleicht auch mit einer Eishalle kombinieren können.

Wir haben die Motion von Thomas Gander zwei Mal überwiesen. Diese Motion sah vor, dass den Vereinen die Gebühren erlassen werden. Dann haben wir aber gemerkt, dass gar nicht so viele Sportvereine davon profitieren, aber die Eisvereine hätten damals überproportional viel profitiert, weil sie ganz viele Gebühren bezahlen für diese Eishalle. Darum haben wir es etwas anders gemacht. Wir sind dem Ratschlag des Regierungsrats gefolgt, sämtliche Sportvereine einzeln zu subventionieren, sodass man schlussendlich nicht der Version der Motionäre gefolgt ist und die Eisvereine nicht überproportional profitiert haben.

Aus diesem Grund ist es nicht weiter tragisch, wenn man nun dieses Budgetpostulat einfordert und einen weiteren sportpolitischen Pflöck einschlägt. Ich bedanke mich, wenn Sie dieses Budgetpostulat unterstützen.

Zwischenfrage

Raoul Furlano (LDP): Sie haben gesagt, Sportlerinnen und Sportler würden von dieser zusätzlichen Eiszeit profitieren. Meines Wissens wäre das eine einzige Läuferin. Stimmt das?

Pascal Messerli (SVP): Nein, es gibt mehrere Eisvereine. Die genannte Sportlerin ist diejenige, die es profimässig betreibt, aber es gibt auch sehr viele, die das als Hobby betreiben.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 60 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 465, 18.01.23 15:25:03]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat **abzulehnen**.
Das Budgetpostulat 22.5589 ist **erledigt**.

26. Motionen 1 - 4

[18.01.23 15:25:21]

1. Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Demokratie braucht Stellen, wo Plakate wahrgenommen werden

[18.01.23 15:25:21, 22.5516.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 22.5516 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Motion 22.5516 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

2. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Ausgliederung der Kriminalpolizei aus der Staatsanwaltschaft

[18.01.23 15:25:52, 22.5517.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 22.5517 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Motion 22.5517 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

3. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Überarbeitung des Gesetzes über öffentliche Beschaffungen (Beschaffungsgesetz)

[18.01.23 15:26:30, 22.5530.01, NMN]

Die Motion wurde vom Motionär zurückgezogen.

Die Motion 22.5530 ist **erledigt**.

4. Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Reduktion der Arbeitszeit auf 38-Stunden-Woche für die Angestellten des Kantons Basel-Stadt

[18.01.23 15:26:53, 22.5531.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 22.5531 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Lorenz Amiet (SVP): Ich bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Erstens handelt es sich hierbei um eine klassische Giesskannenvorlage. Ich halte es durchaus für plausibel, dass in gewissen Funktionen bei gewissen Berufen der Kanton nicht konkurrenzfähig ist gegenüber der Privatwirtschaft, und ich halte es für durchaus plausibel, dass es punktuell

notwendig ist, Massnahmen zu ergreifen. Diese Motion ergreift aber Massnahmen bei allen, bei denen, für die es nötig sein könnte, und bei denen, für die es keinesfalls nötig ist.

Zweitens, in diesem Zusammenhang insinuiert die Motionäre, dass der Kanton generell ein schlechter Arbeitgeber sei. Das ist Unsinn. Im Durchschnitt arbeiten Arbeitnehmer:innen in diesem Kanton bei einem 100%-Pensum 41,5 Stunden. Beim Kanton sind es 42 Stunden, also eine halbe Stunde mehr pro Woche. Dafür gibt es auf der anderen Seite auch durchaus Vorteile, wenn man beim Kanton angestellt ist. Der Vergleich des Arbeitsplatzes beim Kanton mit jenen bei den grossen, weltweit tätigen Pharmakonzernen ist in diesem Zusammenhang nicht zulässig. Der Vergleich sollte mit dem durchschnittlichen Arbeitsplatz in unserem Kanton sein, und die durchschnittlichen Arbeitsplätze sind nicht diejenige von Roche und Novartis, sondern sind geprägt durch kleine und mittlere Unternehmen.

Als KMU-Arbeitgeber besonders am Herzen liegt mir aber auch noch ein anderes Argument. Staat und Privatwirtschaft kämpfen derzeit gleichermassen mit dem Fachkräftemangel. Da darf es nicht sein, dass der Staat durch Steuergeld finanziert diesen Wettbewerb um Fachkräfte aus dem Gleichgewicht bringt. Die Privatwirtschaft kann unmöglich gleichziehen mit einer allfälligen 38-Stunden-Woche. Die Privatwirtschaft ist der Konkurrenz ausgesetzt, sei es aus anderen Regionen in der Schweiz, sei es aus dem grenznahen Ausland, viele Betriebe sogar aus fernen ausländischen Regionen.

Schliesslich muss man sich auch folgendes überlegen: Wenn wir die Arbeitszeit um durchschnittlich 10% reduzieren pro Mitarbeiterin oder Mitarbeiter, dann bedeutet das nichts anderes, als dass wir gleichzeitig das Arbeitsvolumen, das gesamthaft anfällt, um 10% reduzieren müssen oder aber die Anzahl Arbeitskräfte um rund 10% ausbauen müssen. Das hat nicht nur eine Kostenfolge. Das heisst zudem diesen Wettbewerb um die Fachkräfte, der ohnehin schon tobt, zusätzlich an.

Aus diesen Gründen sage ich Nein zu dieser Motion. Erlauben Sie mir abschliessend aber noch eine andere Bemerkung. § 8 unserer Geschäftsordnung legt die Ausstandspflicht fest bei Geschäften, "die unmittelbar persönlich betreffen." Unmittelbarer als bei der Arbeitszeit kann man nicht betroffen sein. Aus diesem Grund gehe ich davon aus, dass bei der nun folgenden Abstimmung all jene in diesem Saal, die Lohn beziehen beim Kanton bzw. die unter diese Motion fallen, in den Ausstand treten.

Luca Urgese (FDP): Es ist einen Monat her, als dieser Rat einen Vorstoss überwiesen hat, der eine 40-Stunden forderte, nicht nur für Polizistinnen und Polizisten, wie es der Titel der Motion suggerierte, sondern für alle Kantonsangestellten. Während wir dem Regierungsrat noch nicht einmal die Zeit gelassen haben, uns eine Stellungnahme dazu zukommen zu lassen, diskutieren wir bereits über die 38-Stunden-Woche. Es ist wohl nicht völlig aus der Luft gegriffen zu behaupten, der heutige Vorstoss diene vor allem dazu, mehr Druck für die 40-Stunden-Wochen zu machen - Verhandlungsstrategen würden sagen, den Anker richtig setzen.

Aber auch in der Sache selbst hat es dieser Vorstoss in sich. Seien wir uns bewusst, würde er umgesetzt, würde dies zu einer massiven Verschärfung des Fachkräftemangels in unserer Region führen. Dieser Fachkräftemangel ist nicht verursacht durch angeblich schlechte Arbeitsbedingungen in der Wirtschaft und weil die Menschen deswegen nicht arbeiten wollen. Im Gegenteil, wir haben derzeit praktisch Vollbeschäftigung in der Schweiz. Der Fachkräftemangel ist primär verursacht durch die demographische Entwicklung, durch die Generation der Babyboomer, die in Rente geht, ohne dass die nachfolgenden Generationen zahlenmässig in der Lage wären, dies zu kompensieren. Er ist verursacht durch eine trotz aller Krisen und Erschütterungen erfreulich anpassungsfähige, robuste und gut laufende Wirtschaft, die entsprechend mehr Arbeitskräfte benötigt. Und er ist wesentlich mitverursacht durch uns, die Politik, durch das starke Wachstum des Staates.

Denken wir nur schon an die rund 300 zusätzlichen Vollzeitstellen, die allein der Kanton Basel-Stadt im Jahr 2023 schaffen will, von der Bundesverwaltung will ich gar nicht sprechen. Da können wir uns überlegen, wo die entsprechenden Personen in Zeiten der bereits genannten Vollbeschäftigung denn herkommen sollen, um alle diese neuen Stellen zu besetzen. Ich will dabei nicht negieren, dass wir in einzelnen Bereichen des Kantons, namentlich bei der Polizei, den Gesundheitsberufen und im Fahrdienst der BVB, vor grossen Herausforderungen stehen. In einer Situation, wo es ohnehin zu wenig Arbeitskräfte gibt, lösen wir das aber nicht mit einer 38-Stunden-Woche, ohne die Probleme an anderer Stelle zu verschärfen. Weil es sich um Tätigkeiten handelt, bei denen man nicht einfach weniger Arbeiten erledigen kann, ohne die Erfüllung des Kernauftrags zu gefährden. Deshalb würde die unmittelbare Folge davon sein, dass die bestehenden Arbeitskräfte zwar nominell weniger arbeiten müssten, aber mehr Überstunden anhäufen werden, weil die Arbeit trotzdem gemacht werden muss. Die Zufriedenheit und die Gesundheit der Angestellten dürften wir damit wohl kaum verbessern.

Ferner wurde ausgesagt, der Kanton könne mit der 38-Stunden-Woche eine Vorbildfunktion für die Wirtschaft einnehmen. Die Wirtschaft braucht den Staat wirklich nicht um zu wissen, wie sie attraktiv sein kann für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer den Arbeitsmarkt beobachtet kann problemlos feststellen, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber durchaus selber Ideen und Lösungen haben, wie sie Arbeitskräfte für sich gewinnen können. Und sie sind dabei erst noch schneller und flexibler als der Staat.

Bemerkenswert ist übrigens, dass bei den Arbeitsbedingungen gerne mit den Grossen verglichen wird. In der Motion sind Roche, Novartis oder die Swisscom namentlich erwähnt. Dass dieselben Kreise diese Grossen bei anderer Gelegenheit nur zu gerne kritisieren, beispielsweise wenn es um Restrukturierungen geht, ist eher eine ironische Randnotiz. Ungeachtet bleiben aber alle KMU, die in diesem Wettbewerb nicht mithalten können. Sie bleiben auf der Strecke, weil sie nicht dieselben Ressourcen haben wie grosse Unternehmen und weil sie nicht wie der Staat auf das Geld der Steuerzahlenden zurückgreifen können. Im Gegenteil, sie müssen mit ihren Steuern den Kanton mitfinanzieren, der ihnen dann die Angestellten abwirbt.

Wenn wir die Arbeitsbedingungen im Kanton verbessern wollen, sollten wir uns lieber mit Fragen wie Homeoffice, weniger hierarchische Strukturen, weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung, ein flexibleres Pensionierungsalter und dergleichen befassen, um als Kanton ein attraktiverer Arbeitgeber zu sein. Zudem kann der Staat auch einen weiteren wichtigen Beitrag gegen den Fachkräftemangel leisten, nämlich indem er nicht immer mehr Aufgaben an sich reisst und so dem privaten Arbeitsmarkt Fachkräfte entzieht.

Namens der FDP bitte ich Sie, diese Motion abzulehnen.

Tobias Christ (GLP): Im Namen der GLP bitte ich Sie ebenso, diese Motion nicht zu überweisen. Inhaltlich schliesse ich mich meinem Vorredner weitgehend an, ich möchte noch einmal den problematischen Aspekt des Konkurrenzierens der Privatwirtschaft erwähnen. Ein weiterer problematischer Aspekt ist das umfassende Giesskannenprinzip der Motion. Dem Text der Motion bringe ich durchaus viel Sympathie entgegen. Das Problem wird aus unserer Sicht auch richtig erkannt, wir sehen hier durchaus Handlungsbedarf und sind dankbar, dass die Motionäre diese Problematik aufbringen. Aber wir denken, der vorgeschlagene Weg ist so nicht richtig, er kann sogar kontraproduktiv sein, insbesondere auch kurzfristig. Dazu wird Michael Hug nachher noch mehr sagen.

Ich habe zusammen mit Michael Hug alternativ eine Motion eingereicht, die das Problem besser angeht und die schädlichen Auswirkungen hoffentlich nicht haben wird und die bei der Regierung hoffentlich auch auf mehr Verständnis stossen wird. Ich bitte Sie deshalb schon jetzt, dann dieser Motion zuzustimmen.

Eric Weber (fraktionslos): Dadurch, dass die GLP dagegen ist, bin ich nun das Zünglein an der Waage. Ich wurde von Grossräten angesprochen darauf. Ich bin in dieser Sache gespalten. Ich verstehe nicht, wie sich Staatsangestellte selber den Lohn erhöhen und die Arbeitszeit bestimmen. Ich habe eine Frage: Darf ich als Grossrat den Antrag stellen, dass Staatsangestellte bei dieser Abstimmung nicht in eigener Sache abstimmen? (*Die Frage wird verneint.*)

Ich bitte Sie um Anstand und Würde. Ich habe mir in der Mittagspause während drei Stunden überlegt, was ich zu dieser Motion sage. Ich bitte als Grossrat alle Kantonsangestellten, nicht abzustimmen. Auf Hochdeutsch nennt sich das in den Ausstand treten.

Politiker haben einen schlechten Ruf. In der Berufskala stehen wir Politiker an zweitletzter Stelle. Es geht nicht, sich selbst den Lohn zu erhöhen. Das Thema ist heikel. Ich stimme trotzdem JA für eine Erstüberweisung an die Regierung. Nach der Berichterstattung durch die Regierung können wir noch einmal darüber abstimmen.

Michael Hug (LDP): Ich stimme Nein. Gut gemeint ist manchmal eben nicht gut. Wir stimmen heute über eine Motion ab, die ein dringendes Problem beheben möchte, dies aber nicht vermag und zusätzlich noch Probleme schafft, die wir derzeit nicht haben. Wie komme ich zu dieser Aussage?

Angestellte der Polizei, der Rettung, im Gefängnis, die im Schichtbetrieb arbeiten, übernehmen eine extrem grosse Verantwortung für die Gesellschaft. Die Aufgaben, die diese Menschen erfüllen, sind elementar für unseren Staat. Aus verschiedenen und noch nicht bekannten Gründen ist die Erfüllung dieser Aufgaben jedoch nicht ohne weiteres gegeben. Es herrscht Fachkräftemangel und ein grosser Wettbewerb um Talente über alle Kantone hinweg. Basel hat hier leider häufig das Nachsehen. Die Löhne sind zu tief, Fringe Benefits zu klein, die Frustration gross, und fast am wichtigsten: Die Wertschätzung wird zu wenig ausgedrückt. Was können wir nun tun, um die Situation zu verbessern?

Die Pensen von Angestellten bei Polizei, Rettung und in Gefängnissen reduzieren? Auf lange Sicht könnte dies ein Anreiz sein, zum derzeitigen Zeitpunkt verschlimmert diese Massnahme jedoch das Problem einfach nur. Gerade heute haben Mitarbeitende im Schichtbetrieb unzählige Überstunden zu leisten, da die Arbeit eh gemacht werden muss. Dies kann kein Weg sein. Das drängende Problem wird dadurch nicht gelöst. Andere Massnahmen sind zu wählen. Deshalb haben wir gemeinsam mit der GLP eine Motion eingereicht, welche die Bedingungen für die Arbeitnehmenden im Schichtbetrieb verbessern würde. Sie können diese Motion in der Februarsitzung gerne überweisen.

Doch zurück zur heute vorliegenden Motion. Wie Sie wissen, möchte die Motion die Pensen für alle Kantonsangestellten reduzieren. Und hier sind wir bei den Problemen, die neu geschaffen würden. Erlauben Sie mir einen Blick zu unserem Nachbarn Frankreich. Dort wurde seinerzeit die Soll-Arbeitszeit reduziert, um eine grosse Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wir hingegen haben fast Vollbeschäftigung. Per Ende Oktober 2022 betrug in Basel die Arbeitslosigkeit 2,8%. Das heisst, dass auf dem Markt eher wenig Arbeitskräfte verfügbar sind. Erhalten die Kantonsangestellten in einer solchen Zeit eine Pensenreduktion, führt dies zu zwei Effekten. Erstens konkurrenziert der Kanton als Arbeitgeber mit den Privaten in einer extremen Weise, was wettbewerbsverzerrend ist. Gerade kleinere KMU können hier nicht mithalten. Zum Vergleich, die betriebsübliche wöchentliche Arbeitszeit in Basel-Stadt betrug in den Jahren 2020 und 2021 im Durchschnitt 41,5 Stunden. Zweitens müssen die reduzierten Pensen beim Staat kompensiert werden. Dies führt zu noch höherem Personalbedarf, Personal, das nicht vorhanden ist und Personal, das zusätzlich den Steuerzahlenden kosten würde. Der Gewerbeverband geht von 10% mehr Headcount aus, was einem Bedarf von 921 Vollzeitstellen entspricht.

Gut gemeint ist in diesem Fall leider der falsche Ansatz. Wer den notwendigen Schichtbetrieb bei Polizei, Rettung und im Gefängnis unterstützen will, sollte gezieltere und wirksamere Anreize setzen. Glauben Sie mir, das ist möglich.

Zwischenfragen

Felix Wehrli (SVP): Es wurde viel von Geld gesprochen. Sind Sie tatsächlich der Meinung, dass man heute alles mit Geld regeln kann?

Michael Hug (LDP): Nein, dieser Meinung bin ich nicht und war ich auch nie. Aber die Motion sieht ja auch andere Ansatzpunkte vor, wie eben Fringe Benefits.

Toya Krummenacher (SP): Sie haben die Zahlen des Gewerbeverbands zitiert. Wäre es nicht legitim und korrekt, dass der Regierungsrat die korrekten präsentieren würde, und dies für eine Erstüberweisung sprechen würde, falls wir unsere Arbeit korrekt machen möchten?

Michael Hug (LDP): Ich habe diese Zahl zur Illustration zitiert. Dass es mehr kosten würde, ist sowieso klar. Darum möchte ich auch nicht den Bericht des Regierungsrat abwarten.

Beda Baumgartner (SP): Der Diskussion um eine Verkürzung der Arbeitszeit kann man sich aus drei Perspektiven nähern. Zum einen aus einer persönlichen Perspektive, der Belastung der Arbeitnehmenden. Gemäss Auswertung des Bundesamts für Statistik möchten 40% der Männer und 30% der Frauen weniger arbeiten als sie das heute tun. 25% der Erwerbstätigen leiden an Stress, die Tendenz ist zunehmend. Auf der anderen Seite sind jedoch 16% der Beschäftigten gegen ihren Willen unterbeschäftigt, meist Frauen. Das zeigt, die Last der Lohnarbeit ist in der Schweiz ineffizient verteilt und sie fördert Mechanismen, die uns in anderen Teilen der Gesellschaft, sprich Gesundheitswesen, schaden und zu teuer zu stehen kommen.

Damit wären wir bei der zweiten Perspektive, derjenigen der Gesellschaft, beispielsweise bei der Verteilung der Betreuungs- und Sorgearbeit. Diese ist in der Schweiz, wie wir alle wissen, enorm ungleich verteilt. Mehr als 60% davon wird nach wie vor von Frauen erbracht, der Wert dieser Arbeit beträgt jährlich beinahe Fr. 250'000'000'000. Eine tiefere wöchentliche Erwerbsarbeit würde innerhalb der Erwerbsarbeitszeit und im Verhältnis von Erwerbsarbeit und unbezahlter Kehr- und Hausarbeit mehr Ausgleich schaffen und die Gleichstellung der Geschlechter fördern. Womit wir wieder bei der Perspektive des einzelnen Arbeitnehmenden angelangt sind.

Da kommt die für die heutige Diskussion wohl wichtigste Perspektive ins Spiel, diejenige des Arbeitgebers, in diesem Fall des Kantons Basel-Stadt. Ich habe viele Ausführungen gehört, welche Bereiche des Kantons konkret vom Fachkräftemangel betroffen sein sollen und welche nicht. Der Regierungsrat hat kürzlich eine schriftliche Anfrage von Tim Cuénod zu diesem Thema beantwortet. Er hält fest: "Von Rekrutierungsengpässen betroffen sind besonders die Bereich Informations- und Kommunikationstechnik, Ingenieurwissen, Technik, Planung und Architektur, Sicherheit, Medizin, Betreuung, Sozialpädagogik und Sozialarbeit. Für den Arbeitgeber Basel-Stadt ist die Personalrekrutierung für die genannte Gruppe deutlich schwieriger geworden." Zusätzlich hält er fest: In fast allen Departementen in allen Bereichen gibt es Herausforderungen für den Kanton, Personal zu rekrutieren. Es ist deshalb höchste Zeit, dass er Massnahmen ergreift, um seine Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern.

Ich möchte kurz darauf eingehen, was vorher gesagt wurde, dass diese Massnahme nämlich den Fachkräftemangel noch verstärke. Das ist eine Huhn und Ei-Frage. Sehen wir uns den Pflegesektor an, der von dieser Motion nicht direkt betroffen ist, der aber real die ganze Zeit davon betroffen ist, weil man einen Pflegenotstand hat seit Jahren. Da beginnt man jetzt, die Arbeitszeiten anzupassen. Man wäre wahrscheinlich froh gewesen, wenn man die Rahmenbedingungen früher umgestellt hätte. Sie können schon sagen, dass das nicht möglich ist, weil das den Fachkräftemangel verschärft. Es ist einfach aus meiner Sicht völlig illusorisch zu glauben, dass man das Problem dann behebt.

Es sind ja nicht nur Privatspitäler und andere Gesundheitsinstitutionen, die diesen wichtigen Schritt nachvollziehen. Was haben der GAV des Isoliergewerbes, des Karosseriegewerbes, des Schlosser- und Metallgewerbes, des Baugewerbes, des Maschinen-, Elektro- und Metallindustriegewerbes gemeinsam? Die Wochenarbeitszeit in diesen GAV ist tiefer als die Wochenarbeitszeit im Kanton Basel-Stadt und auch die Jahresarbeitszeit ist tiefer. Das ist zum einen ein Argument, Gewerkschaftsmitglied zu sein, zum andern aber auch ein Argument, um dieser Motion heute Folge zu leisten.

Immer mehr Arbeitnehmende suchen eine gesunde Work-Life-Balance, zum Beispiel mehr Zeit mit ihrer Familie. Und um als Arbeitgeber diesbezüglich konkurrenzfähig zu sein, ist heute eine Reduktion auf 38 Stunden wichtig und richtig. Nur sie bringt eine echte Entlastung für die Mitarbeitenden und fördert die Vereinbarkeit von Beruf- und Privatleben. Und nur diese Reduktion kann den Arbeitgeber Basel-Stadt tatsächlich gegenüber der starken regionalen und auch nationalen Konkurrenz positiv positionieren.

Wenn Sie die Motion ausführlich und gut studieren, was ich hoffe, dann sehen Sie, dass sie der Tatsache Rechnung trägt, dass es eine flexible Ausgestaltung der Arbeitsreduktion braucht und dass zum Beispiel durch Anpassung der Dienstmodelle oder mit Bandbreiten- und Lebenszeitarbeitsmodellen verschiedene Möglichkeiten gegeben sind, um eine Ausgestaltung zu ermöglichen, die den verschiedenen Realitäten im Kanton Basel-Stadt als Arbeitgeber Rechnung trägt.

Ich bitte Sie darum im Namen der Fraktion der SP, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen.

Zwischenfragen

David Jenny (FDP): Ist meine Vermutung richtig, dass der durchschnittliche Lohn, den der Kanton Basel-Stadt bezahlt, deutlich höher ist als der Lohn unter diesen zitierten Gesamtarbeitsverträgen?

Beda Baumgartner (SP): Ich kann Ihnen nicht den Gesamtdurchschnittslohn von all diesen Gesamtarbeitsverträgen nennen, ich kann Ihnen aber sagen, dass der Kanton Basel-Stadt teilweise tiefere Löhne zahlt als die Mindestlöhne in

einigen dieser GAV betragen.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich leite das HR in einem KMU mit 150 Mitarbeitenden. Ich würde gerne die Sollzeit reduzieren können, aber die Firma kann sich das momentan nicht leisten. Wie soll ich noch Leute finden, wenn alle zum Kanton gehen, weil er sich das zuerst auf Kosten der Steuerzahlenden leisten kann?

Beda Baumgartner (SP): Ich gehe nicht davon aus, dass VITO kein Personal mehr findet, wenn der Kanton Basel-Stadt eine 38-Stunden-Woche einführt.

Heidi Mück (GAB): Das Grünalternative Bündnis unterstützt diese Motion, genau wie es damals auch die Motion von Tonja Zürcher unterstützt hat für eine 30-Stunden-Woche. Dieses Anliegen damals ist ja klar gescheitert, die Motion wurde nicht überwiesen. Als Gründe wurden einerseits die geschätzten Kosten genannt, andererseits wurde die 30-Stunden-Woche als völlig unrealistisch und zu radikal abgetan. Nun haben wir einen gemässigten Vorstoss vorliegen. Unserer Ansicht nach ist es Zeit für eine Arbeitszeitverkürzung. Der gesellschaftliche und politische Trend geht klar in diese Richtung. Nach der Einführung der 59-Stunden-Woche im Jahr 1914 haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer wieder für die Verkürzung der Arbeitszeit gekämpft und sie hatten auch immer wieder Erfolg. Heute gibt es zahlreiche Unternehmen, die schon tiefere Arbeitszeiten haben. Es ist also höchste Zeit, dass der Kanton mitzieht und attraktivere Arbeitsbedingungen schafft.

Es ist unbestritten, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit etwas kostet. Ebenso unbestritten ist jedoch auch, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit positive gesellschaftliche und gesundheitliche Auswirkungen hat. Das wurde schon erwähnt. Es gibt verschiedene wissenschaftliche Studien, die den Zusammenhang von hoher Arbeitsbelastung und Stress und Gesundheitsbeschwerden belegen, es gibt auch Studien, die ergeben haben, dass lange Arbeitstage das Unfallrisiko erhöhen. Wir könnten also ein wenig plakativ sagen: Je weniger die Menschen arbeiten, desto gesünder bleiben sie. Diesen Benefit für die Gesellschaft müssen wir unbedingt einbeziehen, wenn wir die Kosten einer Arbeitszeitverkürzung sprechen.

Wenn wir schon bei den Kosten sind, dann sollten wir zugeben, dass sich der Kanton Basel-Stadt diese wirklich leisten kann, mit entsprechender Schaffung der nötigen neuen Stellen. Wenn wir an die finanzielle Situation des Kantons denken, an den Überschuss, der nun im Raum steht, wenn wir daran denken, mit welcher Nonchalance hier Steuergeschenke für Topverdienende und Topvermögende verteilt werden und mit welcher Coolness auf das ausbleibende Geld der Nationalbank reagiert wird, dann soll niemand kommen und sagen, dass wir uns das nicht leisten können. Auch ein wenig plakativ gesagt, wir haben schon Geld für weitaus Dümmeres ausgegeben und wollen es aktuell wieder ausgeben für Steuergeschenke, die verteilt werden.

Bei der Arbeitszeitverkürzung wäre das Geld wirklich sinnvoll eingesetzt. Kürzere Arbeitszeiten sind attraktiv, gerade in Zeiten des Fachkräftemangels muss auch der Kanton Basel-Stadt dafür sorgen, dass er bei seinen Arbeitsbedingungen nicht hinter den innovativeren Unternehmen der Privatwirtschaft hinterherhinkt. Das können wir uns schlicht nicht leisten. Auch wir wollen gute Personen haben und wir wollen sie behalten. Und wir wollen nicht nur Leute im Schichtbetrieb berücksichtigen, wir wollen nicht die verschiedenen Kategorien von Angestellten gegeneinander ausspielen.

Mit einer 38-Stunden-Woche wären wir bei der Arbeitszeit wieder einigermaßen gut positioniert. Das würde dem Kanton als Arbeitgeber gut anstehen. Ich bitte Sie deshalb, die Motion zu überweisen.

Toya Krummenacher (SP): Ich erlaube mir, Oliver Sterchi zu zitieren: "Zürich und Bern - weniger von Polizeipersonalnot betroffen". Wieso? Zürich und Bern sind Grossstädte, ähnlich wie Basel. Bern kennt die 40-Stundenwoche schon lange. Ich kenne Menschen, die in Bern in Schichtberufen gearbeitet haben, in Blaulichtberufen, nach Basel gekommen sind und tatsächlich sehr enttäuscht waren über die Anstellungsbedingungen im Kanton Basel-Stadt. Häufig ist der Umzug in einem Monopolberuf eher familiär bedingt, oder vielleicht will man etwas Neues sehen. Aber auf jeden Fall sind wir nicht konkurrenzfähig in diesen Berufen. Und wir werden es auch nicht bleiben, wenn wir nur über 40-Stundenwoche sprechen. Wir brauchen Polizistinnen und Polizisten, wir brauchen Sanitärerinnen und Sanitäter, wir brauchen Feuerwehrmensen. Wollen Sie Einsatzzeiten wie im Kanton Basel-Landschaft, wo die Sanität eine Viertelstunde braucht. Mir macht es Angst, wenn die Sanität vielleicht nicht kommen kann, wenn mein Mann eine Herzrhythmusstörung hat. Ich will, dass diese Stellen besetzt sind, und dafür müssen wir etwas tun.

Ich begrüsse alle diese wunderbaren Ideen wie Fringe Benefits, nur ist es nicht das, was die Leute in erster Linie wollen und brauchen. Die Leute brauchen Erholungszeit, sie brauchen Zeit mit ihren Familien, Zeit in der Natur, um sich gerade von diesen anstrengenden Schichtarbeiten und emotional belasteten Berufen zu erholen. Das gilt im übrigen nicht nur für Blaulichtberufe oder andere Schichtberufe. Es ist heute auch so, dass auch die Informatikerin oder der Informatiker mehr Zeit zu Hause verbringen will. Wir müssen uns diesen Realitäten stellen. Deshalb muss und soll der Kanton Basel-Stadt als Arbeitgeber kompetitiv sein. Ich verstehe die Sorge der Privatwirtschaft, aber es sind auch privatwirtschaftliche Unternehmen, die vorwärts gemacht haben. Die Siloah-Gruppe ist kein staatliches Spital.

Es ist meines Erachtens auch nicht ganz statthaft, ein KMU mit dem Kanton zu vergleichen. Das ist wie in einem L-GAV, dem Betriebe erst ab einer gewissen Grösse unterstellt sind, eben darum, weil man innerhalb einer Branche nicht immer vergleichen kann. Aber wir müssen den Realitäten ins Auge sehen. Sie gehen alle davon aus, dass die Anstellungsbedingungen des Kantonspersonals generell sehr gut und vergleichbar sind. Das stimmt leider nicht mehr. Die Anstellungsbedingungen des Kantonspersonals stagnieren schon relativ lange auf gleichem Niveau, währenddessen sich

aber die Privatwirtschaft, gleichzeitig zu einer steigenden GAV-Abdeckung, bemüht, bessere Anstellungsbedingungen zu schaffen. Das betrifft Lohn, Pensionskasse, Arbeitszeit.

Alle diese Bedingungen sind beim Kanton gut, aber nicht mehr so gut, wie Sie meinen. Ich möchte überall motiviertes und gut qualifiziertes Personal beim Kanton, ob das am Schalter des Gastgewerbeinspektorats ist oder bei der Feuerwehr. Aus all diesen Gründen ist es sachlich richtig, diese Motion zu überweisen. Es ist aber auch formell richtig, indem wir dem Regierungsrat die Möglichkeit geben, einmal ausführlich Stellung dazu zu nehmen. Seien Sie bitte so korrekt und erfahren Sie, was es kosten würde. Und dann sehen wir, ob es vielleicht eine sinnvolle andere Lösung gibt. Aber geben Sie dem Regierungsrat mit der Erstüberweisung diese Möglichkeit.

Zwischenfragen

Joël Thüring (SVP): Wird denn die Personalnot beim Kanton nicht grösser, wenn die Kantonsangestellten alle vier Stunden weniger arbeiten müssen und gleichzeitig nicht bereit wären, Staatsaufgaben abzubauen.

Toya Krummenacher (SP): Nein, das wird sie nicht. Es ist eine Huhn-und-Ei-Frage. Eine Buschaffeuse, die nicht mehr so mag und entscheidet, ob sie im Landbetrieb mit 40-Stundenwoche oder im Stadtbetrieb mit 42-Stundenwoche arbeiten soll. Was wählt sie? Den Landbetrieb, weil es da einfach ruhiger ist. Diese Menschen verlieren wir hier. Es gibt Potenzial, diese Menschen zu motivieren. Das gleiche gilt für die Polizei.

Michael Hug (LDP): Wenn es eine endliche Anzahl an Arbeitskräften gibt und überall weniger gearbeitet wird, wer macht dann die Arbeit?

Toya Krummenacher (SP): Diese Frage kann ich nicht ganz kurz beantworten. Vielleicht sollten wir uns dann eher überlegen, welche Arbeit noch getan werden muss und welche nicht. Verzichtsdiskussionen wäre ich durchaus bereit zu führen.

Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP): Ich bin etwas herausgefordert worden. Ich bestimme nicht nur die Löhne eines KMU, sondern ich bezahle sie auch. Auch wir haben 150 Mitarbeitende. Für uns wird der Druck auf die Kosten erhöht. Unsere Marge wird kleiner, unser Problem wird grösser. Ich bin dafür, dass man die Regierung nach den Kosten fragt. Aber dazu hätte man einen Anzug einreichen können. Diese Motion hat ganz klar die Senkung auf 38 Stunden pro Woche im Sinn, und das geht zu weit.

Zwischenfrage

Toya Krummenacher (SP): Ist Ihnen bewusst, dass eine Motion zwei Mal überwiesen werden muss?

Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP): Ich bin seit zwei Jahren im Grossen Rat, am Anfang wusste ich das nicht, jetzt ist es mir aber klar. *(Heiterkeit im Saal)*

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat freut sich, dass Sie so interessiert daran sind, dass wir ein guter Arbeitgeber sind. Persönlich fand ich diese Diskussion sehr spannend, und es ist ein Thema, das uns beschäftigen muss. Wir werden das Thema wie auch den Fachkräftemangel näher verfolgen, das ist für uns absolut wichtig. Was mich etwas stört ist, dass Sie immer das Gegeneinander mit der Privatwirtschaft herausstreichen, diese grosse Konkurrenz. Ich glaube, für den Standort Basel ist es ganz wichtig, dass wir verschiedene attraktive Arbeitgeber haben. Es ist für uns wichtig, dass in der Privatwirtschaft attraktive Bedingungen herrschen, aber auch im Kanton. Es ist nicht mehr wie früher, dass jemand mit 18 Jahren bei einem Arbeitgeber einsteigt und bis zur Pension bleibt. Die Leute wechseln gerne, es sind unterschiedliche Bedingungen. Der Kanton gilt eher als sicherer Arbeitgeber mit einer guten Pensionskasse, dafür gibt es einige, die es da etwas mühsam und bürokratisch finden und eher zu einem KMU gehen, wo man etwas selbständiger sei. Es hilft unserem Standort, wenn wir alle gute Bedingungen anbieten. Daher sehe ich dieses Gegeneinander nicht und ist es mir wichtig, dass wir uns ergänzen können.

Wir haben ja den Anzug von Felix Wehrli entgegengenommen, der unter anderem das Thema der 40-Stundenwoche aufbringt. Dem Thema werden wir uns annehmen. Wir haben bei einem Anzug auch die Möglichkeit, einen Spielraum auszuloten, zu prüfen, was wo sinnvoll ist. Wir haben nicht nur beim Schichtdienst Probleme, Leute zu finden.

Diese Motion verpflichtet uns, lässt keinen Spielraum, wir müssen mehr Leute anstellen zu gleichem Lohn. Das ist der Hauptgrund, warum der Regierungsrat diese Motion nicht entgegennehmen möchte. Ich weiss auch nicht, ob wir Ihnen in drei Monaten, wenn wir Stellung nehmen müssen, genaue Zahlen nennen können. Wir haben es approximativ ausgerechnet, man kommt auf riesige Beträge. Vielleicht muss man wirklich etwas breiter denken, die Arbeitsmodelle und Bereiche prüfen, und das dauert etwas. Wir werden das machen, wir kümmern uns um das Thema und diskutieren es auch ausführlich mit Ihnen. Aber die Motion ist verpflichtend und uns zu eng, deshalb bitten wir Sie, diese nicht zu überweisen.

Daniel Sägesser (SP): Als Unternehmer habe ich auch einige Personen auf der Lohnliste. Meine Erfahrung ist, dass wir in

den letzten fünfzehn Jahren in vielen Jobs permanent eine Lohnsteigerung haben, bis zu einem gewissen Punkt. Dann fordern die Mitarbeitenden nicht mehr Lohn, weil sie dann ja nur mehr Steuern zahlen, sondern sie möchten mehr Freizeit. Sie möchten also bei gleichem Lohn die Stellenprozente reduzieren. Es ist ein grosses Bedürfnis, weniger zu arbeiten. Das ist aber nur für die möglich, die einen hohen Lohn haben und die auch mit 80% Lohn zurechtkommen. Aber diejenigen, die den Mindestlohn haben oder wenig darüber sind, können sich das nicht leisten. Deshalb finde ich es absolut richtig, hier einen Schritt vorwärts zu machen und als Kanton das ausprobieren. Den Wettbewerb scheue ich als Unternehmer nicht. Ich möchte Sie bitten, diese Motion zu überweisen.

Pascal Pfister (SP): Wenn man als Motionär redet, ist es das Problem, dass schon alles gesagt wurde und man deshalb nicht allzu viel wiederholen sollte. Ich versuche, die wichtigsten Punkte aufzunehmen.

Zunächst eine grundsätzliche Bemerkung, die mir wichtig ist. Ich habe kürzlich mit einem befreundeten Niederlassungsleiter aus der Finanzbranche diskutiert über die Entwicklung der Arbeitswelt. Für ihn ist ganz klar, dass sich die Arbeitszeit reduzieren wird. Das ist ja auch nicht neu. Die Arbeitszeit hat sich in der Geschichte nach und nach reduziert. Das hatte viel mit der Produktionsentwicklung zu tun. Wir wissen, dass wir mal 60 Stunden und mehr gearbeitet haben. Diese Entwicklung ist ins Stocken geraten, wurde nun aber von verschiedenen Akteuren der Zivilgesellschaft wieder auf den Tisch gebracht. Wir sind gar nicht an der Spitze im Vergleich zur Privatwirtschaft.

Zu unserem Vorschlag möchte ich noch zwei Punkte erwähnen. Uns ist wichtig, nicht einfach einzelne Berufsgruppen, bei denen es gerade besonders brennt, herauszunehmen. Wir haben ein Lohnsystem, das in sich stimmt, und wir sind der Meinung, dass in einer Gesamtsicht alle Kantonsangestellten berücksichtigt werden sollten.

Es gibt einerseits den Zeitpunkt hinsichtlich der Kosten. Unser Haushalt ist gut aufgestellt und robust und er erlaubt durchaus eine solche Arbeitszeitverkürzung. Wir können genau darüber diskutieren, wenn wir die Zahlen zu den Kosten vorliegen haben, aber die Grundsatzaussage, dass es leistbar ist, steht hier im Raum. Der Fachkräftemangel hat zwei Seiten. Einerseits muss der Kanton dafür sorgen, dass er zu gutem Personal kommt.

Es stimmt eben nicht, dass der Arbeitsmarkt ein fixer Kuchen ist, den man verteilen kann. Es gibt sehr viele Massnahmen, mit denen man versuchen kann, das Arbeitskräfteangebot zu erhöhen. Ich erinnere an die bevorstehende Kita-Diskussion. Es ist genau ein Grund, warum wir aus wirtschaftlicher Sicht immer wieder sagen, dass sich ein Kita-Angebot lohnt. Ausserdem leben viele Leute hier, die gar nicht arbeiten dürfen. Hier können wir noch sehr viel tun. Es gibt durchaus andere Massnahmen. Daher würde die 38-Stundenwoche durchaus passen. Ich danke allen, die diesen Vorstoss unterstützen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 466, 18.01.23 16:16:45]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 22.5531 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

27. Anzüge 1 bis 18

[18.01.23 16:17:02]

1. Anzug Eric Weber betreffend Social Media Offensive für junge Leute in Basel

[18.01.23 16:17:13, 22.5493.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 22.5493 entgegenzunehmen.

Eric Weber (fraktionslos): Ich habe diesen Anzug mit viel Aufwand und Herzblut verfasst. Dieser Anzug geht um die jungen Leute. Ich möchte ein Beispiel anführen. Die Baz hat heute eine Auflage von 30'000 Exemplaren. Das ist sehr wenig. Sie hatte 1984 eine Auflage von 150'000 Exemplaren. Sie sehen, wie die Leser abwandern. Die Auflage hat sich um das Fünffache verkleinert. Meine Kinder hatten noch nie eine Zeitung in den Händen, obwohl ich täglich vier Stunden Zeitung lese. Ich erhalte in Basel viel mitgeteilt über Social Media. Das geht schneller als über die Basler Zeitung.

Darum habe ich diesen Anzug eingereicht. Wir müssen die jungen Leute dort erreichen, wo sie sich heute vor allem

aufhalten, sich informieren und austauschen. Internet, Zeitungen und Printmedien haben bei den jungen Menschen längst ausgedient. Wenn wir die jungen Menschen für unsere Sache begeistern wollen, dürfen wir die Plattformen der Social Media nicht ausser acht lassen. Wenn wir der jungen Generation vermitteln können, welchen direkten Einfluss sie durch die Kommunalpolitik auf das Leben der Menschen in ihrer Stadt haben, können wir sie für die Politik interessieren.

In meinem Anzug mache ich Vorschläge, wie wir die jungen Menschen erreichen können. Auch die Jungbürgerfeier sollte ausgedehnt werden.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 70 Nein. [Abstimmung # 467, 18.01.23 16:22:49]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 22.5493 ist **erledigt**.

2. Anzug Eric Weber betreffend international geht auch kommunal

[18.01.23 16:22:59, 22.5494.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 22.5494 entgegenzunehmen.

Eric Weber (fraktionslos): Ich bitte Sie, den Anzug zu überweisen. Auch dieser Anzug betrifft ein wichtiges Thema. Die Messe Schweiz steht vor dem Untergang. Basel World ist abgewandert. Wir müssen international werden. Sicher ist Basel nicht der Nabel der Welt, aber es muss etwas geschehen. Jedes Schulkind in Basel weiss, dass unser Kanton ohne Novartis und Roche pleite ginge. Aber es betrübt mich, wenn ich in der Zeitung lese, dass Roche und Novartis Basel verlassen wollen. Dann frage ich mich, ob wir erpresst werden. Ich bitte den Regierungsrat zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass noch mehr internationale und grosse Firmen nach Basel gelockt werden könnten. Basel ist Sitz einer grossen Firma namens FOSSIL. Diese Firma ist bei jungen Menschen sehr bekannt. Es wäre schön, wenn man noch mehr solche grosse Firmen nach Basel locken könnte. Ich wünsche mir, dass Basel international bleibt, und das schafft man nur, indem man grosse Firmen nach Basel lockt.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 65 Nein. [Abstimmung # 468, 18.01.23 16:28:29]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 22.5494 ist **erledigt**.

3. Anzug Eric Weber betreffend jedem Basler ein Gratis-Radio mit zwei Batterien

[18.01.23 16:28:47, 22.5495.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 22.5495 entgegenzunehmen.

Eric Weber (fraktionslos): Ich war in diesem Sommer während drei Wochen in der Ukraine. Ich lese immer mehr, dass man einen Notvorrat anlegen soll, man soll Kerzen kaufen. Und immer mehr liest man, dass man auch Batterien kaufen

soll, weil das Handy ohne Strom nicht läuft. Man liest immer mehr, dass mehrere Städte ein Gratis-Radio mit Batterie an alle Einwohner abgeben. Ich möchte das auch beantragen.

Wir sind 1'000 km Luftlinie entfernt von Lemberg. Ich habe dort übernachtet. Es gab ständig Luftalarm. Dieser Krieg wird auch von uns nicht ernst genommen. Deshalb habe ich diesen Anzug eingereicht. Wegen diesem Krieg stehen wir auch in Basel vor einem baldigen Blackout, das heisst ohne Strom, Wasser, Handy. Aber das Radio Basilisk könnte noch ausstrahlen, doch dafür braucht jeder ein Gratisradio mit zwei Batterien.

Ein gesellschaftliches Risikobewusstsein ist nur in Ansätzen vorhanden. Aufgrund der vollständigen Durchdringung der Lebens- und Arbeitswelt mit elektrisch betriebenen Geräten würden sich die Folgen eines lange andauernden und grossflächigen Stromausfalls zu einer Schadenslage von besonderer Qualität summieren. Ich weiss, dass die Leute dann sehr nervös werden. Dann kommt man schnell in Panik. Der Hörfunk über batteriebetriebene Geräte wird zu einem der wichtigsten Kanäle für die Information der Bevölkerung.

Als Steuerzahler darf man das fordern. Ich beantrage, dass ich ein Gratisradio erhalte mit zwei Batterien.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 66 Nein. [Abstimmung # 469, 18.01.23 16:34:27]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 22.5495 ist **erledigt**.

4. Anzug Beat K. Schaller und Konsorten gegen das Wildparken von E-Trottinette

[18.01.23 16:34:49, 22.5513.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5513 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 22.5513 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

5. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen

[18.01.23 16:35:09, 22.5514.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5514 entgegenzunehmen.

Joël Thüring (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Ich bitte Sie im Namen der Fraktionen der SVP und der FDP, diesen Anzug nicht zu überweisen. Das Anliegen ist grundsätzlich berechtigt, es gibt im Einzelfall auch Prostituierte, die in diesen Beruf gedrängt und ausgebeutet werden. Es gibt aber bereits heute sehr griffige Möglichkeiten, hier zu unterstützen. Es gibt die Anlaufstellen wie ALIENA, die in diesem Bereich tätig ist, es gibt aber auch bei der Polizei entsprechende Anlaufstellen. Entsprechend glauben wir, dass es für Personen, die tatsächlich missbraucht werden, erstens Gesetze gibt und zweitens ausreichend Möglichkeiten, sich an Personen vertrauenswürdig zu wenden, die helfen, aus der Prostitution auszusteigen.

Es ist aber ein Irrglaube zu meinen, dass alle Personen, die als Prostituierte oder Prostituerter tätig sind, das unfreiwillig tun. Es gibt tatsächlich Menschen, die sich lieber prostituieren als nichts zu verdienen. Ich finde das nicht gut, aber es ist nicht so, dass hinter jeder und jedem Prostituierten eine organisierte Kriminalität steckt, die Menschen dazu zwingt, diese Tätigkeit auszuüben.

Nun können Sie natürlich möglichst viele Angebote anbieten, damit möglichst noch mehr Personen über einen solchen Ausstieg nachdenken. Ich bin aber überzeugt, dass die bestehenden Angebote ausreichend sind, um dort zu unterstützen, wo Prostituierte tatsächlich gezwungen werden. Das Grundproblem der Prostitution ist ja, dass wir eine ungerechte Verteilung des Vermögens auf unserer Welt haben, und gleichzeitig kann man in unser Land relativ einfach einreisen,

auch illegal, und einer Tätigkeit im Graubereich nachgehen.

Wir glauben also, dass es richtig und notwendig ist, dort, wo die Gesetzgebung es zulässt, gegen Menschenhandel vorzugehen, dass die Personen, die in eine solche Betroffenheit geraten, sich an eine solche Stelle wenden können. Das können sie bereits heute, dazu braucht es keine weiteren Ausstiegsprogramme, und deshalb bitten wir Sie, obwohl wir vom Grundsatz her das Anliegen des Anzugstellers teilen, heute diesen Anzug nicht dem Regierungsrat zu überweisen.

Melanie Nussbaumer (SP): Sexarbeiter:innen arbeiten unter sehr prekären Umständen. Ein grosser Teil dieser Prekarität hat damit zu tun, dass das Thema tabuisiert ist und dass ihre Arbeit stigmatisiert wird, oft auch unter moralischen Vorzeichen. Deshalb habe ich mir lange überlegt, ob dieser Anzug zur Stigmatisierung beiträgt oder nicht, denn die EVP hat auf nationaler Ebene auch schon Vorstösse zu diesem Thema eingereicht, die ich niemals unterstützen würde, zum Beispiel bin ich fest davon überzeugt, dass eine Illegalisierung der Arbeit zu noch prekäreren Verhältnissen führen würde. Aber diesen Vorstoss konnte ich mit gutem Gewissen mitunterzeichnen, weil er eben kein moralisches Urteil über die Arbeit fällt. Es geht im Vorstoss nicht darum, ob die Sexarbeiter:innen freiwillig arbeiten oder nicht, Joël Thüring. Der Vorstoss nimmt zur Kenntnis, dass Sexarbeiter:innen in einer grossen Mehrheit in äusserst prekären, gefährlichen und auch ungesunden Verhältnissen arbeiten und auch darunter leiden.

Nun könnten wir die Sexarbeiter:innen von heute auf morgen auf eine wundervolle Art und Weise entstigmatisieren, das wäre natürlich auch eine grosse Hilfe. Nur ist das leider nicht so einfach. Und auf dem Weg dahin unterstütze ich gerne Massnahmen, die die Sexarbeiter:innen heute und rasch unterstützen. Es ist so, es gibt schon verschiedene Angebote, aber die sind eben alle dafür da, dass die Sexarbeiter:innen in ihrer Arbeit unterstützt werden, dass sie warmes Essen bekommen, dass sie gesundheitliche Vorkehrungen treffen können. Aber in diesem Vorstoss geht es um den Ausstieg, und dafür gibt es noch zu wenig finanzielle und fachliche Unterstützung.

Dies ist ein viel geäussertes Wunsch von den Sexarbeiter:innen selber. Hier ist mir wichtig zu betonen, dass ein Ausstieg aus der Sexarbeit nicht zu vergleichen ist mit einem ganz gewöhnlichen Jobwechsel. Weil diese Arbeit dermassen stigmatisiert ist, ist es schwierig, eine neue Arbeit zu finden. Deshalb ist es mehr als angebracht, dass wir als Kanton Unterstützung leisten, zusammen mit den Organisationen, die nah an den Sexarbeiter:innen dran sind. Es geht nur um die, die das auch wollen, es handelt sich um eine freiwillige Teilnahme.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, diesen Anzug zu unterstützen.

Christoph Hochuli (die Mitte/EVP): Eine Studie der deutschen Bundesregierung zur Gewaltbetroffenheit in der Prostitution zeigte folgendes: 82% der Prostituierten erlebten Formen von psychischer Gewalt, 92% sexuelle Belästigung, 87% körperliche Gewalt und 59% sexuelle Gewalt. Zudem leiden zwei Drittel der Prostituierten an posttraumatischen Belastungsstörungen in vergleichbarem Ausmass wie Vergewaltigungs-, Folter- und Kriegsoffer. Ausserdem leiden sehr viele Prostituierte an Depressionen und greifen deshalb zu Alkohol und Drogen.

Diese Fakten zeigen, dass Prostitution überhaupt nicht ein Beruf wie jeder andere ist. Und es erstaunt mich nicht, dass gemäss dieser Studie 89% der Prostituierten aussteigen möchten. Nicht alle, aber die grosse Mehrheit prostituiert sich aus wirtschaftlicher Not heraus, oder sogar unter Zwang. Insbesondere für viele Migrantinnen ist Prostitution oft die einzige Option, sich und ihre Familie zu ernähren. Ein Ausstieg scheidet meist an der Alternativlosigkeit, oft verschärft durch unsicheren Rechtsstatus, geringe Berufsausbildung, mangelnde Sprachkenntnisse und psychischem Zustand.

Der Ausstieg aus der Prostitution ist entsprechend komplex, langwierig und individuell. Es braucht deshalb langfristig finanzierte Ausstiegsprogramme mit Ausbildungs-, Praktika- und Arbeitsangeboten zur beruflichen Neuorientierung und Reintegration in der Schweiz oder im Heimatland. In Zürich gibt es beispielsweise schon heute eine Organisation, die Prostituierte aber auch andere Menschen professionell in der Reinigung und Hauswartung ausbildet und anschliessend in den Arbeitsmarkt vermittelt. Oder im Kanton Aargau bietet eine andere Organisation Deutschkurse, Zimmer in einer Wohngemeinschaft und die Möglichkeit, Arbeitserfahrungen im institutionsinternen Reinigungsunternehmen zu sammeln.

Der beste Ansatz für die Konzeptionierung der Ausstiegsprogramme wäre wohl ein gemeinschaftliches Projekt vom Runden Tisch Prostitution des Kantons und den bestehenden Beratungsstellen. Mit den Leiterinnen der Beratungsstelle ALIENA, Rahab und Frauenoase habe ich mich vor dem Einreichen des Anzugs ausgetauscht. Sie alle würden es begrüessen, wenn ein umfassenderes Angebot für den Berufsausstieg aufgebaut würde, denn es fehlen diesen Organisationen zur Zeit die personellen Ressourcen dafür.

Ich bin mir bewusst, dass die Umsetzung dieses Anzugs anspruchsvoll sein wird, doch ich bin überzeugt, dass es den Aufwand wert ist. Ich bitte Sie auch im Namen der Fraktion die Mitte/EVP, diesen Anzug zu überweisen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 15 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 470, 18.01.23 16:46:41]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 22.5514 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

6. Anzug Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Förderung der Biodiversität und Vergrösserung des privaten Baumbestandes

[18.01.23 16:47:03, 22.5515.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5515 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 22.5515 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

7. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Sicherheit in Kreiseln für Velofahrende

[18.01.23 16:47:28, 22.5519.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5519 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 22.5519 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

8. Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend mobiler Solar-Park im öffentlichen Raum

[18.01.23 16:47:50, 22.5520.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5520 entgegenzunehmen.

Daniel Sägesser (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Mit dem vorliegenden Anzug ist es im Grunde genommen wie mit einem riesig grossen Tiramisu. Nicht mit jeder Bieridee müssen wir gleich die Verwaltung beschäftigen. Aber verstehen Sie mich nicht falsch, ich habe nicht grundsätzlich etwas gegen Bierideen, als Unternehmer habe ich sogar die eine oder andere Bieridee erfolgreich an den Markt gebracht. Dabei habe ich jedoch die Erfahrung gemacht, dass es bei Bierideen sinnvoll ist, sich nach der Erleuchtung an eine gewisse Reihenfolge zu halten: Bier austrinken, schlafen gehen und dann am nächsten Morgen ausgeschlafen die Idee noch einmal durchspielen. Zumindest letzteres scheint mir im vorliegenden Fall vergessen gegangen zu sein. Aber das ist kein Problem, noch ist kein Schaden angerichtet, noch ist der Vorstoss nicht überwiesen, wir können das also gemeinsam nachholen.

Der Anzug fordert grosse mobile Freiflächen-Photovoltaikanlagen, die, wie dem Anzugstext zu entnehmen ist, an wechselnden Standorten jeweils auf- und nach relativ kurzer Nutzungsdauer ab- und woanders wieder aufgebaut werden sollen. Um zu bewerten, ob ein solches Konzept wirtschaftlich sein kann, müssen wir uns zunächst die Kostenstruktur von PV-Anlagen ansehen, und ich bitte die Folie entsprechend einzublenden.

Wie Sie sehen, machen dank der enorm starken Lernkurve der letzten Jahre die Kosten für Photovoltaikmodule bei konventionellen PV-Anlagen nur noch etwa ein Drittel der Systemkosten aus. Der komplette Materialaufwand, also Montagekonstruktion, Wechselrichter usw. inklusive den Solarmodulen, ist noch etwa die Hälfte. Der ganze Rest geht auf Aufwände wie die Projektierung, Montage, Transport und bei Freiflächensolaranlagen auch noch auf den Netzanschluss. Diese Kosten fallen normalerweise nur einmal an, können dann über 15 Jahre amortisiert werden. Soll die Anlage jedoch an mehreren Standorten eingesetzt werden, so fallen diverse standortspezifische Kosten wie Projektentwicklung für jeden Standort separat an.

Wenn die Anlagen dann auch noch regelmässig ab- und woanders wieder aufgebaut werden müssen, kommen noch weitere Positionen dazu, die mit jedem Mal Auf-, Ab- und Wiederaufbauen noch einmal anfallen. Das sind dann Montagekosten, Remontagekosten, Projektleitungen, Transport usw. Diese Kosten können dann aufgrund der jeweils nur kurzen Nutzungsdauer niemals amortisiert werden, sondern müssen mit jedem Mal Umstellen abgeschrieben werden.

So kommen solche mobile Photovoltaikanlagen rund vier Mal teurer zu stehen als konventionelle Freiflächenanlagen und vor allem auch drei bis sechs Mal teurer als Strom von Dachsolaranlagen. Das in Basel vorhandene Solardachpotenzial von 700 Megawatt haben wir erst zu 5% ausgeschöpft.

Ich verstehe es nicht. 2021 hat die LDP zwei Mal die Motion Solarzeitalter abgelehnt, welche den raschen Ausbau der günstigen Dachsolaranlagen in Basel fordert. Jetzt fordert sie ein Solaranlagenkonzept, welches ohne Not ein Vielfaches teurer ist. Sie hat zwei Mal Nein zu Netto Null gesagt, wegen angeblich zu hoher Kosten, nun fordert sie ohne Not ein unglaublich teures Solaranlagenkonzept. Sie hat zwei Mal Nein zu Netto Null gesagt und dabei auf die Restwertvernichtungen hingewiesen, mit dem Konzept mobiler Solaranlagen fordert sie nun aber nicht weniger als eine Restwertvernichtung im Abonnement. Sie hat zwei Mal Nein zu Netto Null gesagt, unter anderem weil wir angeblich nicht genügend Fachkräfte hätten, um die PV-Anlagen auf die Dächer zu bauen, nun fordert sie ein Konzept, bei dem ein und die gleiche Anlage gleich mehrmals auf- und ab- und wiederaufgebaut werden soll.

Lange Rede kurzer Sinn: Solarenergie ist kein Wanderzirkus. Die SP-Fraktion aber die Fraktion des GAB werden diesen Anzug nicht überweisen.

Beat K. Schaller (SVP): Im Namen der Fraktion der SVP bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen. Der Kreuztabelle entnehmen wir, dass die SP und das GAB gleicher Meinung sind wie die SVP. Es geschehen noch Zeichen und Wunder, geniessen wir diesen Moment.

Beim Lesen des Anzugs fühlte ich mich sofort an die geplanten Solaranlagen in den Alpen erinnert. Dort sollen bisher unberührte Landschaften und wertvolle Täler mit Tausenden Solarpanels zugestrichelt werden, hier mit diesem Anzug sollen auf Kantonsgebiet ökologisch wertvolle Flächen temporär mit Solarpanels zugedeckt werden. Der Anzug wirft natürlich sofort Fragen nach seiner Sinnhaftigkeit auf. Zuerst einmal, wofür soll der Strom auf dem Bäumlhof oder in der Langen Erlen temporär verwendet werden? Sollen auf dem Bäumlhof oder auf den Langen Erlen grosse Musik-, Sport- oder Anlässe veranstaltet werden, welche eine temporäre Stromversorgung benötigten? Ich wage das zu bezweifeln. Wenn schon, warum nicht statt Solarpanels temporär Naherholungsgebiete einrichten? Spielplätze für Kinder, ruhige Rückzugsgebiete für Erwachsene statt den Boden mit künstlichen Apparaten zu bedecken.

Vergessen wir nicht, Transport, Einrichten und Abbauen eines solchen Solarparks hat Klima- und Umweltauswirkungen, welche nicht zu unterschätzen sind. Der erzeugte Strom müsste ja auch zum Abnehmer transportiert werden, was den Aufbau oder den Anschluss an Stromleitungen benötigt. Von den administrativen Aufwendungen wollen wir gar nicht reden. Alles in allem würde die eventuell positive Wirkung einer solaren Stromerzeugung in diesem Modell sehr stark reduziert wenn nicht sogar zunichte gemacht.

Wie immer bei der Frage der Stromproduktion durch die so genannten erneuerbaren steht der Elefant im Raum, der nie zur Kenntnis genommen wird. Auch Solarstrom ist Flatterstrom. Die Sonne scheint wenn sie will, Basler Gesetze hin oder her. Ein Solarpanel kommt nie allein. Es muss zwingend mit einer Speicherlösung oder einem Backup-Generator eingesetzt werden, will der Abnehmer eine Garantie für verlässliche Stromversorgung haben.

Im Weiteren fragen wir uns, warum dies eigentlich eine Staatsaufgabe sein soll. Wenn schon, dann könnten das auch private Organisationen und Unternehmen tun und daraus ein Geschäftsmodell entwickeln. Würde es in diesem Anzug nur um Anpassungen der rechtlichen Vorgaben oder baulichen Normen gehen, dann könnte man darüber diskutieren, nur mit diesem vorgesehenen Auftrag zur staatlichen Beschaffung können wir uns von der SVP nicht anfreunden. Deshalb bitten wir noch einmal, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich möchte Sie als erstes darauf hinweisen, dass wir über einen Anzug sprechen. Es geht um prüfen und berichten, netterweise hat das Daniel Sägesser von der SP bereits übernommen. Ich möchte Sie ebenfalls darauf hinweisen, dass der Regierungsrat gewillt ist, den Anzug entgegenzunehmen.

Es ist eine Solaroffensive am Anlaufen. Sie steht im Einklang mit der regierungsrätlichen Legislaturzielen. Entsprechend ist zumindest eine Prüfung und Berichterstattung angebracht. Denn aktuell beinhaltet die Solaroffensive unter anderem vor allem die Förderung von privaten Photovoltaikanlagen, die sehr vorteilhaft subventioniert werden. Dass wir erneuerbare Stromproduktion mit allen Mitteln fördern müssen, ist unterdessen allen klar, auch wenn die SVP unüberraschenderweise findet, dass auch das Aufgabe von Privaten sei. Auch die IWB vergütet Solarstromspeisung sehr vorteilhaft, und die Zeichen stehen entsprechend auf Grün für den Solarbereich, für Photovoltaikanlagen. Aktuell stehen die Zeichen dort grün, wo es die Privaten betrifft. Denn wenn man auf dem Solarkataster auf dem basel-städtischen Geoportal nachschaut, zeigt sich sehr schnell, dass gute wenn nicht gar die beste Eignung auf Dächern auch beim Kanton gegeben wäre. Man hat aber noch wenig dazu gehört, was der Kanton selber dazu beitragen möchte. Der Gedanke kommt auf, dass Solaranlagen zwar top sind, aber einfach nur bei Privaten.

Selbst wenn die Kosten hier offenbar sehr hoch sind, wäre der Ansatz ja mal out of the box zu denken und Alternativen zu prüfen, gerade wenn wir im Winter bei den Gartenbädern leere Flächen haben, die sich allenfalls auch gut eignen, wo auch ein Abbau limitiert möglich wäre. Ich fände es gut, die Möglichkeit zu geben, dass dies zumindest geprüft werden kann. Überlegen Sie sich bitte, ob Sie nicht doch diesen Vorstoss zumindest für eine detaillierte Auflistung, allenfalls auch von Abwandlungen der von mir formulierten Forderungen, überweisen möchten. Denn vielleicht ist im Vortrag über die Kosten von vorher untergegangen, dass ich den Konjunktiv verwende, was dem Regierungsrat Spielraum lässt. Der Vorsteher des WSU könnte, wenn dieser Vorstoss abgelehnt wird, in diese Richtung Forderungen und Alternativen prüfen, denn wir haben wenig Raum, deshalb sollten wir ihn für dieses Anliegen flexibel nutzen. Ich hoffe, dass Sie diesen Anzug überweisen, und dass, falls er nicht überwiesen wird, doch etwas von diesen Ideen hängengeblieben sind.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

25 Ja, 64 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 471, 18.01.23 17:00:41]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 22.5520 ist **erledigt**.

9. Anzug Franziska Roth und Konsorten betreffend Stärkung der Lernbeziehung im A-Zug der Sek I

[18.01.23 17:01:03, 22.5521.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5521 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 22.5521 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

10. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Sensibilisierung der Verwaltung im Umgang mit psychisch Erkrankten

[18.01.23 17:01:24, 22.5522.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5522 entgegenzunehmen.

Lydia Isler-Christ (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Im vorliegenden Anzug wird eine Sensibilisierung der Behörden für psychisch Erkrankte gefordert. Vom Grundsatz her ist das durchaus wünschenswert. Im Anzugstext wird wortwörtlich von struktureller Diskriminierung von psychisch Erkrankten bei den Behörden geschrieben. Wenn dem wirklich so ist, ist das tatsächlich ein Armutszeugnis. Dies kann aber meiner Ansicht nach nicht mit den geforderten Massnahmen gelöst werden. Was zählt, ist der gesunde Menschenverstand und Empathie. Das ist etwas, das ich von allen Behörden erwarte. Man soll sein Gegenüber so behandeln, wie man selbst gerne behandelt werden möchte.

Es handelt sich um ein sehr komplexes Thema, wie es auch im Anzug steht: "Die Krankheiten sind unterschiedlich und von aussen nicht erkennbar." Genau deshalb machen die geforderten obligatorischen Weiterbildungen keinen Sinn. Deshalb werden aus Verwaltungsangestellten keine Ärzte, im Gegenteil. So etwas kann sich kontraproduktiv auswirken, weil man sich womöglich selbst überschätzt. Ich bin selbst im Gesundheitswesen tätig und habe selbstverständlich regelmässig mit psychisch Erkrankten zu tun. Ich weiss aus Erfahrung, dass es wirklich ein komplexes Thema ist, aber auch ich masse mir nicht an, eine Ärztin zu sein. Dafür braucht es Spezialisten.

Die ursprüngliche Idee mag gut sein, eine solche Umsetzung ist aber schlicht nicht machbar und kann meiner Meinung nach zur Überlastung und Überforderung von Verwaltungsangestellten führen. Die Fraktion der LDP ist deshalb gegen diesen Anzug.

Oliver Bolliger (GAB): Gemäss Kreuztabelle hat knapp die Hälfte der Anwesenden die Überzeugung, dass es diesen Anzug nicht benötigt. Wahrscheinlich denken sie "Nicht schon wieder eine Sensibilisierungskampagne!". Nun, gerne möchte ich Sie davon überzeugen, diesen Anzug trotz Skepsis zu überweisen. Leider bestehen auch heute noch viele Vorurteile gegenüber psychisch Erkrankten, und dies führt zu Stigmatisierungen und negativen Folgen. Und ich gebe Lydia Isler-Christ Recht, denn gesunder Menschenverstand ist wichtig im Umgang mit psychisch Erkrankten. Aber auch aus Erfahrung kann ich sagen, selbst bei mir ist nicht immer der gesunde Menschenverstand zuvorderst, den muss man manchmal auch bewusst ansteuern und sensibilisieren, damit man auch auf blinde Flecken aufmerksam gemacht wird.

Es ist nicht so, dass wir in der Politik und in staatlichen Einrichtungen davon befreit sind, solche Stigmatisierungen zu reproduzieren, dies selbst auf höchster politischer Ebene. Ein Beispiel aus dem östlichen Nachbarland Österreich: Der österreichische Bundeskanzler hat dieses Jahr am Parteitag der ÖVP folgende Aussage gemacht: "Wenn wir jetzt so weitermachen, gibt es für euch nur zwei Entscheidungen nachher, Alkohol oder Psychopharmaka." Wahrscheinlich war er sich der ausgrenzenden Wirkung seiner Worte nicht wirklich bewusst. Menschen, die aber aufgrund ihrer psychischen Erkrankung angewiesen sind, täglich Medikamente zu konsumieren oder seit Jahren mit einer Alkoholsucht kämpfen, erleben solche Stigmata regelmässig im Alltag. Die fehlende gesellschaftliche Sensibilisierung ist offensichtlich, und dies ist in der Schweiz nicht anders.

Das GAB unterstützt den Anzug von Melanie Nussbaumer aus mehreren Gründen. Wir sind überzeugt, dass bei diesem Thema noch Handlungsbedarf besteht. Vorurteile, Stigmatisierung und behördliche Diskriminierungen von psychischen Diagnosen sind eine Realität, das sollte uns allen bewusst sein. Die Schweiz verpflichtet sich mit Unterstützung der UN-Behindertenkongvention, den Zugang barrierefrei zu gestalten. Dies betrifft beispielsweise nicht nur Menschen im Rollstuhl, sondern eben auch Menschen mit psychischen Erkrankungen. Mit dem basel-städtischen Behindertengesetz haben wir den gesetzlichen Auftrag, Menschen mit Behinderungen nicht zu benachteiligen und Massnahmen zur Teilhabe dort zu ergreifen, wo noch Handlungsbedarf besteht. Dies ist also alles andere als ein Nice-to-Have.

Was können uns also solche Sensibilisierungskampagnen bringen? Wenn diese so ausgestaltet sind, dass alle Beteiligten mitgedacht werden und aktiv mit einbezogen, kann ein grosser Mehrwert im Alltag für alle Beteiligten entstehen. Neben weniger Ausgrenzung und Stigmatisierung durch eine höhere Sensibilität und mehr spezifisches Fachwissen wirken sich diese zusätzlich deeskalierend aus. Eine Behörde oder ein Amt hat per se eine grosse durchsetzende Macht, und die Gefahr, behördliche Diskriminierung zu erleben ist daher eine Realität. Der bewusste Umgang mit dieser Macht muss unser Anspruch sein. Sensibilisierungskampagnen sind nützlich, um einerseits Hürden abzubauen und die Beteiligung zu erhöhen, aber auch um herausfordernde Alltagssituationen zu identifizieren und zu entschärfen. In Teilen werden solche Sensibilisierungen bereits umgesetzt. Beispielsweise tauschen sich Polizeiaspirant:innen mit den Mitarbeitenden der Kontakt- und Anlaufstellen und den konsumierenden Suchtbetroffenen aus, schon seit Jahren, um das notwendige Fachwissen hinsichtlich Suchtdynamik zu erhöhen, damit der bestehende Stresslevel nicht unnötig vergrössert wird. Denn ein erhöhter Stresslevel kann auch beim Gang auf ein Amt entstehen. Gerade die Mitarbeitenden im direkten Kontakt sind dadurch sehr herausgefordert. Es besteht eine Notwendigkeit, das Personal zu schulen, die Prozesse diskriminierungsfrei zu gestalten und dies erreichen wir nicht einfach mit einem Flyer, sondern mit einer bewussten Steuerung und vertieften Auseinandersetzung.

Ich empfehle Ihnen deshalb, diesen Anzug zu überweisen, denn er macht Sinn. Die Regierung möchte sich den Anzug gerne überweisen lassen. Dies finde ich positiv. Es zeigt auf, dass sie sich der behördlichen Macht bewusst ist und deshalb Sensibilisierungskampagnen notwendig sind, um dem eigenen Anspruch gemäss Behindertengesetz und UN-Konvention gerecht zu werden. Das GAB wird diesen Anzug überweisen.

Zwischenfrage

David Trachsel (SVP): Haben Sie das Gefühl, dass nur Menschen, die einen aufwändigen Kurs besucht haben, in Kontakt mit Menschen treten dürfen, die unter einer psychischen Krankheit leiden? Trauen Sie das nicht jedem zu?

Oliver Bolliger (GAB): Ich wünsche allen, dass wir Kontakt mit psychisch Erkrankten haben, aber wenn ich an einem Schalter sitze und unter Stress bin, dann bin ich froh, wenn ich weiss, wie ich in solchen Situationen reagieren kann, damit das diskriminierungsfrei ablaufen kann.

Meanie Eberhard (SP): Ich möchte gerne mit den Menschen, die in diesem Anzug im Zentrum stehen, beginnen, denn für Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung kann ein Gang auf ein Amt eine sehr grosse Herausforderung sein, das Telefon in die Hand nehmen, um sich Unterstützung zu holen, um Inputs zu erhalten oder eine Verlängerung eines Antrags zu erwirken, aber auch das Öffnen der Post, insbesondere, wenn da schon ein offizieller Stempel darauf ist. Das sind Hürden und Herausforderungen für Menschen, die unter einer solchen Beeinträchtigung leiden. Genau für diese Menschen ist es besonders wichtig, dass entsprechend darauf geachtet wird, dass die nötige Sensibilisierung mitgebracht wird.

Wir reden hier über einen Anzug. Es geht darum, zu prüfen und zu berichten. Wie im Anzug festgehalten wird, machen Verwaltung und Behörden Vieles schon sehr gut. Sie haben aber auch eine Vorbildfunktion. Gerade weil es um Prüfen und Berichten geht, hat die Verwaltung die Möglichkeit, zu berichten, was alles schon sehr gut läuft, aber auch zu analysieren, wo es noch Verbesserungspotenzial gibt. Das ist im Sinne der Sache, dass die Verwaltung dieses Potenzial kennt, um dann auch entsprechend reagieren zu können, um bei den Menschen diese Hürden abzubauen.

Weniger Hürden für die Betroffenen können auch positive Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der Menschen haben. Im Gegenzug kann sich der Gesundheitszustand deutlich verschlechtern, wenn die Hürden nicht abgebaut werden. Das kann ja nicht im Interesse von uns sein.

Die Idee des Vorstosses ist es, zu prüfen und zu berichten, den Menschen zu helfen, die Hürden abzubauen, und im besten Fall sind dadurch die Prozesse auch noch effizienter, weil man auf die Bedürfnisse eingegangen ist. In diesem Sinne kann ich Ihnen im Namen der SP-Fraktion ans Herz legen, für die Überweisung des Anzugs zu stimmen, damit wir eine gute Lösung für die Verwaltung und für die Menschen mit psychischer Erkrankung erhalten.

Eric Weber (fraktionslos): Ich bin für die Überweisung dieses Anzugs. Der Anzug ist sehr wichtig. Das Problem wird abgeschoben auf das Sicherheitspersonal, dabei sollen Kantonsangestellte die Sache lösen. Nehmen wir das Beispiel Rathaus. Seit 2013 sind die Türen eingebaut, man kommt nicht mehr ins Rathaus. Vielleicht wurde im Anzug etwas vergessen. Die psychisch Erkrankten haben oft eine Begleitung mit sich. Dann ist es für die Behörden besser. Das hätte im Anzug erwähnt werden können, dass es in Basel viele Betreuer gibt, die diese Menschen betreuen.

Melanie Nussbaumer (SP): Zunächst möchte ich mich bedanken für die unterstützenden Voten. Ich muss nicht mehr viel anfügen. Ich möchte aber auf ein paar Argumente von Lydia Isler-Christ eingehen. Sie haben gesagt, Empathie reiche.

Meiner Meinung nach ist, dass diese nicht reicht. Es sind sehr komplexe und herausfordernde Situation. Etwas mehr Wissen zu haben, wie man beispielsweise damit umgeht, wenn jemand einen psychotischen Anfall hat, kann nicht kontraproduktiv sein. Es ist auch etwas anderes, ob jemand in die Apotheke oder zu einer Behörde geht. Denn letzteres ist oft ein Muss, man muss mit der Sozialhilfe in Kontakt sein. Es gibt ein Machtungleichgewicht, das sehr anders gelagert ist, als wenn jemand in die Apotheke geht.

Ich will niemanden in der Verwaltung verdächtigen, dass sie bösartig oder willentlich die Leute diskriminieren. Deshalb steht im Anzug, dass es sich um eine strukturelle Diskriminierung handelt. Das Wissen über diese Thematik ist in unserer Gesellschaft einfach nicht sehr gross. Studien haben auch gezeigt, dass psychisch Erkrankte oft grosse Hürden haben, zu den Behörden zu gehen. Ich habe Gespräche geführt und erfahren, dass psychisch Erkrankte so sehr vor den Kopf gestossen worden sind, dass sie in ihrer Krankheit zurückgefallen sind, aufgrund eines Behördengangs. Das sollte verhindert werden.

Wissen kann nicht kontraproduktiv sein, mehr Wissen kann unterstützen und helfen, auch in Situationen, wo viel Druck und Stress vorhanden sind. Schlussendlich ist das im Sinne von uns allen, weil damit auch Folgekosten gespart werden können. Es geht darum, das Vertrauen in die Behörden zu stärken, damit es nicht jedes Mal eine riesige Überwindung ist, zur Verwaltung zu gehen. Ich danke für Ihre Unterstützung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 39 Nein. [Abstimmung # 472, 18.01.23 17:18:24]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 22.5522 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

11. Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend Einführung eines Praktikums in der Fachmaturitätsklasse Pädagogik für zukünftige Lehrpersonen

[18.01.23 17:18:40, 22.5523.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5523 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 22.5523 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

12. Anzug Jeremy Stephenson und Konsorten betreffend Umsetzung von Massnahmen zur Reduktion der 80-prozentigen Energieverluste im Gebäudebereich

[18.01.23 17:19:08, 22.5524.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5524 entgegenzunehmen.

Lea Wirz (GAB): beantragt Nichtüberweisung.

Das GAB lehnt die Überweisung des Anzugs ab, nicht weil wir den Inhalt des Anzugs grundsätzlich bekämpfen wollen, sondern weil wir den Anzug zum jetzigen Zeitpunkt als unnötig erachten und dessen Mehrwert nicht sehen. Dies insbesondere aus drei Gründen.

1. Der Regierungsrat hat in seiner Legislaturplanung für die Jahre 2021-25 die Klimapolitik als Schwerpunktthema gesetzt. In diesem Zusammenhang setzt er sich unter anderem das Ziel, den Ausbau von Photovoltaik im Sinne einer Solaroffensive zu forcieren. Diese soll in den Jahren 2023 und 2024 anlaufen. Damit geht er weiter als der vorliegende Anzug fordert. Der Regierungsrat hat zudem den Auftrag, Anliegen aus diversen Motionen bezüglich dem Ausbau von Photovoltaik und auch im Energiebereich umzusetzen. Zu nennen sind etwa die Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Aufbruch ins Solarzeitalter, die Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Anpassung der Zielsetzungen des Energiegesetzes an das Pariser Klimaabkommen oder die Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Anpassung des Energiegesetzes.

2. Der Anzug bezieht sich auf eine Motion, die auf Bundesebene eingebracht wurde und vom Bundesrat die Ausarbeitung eines Umsetzungskonzeptes für energieeffiziente Minergie-P-Massnahmen zur Reduktion der 80-prozentigen Energieverluste im Gebäudebereich fordert, dies in Zusammenarbeit mit den Kantonen. Die Kantone müssen unseres Erachtens daher ohnehin prüfen, wie sie das Konzept zukünftig umsetzen werden. Der vorliegende Anzug bietet aus Sicht des GAB keinen Mehrwert.

3. Vor knapp zwei Monaten hat Corinne Eymann eine schriftliche Anfrage zum Stand unter anderem der Solaroffensive eingereicht. Die Antwort des Regierungsrats steht noch aus. Diese abzuwarten scheint aus unserer Sicht zumutbar, zumal die Verwaltung nicht einfach beschäftigt werden soll mit der Beantwortung und Bearbeitung von Vorstössen, sondern auch Ressourcen für die Umsetzung benötigt, wie dies auch immer wieder von der Partei eingebracht wird, die diesen Anzug nun eingereicht hat.

Ich bitte Sie aus diesen Gründen, den Anzug nicht zu überweisen.

Lorenz Amiet (SVP): Dieser Anzug ist keinesfalls schlimm - wir halten ihn wie meine Vorrednerin für weitgehend wirkungsbefreit. Wenn man einerseits auf eilig macht und versucht, eine dringende Traktandierung durchzubekommen, und nicht einmal die Reaktion des Bundesrats auf eine Motion abwarten will, dann gleichzeitig die Verwaltung mit einem Anzug beschäftigt, bei dem wir wissen, dass es zwei Jahre geht, ist für uns wenig stringent. Deshalb sagen wir Nein.

Lisa Mathys (SP): Die SP-Fraktion wehrt sich gegen diesen Vorstoss nicht, aber ich kann nicht anders, ich muss diesen einordnen und Klartext reden. Denn eigentlich ist es schon etwas ungeheuerlich. Dieser Vorstoss ist einer der Vorstösse, welche die LDP im Dezember dringlich traktandieren wollte, mit der Erklärung, dass diese Vorstösse die wirklich realistischen und guten Vorschläge für Klimaschutz enthielten. Was steht nun konkret Dringliches in diesem Vorstoss? Es steht drin, dass der Bund am Erarbeiten geeigneter Massnahmen sei und dass man diese, wenn sie irgendwann mal vorliegen, bitte lesen und übernehmen soll. Daran ist nichts falsch, und deshalb stimmen wir der Überweisung auch zu.

Die Dringlichkeitsforderung vom Dezember erscheint mit Blick auf den Inhalt aber doch fragwürdig. Bei allem Respekt, wenn dieser Vorstoss euer Verständnis von dringlicher Klimapolitik ist, dann ist das einfach ungenügend. Letzten Mittwoch hat die LDP-Fraktion dieser Handbremse in Sachen Klimapolitik noch die Sahnehaube aufgesetzt. Sie haben, mit einer Ausnahme, Nein gestimmt zum Ausstieg aus der Gasversorgung für Komfortwärme in Basel-Stadt, Sie haben Nein gesagt zu einer der absolut zentralsten und effektivsten Massnahmen auf dem Weg zu Netto Null. Sie haben Nein gesagt, und das obwohl die Bevölkerung Ihrem zwei Mal Nein ein zwei Mal Ja entgegnet hatte. Die Bevölkerung wollte sogar 2030 und überdeutlich 2037, und Sie sind dennoch nicht einmal zum Gasausstieg per 2037 bereit.

Dass die SVP gegen den Ausstieg aus fossiler Energie ist, war absehbar. Nun kommt aber auch die LDP mit eigenen Ansätzen, die angeblich viel besser seien als alles andere und natürlich dringlich, gleichzeitig ist die LDP-Fraktion nicht bereit, gemeinsam erarbeitete und breit abgestützte Ziele mitzutragen, die einen echten Klimaschutz-Impact haben. Das ist ein Affront, auch gegenüber der Bevölkerung. Das gibt mir zu denken.

Sie können es unserer Fraktion nicht verübeln, wenn wir aufgrund dieses Verhaltens den guten Willen hinter einem solchen Vorstoss in Frage stellen. Wir wollen aber vom Guten im Menschen ausgehen und mit voller Willenskraft an den Funken guten Willens glauben, der im Vorstoss klingt. Wir überweisen deshalb den Anzug.

Jeremy Stephenson (LDP): Ich kämpfe gegen die unheilige Allianz der SVP, die sowieso alles Klimatechnische ablehnt, mit dem GAB, das findet, es hätte die Klimafrage selber erfunden. Nun kommt die LDP, übernimmt eine Motion, die vom LDP-Nationalrat eingereicht wurde und von beiden Räten mit grossem Mehr überwiesen an den Bundesrat überwiesen wurde, mit der Einschränkung, dass diese Erkenntnisse und diese weiteren Schritte nur zusammen mit den Kantonen umgesetzt werden können. Das ist der Anhänger, aufgrund dessen ich diesen Anzug eingereicht habe. Das ist auch kantonales Gesetz, und ich möchte vom Regierungsrat wissen, welche Schritte er in dieser Hinsicht übernehmen will, um die Bundesvorgaben umzusetzen. Um mehr geht es nicht.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 473, 18.01.23 17:28:59]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 22.5524 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

13. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Diversität und Diskriminierungsbekämpfung an den Schulen in Basel-Stadt

[18.01.23 17:29:14, 22.5534.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5534 entgegenzunehmen.

David Trachsel (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Als ich diesen Anzug gelesen habe, ist bei mir das Schlagwort Woke in den Sinn gekommen. Sie wissen mittlerweile alle auch, was das bedeutet. Jedenfalls kann ich mich über Woke und Wokeness ebenso fest aufregen wie über Coronamassnahmen. Genauso wie die Coronamassnahmen habe ich Woke ein wenig studiert und selbst eine Definition erstellt, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Sie können selber versuchen zu erkennen, wo der Zusammenhang zwischen dieser Definition und dem Anzug liegt.

"Woke bedeutet aufgeweckt und engagiert zu sein und ist ein linker ideologischer Kampfbegriff. Unter dem Deckmantel von Antidiskriminierung, Antirassismus und der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit soll unsere freiheitliche, auf christlich-bürgerlichen Werten beruhende gesellschaftliche Ordnung auf allen Ebenen bekämpft und durch eine sozialistische Ordnung ersetzt werden."

Lesen wir nun die Forderungen im Anzug: Systematisches Erfassen und Monitoring von Diskriminierungserfahrungen, oder Schaffung von Weiterbildungsangeboten zu Handlungsstrategien für Lehrpersonen bei diskriminierenden Vorfällen, Früherkennung, Stärkung des Beratungsangebots betreffend Diversität, Einbezug von Fachpersonen für Antirassismus- und Diversitätsförderung, Evaluation neuer Lehrmittel, Erstellung einer Diversity Management Strategie.

Es gibt scheinbar mehr Vorfälle von Diskriminierung schwarzer Menschen, was dann aber im Anzug folgt, hat sehr wenig damit zu tun sondern vielmehr mit Diversität, Queermenschen, Transgender usw. zu tun. Damit schiessen wir weit am Ziel vorbei. Es geht um eine ganz andere Agenda. Es wurde überhaupt nicht geprüft, ob diese Massnahmen überhaupt etwas nützen. Es wird einfach sehr viel Geld ausgegeben. Ich hätte verstehen können, wenn ein Anzug eingereicht worden wäre, mit dem man bittet zu prüfen, welche Massnahmen in diesem Bereich etwas bringen. Aber nein, man schlägt einfach mal etwas vor und geht noch viel weiter als das eigentliche Problem.

Das brauchen wir nicht, wir wollen keine Woke-Indoktrinierung an unseren Schulen. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug abzulehnen.

Zwischenfrage

Edibe Gölgeli (SP): Können Sie mir das Worte Woke ausdeutschen?

David Trachsel (SVP): Das habe ich eben gemacht, Sie können meine Definition im Protokoll nachlesen.

Eric Weber (fraktionslos): Ich bin wirklich traurig, wenn es pro Klasse noch ein Schweizer Kind gibt. Das Kind ist für mich ein Opfer, es gibt dann keine Diskriminierung. Der Anzug ist für mich politische Zwängerei. Ich bitte alle SVP-Grossräte, Nein zu stimmen. Spannend wird es, wenn politisch links stehende Familien wegen den Schulproblemen nach Basel-Landschaft ziehen. Es gibt mehrere Aussagen von Politikern und Menschen, die nach Basel-Landschaft ziehen, weil man dort besser Deutsch lernt.

Es wäre schön, wenn die Anzugstellenden ein paar Beispiele für Diskriminierung anführen würden. Im Anzug wird kein einziges Beispiel aufgeführt, wo es angeblich Rassismus und Diskriminierung gibt. Der Anzug ist an den Haaren herbeigezogen.

Mein Vorredner ist Präsident der Jungen SVP. Es ist die grösste Partei in der Schweiz. Ich bitte das zu respektieren. Der Anzug schiesst weit über das Ziel hinaus. Ich habe gerne Kontakt zur Bevölkerung. Viele Schüler beklagen sich, weil sie der einzige Schweizer Schüler in der Klasse sind. Das ist für mich Diskriminierung der einheimischen Bevölkerung.

Barbara Heer (SP): Den Mitgliedern der Migrant:innensession, wovon wohl einige die Debatte nachhören werden, möchte ich sagen, dass wir hier teilweise sehr gute Diskussionen führen, und ich bitte sie, sich nicht von ihrem politischen Engagement abbringen zu lassen, auch wenn es hier ab und zu schwierig zu- und hergeht.

Die SVP sagt immer, sie sei so bürger:innen- und volksnah. Bei diesem Thema würde ich mir sehr wünschen, wenn Sie einfach mal den Betroffenen zuhören würden, mit den Menschen reden würden, den Schülerinnen und Schülern, die dieses Thema so bewegt. Darauf möchte ich in meinem Votum für die SP-Fraktion eingehen.

Wurden Sie in Ihrem Leben schon einmal diskriminiert? Das sind die Einstiegsworte des Votums von Mirjam Frehner, Mitglied der Arbeitsgruppe Bildungspolitik der Migrant:innensession, ein Votum, das hier im Saal am 29. Oktober 2022 gehalten wurde. Der Vorstoss geht zurück auf die aufwändige ehrenamtliche Arbeit dieser Arbeitsgruppe, bestehend aus acht Personen mit vielfältiger Migrationserfahrung, mit breitem Fachwissen. Der Anzug fasst zwei Texte mit politischen Forderungen der Migrant:innensession zusammen, die die Migrant:innensession verabschiedet hat mit der Bitte an den Grossen Rat, das als Anzüge an die Regierung zu überweisen.

Claudio Miozzari und die SP-Fraktion sind auf diese Weise Briefträger:innen. Wir sehen das auch als eine Ehre und tun

das mit viel Engagement, weil wir das Thema äusserst wichtig finden. Der Anzug soll konkret noch einmal den Druck erhöhen, dass im ED die begonnenen Anstrengungen im Bereich diskriminierungsfreie Schule mit grösserem Nachdruck, mit mehr Ressourcen, konsequenter Verfolgung und weitergehenden Massnahmen angegangen werden.

Ich möchte das persönliche Beispiel wiederholen, das Adèle Villiger in ihrem Votum als Teil der Arbeitsgruppe Bildungspolitik an der Migrant:innensession gehalten hat. Ich tue das mit ihrer Einwilligung. Ich zitiere Aussagen eines Lehrers, die er ihr gegenüber während ihrer Zeit im Gymnasium in Basel geäussert hat. "Frau Villiger, Sie sollten Putzfrau werden." "Frau Villiger, machen Sie besser etwas mit Ihrer Stimme, Sie singen so schön." "Frau Villiger, eine Lehre wäre doch viel besser und einfacher für Sie." "Frau Villiger, die Matura können Sie vergessen, das schaffen Sie niemals." Im Unterbewusstsein von Adèle Villiger klingen diese Sätze ihres Geschichtslehrers ihr Leben lang nach. Sie wollte eigentlich Jura studieren, brach aber drei Monate vor der Maturitätsprüfung das Gymnasium ab. Ich zitiere ihre eigenen Worte aus dem Votum: "Die Worte des Lehrers haben mich überzeugt, dass ich es niemals schaffen würde. Heute bin ich tatsächlich in der Reinigungsbranche tätig. Ist das Zufall?"

Ein Grossteil der Schülerinnen und Schüler in der Schweiz haben eine Migrationsgeschichte und viele erleben Ausgrenzung in der Schule, die Schule als der Ort, wo sie wichtige Werte erleben, wichtige Werte kennenlernen, die sie in ihrem Leben mittragen und prägen. Es gibt ja auch ganz konkrete Zahlen, die das untermauern. Das Beratungsnetz für Rassismuskritiker hat im Jahr 2021 gesehen, dass es gerade auch im Bildungsbereich eine Zunahme an Vorfällen gibt.

Auch wenn die Debatte bis jetzt das nicht so zeigt, laut Kreuztabelle hat der Anzug ja die Unterstützung aller Parteien, mit Ausnahme der SVP. Ich möchte mich deshalb hier bedanken bei den zwei Petitionsinstanzen, die Petitionen zu diesem Thema eingereicht haben, die immer noch bei der Regierung hängig sind, und ich möchte mich insbesondere bedanken bei der Arbeitsgruppe Bildungspolitik für die Arbeit an diesem Anzug. Weil gerade sie das Thema immer wieder hartnäckig auf das politische Parkett bringen, haben sie jetzt auch mit guter Sensibilisierungsarbeit und stetiger Druckausübung erreicht, dass eine breite politische Unterstützung für diesen Vorstoss vorliegt. Wir freuen uns, wenn Sie diesen Vorstoss der Regierung überweisen. Wir bitten die Regierung zur Kenntnis zu nehmen, dass es eine sehr breite Unterstützung für dieses Thema gibt, sodass sie die Fragen mit grosser Ernsthaftigkeit prüfen und diese Massnahmen effektiv umsetzen.

Zwischenfrage

David Trachsel (SVP): Sie sind scheinbar gegen Mobbing. Heute Morgen hat eine Vertreterin der Linken, als sie auf Mobbing aufgrund des Testens an Schulen angesprochen wurde, gesagt, dass die Lehrer sich darum kümmern sollten. Weshalb können nicht hier die Lehrer sich kümmern? Oder stört Sie Mobbing nur dann, wenn es in die eigene politische Agenda passt?

Barbara Heer (SP): Ich muss gestehen, ich habe heute Morgen nicht zugehört. Aber um sachlich an den Anzug anzuschliessen: Der Anzug fordert, dass Lehrpersonen mehr Ressourcen und Weiterbildungen erhalten, damit sie genau ihre unterstützende Rolle wahrnehmen können. Denn es braucht alle, die Politik, die Lehrpersonen, die Schulsozialarbeitenden.

Claudio Miozzari (SP): Das Wort Engagement wurde mehrmals genannt, das gefällt mir sehr. Woke hingegen halte ich im Gegensatz zu meinem Vorredner eher für einen rechten Kampfbegriff.

Der Anzug bittet zu prüfen und zu berichten, und er bringt tatsächlich mehrere konkrete Vorschläge. Ich kann das begründen. Die allgemeinen Forderungen und Antworten wurden schon anlässlich der Petitionen behandelt. Entsprechend sinnvoll schien es mir, hier konkrete Vorschläge mit fachlichem Bezug zu machen. Das heisst nicht, dass die Regierung diese alle umsetzt. Aber anders als bei den Petitionen handelt es sich hier um einen konkreten inhaltlichen Input. Ich hoffe, dieser kommt gut an, ich glaube aber nicht, dass es ein grosses Programm auslösen wird.

Ich danke auch für die Hinweise auf die Migrant:innensession, die wirklich sehr eindrücklich war. Ich habe dankbar das entgegengenommen, über das sie nun abstimmen dürfen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 14 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 474, 18.01.23 17:47:05]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 22.5534 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

14. Anzug Eric Weber betreffend gemeinsame Plattform für alle Basler schaffen, Verwaltungsabläufe besser kommunizieren

[18.01.23 17:47:24, 22.5537.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 22.5537 entgegenzunehmen.

Eric Weber (fraktionslos): Wir müssen beim Kanton eine Plattform für Meinungs austausch schaffen. Auch die Einwohner wollen mitreden, nicht nur wir Grossräte. Ab dieser Woche gibt es bei Telebasel eine neue Plattform. Wenn wir nicht reagieren als Kanton, laufen uns die Wähler davon. Es gibt nur noch 40% Wahlbeteiligung. Deshalb habe ich diesen Anzug eingereicht. Die Leute schreiben gerne Kommentare. Sicherlich braucht es eine Stelle, welche die Kommentare aussortiert. Viele Menschen suchen sich ein Gefäss für ihre Gedanken.

Als ich den Anzug einreichte, wusste ich nicht, dass Telebasel eine neue Plattform schafft. Ich habe 2001 während zwölf Monaten in Festeinstellung als Plattformreporter in Basel auf der Seite Netzpress.ch gearbeitet. Das ist nicht zu verwechseln mit dem Onlinereport von Herrn Knechtli. Ich habe diese Plattform damals betreut. Dadurch weiss ich als Journalist in Basel, dass so eine Plattform, wo jeder schreiben kann, für Basel toll wäre. Deshalb habe ich diesen Anzug eingereicht.

In einer Woche erhalten wie wieder die Aufforderung zur Einreichung der Steuererklärung. Das ist die einzige Nachricht, die ich vom Kanton erhalte, wenn ich nicht Grossrat wäre. Das ist schade. Aber selbst Städte, die nur 40'000 Einwohner haben, haben ein Mitteilungsblatt. Aber unser reiche Kanton schafft das nicht. Ich verlange vom Regierungsrat zu prüfen, wie er konkret erreichen kann, wie er den Menschen seine Verwaltungsabläufe besser kommunizieren kann, damit nicht naive Vorstellungen entstehen.

Das ist modern. Ich bin der Zeit voraus. Wir sollten mehr Menschen finden, die uns zuhören, die aber auch ihre eigenen Gedanken ausdrücken können.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 78 Nein. [Abstimmung # 475, 18.01.23 17:52:31]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 22.5537 ist **erledigt**.

15. Anzug Eric Weber betreffend Grossrats-überlastung bitte vermeiden

[18.01.23 17:52:47, 22.5541.01, NAN]

Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug 22.5541 entgegenzunehmen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 69 Nein. [Abstimmung # 476, 18.01.23 17:56:22]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 22.5541 ist **erledigt**.

16. Anzug Eric Weber betreffend drei Sitzungstage pro Monat für unser Parlament und nicht nur zwei

[18.01.23 17:56:34, 22.5542.01, NAN]

Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug 22.5542 entgegenzunehmen.

Eric Weber (fraktionslos): Es ist schade, wenn man sich in einem Parlament selber beschneidet. Nun darf man nur noch eine Interpellation pro Monat einreichen. Ich möchte mehr Sitzungstage haben, mindestens drei Sitzungstage pro Monate. Es gäbe auch mehr Sitzungsgelder. Le Pen hat gesagt, dass wir Politiker dafür bezahlt werden, Fragen zu stellen. Ich habe ein schlechtes Gewissen, wenn ich pro Monat nur noch eine Frage stellen darf.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 78 Nein. [Abstimmung # 477, 18.01.23 17:59:43]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 22.5542 ist **erledigt**.

Antrag

Ordnungsantrag von Oliver Thommen:

Die persönlichen Vorstösse noch abschliessen und damit die Sitzung erst nach Traktandum 18 beenden.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 22 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 478, 18.01.23 18:00:36]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Ordnungsantrag zuzustimmen.

17. Anzug Eric Weber betreffend jedem Basler seine Gratis-Zeitung Angebot für ein Jahr

[18.01.23 18:01:15, 22.5543.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 22.5543 entgegenzunehmen.

Eric Weber (fraktionslos): Die Basler Zeitung hat eine Auflage von 30'000, früher waren es 150'000. Die Leute lesen nicht mehr und sind nicht mehr informiert. Der Medienbranche geht es schlecht. Es wird so viel unterstützt in diesem Kanton. Deshalb habe ich gedacht, dass man ein Gratisabo für eine Zeitung einführen könnte für die Leute, die das wollen. Viele Leute haben nicht genügend Geld, um sich ein Zeitungsabonnement zu leisten. Wenn ich Steuern zahle, möchte ich auch etwas dafür bekommen.

Früher wurde über unsere Sitzung so berichtet, dass in der Basler Zeitung jedes Votum einzeln aufgeführt wurde. Auch das Parlament findet in den Zeitungen immer weniger statt, weil den Zeitungen das Geld ausgeht. Es wäre eine schöne Geste, wenn man das ermöglichen würde.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 70 Nein. [Abstimmung # 479, 18.01.23 18:05:15]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 22.5543 ist **erledigt**.

18. Anzug Eric Weber betreffend 49 Euro Ticket bitte auch für Kanton Basel-Stadt gültig machen

[18.01.23 18:05:30, 22.5544.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 22.5544 entgegenzunehmen.

Eric Weber (fraktionslos): Ich hatte das 9 Euro Ticket und bin während drei Monaten damit herumgereist. Mit diesem 9 Euro Ticket kann man auch in Basel fahren. Nun kommt das 49 Euro Ticket. Das Problem ist nur, dass man es nur online über Handy kaufen kann. Ich werde dieses auch kaufen. Was für den Flughafenbus möglich ist, und für die Strecke zwischen Badischem Bahnhof und Basel SBB kann doch auch für den weiteren Kanton möglich sein. Sie können ab April das 49 Euro Ticket kaufen. Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie ermöglicht werden kann, dass der Kanton Basel-Stadt möglichst schnell dem Verbundstarif des 49 Euro Tickets beitreten kann, dass damit auch Tram und Bus im Kanton Basel-Stadt gefahren werden kann. Das würde automatisch pro Jahr rund 350'000 bis 500'000 Touristen mehr nach Basel bringen und für mehr Hotelübernachtungen in unserer schönen Stadt führen. Die Vorteile für Basel sprechen für sich. Basel ist die Kulturstadt Europas. Wir müssen als Kultur- und Tourismusstadt etwas machen. Ich bitte Sie, dem Anzug zuzustimmen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 69 Nein. [Abstimmung # 480, 18.01.23 18:11:01]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 22.5544 ist **erledigt**.

Schluss der 48. Sitzung

18:00 Uhr

Beginn der 49. Sitzung

Mittwoch, 25. Januar 2023, 09:00 Uhr

Mitteilungen

[25.01.23 09:00:00, MGT]

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe vorerst die folgenden Mitteilungen:

Rücktritt aus dem Grossen Rat

Corinne Eymann-Baier ist aus gesundheitlichen Gründen per sofort aus dem Grossen Rat zurückgetreten und aus diesem Grund heute schon nicht mehr hier. Im Namen des Grossen Rates danke ich Corinne Eymann-Baier ganz herzlich für die dem Kanton geleisteten Dienste.

[Applaus]

Kaffeespende

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass Beatrice Messerli heute Morgen den Kaffee spendieren wird, dies, weil sie heute ihre letzte Sitzung im Grossen Rat hat.

Im Namen des Grossen Rates möchte ich ihr für diese grosszügige Geste herzlich danken.

[Applaus]

Heute haben vier Mitglieder des Grossen Rates Ihre letzte Sitzung:

Ich beginne mit Salome Hofer:

Salome Hofer ist seit 1. Februar 2009 Mitglied des Grossen Rates. Sie war lange Zeit Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission und auch in der IGPK UKBB sowie in der Wirtschafts- und Abgabekommission. Uns allen in sehr positiver Erinnerung bleibt Salome Hofer als Grossratspräsidentin im Amtsjahr 2020/2021 wo sie uns mit ihrer umsichtigen Führung erfolgreich durch das erste Jahr der Coronapandemie geführt hat.

Vielen Dank liebe Salome für die dem Kanton geleisteten Dienste.

[Applaus]

Wir fahren mit Mark Eichner fort:

Mark Eichner ist seit 1.2.2014 Mitglied des Grossen Rates. Er war lange Zeit Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission sowie eine Legislatur Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission. Aktuell politisiert Mark Eichner in der Finanz- und der Disziplinarkommission.

Ich danke Mark Eichner ganz herzlich für die dem Kanton geleisteten Dienste.

[Applaus]

Wir kommen zu Beatrice Messerli:

Beatrice Messerli ist seit 8. März 2016 Mitglied des Grossen Rates. Dabei war sie Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission, der Delegation IPK FHNW, der Begnadigungskommission und der Disziplinarkommission.

Wir verlieren mit Beatrice Messerli eine begnadete Bildungspolitikerin. Ich möchte ihr ganz herzlich für die dem Kanton geleisteten Dienste danken.

[Applaus]

Zum Schluss kommen wir zu Thomas Müry

Thomas Müry hatte die Ehre als ältestes Mitglied des Grossen Rates die aktuelle Legislatur zu eröffnen. Er ist seit 9.2.2011 Mitglied des Grossen Rates. Er war Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission, der Spezialkommission Klimaschutz und ist aktuell Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission, der Regiokommission, der Delegation Districtsrat, der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission und der Begnadigungskommission. Unvergessen bleiben die unzähligen ökumenischen Andachten, welche Thomas Müry geleitet hat.

Vielen Dank lieber Thomas für die dem Kanton geleisteten Dienste.

[Applaus]

28. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Joël Thüring und Consorten betreffend Stimm- resp. Wahlunterlagen für Neuzuzüger und Neueingebürgerte

[25.01.23 09:05:38, PD, 20.5046.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5046 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5046 ist **erledigt**.

29. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Daniel

Goepfert betreffend Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Basel

[25.01.23 09:06:12, PD, 16.5402.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 16.5402 abzuschreiben.

Johannes Sieber (GLP): Die Grünliberalen stellen zwar keinen anderweitigen Antrag, möchten dennoch kurz auf den mittlerweile dritten Bericht der Regierung zu diesem Anzug eingehen. Es freut uns, dass der Regierungsrat in seiner Antwort sich klar für eine Förderung der Kreativwirtschaft ausspricht. Er versteht es als essentiell, dass geeignete und bezahlbare Räume für kreatives Arbeiten zur Verfügung stehen, und will sich weiterhin dafür einsetzen. Das halten wir für sehr wichtig, da gerade in Bezug auf Infrastruktur Handlungsbedarf besteht. Das kHaus, das der Regierungsrat diesbezüglich als Meilenstein aufführt, wird diesen Bedürfnissen nur teilweise gerecht.

Auch wenn das Haus einen Mehrwert für unsere Stadt darstellt, muss doch festgehalten werden, dass mit swisspeace und der Kulturwerkstatt Kaserne zwei staatsbeitragsempfangende Institutionen als Hauptmieter*innen einen sehr grossen Teil der Mietfläche belegen. Der Mieterspiegel darüber hinaus zeigt zudem ein Fokus auf Kulturschaffende und so zu kulturellen Institutionen. Das finden wir Grünliberalen und ich schon gar nicht grundsätzlich falsch. Wir möchten aber darauf hinweisen, dass kleine Unternehmen, die hart am unternehmerischen Wind segeln, im kHaus kein Zuhause gefunden haben. Kreative Kommunikationsdesigner, Architekt*innen, Filmschaffende, Produktdesigner*innen, Szenograf*innen, Werberinnen, Werber, Software- und Game-Entwickler und dergleichen mehr, also eben die Kreativwirtschaft. Das soll keine Kritik am kHaus sein, sondern vielmehr ein Hinweis darauf, dass dieser Meilenstein eher eine der ersten als einer der letzten auf dem Weg der Förderung der Kreativwirtschaft darstellen kann.

Erfreulich ist auch, dass der Regierungsrat im regelmässigen Austausch mit dem noch jungen Verband Kreativgesellschaft steht, der die Interessen der Kreativwirtschaft in der Region Basel vertritt. Das sich der Verband nur dank der vorübergehenden Finanzierung der Christoph Merian Stiftung überhaupt erst der Professionalisierung seiner Strukturen widmen kann, zeigt hingegen, dass wir es hier mit einer zarten Pflänzchen-Wirtschaft zu tun haben. Wir Grünliberalen meinen, dass im Sinne der Standortförderung hier ein besonderes Augenmerk angezeigt ist und freuen uns darum über die entsprechenden Signale seitens Regierung in ihrer Beantwortung des Anzugs. In diesem Sinne schreiben wir diesen ab.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 16.5402 ist **erledigt**.

30. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Aufnahme von "Smart City" als strategisches Ziel im nächsten Legislaturplan

[25.01.23 09:10:19, PD, 17.5363.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 17.5363 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 17.5363 ist **erledigt**.

31. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend Einsparung von Papier sowie Druck- und Versandkosten

[25.01.23 09:10:40, PD, 20.5079.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5079 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5079 ist **erledigt**.

32. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 130 Fleur Weibel betreffend Schutz und Unterstützung für iranische und iranisch-stämmige Personen in Basel-Stadt

[25.01.23 09:10:43, PD, 22.5548.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Fleur Weibel (GAB): Ich danke der Regierung für die Beantwortung meiner Interpellation betreffend Schutz für iranische und iranisch-stämmige Personen in Basel-Stadt. Die Verweise zu den gängigen Anlaufstellen der Opferhilfe der Kantonspolizei und den Gesundheitseinrichtungen, die fallen jetzt etwas knapp aus und es ist auch irgendwie klar, dass es dann keine spezifischen Angebote gibt und dass sich die Opferhilfe nur um Probleme kümmern kann oder um Gewaltdelikte, die in der Schweiz stattgefunden haben. Auch Übersetzungsangebote werden nicht angesprochen in der Interpellation.

Es ist dem gegenüber aber sehr erfreulich, dass die Regierung in der Interpellation erwähnt, dass sie dabei ist, im Rahmen eines Bundesprogrammes Projekte umzusetzen, die genau spezifisch für geflüchtete Personen ausgerichtet sind, die niederschwellig und mehrsprachig ausgestaltet sind. Ich hätte vielleicht an die Regierung einen Vorschlag, dass wenn in Interpellationen auf solche Projekte hingewiesen wird, dass das vielleicht an Informationen noch etwas ausgeführt werden könnte. Wo wir doch irgendwo im Zeitalter des Internets leben, würde zum Beispiel auch ein Link sich anbieten bei einer schriftlichen Interpellationsbeantwortung, dann könnte man direkter nachschauen, um welche Projekte es sich da handelt, aber ich kann der Regierung nachher auch eine Mail schreiben und fragen, um welche Projekte es sich dabei handelt.

Ebenfalls sehr erfreulich finde ich den Hinweis, dass die Regierung bereit wäre, auch Organisationen, die sich derzeit mit der Bewegung im Iran auseinandersetzen, bereit wäre, hier Projekte zu unterstützen, das freut mich sehr. Und zu guter Letzt möchte ich mich auch dafür bedanken, dass durch die Interpellation nun verschiedene Kontakte mit der Verwaltung und der Regierung hergestellt werden konnten und der Austausch zwischen den iranischen Menschenrechtsaktivist*innen und dem Kanton in den nächsten Wochen stattfinden wird.

Ich bin in diesem Sinne mit dem Effekt der Interpellation sehr zufrieden und mit der Antwort der Regierung teilweise.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5548 ist **erledigt**.

33. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 133 Corinne Eymann-Baier betreffend kann das #RHYLAX-Team zur Lösung des Partylärmproblems am Rheinufer und in der Innenstadt beitragen?

[25.01.23 09:14:14, PD, 22.5555.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Die Interpellantin ist abwesend.

Die Interpellation 22.5555 ist **erledigt**.

34. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Georg Mattmüller und Edibe Gölgeci betreffend Neustart 2020: Zukunftsgerichtete, nachhaltige Investitionen in den Care-Bereich zur Stärkung der Wirtschaft nach dem Corona-Lockdown

[25.01.23 09:14:40, WSU, 20.5331.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5331 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5331 ist **erledigt**.

35. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Neustart 2020: Zukunftsgerichtete, nachhaltige Investition zur Abschwächung der Klimaerhitzung, zur Verbesserung des Stadtklimas und gleichzeitigen Stärkung der Wirtschaft nach dem Corona-Lockdown

[25.01.23 09:15:00, WSU, 20.5333.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5333 abzuschreiben.

Lea Wirz (GAB): beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Auch wenn der Corona-Lockdown bereits eine Weile zurückliegt, gefühlt vielleicht sogar eine kleine Ewigkeit, bleiben die Forderungen des Anzugs aktuell. Auch wenn sich die Wirtschaft gut von den Folgen der Pandemie bzw. des Lockdowns erholt hat, besser als zeitweise erwartet wurde, braucht es weiterhin dringende Investitionen zur Abschwächung und Bekämpfung der Folgen der Klimaerwärmung. Wir anerkennen die Bemühungen des Regierungsrates in diesem Bereich und begrüssen die vielzähligen Arbeiten in diesem Zusammenhang, möchten aber den Anzug stehen lassen, solange massgebliche Ergebnisse noch ausstehen sind. Deshalb bitte ich Sie im Namen des GAB, den Anzug stehen zu lassen.

Der Regierungsrat verweist in seiner Antwort auf laufende Arbeiten wie beispielsweise die Solaroffensive, die bald ausgerollt werden soll, oder die in Aussicht gestellte Verordnung für die Einführung einer Abwrackprämie. Zudem ist der Regierungsrat zurzeit daran, für die Motion für eine Ersatzpflicht für fossile Heizungen per 2035 der SpezKo Klima eine Vorlage auszuarbeiten. Diese sieht eine Restwertentschädigung für unvollständig amortisierte Investitionen in fossile Heizungen vor. Weiter haben wir betreffend der E-Mobilität hier im Grossen Rat im November 2021 eine Motion der UVEK überwiesen, welche die Installation bzw. Subvention von 4'000 Ladestationen vorsieht. Der Regierungsrat hat noch knapp zwei Jahre Zeit, für die Umsetzung einen Ratschlag auszuarbeiten. Bezüglich der Verbesserung des Stadtklimas verweist der Regierungsrat unter anderem auf das Stadtklimakonzept, wobei einzelne Massnahmen daraus dem Grossen Rat vorgelegt werden müssen. Er merkt aber auch an, dass gewisse Massnahmen, welche nicht im Konzept enthalten sind, allenfalls im Rahmen eines Impulsprogrammes, wie es der vorliegende Anzug fordert, umsetzbar wären.

Der Anzug soll aus Sicht des GAB deshalb stehen bleiben, solange viele der genannten Massnahmen noch in Umsetzung sind. Im besten Fall kann der Anzug auch als Puffer dienen, um Massnahmen zu erarbeiten oder zu ergreifen, welche mit den bestehenden Vorstössen und Konzepten noch nicht abgedeckt sind. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 17 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 481, 25.01.23 09:19:10]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5333 ist **erledigt**.

36. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 126 Oliver Bolliger betreffend kein reduzierter Grundbedarf in der Sozialhilfe wegen zu teurer Krankenkasse

[25.01.23 09:19:48, WSU, 22.5529.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Oliver Bolliger (GAB): Ich danke der Regierung für die Beantwortung meiner Interpellation. Die Beantwortung zeigt auf, dass die Problematik von zu teuren Krankenkassen und die Unmöglichkeit diese zu wechseln bzw. ein günstigeres Versicherungsmodell zu wählen, wahrscheinlich nur eine Minderheit der Sozialhilfebeziehenden betrifft. Aufgrund der Tatsache, dass die Sozialhilfe nicht in der Lage ist genau zu beziffern, wie viele Personen davon betroffen sind, bleibt hier zwar eine gewisse Unschärfe. Die Auflistung und die Tabellen in der Beantwortung der Interpellation lassen aber den

Schluss zu, dass in der Regel das Problem gelöst werden kann. Ich bin froh in der Antwort der Regierung die Bereitschaft wahrzunehmen, sich dieser Problematik in diesem Jahr weiter anzunehmen und für diejenigen Sozialhilfebeziehenden eine Lösung zu finden, damit die Differenz zukünftig nicht aus dem Grundbedarf bezahlt werden muss.

Ich bin überzeugt, dass die Sozialhilfe Basel-Stadt in der Lage ist, bereits jetzt auf diese schwierige Situation zu reagieren und in der Einzelfallprüfung auf Antrag für die Betroffenen eine kurzfristige Entlastung vorzunehmen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn dies von der Amtsleitung entsprechend kommuniziert würde, da diese Möglichkeit ja bereits heute schon besteht. Grundsätzlich bleibt die Tatsache, dass wir ein stetig wachsendes Problem haben mit der anwachsenden Verschuldung in der Bevölkerung. Wir brauchen hier dringend neue Lösungen und Ansätze. Einkommensabhängige Krankenkassen wären die Lösung, das wissen wir alle, aber seit Jahrzehnten verhindert die massive Versicherungslobby und die bestehenden Gesetze dieses Ansinnen. Und so doktern wir da halt ein wenig rum, aber kriegen in das Problem nicht wirklich in Griff.

Trotz alledem, ich bin zufrieden mit der Beantwortung der Regierung und der Bereitschaft des Departements, sich dem Problem anzunehmen und erkläre mich von der Antwort befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 22.5529 ist **erledigt**.

37. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 129 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Errichtung von zentralen Wärmepumpen in Zonen mit Einfamilienhäusern

[25.01.23 09:21:56, WSU, 22.5546.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Vorweg, ich bin von der Beantwortung nicht befriedigt. Der Regierungsrat hat die Fragen zwar beantwortet, herzlichen Dank, aber sich nicht die Mühe genommen, den Inhalt der Fragen aufzunehmen und Antworten mit Gehalt und fassbaren Lösungen aufzuzeigen. Die Fragen sind hauptsächlich umschrieben und verklausuliert beantwortet worden nach dem Motto, man kann vieles, aber nicht wir. Vielleicht wären die Fragen motivierter beantwortet worden nach einem wunderbaren Waldspaziergang, ermöglicht durch die 38-Stunden-Woche. Aber Visionen jetzt mal auf der Seite.

Grundsätzlich ist die Interpellationsbeantwortung inhaltlich nichtssagend und damit unbefriedigend, sie bringt uns im Thema nicht weiter. Alle Einwohnerinnen und Einwohner in jenen Häusern, die sich nicht am Wärmeverbund Riehen oder am Fernwärmenetz in Basel anschliessen lassen können, werden im Regen stehen gelassen oder hier eher in der Kälte. Es sind ja nur Private, das heisst also, keine Lösung für alle, keine Lösung für alle Steuerzahlenden. Die IWB erweisen sich leider auch nicht als engagierter Partner in dieser Angelegenheit. Eine Erstellung von lokalen Wärmeverbänden, das ist momentan ihre Lösung. Kritik daran wurde auch bereits schon laut, denn die Heizkosten würden sich fast verdoppeln. Das kann es ja wirklich auch nicht sein. Ich spüre aufseiten Regierungsrats keine Bereitschaft, gemeinsam mit Riehen und Bettingen Standorte zu prüfen, wo gemeinsame Anlagen zur Versorgung mehrerer Einfamilienhäuser erstellt werden könnten. Hier wird geflissentlich an private Planungsbüros verwiesen, wieder einmal Privatsache.

Das alles ist unbefriedigend, ein absoluter Affront denen gegenüber, welche nicht in den Vorzug der leitungsgebundenen Wärmeversorgung kommen können. Ich bin enttäuscht und erkläre mich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5546 ist **erledigt**.

38. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 139 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Sistierung des Strafzuschlags in der Ersatzversorgung

[25.01.23 09:24:43, WSU, 22.5562.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP): Ich bin von der Antwort teilweise befriedigt und bedanke mich für die ausführliche Antwort. Die Problematik ist so, wie haben bei der Stromversorgung, das haben Sie letztes Jahr mitbekommen, eine enorme Volatilität. Wenn ich als Unternehmer nicht einen Vertrag abschliesse, komme ich in die Ersatzversorgung und dort haben wir ein Problem, dort verrechnet mir die IWB nach Tarifverordnung ein Zuschlag, wenn ich in der

Ersatzversorgung bin, von 30 Prozent. Dies stört uns KMU'ler, stört den Gewerbeverband inklusiv mich und ich hätte erwartet, dass hier die IWB und die Regierung auf unser Anliegen eingehen und hier nochmal überlegt, diesen Tarif zu reduzieren. Wir haben einen Unterschied zu unserem Nachbarkanton Baselland, dort ist dieser Tarif nur 20 Prozent, bei uns in der Stadt ist er 30 Prozent und auf diesem hohen Strompreis ist das doch eine grosse Differenz. Ich hätte mir gewünscht für unsere Unternehmen, nicht wir, wir haben jetzt einen Vertrag, aber für viele KMU, die noch in der Ersatzversorgung sind, hier zu reduzieren. Ich werde dranbleiben an diesem Thema, bedanke mich und ich bin teilweise befriedigt von der Antwort.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5562 ist **erledigt**.

39. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend integrative Arbeitsplätze

[25.01.23 09:26:24, FD, 20.5077.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5077 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5077 ist **erledigt**.

40. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 127 Oliver Thommen betreffend Parlamentarische Untersuchungskommission zum Neubau des Biozentrums Stellungnahme des Regierungsrates

[25.01.23 09:27:03, FD, 22.5536.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Oliver Bolliger (GAB): Vielleicht werden Sie fragen, von welcher Republik ich träume, fragte Friedrich Dürrenmatt sich selbst einst in einer Rede zu Ehren von Vaclav Havel. Er antwortete, Zitat: "Von einer menschlichen Republik, die dem Menschen dient und deshalb die Hoffnung hat, dass der Mensch auch ihr dienen wird." Für Dürrenmatt war das Problem an dieser menschlichen Republik der Mensch selbst und so musste er konstatieren, dass durch den Menschen alles paradox wird. Zitat: "Es verwandelt sich der Sinn in Widersinn, Gerechtigkeit in Ungerechtigkeit, Freiheit in Unfreiheit." Dürrenmatt hätte wohl seine Freude an der Diskussion um die Mehrkosten und Verzögerungen beim Biozentrum gehabt, ist doch so vieles paradox.

Ich möchte dem Regierungsrat in diesem Sinne auch für die Antworten auf die zugegebenermassen sehr vielen Fragen danken, weil er seine Argumentation im Gegensatz zu der Stellungnahme ausführlicher darlegt. So kann ich mich ganz paradox ob der Antwort der Regierung befriedigt erklären, obwohl ich nicht wirklich befriedigt bin. Ich bin vielmehr dadurch befriedigt, dass ich nicht befriedigt bin, denn inhaltlich schafft es der Regierungsrat in der Interpellationsbeantwortung auf mindestens vier Paradoxe.

Erstens, der Regierungsrat legt dar, dass es ihm unmöglich war, wie allen anderen auch, in einem Monat eine Stellungnahme einzureichen. Auslöser hierfür seien die geschwärzten Stellen im Berichtsentwurf. Nun, was war alles geschwärzt. Das war ein Absatz mit einer Liste von betroffenen Personen, an zwei Stellen Ausführungen zum Handeln der Baselbieter Regierung, die zunächst selbst Stellung nehmen sollte und dies auch tat, dann die Angaben zur Statistik und zur Buchhaltung der PUK und schliesslich die noch nicht formulierten Schlussfolgerungen am Ende des Berichts. Also haben wir hier das Paradox, dass der Regierungsrat zwar ganz viele Fehler im PUK-Bericht finden konnte, ohne angeblich den Text in seiner Gänze wirklich verstanden zu haben, weil er aufgrund der Schwärzungen keine Stellungnahme einreichen konnte.

Zweitens, und das ist das sprachlich beste Paradox in nur wenigen Abschnitten entfaltet, der Regierungsrat gibt zu, dass die Führung missverständlich war und die Kontrolle über das Projekt nicht aufrechterhalten werden konnte. Trotzdem streitet er die Fehler bezüglich Kontroll- und Aufsichtspflichten ab und die daraus entstandenen zahlreichen Schadensfälle und Probleme. Das Argument zu Ende gedacht, müssen wir also annehmen, dass gerade durch die gute Aufsicht und Kontrolle des Regierungsrates die Kontrolle über das Projekt verloren ging.

Drittens, spätestens im März 2019 mussten die finanziellen Probleme beim Biozentrum offensichtlich angegangen werden.

Laut der Angabe in der Interpellationsbeantwortung war der Handlungsdruck erst im Herbst 2019 da. Heisst das, der Lenkungsausschuss stellte im Frühling nicht fest, dass eine Vorlage an den Landrat hätte erstellt werden müssen? Trafen sich die Regierungsausschüsse beider Regierungen nicht kurz danach, um den Vorfinanzierungsdeal ohne Universität zu beschliessen? Fand auch keine Universitätsratssitzung im August statt und kein geharnischter Briefwechsel zwischen Universität und Regierungsrat? Zwischen Problemerkennung und Regierungsratsbeschluss und Vorfinanzierungsdeal vergingen fast neun Monate. Da ist es schon interessant, denn für die Behandlung des Ratschlags betreffend die Mehrausgaben für Geflüchtete aus dem Ukrainekrieg, von der Erkennung des Problems im März zur Kommissionsbehandlung im Mai und zum Grossratsbeschluss im Juni nur drei Monate nötig waren. So sind wir beim dritten Paradox. Dass der Regierungsrat im Herbst 2019 angeblich in Zeitdruck geriet und so handeln musste, wie er handelte, war darin begründet, wie er tatsächlich handelte bzw. nicht handelte.

Das letzte Paradox ist das Tragische. Die Verantwortlichen für das Biozentrumdebakel sind nun im Gremium der Universität, welche die Folgen des Debakels, das sie selbst verursachten, nun wieder lösen müssen. Es bleibt also zu hoffen, dass für die Universität aus dem Handeln anderer kein grösserer Finanz- und Reputationsschaden entsteht, der sich dann auf Forschung und Forschende der Universität auswirkt. Letztlich wird sich der Regierungsrat dann daran messen lassen müssen. Vielen Dank, ich bin befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 22.5536 ist **erledigt**.

41. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 138 Michael Hug betreffend ausstehender Lohnniveau-Vergleich bei Polizei und Staatsanwaltschaft

[25.01.23 09:31:46, FD, 22.5561.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Michael Hug (LDP): Ich möchte mich bedanken für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich kann verstehen, dass ein ausführlicher Lohnvergleich viel Zeit in Anspruch nimmt, gerade wenn es noch Bestandteile wie Fringe Benefits beinhaltet und andere Kantone angefragt werden müssen. Ich will einfach hier sagen, dass das Problem natürlich sehr dringlich ist und ich schon länger nach diesem Lohnvergleich nachgefragt habe. Die Interpellation, die ich eingegeben habe, war eigentlich eine Nachfrage, wie der Status momentan lautet und man schreibt dann in der Beantwortung, dass man eigentlich nicht viel weiter ist. Mir ist es einfach ein Anliegen, dass hier schnell gehandelt wird und im Februar, während der nächsten Grossratssitzung diskutieren wir ja auch über eine Motion, die wir eingegeben haben für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Kantonsangestellte im Schichtbetrieb. Dann wird das mit dem Lohnvergleich sowieso eine Grundlage bieten müssen, um überhaupt dann darüber zu diskutieren. Ich bin also mit der Beantwortung teilweise befriedigt. Ich verstehe, weshalb es sich nicht so einfach gestaltet, dies zu bewerkstelligen, dennoch hoffe ich darauf, dass man schneller hier diese Lohnauflistung, dieser Vergleich umsetzen und vorlegen kann.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5561 ist **erledigt**.

42. Bericht des Regierungsrates zur Motion Thomas Gander und Konsorten betreffend Sportstättenstrategie und konkreter Massnahmenplanung

[25.01.23 09:34:05, ED, 18.5158.05, SMO]

Der Regierungsrat beantragt, dass die Motion 18.5158 als erledigt abzuschreiben.

Thomas Gander (SP): Ich habe keinen anderen Antrag, aber möchte eigentlich in diesem Zusammenhang der Regierung Dankeschön sagen für die Umsetzung dieser Motion. Wir haben sie ja insgesamt zwei Mal stehen lassen, weil wir wirklich wollten, dass der Regierungsrat hier die Handlungsmöglichkeiten, aber auch die Bedürfnisse des Sports aufzeigt und in ein Papier fasst. Da sind wirklich zwei spannende Papiere entstanden, ich glaube auch mit externer Unterstützung auch aus Deutschland noch und wenn man sich durch die Seiten durchliest, da wurde ein Sportanlagenkonzept wie auch ein Aktionsplan gemacht, sieht man doch, welches Potenzial hier im Sport in Basel vorhanden ist und wo auch die Bedürfnisse sind. So wie ich die Papiere jetzt lese, ist die Regierung durchaus gewillt, in den nächsten Jahren aus diesen Papieren auch die konkreten Priorisierungen abzuleiten, aber auch dann die entsprechenden Investitionen freizugeben, die in dieser Priorisierung festgelegt wurden. Da vertraue ich darauf, dass dieser Prozess stattfindet und von dem her

finden wir, können wir hier nun diese Motion abschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion als erledigt abzuschreiben.

Die Motion 18.5158 ist **erledigt**.

43. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Primarschulkompetenz: Velofahren lernen

[25.01.23 09:35:57, ED, 20.5337.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5337 abzuschreiben.

Sasha Mazzotti (SP): beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Neulich bei einem Workshop in einer Schulklasse, was die Schüler*innen in der Stadt so verändern möchten, was sie toll finden, da sagte ein Mädchen; immer am Morgen ist so viel Verkehr, da ist so viel Stau. Als rote Politikerin mit einem grünen Herz habe ich dann gefragt, ob sie denn Angst hätte im Stadtverkehr mit dem Velo zu fahren. Sie schaute mich ungläubig an und sagte, nein, meine Eltern fahren mich mit dem Auto und wir stehen immer im Stau, das nervt. Ich hatte leider wenig Verständnis für das Kind. Das 14-jährige Mädchen scheint nicht daran zu zweifeln, dass es nur die Option des Eltern-Taxis gibt, die Eltern nehme ich an auch.

Der Anzug wurde recht knapp beantwortet. Die Auflistung, was schon läuft, ist allerdings begrüssenswert, aber sie geht nicht auf das Kernproblem ein. Verstehen Sie mich nicht falsch, nicht die Schule soll weitere Pflichtlektionen machen und nicht belastet werden, da läuft das Rädchen gut im Gewinde. Pro Velo bietet Kurse für velobegeisterte Eltern an, wie ich zum Beispiel, und wir sind auch dankbar, dass es diese Kurse gibt, sicher Velo fahren im Quartier. Aber ehrlich gesagt, meine Tochter hatte auch gar nicht so viele Optionen, ÖV, zu Fuss oder mit dem Velo, das Eltern-Taxi im Kistenvelo ist vorbei.

Ich will mit diesem Anzug nicht Autofahrende bekehren und zwingen, auf das Auto zu verzichten, es geht darum, jungen Menschen und ihren Eltern nicht nur ein Bewusstsein für andere Möglichkeiten der Mobilität zu geben, sondern dass sie sich sicher, selbstbewusst und verkehrskonform auf der Strasse bewegen. Daher die Idee über den freiwilligen Schulsport Kurse anzubieten. Wenn es bessere gibt, die Kinder erreichen, die weder ein Velo haben noch velofahrende Eltern, dann bin ich natürlich offen, ich kenne mich da nicht so aus, was es für Möglichkeiten gäbe. In der Schule wird in der 5. und 6. Klasse sehr wohl ein Velofahrkurs durchgeführt, die Schülerinnen und Schüler sollen dann für die Kurse im Quartier ein Velo mitbringen. Es gibt Schulstandorte, da kaufen die Eltern ihren Kindern dann schnell ein Velo und es gibt natürlich auch die anderen Schulstandorte und da gibt es wohl Schulen, die schauen, dass die Kinder irgendwie zu einem Velo kommen. Frage 2, da ging es darum, ob die Tagesstruktur etwas einrichten könnte, damit Kinder, die kein Velo besitzen, eins ausleihen könnten. Die Antwort war, dass das ED da kein Bedarf sieht. Das ist etwas schwierig, weil wenn die Kinder gar nicht wissen, dass es die Möglichkeit gäbe, dann werden sie auch nicht fragen und dann gibt es kein Bedarf.

Ich bitte, diesen Anzug stehen zu lassen, weil es doch noch einige Sachen gibt, die hier nicht beantwortet wurden bzw. sie wurden beantwortet, aber man hat nicht den Kern des Problems erfasst, wir wollen schauen, dass die nächste Generation sich sicher fühlt auf der Strasse, und dies auf verschiedene Art und Weise löst. Ich fände es toll, wenn Sie das noch einmal überweisen bzw. stehen lassen und danke, dass beim "Chrüzlistich" doch schon einige dafür sind.

Jenny Schweizer (SVP): Sasha Mazzotti vergleicht das Velofahren mit dem Schwimmunterricht. Wir wissen alle hier im Saal, dass nicht schwimmen können sehr schnell lebensgefährlich ist. Jedes Kind könnte ins Wasser fallen, auch jeder Erwachsene, der nicht schwimmen kann, aus Versehen, nicht bewusst ins tiefe Wasser gelangen und ist tot innerhalb von fünf Minuten oder sogar weniger. Aber ein Kind steigt nicht einfach zufällig auf ein Velo. Es steigt bewusst auf ein Velo und auch die Eltern lassen die Kinder bewusst auf ein Velo steigen, wenn sie es ihm beigebracht haben, Velo zu fahren. Und sobald die Kinder auf die Strasse dürfen mit ihrem Velo, bekommen sie in der Primarschule Unterricht, ab dem 5. Primarschuljahr von der Polizei und lernen, wie man sich verhält auf der Strasse. Zudem gibt es, das haben wir der Anzugsbeantwortung sehr gut entnehmen können, sehr viele Angebote, die auch den Kindern beibringen, wie man sich verhält. Und wenn ich Ihnen einen Tipp geben darf, allen Velofahrenden hier drinnen, verhalten Sie sich als Erwachsene vorbildlich und respektieren Sie die Verkehrsregeln. Kinder imitieren die Erwachsenen und deshalb würden Sie mit gutem Beispiel vorangehen, wahrlich die beste Schulung für die Kinder sein und es wäre erst noch gratis.

Brigitte Gysin (die Mitte/EVP): Zuerst wollte ich nichts sagen, weil Sasha Mazzotti alles gesagt hat, aber ich muss doch gerne noch etwas entgegenen auf das Votum von Jenny Schweizer. Es stimmt, man fällt nicht ins Wasser und ertrinkt, wenn man nicht Velo fahren kann, aber es ist doch nicht ganz unwesentlich bezüglich Sicherheit. Ich nehme an, unser baldiger Präsident als Fahrlehrer könnte mir bestätigen, dass zum Beispiel Leute, die Autofahren lernen und vorher schon mit dem Fahrrad im Verkehr unterwegs gewesen sind, fahrenderweise sich orientieren mussten, zum Beispiel sich sicherer, schneller auch im Auto zurechtfinden als jemand, der immer zu Fuss unterwegs war, wo möglich im schlimmsten

Fall, wie erwähnt, mit dem Eltern-Taxi. Das ist zum Glück nicht die grosse Mehrheit, dieser letzte Fall.

Vor diesem Hintergrund scheint es mir etwas zu wenig zu sagen, in der Schule lernt man, mit einem besuchten Verkehrsunterricht an der Schule wird man noch nicht zum geübten Velofahrer oder Velofahrerin. Dann gibt es jene, wo zu Hause eine Velofamilie ist und dann geht man auch an den Pro Velo-Kurs, aber es gibt noch viele, die das nicht so tun. Es geht auch nicht darum, alle irgendwie zu zwingen zu gehen, aber doch auf eine niederschwellige Art und Weise vielleicht den einen oder anderen zu erreichen, dass er/sie da doch noch ausserhalb der Familie in einem anderen Kontext dem Velofahren nähergebracht wird und so auch fahrenderweise lernt, sich im Verkehr zu bewegen und nicht erst mit 18 in der ersten Fahrstunde das erste Mal fährt und auf eine Kreuzung zukommt. Darum bitte ich, da nicht abzuschreiben.

Béla Bartha (GAB): Wir haben es schon gehört, gerade das Votum von Jenny Schweizer hat deutlich gezeigt, dass hier noch Unklarheiten bestehen und deshalb bitten wir Sie als GAB, diesen Anzug nicht abzuschreiben. Es ist eben so, dass wir genau das möchten, dass die Kinder eine gewisse Sicherheit im Verkehr bekommen und dann eben nicht Gefahr laufen, irgendwo überfahren zu werden und sich sicher im Verkehr bewegen können. Da geht es wirklich um das schulen der Kinder und dass sie ein sicheres Gefühl bekommen für das Velo und damit in Zukunft auch mehr das Velo benutzen im Verkehr. Es ist interessant, dass in der Antwort der Regierung eigentlich genau auf das zentrale Argument der Anzugstellerin mit keinem Wort eingegangen wurde, das ist nämlich, dass man wollte, dass zum Beispiel das ED das Velolernfahrangebot über den freiwilligen Schulsport anbieten würde. Dabei ist es wichtig, dass hier nicht ein weiteres Angebot geschaffen wird, das auf den Schultern der Lehrerschaft lastet, sondern dieses Angebot im Rahmen des freiwilligen Schulsports stattfindet. In der Antwort der Regierung wird auf diesen Teil der Frage mit keiner Silbe eingegangen, sondern lediglich auf andere Angebote wie das Pro Velo etc. verwiesen.

Wir sind davon überzeugt, dass vor allem ein über die Schulen verbreitetes Angebot, das von der Stadt über die Gemeinden getragen wird, die Möglichkeit hat, das Publikum zu erreichen, auf das der Anzug vor allem abzielt. Es handelt sich dabei vor allem um Kinder und deren Eltern, die nicht oder noch nicht gut in unserer Gesellschaft vernetzt sind und nicht über die Vereine wie beispielsweise Pro Velo wissen und dabei gar nicht auf dieses freiwillige und kostenpflichtige Angebot eingehen können. Der Anzugstellerin ging es deshalb gerade darum, die gute und breite Verankerung der Schulen in allen Schichten unserer Gesellschaft zu nutzen und über dieses eine Angebot zu schaffen, das vor allem den Teil unserer Gesellschaft erreicht, der erst seit kurzem in der Schweiz lebt und beispielsweise das Primarschulangebot erfasst hat oder das Velofahren im kulturgesellschaftlichen Umfeld bisher keine Rolle gespielt hat oder sich ein kostenpflichtiges Angebot bisher nicht leisten konnte.

Und genau für die Umsetzung dieser zentralen Anliegen des Anzugs bietet die Antwort der Regierung leider keine Hand und deshalb sind wir für das Stehenlassen dieses Anzugs und bitten Sie, unserer Argumentation zu folgen und diesen Anzug nicht abzuschreiben.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 51 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 482, 25.01.23 09:47:54]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 20.5337 **stehen zu lassen.**

44. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Joël Thüring flexible Eintrittspreise für die Spätschwimmer in die baselstädtischen Gartenbäder und Barbara Heer und Konsorten betreffend Verlängerung Tagesöffnungszeiten öffentlicher Gartenbäder

[25.01.23 09:48:13, ED, 18.5253.03 19.5318.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge 18.5253 und 19.5318 abzuschreiben.

Barbara Heer (SP): beantragt die beiden Anzüge stehen zu lassen.

Im Namen der SP-Fraktion und auch im Namen des GAB beantrage ich Ihnen, diese beiden Anzüge stehen zu lassen. Zum ersten Anzug zur Flexibilisierung der Eintrittspreise sind wir grundsätzlich der Meinung, dass die Preise für die Bäder in Basel teurer sind, insbesondere im Vergleich zu anderen Städten. Insbesondere für AHV-Bezüger*innen gibt es in Basel keine Vergünstigungen und deshalb unterstützen wir grundsätzlich das Anliegen und möchten es auch stehen lassen.

Zum zweiten Anzug von mir wegen der Verlängerung der Tagesöffnungszeiten stehen dann im nächsten Monat auch zwei vorgezogene Budgetpostulate auf unserer Traktandenliste. Aus formellen Gründen könnte man jetzt auch argumentieren, die Anzüge jetzt hier abzuschreiben, weil die Diskussionen auch im Rahmen der Budgetpostulate weitergeführt werden.

Ich hoffe deshalb auch, dass auch die eine oder andere Fraktion, die jetzt heute abschreibt, die Budgetpostulate nächsten Monat dann dennoch überweist. Wir beantragen jetzt aber trotzdem Stehenlassen, um hier auch kein falsches Signal zu senden.

Ich möchte kurz ein paar der Argumente nennen, wieso es wichtig ist, abends und auch frühmorgens die Öffnungszeiten zu verlängern. Wir leben in einer immer stärker verdichteten Stadt, wir haben wunderschöne grüne Gartenbäder, die dann an lauen Sommerabenden einfach leer stehen. Die Familien müssen dann in ihre engen Wohnungen gehen und diese schönen Grünflächen stehen dann leer. Die Sommer werden immer wärmer, die Bevölkerung ist auch immer länger draussen im Sommer, deshalb ist es auch wichtig, dass der bestehende öffentliche Raum, und dazu gehören auch die Gartenbäder, auch wirklich zugänglich ist und intensiv genutzt werden kann.

Dann zum gesundheitlichen Aspekt. Schwimmen ist ein sehr wichtiger Breitensport, der ist sehr gelenkschonend. Mit der Alterung der Gesellschaft wird Arthrose immer verbreiteter, mit der Hitze werden Venenleiden immer häufiger und Schwimmförderung ist da eine wichtige Prävention. Im St. Jakob gibt es ja bereits Frühschwimmen, wer aber im Kleinbasel wohnt oder zum Beispiel im Neubad, Bachletten fährt ja nicht morgens vor der Arbeit noch kurz ins St. Jakob und dann ins Büro, deshalb ist es wichtig, dass Frühschwimmen in allen Stadtteilen möglich wird.

Kurz noch zu den zwei Gegenargumenten. Man kann sagen, wenn man jetzt die Öffnungszeiten fix verlängert, ist das auch verpufftes Geld, wenn es dann mal regnet. Da kann man sagen, das ist ja auch heute eigentlich schon so, wenn es den ganzen Tag regnet, dann haben die Gartenbäder grundsätzlich trotzdem offen. Heute ist es so, wenn es schön ist, die Gartenbäder spontan länger offen haben können, das Problem ist aber, dass die Bevölkerung damit nicht rechnen kann und das am Morgen noch nicht weiss. Deshalb wäre hier auch die Idee, dass das umgeändert wird, dass wenn schlechtes Wetter ist, dann die Bäder auch spontan früher schliessen können, aber dass sie grundsätzlich lange offen haben.

Dann noch zum Argument, dass das Badepersonal anspruchsvolle Jobs macht und ihnen jetzt nicht noch längere Arbeitszeiten zugemutet werden kann. Darauf kann man argumentieren, es ist tatsächlich eine grosse Leistung, was dieses Badepersonal jeden Sommer leistet, sie müssen interkulturell und zwischenmenschlich dolmetschen, dafür möchten wir ihnen auch ein ganz grosses Dankeschön aussprechen. Es ist deshalb auch sehr wichtig, dass sie bei der Umsetzung einbezogen werden, es sollen keine Temporär-Jobs geschaffen werden, sondern es braucht stabile Stellen mit guten Arbeitsbedingungen. Aus wirtschaftspolitischer Sicht kann man noch sagen, es ist hier ein Jobsektor, der attraktiv ist für Quereinsteiger*innen. Das ist ein Bereich, wo man sich on the Job weiterbilden kann, es wird keine bestimmte Lehre vorausgesetzt, es sind sehr anspruchsvolle Jobs, aber die Zusatzqualifikation kann man berufsbegleitend machen. Solche Jobs gibt es immer weniger in unserer Dienstleistungswirtschaft in unserer Stadt, deshalb ist es auch attraktiv, hier solche Jobs weiterhin zu ermöglichen.

Das ist jetzt einfach so die Bandbreite der Argumente. Wir bitten Sie, diese beiden Anzüge stehen zu lassen und diese Argumente dann auch in der Fraktionssitzung für den Monat, wenn es dann um die Budgetpostulate geht, zu berücksichtigen.

Joël Thüring (SVP): Hingegen dem "Chrüzlistich" beantragt Ihnen auch die SVP-Fraktion Stehenlassen. Barbara Heer hat schon gut zusammengefasst, weshalb man das so tun sollte. Ich muss auch ehrlicherweise sagen, wenn man so ein bisschen die Begründung des Regierungsrates für das Abschreiben liest, dann hat man das Gefühl, man tritt ein bisschen in eine Komplexitätsfalle. Also hier jetzt mit den Kosten zu argumentieren, also der Kanton gibt das Geld an anderer Stelle mit beiden Händen aus und wenn wir jetzt hier von Mehrkosten von vielleicht Fr. 155'000 sprechen, dann weiss ich nicht, wie Sie das dann begründen wollen, wenn Sie an anderer Stelle Geld ausgeben wollen, das für die Mehrheit der Bevölkerung weniger relevant ist wie beispielsweise Gartenbäder. Ich glaube, hier machen wir tatsächlich etwas für die Bevölkerung.

Barbara Heer hat das gesagt, in unserer Stadt sind die Grünflächen knapp, wir haben nicht so viele Möglichkeiten, es gibt auch nicht so viele andere Gelegenheiten zu schwimmen, gerade auch wenn Sie eben nicht eine Person sind, die gerne in den Rhein geht, dann haben Sie Probleme. In diesem Sommer war es noch teilweise so, dass andere Stellen unserer Gewässer gesperrt waren, weil die Wassersituation zu ungenügend war und da sind dann Schwimmbäder eben eine sehr gute Alternative und gerade auch bei der Bevölkerung sehr beliebt und auch gerade bei dem Bevölkerungsteil sehr beliebt, der über keine eigene Schwimmmöglichkeit zu Hause verfügt.

Und da glauben wir, ist es auch ein Stück weit die Aufgabe des Kantons, ein wenig flexibler zu sein und hier dann allenfalls mit ein wenig Mehraufwand oder mit ein wenig mehr Geld oder Mittel den Menschen zu ermöglichen, dass sie flexiblere Eintrittspreise haben oder dann auch tatsächlich länger im Gartenbad bleiben können. Diese 24-Stunden-Gesellschaft, die wir ja teilweise auch in diesem Hause kritisieren, ist halt nun mal einfach Realität und gerade an einem schönen Sommertag erschliesst es sich mir nicht, weshalb ein Gartenbad derart früh zu machen muss. Und ja, es ist tatsächlich, das hat Barbara Heer auch schon ausgeführt, dann etwas umständlich herauszufinden, ob ein Gartenbad dann tatsächlich, wenn es warm ist, eine Stunde länger offen hat oder nicht. Ich glaube, das muss möglich sein, dass der Kanton hier eine pragmatische und flexible Lösung findet, das ist aus unserer Sicht auch etwas an Dienstleistung für die Bevölkerung, die dann sich in einem Gartenbad wohler fühlt wie am Rheinbord oder im Rhein.

Deshalb bitten wir Sie, den Anzug Thüring, aber auch den Anzug Heer heute stehen zu lassen.

André Auderset (LDP): Ich oute mich mal als Vielnutzer der Gartenbäder und auch Inhaber jeweils eines Abonnements und deshalb muss ich Joël Thüring teilweise widersprechen, nur teilweise, weil ich stimme mit ihm überein, dass wir das Geld wirklich oft mit vollen Händen zum Fenster herauswerfen, hier ist es aber nicht notwendig. Ich weiss eben, dass wann immer es auch wirklich schön und warm ist im Sommer, dann irgendwann die Durchsage kommt, heute ist dann bis

21 Uhr offen oder was auch immer, was auch sinnvoll ist. Und das ist eben eine pragmatische Lösung, weil wenn es dann regnet oder windet oder sonst was, dann sollen die ruhig mal früher zu machen und wenn es heiss ist, dann sollen sie länger offen halten und das kann am besten derjenige beurteilen, der dort das Sagen hat im Gartenbad, der sieht nämlich wie die Wolkenlage ist. Insofern, dieser Anzug ist schlicht nicht nötig und kann abgeschrieben werden.

Abstimmung

Anzug Joël Thüring

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 58 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 483, 25.01.23 09:58:26]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 18.5253.03 stehen zu lassen

Abstimmung

Anzug Barbara Heer

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 55 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 484, 25.01.23 09:59:12]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 19.5318.03 **stehen zu lassen.**

45. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend ETH-Studio Basel

[25.01.23 09:59:38, ED, 18.5224.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5224 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben.**

Der Anzug 18.5224 ist **erledigt.**

46. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 134 Salome Bessenich betreffend Kostenüberschreitung beim geplanten Neubau Departement Biomedizin der Universität Basel

[25.01.23 10:00:05, ED, 22.5556.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Salome Bessenich (SP): Es geht wieder um ein Grossprojekt der Universität auf dem Schällemätteli. Es heisst Neubau Departement Biomedizin, kurz und knackig NDB, ich kann es mir beim besten Willen nicht merken. Sie erinnern sich, kaum ist der PUK-Bericht zum Biozentrum abgeschlossen, wurde letzten Dezember bekannt, dass auch der nächste Bau der Uni massiv teurer wird, Fr. 153'000'000 teurer als geplant. Zum Vergleich, das Biozentrum überschritt die projektierten Kosten nur um Fr. 100'000'000 und auch prozentual ist der Vergleich wirklich eindrücklich. Das Biozentrum war knapp 29 Prozent teurer als geplant und hier reden wir von einer Kostensteigerung von 73 Prozent. 29 Prozent beim Biozentrum, hier von 73 Prozent. Und ja, es ist etwas anders im Detail und ja, es ist begrüssenswert, dass die Verantwortlichen die

Mehrkosten hier bereits vor Baubeginn neu berechnen, überprüfen und kommunizieren und doch muss ich leider sagen, das alleine genügt nicht.

Dass die Bauherrschaft hier die Projektorganisation nochmal umschwenkt nach bereits mehreren fragwürdigen Entscheidungen diesbezüglich und nun das Projekt mit einem Totalunternehmen umsetzen will, halte ich für äusserst bedenklich. TUs werben für sich mit Kostensicherheit und der Übernahme von Risiken, haben aber verschiedene Trümpfe im Ärmel, es sind eben nicht nur Risiken, es sind auch Chancen, die sie übernehmen. Alle Architektinnen und Architekten, die ich frage, schütteln nur den Kopf, wenn sie hören, dass ein TU am Werk ist. Man hört von schwierigen Verhandlungen, man hört von endlosen nachträglichen Forderungen, wenn auch nur ein kleines Detail an der Bestellung geändert wird. Wenn ein zusätzlicher Lift benötigt wird, wenn ein anderes Gelände notwendig ist, wenn die Türen automatisch öffnen müssen, damit Menschen im Rollstuhl Zugang kriegen, ich meine, die Liste ist endlos, was dann auch noch dazu kommen kann. Und dann zahlt man drauf mit dem TU, und zwar gehörig und raus aus dem Vertrag kann man auch nicht mehr. Es stimmt mich auch bedenklich, dass hier gerade mal vier Unternehmen sich für diesen Auftrag beworben haben, der immerhin um Fr. 365'000'000 sich handelt. Das ist eine der fettesten Ausschreibungen, die es überhaupt gibt. Es kommt hinzu, die Universität hat noch nie ein Bauvorhaben im TU-Modell umgesetzt. Die allerersten Erfahrungen mit diesem Modell sollen also gleich bei einem Grossprojekt im mehrstelligen Millionenbereich gesammelt werden?

Die Regierung geht in ihrer Antwort auf meine Interpellation mit keinem Wort auf die Risiken des TU-Modells ein. Sie verweist auf den Bericht, wie in fast jeder Antwort auf meine Fragen. Und im Bericht, da stehen zwei Seiten über die Vorteile und wie toll das alles ist und kein einziges Wort zu den Risiken. Ich hoffe wirklich sehr, dass die Finanzkommission hier ganz genau hinschaut. Dass die Regierung zudem schreibt, sie habe keinerlei Einfluss auf strategische Entscheide, macht mich auch nicht gerade optimistisch. Dann muss ich schon sagen, kommen ein paar Fragen auf, es handelt sich hier immerhin um das zweit teuerste Gebäude, das je mit öffentlichen Geldern gebaut wurde. Das teuerste, Sie können raten, ist das Biozentrum.

Gehen wir mal davon aus, dass die Kosten eingehalten werden. Ich bin überzeugt, es sind hier genug Reserven eingeplant und die Ausführungen im Bericht sind wirklich interessant und es lohnt sich auch, das zu lesen, wie sie das aufgegleist haben. Trotzdem, was genau legen sie uns hier jetzt vor? 2014, als sie den Parlamenten zum ersten Mal zu diesem Vorhaben berichtet haben und Geld beantragt haben, da gab es ein ganzes Paket. Es gab die Finanzierung, es gab das Projekt, den Bebauungsplan, auch der Abbruch des alten Gebäudes, alles konnte gemeinsam besprochen und beschlossen werden. Damals waren übrigens unter anderem die Kosten ein Argument für den Neubau. Es steht im Bericht von 2014, das schon nur die zwingenden Massnahmen, um den Bestand weiter zu nutzen, ähnliche Kosten wie ein Neubau verursachen würden. Upps, der Neubau kostet halt jetzt doch ein bisschen mehr.

Als die Uni gemerkt hat, das ist meine Meinung, dass dieses Projekt aus dem Ruder läuft, da hätte sie nicht nur die Rechnung überprüfen müssen, da hätten sie das Projekt nochmal zur Diskussion stellen müssen. Jetzt sind die Bagger halt schon aufgefahren, das alte Biozentrum ist weg, das war übrigens architektonisch von sehr hoher Qualität und jetzt haben wir hier einfach einen Haufen Bauschutt und eine saftige Rechnung mit der Notiz, friss oder stirb.

Ich bin von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5556 ist **erledigt**.

47. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 135 Bruno Lötscher betreffend Zugänglichkeit des Kollegengebäudes der Universität während der Herbstmesse 2022

[25.01.23 10:05:33, ED, 22.5557.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Bruno Lötscher (die Mitte/EVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation betreffend Zugänglichkeit des Kollegengebäudes der Universität am Petersplatz während der Herbstmesse. Ich war schon erstaunt, dass die Universität an der Herbstmesse sich richtig abgeschottet und die Bevölkerung aus dem Kollegengebäude ausgeschlossen hat. An jeder Türe sind mit schweren Schuhen bekleidete Securitas-Männer gestanden, zu einem Zeitpunkt notabene, wo die Universität vom Steuerzahler und der Steuerzahlerin mehrere hundert Millionen Franken zusätzlich beansprucht hat wegen des Neubaus des Biogebäudes. Zu einem Zeitpunkt auch, wo wir in Basel von Tourismus Basel erwarten, dass sämtliche Beizerinnen und Beizer, die keinen Franken Subvention erhalten, unter dem Stichwort nette Toilette auch Gäste bei sich aufnehmen, die nichts konsumieren und nichts bezahlen. Warum die Uni nicht statt Bewachungspersonal eine Putzquipe für die Toiletten engagiert hat, bleibt ihr Geheimnis. Dies wäre nicht nur billiger gewesen, sondern hätte ihr auch sehr viel Sympathie eingebracht. Es handelt sich hier sprichwörtlich um ein kleines Geschäft, das manchmal aber grössere Auswirkungen haben kann, wie vor allem Familien mit kleinen Kindern wissen. Die Antwort des Regierungsrates und des Universitätsrats bringt nun aber Erleichterung für dieses Geschäft, ich danke deshalb Conradin Cramer ausdrücklich um dessen Bemühungen. Die Uni hat nämlich zugesichert zu prüfen, wie das Kollegengebäude für die Bevölkerung an der Herbstmesse 2023 wieder zugänglich gemacht werden kann. Die

Bevölkerung und damit die Steuerzahler werden es der Universität danken. Ich bin zuversichtlich, dass dies nun so geschehen wird und erkläre mich von der Antwort des Regierungsrates buchstäblich nicht nur sprichwörtlich befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 22.5557 ist **erledigt**.

48. Anzug Sarah Wyss und Georg Mattmüller betreffend ambulante (hauswirtschaftliche) Dienstleistungen bedarfsgerecht und qualitativ hochstehend sicherstellen

[25.01.23 10:08:01, GD, 20.5387.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5387 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5387 ist **erledigt**.

49. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 137 Beatrice Messerli betreffend Situation von Jugendlichen mit Long Covid

[25.01.23 10:08:13, GD, 22.5560.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Beatrice Messerli (GAB): Ich bedanke mich für die Beantwortung der Fragen, die vollumfänglich beantwortet wurden, allerdings nicht ganz so wie ich das erwartet hätte bzw. es ist nicht so, dass ich den Eindruck habe, dass das Thema wirklich interessiert oder für die Regierung relevant ist. Nach Studien ist es so, dass Jugendliche genauso anfällig auf Long Covid-Erkrankungen sind wie Erwachsene. Vielleicht hätte ich die Frage nach den Erwachsenen stellen müssen, damit wir eine Ahnung haben, wie viele Erwachsene im Kanton an Long Covid erkrankt sind und daraus schliessen, wie viele Jugendliche das sein könnten. Dass hier nichts gemacht wurde oder nichts gemacht ist, das enttäuscht mich etwas. Ich war der Meinung, dass wenn in der Schule mögliche Long Covid-Erkrankungen entdeckt oder vermutet werden, dass dann eine Meldung an den schulärztlichen Dienst erfolgen könnte, was hier auch beschrieben ist, dass das möglich ist, aber wenn nicht aktiv dazu aufgefordert wird, dann ist es wahrscheinlich so, dass diese Dienste nicht in Anspruch genommen werden. Es ist in der Antwort auch gesagt, dass es tatsächlich Verdachtsdiagnosen gegeben habe, aber es ist mir nicht klar, ob die sich dann irgendwann bestätigt haben oder nicht, es heisst dann meist als noch nicht bestätigte Verdachtsdiagnose. Möglicherweise wäre da eine nähere Untersuchung angebracht gewesen.

Trotzdem, ich denke, das Thema ist auf dem Tisch, es wurde gesehen und erkannt, möglicherweise folgen noch irgendwelche Massnahmen. Ich kenne einige Erwachsene, die auch jetzt noch an den Folgen der Covid-Erkrankung leiden. Sie haben Konzentrationsschwächen, sie sind extrem müde und möglicherweise sehen sich diese Auswirkungen auch bei Jugendlichen. Vielleicht müsste man in der Schule einmal ein Aufruf machen, dass sich Schulleitungen und Lehrpersonen genauer darüber informieren, was es sein könnte, wenn Jugendliche in der Schule plötzlich nicht mehr so konzentrationsfähig sind. Trotzdem, ich bedanke mich noch einmal für die Beantwortung der Fragen und hoffe, dass vielleicht da noch etwas geht, wenn nicht, dann nicht. Trotzdem, ich bin teilweise befriedigt und möchte mich bei dieser Gelegenheit bei allen verabschieden und bedanke mich für Ihre Unterstützung in den letzten sieben Jahren.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5560 ist **erledigt**.

50. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastruktur- und Raumplanungsprojekte

[25.01.23 10:11:35, BVD, 20.5446.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5446 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5446 ist **erledigt**.

51. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Velosicherheit in der Spital- und Pestalozzistrasse

[25.01.23 10:12:04, BVD, 18.5048.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5048 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 18.5048 ist **erledigt**.

52. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 131 Philip Karger betreffend "velofreundliches Gleis" an der Haltestelle Bruderholzstrasse

[25.01.23 10:12:41, BVD, 22.5549.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5549 ist **erledigt**.

53. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Menschenhandel langfristig bekämpfen

[25.01.23 10:16:27, JSD, 20.5062.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5062 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5062 ist **erledigt**.

54. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 128 Eric Weber betreffend Zivilschutzanlagen - Was passiert im Kriegsfall?

[25.01.23 10:16:50, JSD, 22.5538.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Eric Weber (fraktionslos): Ich bin mit der Antwort nicht befriedigt, die Fragen wurden nicht beantwortet. Wir stehen kurz vor dem Atomkrieg, ich habe grosse Angst. Die meisten nehmen diesen Krieg nicht ernst, darum habe ich diese Interpellation gemacht; wohin können wir, in welche Zivilschutzanlage. Ich muss die Antworten der Regierung schon

auseinandernehmen und zerpfücken, weil vieles in den Antworten nicht stimmt. Bei Frage 1 habe ich klar gefragt: Wie viele Plätze haben die Zivilschutz-Anlagen in Basel? Ich habe nicht gefragt, wie viele Zivilschutzanlagen wir haben, ich habe gefragt, wie viele Plätze. Man kann nochmals nachfragen, aber da steht dann: Der Zivilschutz Basel-Stadt verfügt hierzu über 65 unterirdische Anlagen. Es gibt diese journalistische Weisheitsregel, die fünf W, wer, wie, was, wo, warum. In diesen 65 unterirdischen Anlagen hat es Platz für wie viele Leute, das möchte ich eigentlich wissen. Ich verstehe die Antwort auch nicht, weil es steht dann plötzlich: Gemäss Zuweisungsplanung der Abteilung Militär und Zivilschutz der Rettung Basel-Stadt sind grundsätzlich sämtliche Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt einem Schutzraum, der sich überhaupt nicht in einer Zivilschutzanlage befinden muss, zugeteilt. Dann ist meine Frage natürlich, wenn ich so eine Rätselantwort bekomme von der Regierung, dieser Schutzplatz muss nicht unbedingt in einer Zivilschutzanlage sein, wo soll denn der Schutzplatz sein? Ich weiss es nicht.

Bei Frage 2 frage ich berechtigt: Wie viele Plätze sind zurzeit von Flüchtlingen belegt? Hier kommt die Antwort: In zwei kantonalen Zivilschutzanlagen. Aber auch hier hätte ich gerne gewusst, wie viele Menschen leben in diesen zwei Zivilschutzanlagen. Das ist für mich auch nicht vollkommen beantwortet, nur allgemein. Frage 3: Dass die Plätze in Zivilschutz-Anlagen von Flüchtlingen belegt sind, hat dies einen Einfluss auf den Notfall? Und da steht dann, das ist jetzt spannend: Nein, im Ernstfall sind die Zivilschutzanlagen für die Unterbringung der kantonalen Zivilschutzorganisationen reserviert. Jetzt frage ich mich, wohin kommen dann die Flüchtlinge, wenn die in einem Kriegsfall raus müssen? Hier steht, die sind reserviert, aber wohin gehen dann die Flüchtlinge? Ich komme zur letzten Frage: Viele Bürger haben Angst, dass zu wenig Plätze vorhanden sind im Kriegsfall. Ist das der Fall? Und hier bin ich teilweise befriedigt, da steht: Der Abdeckungsgrad liegt bei normaler Belegung bei 80%.

Weil ich mit drei von vier Fragen nicht zufrieden bin und nur mit der vierten bin ich von dieser Beantwortung nicht befriedigt. Ich habe als Schweizer einfach Angst, dass wir keinen Platz bekommen bei einem Atomkrieg. Ich bin der festen Meinung, dass kein Flüchtling uns den Platz geben wird.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5538 ist **erledigt**.

Schlussrede

[25.01.23 10:23:12]

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Sehr geehrter Herr Statthalter, lieber Bülent,
Sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte,
Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, lieber Beat,
Sehr geehrte Regierungsrätinnen und Regierungsräte,
Sehr geehrte Damen bis Herren

Wer oder was ist in Kindergeschichten Ihre liebste Figur? Welchen Held oder welche Heldin haben Sie als Kind geliebt? Mit welcher Figur konnten Sie sich identifizieren? Welchen Tollpatsch fanden Sie lustig? Wie auch meine Vorgänger*innen hatte ich in diesem Jahr viel Zeit, um mir Gedanken zu machen. Ich sag's Ihnen, dieses Grossratspräsidium lässt einen nicht mehr los. Ich habe dabei auch darüber sinniert, welches wohl Ihr Kindheitsidol war. Und diese leichten Gedanken taten gut, denn mein Präsidialjahr wurde begleitet von bedrückenden internationalen Geschehnissen.

Dabei sind wir mit verhaltener Zuversicht ins neue Präsidialjahr gestartet und haben an meinem ersten Sitzungstag endlich wieder Frau Fasnacht aus ihrem Tiefschlaf geholt. Doch die Zuversicht hielt nicht lange an. Nur 24 Tage nach meiner Amtsübernahme griff Russland die Ukraine an. Manchmal war ich in diesem Jahr gelähmt vor Schreck über die Nachrichten, die uns erreichten. Der unmenschliche Angriffskrieg auf die Ukraine, die Bilder unserer brennenden Nachbarländer wegen des Hitzesommers, die schleichende Entmündigung der Frauen in Afghanistan oder die mutigen Geschichten der jungen Menschen im Iran, welche trotz Todesgefahr ihren Protest fortführen. Wir sind von einer globalen Krise direkt in mehrere andere geschlittert und haben wieder mit der Angst der Bevölkerung Politik gemacht. Ein Jahr unter solchen Vorzeichen hatte ich mir wirklich nicht vorgestellt. Unser Privileg, in einem Land zu leben, das von den Krisen vergleichsweise wenig direkt betroffen war, widerspiegelte sich in den vielen schönen Momenten, die ich im vergangenen Jahr erleben durfte.

Ich hätte in diesem Jahr wohl einen Anlassrekord aufstellen können, so viele Nachholeinladungen erreichten mich. Doch ich habe eher versucht zu navigieren, um möglichst vielen unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen in unserer Stadt die Ehre zu erweisen und die unendliche Vielfalt unserer Stadt und ihrer Ansichten zu Gesicht, aber vor allem zu Ohren zu bekommen. Ich habe mit den Menschen über ihren Blick auf die Politik und immer wieder auch über ihre liebsten Kindheitsheld*innen geredet. Oft habe ich mich dabei auch gefragt, was es wohl bedeutet, in einem Land zu leben, in dem es nicht möglich ist, Vielfalt öffentlich zu leben. Während wir hier an politischen Versammlungen unsere Meinung kundtun,

auf der Strasse gegen einen Entscheid protestieren und in Diskussionen unsere Wortklingen kreuzen können, zwingen autoritäre Regimes weltweit unzählige andere Interessensgemeinschaften in den Untergrund und verfolgen sie unerbittlich. In diesem Jahr sind mir die unglaublichen Unterschiede in unserem Land und auch in unserer kleinen Region aufgefallen, und nicht immer waren sie mir ganz geheuer. Aber immer habe ich mich auch mit Faszination auf die vielen kleinen und grossen Abenteuer eingelassen. Die Welten, in die ich katapultiert wurde, glichen zeitweise wunderbaren und spannenden Abenteuern meiner Kindheit.

Ich kann es Ihnen nicht verheimlichen: Zu oft fühlte ich mich wie Wickie bei den starken Männern. Zu Beginn meines Amtes zählte ich an Anlässen die öffentlich sprechenden Frauen, dann wenigstens die anwesenden Frauen. Bald habe ich damit aufgehört; es war deprimierend. Die zuverlässigste Frauenquote steuerte indirekt die Bevölkerung bei, durch ihre Besetzung von politischen Ämtern, wie Regierungs-, Gross- oder Nationalrätinnen. Keine Sorge, mir gings gut unter den starken Männern. Als Drummlere lernt man in Basel, mit grossen Männergruppen umzugehen. Dass all die Einladungen schliesslich mit einer Flossfahrt mit em Wilde Maa endeten, hat mich etwas versöhnt und zeigte mir, dass auch in einer der historischsten Männerbanden ein «Maitlidraum» in Erfüllung gehen kann.

Im Sommer stand alles im Zeichen von Heidi. Mit dem Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest verwandelte sich unser Nachbarkanton in eine schweizerische Traditionshochburg, und mitten drin war ich. Die Eindrücke dieses Wochenendes haben mir vor Augen geführt, wie weit weg Basel manchmal vom Rest der Schweiz sein kann. Ich lernte in Pratteln viel über «Gschteliti», Muni und Gabentempel. Dass ich in Tracht und mit Conradin Cramer per Hochzeitskutsche durchs Baselbiet chauffiert werde, hätte ich mir noch vor einem Jahr nie ausgemalt.

Ich habe in diesem Jahr nicht nur viele Reden gehalten. Nein, ich hatte auch die Chance, vielen Reden zu lauschen. Und dabei ist mir etwas aufgefallen: Es scheint, als wäre es immer ein sicherer Gewinn, sich über Minderheiten lustig zu machen. Nie waren einer Pointe die Lacher so sicher, wie dann. Auch wenn wir nicht alle Unterschiede in Lebensentwürfen und alle gesellschaftlichen Veränderungen sogleich verstehen: Ich glaube, das können wir besser. Und Nein, keine Sorge, ich meine mit Minderheiten weder Baselbieter*innen, noch Zürcher*innen. Ausser dass sie der Minderheit angehören, die derzeit nicht im Bundesrat vertreten ist –

aber zu dieser Minderheit gehören wir ja auch. Also sind diese Witze und somit die Fasnacht gerettet.

Ein Publikum zum Lachen bringen kann man übrigens mit Witzen über das Parlament und sich selbst. Immer wenn mich der Wunsch nach einer «kurzweilig, lustigen» Rede erreichte, habe ich mich gefühlt wie Donald Duck. Politikerinnen sind ja nicht per se Comedians. Sollten Sie also je beim Redenschreiben in einer Schreibblockade stecken: Ziehen Sie den Donald Duck und erzählen Sie auch von Missgeschicken. Nehmen Sie sich selbst und unser wertres Haus hoch. Das lässt uns zugänglicher und kritikfähig wirken. Und, ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert.

Es gab auch Tage, da fühlte ich mich in diesem Jahr wie Lorax. Kennen Sie ihn? Lorax ist der Wächter der Bäume aus der Geschichte von Dr. Seuss. Er spricht für sie und warnt vor der Abholzung. Nachdem in dieser Geschichte jeder Baum gerodet ist und alle Tiere verschwunden sind, kommt ein Junge aus der plastifizierten Stadt und pflanzt den letzten Samen der Bäume. Der Lorax wird wieder lebendig, und die Hoffnung wächst. Ich selbst durfte in diesem Jahr ganze fünf Bäume pflanzen – oder zumindest so tun als ob. Es musste ja schliesslich ein medienwirksames Foto daraus entstehen. Ich durfte auch sonst mit den unterschiedlichsten Menschen über den Klimawandel sprechen. Es hat mich beeindruckt, wie viele Menschen sich enthusiastisch auf die Reise in eine klimagerechte Zukunft machen. Sie planen Projekte und setzen sie schneller in die Realität um, als wir im Grossen Rat ein Geschäft überhaupt überweisen können. Das gibt mir Hoffnung, und ich bin froh, können wir auf das berühmte Zitat von Lorax reagieren. Er sagt: Unless someone like you cares a whole awful lot, nothing is going to get better, it is not. Und somit erwidere ich: Basel seems to care a whole awful lot, so I hope it gets better, a lot.

Manchmal fühlte ich mich aber auch wie der BVB-Bär oder der kleine Sauberkeitsroboter Wall-E. Immer dann, wenn ich mit Ihnen schimpfen musste, weil Sie Ihren Abfall im Saal nicht richtig entsorgt haben.

Auch E.T. Gefühle kamen auf, wenn ich manche Wochen mehr woanders war als Zuhause. Ich habe dann ab und zu mit ein wenig Heimweh nach Hause telefoniert und mich erkundigt, ob denn das Bett immer noch gleich gemütlich sei.

Nicht selten fühlte ich mich in diesem Jahr auch wie Paddington Bär: ausgesetzt in einer beeindruckenden, aber fremden Welt. Paddington wird Engländer und gewöhnt sich in einer zweiten Heimat ein. Zum Glück fand auch ich an jedem Anlass einen Anknüpfungspunkt oder eine Person, die mich aufnahm und einführte. Einige meiner schönsten Begegnungen fanden im Stadthaus bei der Bürgerbriefübergabe statt. So nahe an den Menschen zu sein, die wie Paddington ihre zweite Heimat in Basel finden, ihre Geschichte zu hören und mit ihnen über die Bedeutung ihrer Einbürgerung zu sprechen hat mich sehr berührt. Ausserdem war es einer der wenigen Anlässe, wo ein freudiges und anerkennendes Lächeln durch den Saal ging, wenn ich vorgestellt wurde. Wer die Grossratspräsidentin ist, das wissen dort alle ganz genau.

Wie im Märchen vom Froschkönig fühlte ich mich schliesslich in Bettingen auf der Chrischona an einem 100. Geburtstag. Was jetzt folgt ist kein Märchen, ich erzähle es darum Ihnen und nicht dem Fährmaa: Als die Familienmitglieder der

Jubilarin ein Ständchen sangen, tauchten aus dem Teich hinter der Terrasse ganz viele Froschköpfe auf und stimmten quakend in den Singsang ein.

Sie hören es, ich bin durch die unterschiedlichsten Welten gereist und habe ganz viele Abendteuer erlebt. Dabei habe ich immer versucht, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen und ihre Lebensrealität, ihre Sorgen und Wünsche anzuhören und aufzunehmen. Oft waren die Fragen so komplex, wie sie nicht einmal die Raupe aus Alice im Wonderland hätte orakeln können. Vor allem ein Thema habe ich an jedem Anlass diskutiert, es zieht sich wie ein roter Faden über die Reisekarte: Die Sorge um unsere Demokratie und die Politikverdrossenheit unserer Gesellschaft. Ich kann Ihnen hier und heute bestätigen, wir haben wirklich keinen so guten Ruf. Und Ehrenwort, das liegt nicht nur an meinen Donald Duck Reden 😊. In diesen Gesprächen habe ich keine Lösung für das Problem gefunden. Ich habe aber beeindruckend viele Aspekte des Themas beleuchtet erhalten und ich bin auch immer wieder für uns eingestanden. Mein Glaube an unser demokratisches System ist gerade in diesem Jahr und trotz den teilweise langwierigen Momenten auf dem «Bock» nicht kleiner geworden. Meine Geduld, ja die ist vielleicht nicht gewachsen. Aber ich habe gespürt, wie Sie als Parlament näher zusammengewachsen sind. Wie Sie Unterschriften für Vorstösse gesammelt, Filibustern geplant und Abstimmungsergebnisse in letzter Sekunde gekehrt herumgerissen haben. Aber wenn sogar ein Fussballtrainer einen auf die Politikverdrossenheit anspricht, ich sag Ihnen, da will man eine gute Antwort geben. Unsere Demokratie braucht weiterhin Plattformen, auf denen sich die unterschiedlichen Meinungen treffen. Wir alle könnten in unserem Politikalltag mehr Vermischung unserer Bubbles gebrauchen. Wir müssen die verschiedenen Lebensrealitäten der Menschen im Blick haben, für die wir politisieren. Kommunizieren kann man nur, wenn jemand zuhört. Und zuhören kann nur, wem Vertrauen entgegengebracht wird.

Vielleicht beginnen wir deshalb in Zukunft den Small Talk nicht damit an, was die andere Person arbeitet, sondern damit, welche Kindergeschichte dem Gegenüber die liebste war. So finden wir bestimmt den Weg zu einem guten Gespräch und erkennen dabei auch ein wenig die Persönlichkeit unseres Gegenübers. Geschichten sind immer geprägt von Werten. Sie geben uns vor, wie wir handeln könnten, und wir erkennen manchmal uns selbst darin wieder. Darum ist es auch wichtig, dass es Figuren in Kindergeschichten gibt, die so abwechslungsreich und unterschiedlich sind wie unsere Welt. Wer zu sehr im Verwaltungsjargon eintaucht und sich vorzu in unserer schönen Parallelwelt der Politik aufhält, vergisst zuweilen, wie abstrakt und abschreckend diese Welt für Aussenstehende wirken kann. Darum liebe Damen bis Herren: Was oder wer ist Ihre Lieblingsfigur aus der Kindheit? Winnie the Pooh? Oder vielleicht Ronja die Räubertochter? Oder doch Robin Hood?

Meine ist Mary Poppins. Ihre Leichtigkeit gespickt mit Seriosität, ihre Begeisterungsfähigkeit und ihr Spass am Singen haben mich nachhaltig beeindruckt. In diesem Jahr habe ich versucht, mit dem gleichen Enthusiasmus an meine so unterschiedlichen Aufgaben heranzutreten. Habe mir im richtigen Moment einen Bert zur Seite genommen und versucht, meine Farbe in der dunklen Anzugswelt nie zu verlieren. Ich bin mit Fantasie und Respekt in neue Welten eingetaucht. Ab und an aber habe ich streng und auch teilweise müde Sitzungen geleitet und dabei immer versucht, sie mir, aber auch Ihnen mit einem Löffelchen voll Zucker zu versüssen. Ich hoffe, dass ich damit nicht nur hier im Saal, sondern auch ausserhalb auf meiner Reise durch die Region den Ruf unseres politischen Systems stärken konnte. Dass wir fleissig und seriös und doch im richtigen Moment nahbar und überraschend unterhaltsam sind. Dass wir Menschen in unsere höchsten Ämter wählen, die in ihrem Präsidiumsjaar nicht ergrauen, sondern farbiges Haar kriegen.

Dass aus mir eine Mary Poppins werden konnte und nicht ein Fräulein Frau Rottenmeier übrig bleibt, das verdanke ich Ihnen allen, liebe Grossrät*innen und Regierungsrät*innen. Vielen Dank für Ihr engagiertes Mitmachen, für das Anerkennen meiner sprachlich klaren Linie, für die aufmunternden Lächeln. Es war mir eine Ehre Ihre Grossratspräsidentin zu sein, und es hat mir sehr viel Spass gemacht.

Ein weiterer Dank gilt an dieser Stelle dem ganzen Team im Rathaus, der Staatskanzlei und dem Parlamentsdienst, geleitet von Beat Flury. Lieber Beat, Du bist mir, meiner Nervosität und meinen zeitweise verrückten Ideen stets mit Ruhe und Gelassenheit begegnet. Dir und dem ganzen Team darum von Herzen vielen Dank.

Weiter möchte ich mich bei den Mitgliedern des Ratsbüros bedanken. Nicht immer kann man Entscheide alleine treffen. Oft brauchen sie im Vorfeld gedankliche Unterstützung und viel Austausch. Liebe Catherine, lieber Balz, lieber Claudio, lieber Joël – vielen Dank für die kritischen Diskussionen, die feuchtfröhlichen Abendessen und die Rückendeckung.

Lieber David, Du hattest in mir damals wahrlich nicht eine dir ähnliche Statthalterin gefunden. Ich möchte mich umso mehr dafür bedanken, dass Du mir stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden bist und mich so gewissenhaft in das Amt und seine Tücken eingeführt hast.

Ein weiterer Dank gilt Dir, liebe Salome. Du hast meine ersten parlamentarischen Schritte begleitet, und du hast mit Deinem hervorragenden Präsidiumsjaar den Wunsch in mir geweckt, dieses Amt auch einmal auszuüben. Du bist einer der vielen lebendigen Beweise dafür, dass gerade in der Politik wunderbare Freundschaften entstehen können. Liebe «Schnapsnasen-Gruppe», darum auch ein Dank an Euch. Während andere in der Politik gerne Einzelkämpferinnen sind, arbeite ich im liebsten im Team. Auch auf dem einsamen Bock hatte ich nie das Gefühl alleine zu sein. Danke meiner tollen Fraktion. Und danke lieber Bülent, für Deine Unterstützung und von Herzen alles Gute für Dein Präsidiumsjaar. Da kommt etwas Einmaliges auf Dich zu. Geniesse es, denn es ist schneller vorbei als Speedy Gonzales sprinten kann.

Und ganz zum Schluss: ein ganz grosser Dank an meinen Bert für Deine unendliche Geduld und jede Betreuung in der schlaflosen Nacht. Meiner Familie und ihren wunderbaren fünf Zwergen. Für Euch und Eure Zukunft mache ich das alles. Ihr haltet mich jung und fröhlich und frisch. Hakuna Matata.

Ich wünsche Ihnen alles Gute, und schliesse hiermit die letzte Sitzung des zweiten Amtsjahres der 44. Legislatur des Grossen Rates Basel-Stadt.

[langanhaltender Applaus]

Schluss der 49. Sitzung

12:00 Uhr

Basel, 10.03.2023

Jo Vergeat
Grossratspräsidentin

Beat Flury
I. Ratssekretär

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	E
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	E	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	A	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	81	28	17	14	-	7	8	7	-
N	Nein	13	-	-	1	10	1	-	-	1
E	Enthaltung	2	-	-	-	-	2	-	-	-
A	Abwesend	3	2	-	-	1	-	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Pascal Pfister, SP)

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	A
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	A	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	A	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	85	29	15	12	8	8	7	6	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	13	1	2	3	3	2	1	1	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Pascal Pfister, SP)

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	A
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	A	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	A	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	E	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	86	29	15	12	8	8	7	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	1	1	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	11	-	2	3	3	2	1	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Pascal Pfister, SP)

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	A
Melanie Nussbaumer (SP)	E	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	A	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	A	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	A	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	86	28	13	13	9	9	7	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	1	1	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	11	1	4	2	2	1	1	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht und Vorschlag zur Wahl einer Richterin am Zivilgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 – 2027

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	A
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	91	29	14	14	10	9	8	7	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	8	1	3	1	1	1	-	-	1
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht und Vorschlag zur Wahl einer Richterin am Zivilgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 – 2027

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	91	29	16	13	10	8	8	7	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	8	1	1	2	1	2	-	-	1
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Industriellen Werke Basel (IWB-Gesetz) vom 11. Februar 2009 zur Anpassung des Gasversorgungsauftrags sowie Bericht zur Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend die Vermeidung von nichtamortisierbaren Investitionen und einen geordneten Ausstieg aus der fossilen Wärmeversorgung durch die IWB bis 2050 (Dekarbonisierung)

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	A	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	A
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	36	-	-	15	10	4	-	7	-
N	Nein	58	29	15	-	-	5	8	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	5	1	2	-	1	1	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Industriellen Werke Basel (IWB-Gesetz) vom 11. Februar 2009 zur Anpassung des Gasversorgungsauftrags sowie Bericht zur Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend die Vermeidung von nichtamortisierbaren Investitionen und einen geordneten Ausstieg aus der fossilen Wärmeversorgung durch die IWB bis 2050 (Dekarbonisierung)

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	E
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	E
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	E
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	E
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	A
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	E	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüning (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	E	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	60	28	9	1	-	9	8	5	-
N	Nein	27	-	-	14	10	-	-	2	1
E	Enthaltung	6	-	6	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	6	2	2	-	1	1	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag zur Teilrevision Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz) sowie Bericht zur Motion Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Revision des Museumsgesetzes sowie Bericht zum Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend «Masterplan Basler Museen» und Mitbericht der Geschäftsprüfungskommission
-----------------	--

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	A	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	A	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	0	-	-	-	-	-	-	-	-
N	Nein	91	28	15	15	9	9	8	7	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	7	2	2	-	2	1	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag zur Teilrevision Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz) sowie Bericht zur Motion Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Revision des Museumsgesetzes sowie Bericht zum Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend «Masterplan Basler Museen» und Mitbericht der Geschäftsprüfungskommission
-----------------	--

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	A	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	E	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	94	30	14	15	10	10	8	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	1	-	1	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	3	-	2	-	1	-	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft" - Bericht und Antrag für eine weitere Verlängerung der Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat sowie der Abstimmungsfrist

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	A
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	A	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Mury (LDP)	A	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	89	28	14	13	9	10	8	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	9	2	3	2	2	-	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Ausgabenbericht betreffend Staatsbeitrag des Kantons Basel-Stadt an den Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) und die Infobest Palmrain für die Jahre 2023 bis 2025

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	A
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	A
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	A
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	90	29	15	15	8	8	8	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	8	1	2	-	3	2	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Schweizerische Friedensstiftung swisspeace für die Jahre 2023 bis 2026

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	A
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	E	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	E	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	E	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	89	30	15	13	8	9	8	6	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	3	-	-	2	1	-	-	-	-
A	Abwesend	6	-	2	-	2	1	-	1	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung für die Durchführung der UEFA Women's EURO 2025 in der Schweiz bzw. in Basel

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	A		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	92	28	16	15	9	9	8	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	6	2	1	-	2	1	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Kantonale Volksinitiative "für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)"; Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	91	28	16	15	8	9	8	7	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	8	2	1	-	3	1	-	-	1
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Ratschlag betreffend Bewilligung der Staatsbeiträge 2023-2025 für den Verein Agglo Basel

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	A	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	A	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	91	29	15	15	8	10	8	6	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	8	1	2	-	3	-	-	1	1
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Resolution gegen die massiven Menschenrechtsverletzungen durch das iranische Regime

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	E	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	82	30	17	11	-	9	8	7	-
N	Nein	15	-	-	2	11	1	-	-	1
E	Enthaltung	1	-	-	1	-	-	-	-	-
A	Abwesend	1	-	-	1	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Ratschlag für eine «Ausgabenbewilligung betreffend Corona 2023: Testen» Terminierung auf Mittwoch, 18. Januar 2023, 09.00 Uhr

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	E
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	E
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	59	30	16	-	-	7	6	-	-
N	Nein	35	-	-	14	11	1	2	7	-
E	Enthaltung	3	-	1	-	-	1	-	-	1
A	Abwesend	2	-	-	1	-	1	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Ratschlag für eine «Ausgabenbewilligung betreffend Corona 2023: Testen» Terminierung auf Mittwoch, 18. Januar 2023, 09.00 Uhr

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	E	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	E	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	E	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	E	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	E
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	E
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	E
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	53	29	13	-	-	6	5	-	-
N	Nein	34	-	-	14	10	1	1	7	1
E	Enthaltung	7	1	2	-	-	2	2	-	-
A	Abwesend	5	-	2	1	1	1	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Ratschlag betreffend Ersatz von Oberflurwertstoffsammelstellen durch Unterfluranlagen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	A	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	92	30	17	13	9	8	8	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	6	-	-	2	2	2	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung zur Erneuerung und Aufwertung der Grünanlage «Verkehrsgarten Wasgenring»

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	A	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	A	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	90	29	15	13	11	8	7	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	8	1	2	2	-	2	1	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Petitionskommission zur Petition P440 "Mülltrennung im öffentlichen Raum"

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	A	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	28	-	-	4	9	7	2	6	-
N	Nein	67	29	17	10	2	3	5	1	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	3	1	-	1	-	-	1	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Petitionskommission zur Petition P449 "Keine Aufhebung oder Verschiebung von den Bushaltestellen Linie 31, 38 Thomaskirche, Ensishheimerstrasse, Blotzheimerstrasse"

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	E	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	E	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	E	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	E	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	E	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	A
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	E	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	A
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	E	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	14	-	1	6	-	3	3	1	-
N	Nein	73	26	14	7	11	6	3	6	-
E	Enthaltung	8	4	2	-	-	1	-	-	1
A	Abwesend	4	-	-	2	-	-	2	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Petitionskommission zur Petition P453 "Monsterbauprojekt Zuba stoppen! Für eine klimafreundliche Mobilität in Basel-Stadt"

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	A	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	A
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	49	2	-	13	11	8	8	7	-
N	Nein	37	20	17	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	12	8	-	2	-	2	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Petitionskommission zur Petition P455 «Basel St. Johann - begrünt, klimafreundlich, lebenswert»

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	E	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	E	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	37	-	-	13	11	7	-	6	-
N	Nein	54	26	17	1	-	1	8	1	-
E	Enthaltung	3	-	-	-	-	2	-	-	1
A	Abwesend	5	4	-	1	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Budgetpostulat für 2023 Pascal Messerli betreffend Erziehungsdepartement, Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Personal- und Sachaufwand (Eishalle St. Jakob-Arena)

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaela Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	E	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	A
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	35	-	4	2	11	9	8	-	1
N	Nein	60	29	11	12	-	1	-	7	-
E	Enthaltung	1	-	1	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	3	1	1	1	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Reduktion der Arbeitszeit auf 38-Stunden-Woche für die Angestellten des Kantons Basel-Stadt

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	E
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	48	29	17	-	-	-	-	1	1
N	Nein	46	-	-	14	10	9	7	6	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	1	-	-	-	-
A	Abwesend	4	1	-	1	-	1	1	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Eric Weber betreffend Social Media Offensive für junge Leute in Basel

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	A	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	A
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	A	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	A	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	A	Jeremy Stephenson (LDP)	A	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	A
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	A
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	A	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	A	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	A
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	A
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	A
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	1	-	-	-	-	-	-	-	1
N	Nein	70	24	12	10	9	6	3	6	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	28	6	5	5	2	4	5	1	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Eric Weber betreffend international geht auch kommunal

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	A	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	A	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	A	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	A	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	A	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	A
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	A	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	A
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	A	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	A	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	A
Nicole Amacher (SP)	A	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	A
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	A
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	1	-	-	-	-	-	-	-	1
N	Nein	65	20	12	10	7	6	4	6	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	33	10	5	5	4	4	4	1	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Eric Weber betreffend jedem Basler ein Gratis-Radio mit zwei Batterien

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	A	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaela Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	A	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	A	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	A	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	A
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	A	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	A	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	A
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	A		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	1	-	-	-	-	-	-	-	1
N	Nein	66	16	12	12	7	6	7	6	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	32	14	5	3	4	4	1	1	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	A	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	A	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	74	28	16	13	1	8	7	1	-
N	Nein	15	-	-	1	8	-	-	6	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	9	2	1	1	2	2	1	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend mobiler Solar-Park im öffentlichen Raum

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	E
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	A	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	E	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	E	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	E
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	25	-	-	14	-	7	4	-	-
N	Nein	64	29	13	-	11	1	3	6	1
E	Enthaltung	4	-	2	-	-	-	1	1	-
A	Abwesend	6	1	2	1	-	2	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Sensibilisierung der Verwaltung im Umgang mit psychisch Erkrankten

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	52	28	16	-	-	1	6	-	1
N	Nein	39	-	-	14	11	8	-	6	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	8	2	1	1	-	1	2	1	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Jeremy Stephenson und Konsorten betreffend Umsetzung von Massnahmen zur Reduktion der 80-prozentigen Energieverluste im Gebäudebereich

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	A	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	A
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	A
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	58	26	-	14	-	6	5	7	-
N	Nein	27	-	15	-	11	-	1	-	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	13	4	2	1	-	4	2	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Diversität und Diskriminierungsbekämpfung an den Schulen in Basel-Stadt

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	E	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	E	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	E	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	A	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	A	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	71	29	16	10	-	6	6	4	-
N	Nein	14	-	-	-	10	1	-	2	1
E	Enthaltung	3	-	-	3	-	-	-	-	-
A	Abwesend	11	1	1	2	1	3	2	1	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Eric Weber betreffend gemeinsame Plattform für alle Basler schaffen, Verwaltungsabläufe besser kommunizieren

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	A	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	A
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	A		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	1	-	-	-	-	-	-	-	1
N	Nein	78	22	16	12	8	8	6	6	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	20	8	1	3	3	2	2	1	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Eric Weber betreffend Grossrats-Überlastung bitte vermeiden

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	A	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	A
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	A	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	A	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	A
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	A
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	A		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	1	-	-	-	-	-	-	-	1
N	Nein	69	17	15	12	7	7	5	6	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	29	13	2	3	4	3	3	1	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Eric Weber betreffend drei Sitzungstage pro Monat für unser Parlament und nicht nur zwei

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	A
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	A
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	1	-	-	-	-	-	-	-	1
N	Nein	78	23	15	12	8	8	6	6	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	20	7	2	3	3	2	2	1	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Eric Weber betreffend drei Sitzungstage pro Monat für unser Parlament und nicht nur zwei

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	E	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	A	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	A	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	E
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	E		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	E		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	57	17	16	9	2	6	3	3	1
N	Nein	22	5	-	4	6	2	2	3	-
E	Enthaltung	4	3	-	-	-	-	1	-	-
A	Abwesend	16	5	1	2	3	2	2	1	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Eric Weber betreffend jedem Basler seine Gratis-Zeitung – Angebot für ein Jahr

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	A	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaela Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	A	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	A	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	A
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	1	-	-	-	-	-	-	-	1
N	Nein	70	22	15	9	6	7	7	4	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	28	8	2	6	5	3	1	3	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Eric Weber betreffend 49 Euro Ticket bitte auch für Kanton Basel-Stadt gültig machen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	A	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	A	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	A	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	A	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	1	-	-	-	-	-	-	-	1
N	Nein	69	20	16	10	6	7	6	4	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	29	10	1	5	5	3	2	3	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Neustart 2020: Zukunftsgerichtete, nachhaltige Investition zur Abschwächung der Klimaerhitzung, zur Verbesserung des Stadtklimas und gleichzeitigen Stärkung der Wirtschaft nach dem Corona-Lockdown

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Mury (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	A	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	A	Ivo Balmer (SP)	A	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	69	24	-	14	9	7	8	7	-
N	Nein	17	-	16	-	1	-	-	-	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	12	6	1	1	1	3	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Primarschulkompetenz: Velofahren lernen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Mury (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	E
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	41	1	-	13	11	2	8	6	-
N	Nein	51	27	16	-	-	8	-	-	-
E	Enthaltung	2	-	-	1	-	-	-	-	1
A	Abwesend	5	2	1	1	-	-	-	1	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Joël Thüring flexible Eintrittspreise für die Spätschwimmer in die baselstädtischen Gartenbäder und Barbara Heer und Konsorten betreffend Verlängerung Tagesöffnungszeiten öffentlicher Gartenbäder

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Mury (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	37	-	-	13	-	10	8	6	-
N	Nein	58	29	16	1	11	-	-	1	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	3	1	1	1	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Joël Thüring flexible Eintrittspreise für die Spätschwimmer in die baselstädtischen Gartenbäder und Barbara Heer und Konsorten betreffend Verlängerung Tagesöffnungszeiten öffentlicher Gartenbäder

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Mury (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	E
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	A
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	A
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	33	-	-	10	-	10	7	6	-
N	Nein	55	27	16	2	10	-	-	-	-
E	Enthaltung	2	-	-	-	1	-	-	-	1
A	Abwesend	9	3	1	3	-	-	1	1	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bericht und Vorschlag zur Wahl einer Richterin am Zivilgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 – 2027	WVKo		22.5368.02
2.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Schweizerische Friedensstiftung swisspeace für die Jahre 2023 bis 2026	JSSK	PD	22.1090.02
3.	Ratschlag für eine «Ausgabenbewilligung betreffend Corona 2023: Testen»	GSK	GD	22.1630.01
4.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P440 «Mülltrennung im öffentlichen Raum»	PetKo		21.5756.03
5.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P453 «Monsterbauprojekt Zuba stoppen! Für eine klimafreundliche Mobilität in Basel-Stadt»	PetKo		22.5438.02
6.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P455 «Basel St. Johann - begrünt, klimafreundlich, lebenswert»	PetKo		22.5436.02
7.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Industriellen Werke Basel (IWB-Gesetz) vom 11. Februar 2009 zur Anpassung des Gasversorgungsauftrags sowie Bericht zur Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend die Vermeidung von nichtamortisierbaren Investitionen und einen geordneten Ausstieg aus der fossilen Wärmeversorgung durch die IWB bis 2050 (Dekarbonisierung)	UVEK	WSU	21.1696.02 19.5085.05
8.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag zur Teilrevision Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz) sowie Bericht zur Motion Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Revision des Museumsgesetzes sowie Bericht zum Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend «Masterplan Basler Museen» und Mitbericht der Geschäftsprüfungskommission	BKK/GPK	PD	20.0907.02 17.5235.05 09.5193.05
9.	Kantonale Volksinitiative "für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)"; Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen		ED	22.1303.01
10.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastruktur- und Raumplanungsprojekte		BVD	20.5446.02
11.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Georg Mattmüller und Edibe Gölgeli betreffend Neustart 2020: Zukunftsgerichtete, nachhaltige Investitionen in den Care-Bereich zur Stärkung der Wirtschaft nach dem Corona-Lockdown		WSU	20.5331.02
12.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Primarschulkompetenz: Velofahren lernen		ED	20.5337.02
13.	Budgetpostulat für 2023 Pascal Messerli betreffend Erziehungsdepartement, Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Personal- und Sachaufwand (Eishalle St. Jakob-Arena)		ED	22.5589.01
14.	Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft". Bericht und Antrag für eine weitere Verlängerung der Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat sowie der Abstimmungsfrist		PD	20.1006.03
15.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend Einsparung von Papier sowie Druck- und Versandkosten		PD	20.5079.02
16.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Aufnahme von "Smart City" als strategisches Ziel im nächsten Legislaturplan		PD	17.5363.03
17.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sarah Wyss und Georg Mattmüller betreffend ambulante (hauswirtschaftliche) Dienstleistungen bedarfsgerecht und qualitativ hochstehend sicherstellen		GD	20.5387.02

- | | | | |
|-----|---|-----|------------|
| 18. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Neustart 2020: Zukunftsgerichtete, nachhaltige Investition zur Abschwächung der Klimaerhitzung, zur Verbesserung des Stadtklimas und gleichzeitigen Stärkung der Wirtschaft nach dem Corona-Lockdown | WSU | 20.5333.02 |
|-----|---|-----|------------|

Überweisung an Kommissionen

- | | | | |
|-----|--|--------------|---|
| 19. | Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an der Vorstudie für eine Tieferlegung der S-Bahn in Riehen sowie Bericht des Regierungsrates zum Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Ausbau S6 durch Riehen. Auswirkung auf Riehen-Dorf und zum Anzug Edibe Gölgele betreffend Doppelspurausbau der S6 in Riehen | UVEK | BVD
22.1550.01
20.5254.02
21.5776.02 |
| 20. | Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung | UVEK | BVD 22.1551.01 |
| 21. | Ratschlag zur Einführung einer Klimawirkungsabschätzung sowie Bericht des Regierungsrates zur Motion Jo Vergeat und Konsorten betreffend Einführung einer Klimafolgenabschätzung für klimarelevante Geschäfte im Grossen Rat | UVEK | PD 21.1729.02
19.5097.04 |
| 22. | Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung zur Neugestaltung der Grünanlage Erlenmattpark, 4. Etappe | UVEK | BVD 22.1649.01 |
| 23. | Ausgabenbericht betreffend Staatsbeitrag für Verein «slowUp Basel-Dreiland» zur Durchführung des slowUp Basel-Dreiland für die Jahre 2023-2026 | UVEK | BVD 22.1708.01 |
| 24. | Bericht zum Leistungsauftrag und den Gesamtinvestitionen der IWB Industrielle Werke Basel für die Periode 2023-2026 (Planungsbericht IWB 2023-2026) | UVEK | WSU 22.1690.01 |
| 25. | Ausgabenbericht betreffend Rahmenausgabenbewilligung für den Kunstkredit des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2023-2026/2029 | BKK | PD 22.1570.01 |
| 26. | Ausgabenbericht betreffend Rahmenausgabenbewilligung für den gemeinsamen Fachausschuss Literatur der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2023-2026/2028.
<i>Partnerschaftliches Geschäft</i> | BKK | PD 22.1734.01 |
| 27. | Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung für aktive Provenienzforschung in den kantonalen Museen Basel-Stadt für die Jahre 2023 bis 2026/2029 | BKK | PD 22.1727.01 |
| 28. | Petition P458 "Begegnungszone im Kleinbasel geniessen" | PetKo | 22.5592.01 |

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

- | | | | |
|-----|---|-----|------------|
| 29. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Hygieneartikel an kantonalen Schulen | ED | 20.5335.02 |
| 30. | Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Joël Thüning und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie | PD | 22.5302.02 |
| 31. | Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Laurin Hoppler und Konsorten für eine allgemeine und niederschwellige Sammlung und Verwertung von Bioabfällen für alle | WSU | 22.5243.02 |
| 32. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend zukunftsgerichtete, nachhaltige Investitionen in die digitale Transformation zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes nach der Corona-Krise | WSU | 20.5316.02 |

33.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Sasha Mazzotti und Consorten betreffend eine befristete Übernahme der BVG-Beiträge; Edibe Gölgeli und Pascal Pfister betreffend Neustart 2020: Zukunftsgerichtete, nachhaltige Investition in die Weiterbildung zur Stärkung der Arbeitnehmenden nach dem Corona-Lockdown und Lydia Isler-Christ und Consorten betreffend Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe-Abhängigkeit (stehen lassen)	WSU 18.5241.03 20.5329.02 20.5332.02
34.	Motionen:	
1.	Raffaella Hanauer und Consorten zur Erstellung einer Klimastrategie mit Klimaaktionsplan nach Annahme des Gegenvorschlags zur Klimagerechtigkeitsinitiative	22.5551.01
2.	Melanie Eberhard und Consorten betreffend Anpassung von § 12 des Staatsbeitragsgesetzes	22.5564.01
3.	Michael Hug und Tobias Christ betreffend Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst	22.5584.01
35.	Anzüge:	
1.	Thomas Müry betreffend thermographische Aufnahmen zur Feststellung von Energieverlusten im Gebäudebereich	22.5550.01
2.	Michela Seggiani und Consorten betreffend Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungen	22.5570.01
3.	Franz-Xaver Leonhardt und Consorten betreffend negative CO2-Emissionen Zertifikate zur Kompensation von Treibhausgasen	22.5571.01
4.	Georg Mattmüller und Consorten für verpflichtend betriebliche Berufsbildung in Institutionen und Organisationen mit Pflegeleistungen -fehlende Berufsbildende als Flaschenhals in der Pflege	22.5572.01
5.	Melanie Eberhard und Consorten zur Situation der Nachhol- und Weiterbildungen bei Gesundheitsberufen	22.5580.01
6.	Beda Baumgartner und Consorten betreffend Bekämpfung des Fachkräftemangels – mehr Lernende im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik in der Verwaltung	22.5573.01
7.	Oliver Thommen und Consorten betreffend wasser- und energiesparsamer Stadtentwicklung	22.5581.01
8.	Alex Ebi und Consorten betreffend Entschädigung für baustellengeplagte Kleinunternehmen	22.5582.01
9.	Eric Weber betreffend beim Amtsantritt hat jedes Mitglied des Parlaments das Amtsgelübde abzulegen	22.5575.01
10.	Daniel Albietz betreffend Berichterstattung zu Volksinitiativen sowie parlamentarischen Vorstössen, von denen die Mitglieder des Regierungsrates unmittelbar persönlich betroffen sind	22.5579.01
11.	Joël Thüring betreffend "Massnahmen gegen die überfüllte Notfallstation und die Überbelastung des Personals in den Spitälern"	22.5593.01

Kenntnisnahme

36.	Wiederbesetzung eines Grossratssitzes (Christine Keller anstelle von Salome Hofer, SP)	22.5460.02
37.	Wiederbesetzung eines Grossratssitzes (Fina Girard anstelle von Beatrice Messerli, GAB)	22.5490.02
38.	Wiederbesetzung eines Grossratssitzes (Nicole Kuster anstelle von Thomas Müry, LDP)	22.5512.02
39.	Wiederbesetzung eines Grossratssitzes (Daniel Seiler anstelle von Mark Eichner, FDP)	22.5510.02

40.	Rücktritt von Pascal Pfister als Mitglied der Petitionskommission per 10. Januar 2023		22.5567.01
41.	Rücktritt von Pascal Pfister als Mitglied der Disziplinarkommission per 10. Januar 2023		22.5566.01
42.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Nicole Amacher und Edibe Gölgeleli betreffend Anerkennung, Entschädigung und gerechtere Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit (stehen lassen)	PD	20.5362.02
43.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Umsetzung der Gleichstellung in der Steuererklärung von verheirateten Paaren (stehen lassen)	FD	20.5361.02
44.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend eine soziale Wohnpolitik: das Instrument der Mietzinsbeiträge nutzen (stehen lassen)	WSU	20.5353.02
45.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend smarte Stadtbeleuchtung (stehen lassen)	WSU	18.5103.03
46.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Balz Herter und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Kongressstadt Basel (stehen lassen)	WSU	20.5028.02
47.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen um den Kauf von Hunden aus prekären Verhältnissen zu steuern (stehen lassen)	GD	20.5390.02
48.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend der Schaffung eines unterirdischen Veloparkings am Badischen Bahnhof (stehen lassen)	BVD	07.5044.08
49.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Balz Herter betreffend die gemeinsame Bekämpfung der Cyberkriminalität	JSD	22.5406.02
50.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage David Jenny betreffend "Licht in den Dschungel der Verwaltungsverordnungen bringen"	JSD	22.5395.02
51.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Tim Cuénod betreffend der Folgen des Fachkräftemangels für den Kanton in seiner Rolle als Arbeitgeber	FD	22.5394.02
52.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend bessere Luft in Basel	BVD	22.5431.02
53.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend 9 Euro / 9 Franken Ticket für den Kanton Basel-Stadt	BVD	22.5433.02
54.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Joël Thüring betreffend Firma des Floppprojekts Enuu ist konkurs - bleibt der Steuerzahler wegen behördlichem Versagen auf den Kosten sitzen?	BVD	22.5408.02
55.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Daniel Hettich betreffend Umleitung BVB	BVD	22.5410.02
56.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Basel trocknet aus - Was kann gegen die Hitze gemacht werden?	BVD	22.5432.02
57.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Heidi Mück betreffend Unterstützungsangeboten für Mitglieder von Schulräten und Schulkommissionen mit Betreuungspflichten	FD	22.5450.02
58.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend neues Stellen-Portal BS und warum eine Neu-Anmeldung nötig?	FD	22.5540.02
59.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Daniel Hettich betreffend Zufahrt Innenstadt	JSD	22.5412.02
60.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Einführung der Leinenpflicht während der Brut- und Setzzeit in den Langen Erlen (stehen lassen)	JSD	18.5053.03

61.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kaspar Sutter und Consorten betreffend familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen (stehen lassen)	ED	17.5195.04
62.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend ergänzende Velomassnahmen zur Sanierung St. Jakobs-Strasse, Zeughaus - Birsstrasse	BVD	20.5419.02
63.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftliche Anfrage Salome Bessenich betreffend ein Säger- oder Weberplätzli im Ochsenviertel	BVD	22.5405.02
64.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftliche Anfrage Christoph Hochuli betreffend Pilotprojekt einer Velo-Hochbahn im Kanton Basel-Stadt	BVD	22.5425.02
65.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftliche Anfrage Corinne Eymann-Baier betreffend Kompensation oberirdischer Parkplätze für das Parking Kunstmuseum	BVD	22.5434.02
66.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftliche Anfrage Jenny Schweizer betreffend spendet der Kanton Geld an den Neubau der Kaserne der Schweizer Garde in Rom?	FD	22.5423.02
67.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie werden Party-Hotspots entschärft?	JSD	22.5430.02
68.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Strom-Sparen beim Kanton Basel-Stadt	WSU	22.5428.02
69.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Strom-Versorgungslage ist angespannt	WSU	22.5429.02

Anhang C: Neue Vorstösse

Postulate zum Budget 2023

1. Erziehungsdepartement, Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Personal- und Sachaufwand (Eishalle St. Jakob-Arena)

22.5589.01

Erhöhung um Fr. 81'000 (Personalaufwand)

Erhöhung um Fr. 27'000 (Sachaufwand)

Begründung:

Bereits bei der Diskussion über die Sanierung der Kunsteisbahn Margarethen waren sich sämtliche Fraktionen einig, dass im Kanton Basel-Stadt zu wenig Eisflächen insbesondere für die Sportvereine existieren. Aus diesem Grund haben die JSSK und die BRK eine Kommissionsmotion, die bereits zwei Mal an den Regierungsrat überwiesen wurde, eingereicht, gemäss welcher der Regierungsrat beauftragt wurde, mehr Eisflächen im Kanton zu schaffen. Da diese Umsetzung mehrere Jahre dauern wird und die Nachfrage nach Eisflächen aktuell aus verschiedenen Gründen (bspw. sportlicher Erfolg des EHC Basel) hoch ist, wäre es wichtig, dass die bestehende Infrastruktur so optimal wie möglich genutzt werden könnte. Die Eishalle St. Jakob wird im Sommer jeweils aufgrund von Wartungsarbeiten mehrere Wochen geschlossen. Mit diesem Budgetpostulat soll erreicht werden, dass die Eishalle zumindest bis zu Beginn der Sommerferien geöffnet bleibt und nicht bereits im Juni geschlossen wird. Damit würde man unter anderem den Eiskunstläuferinnen entgegenkommen, welche im Juni teilweise noch zur Schule gehen und aktuell in diesem Zeitraum in eine andere Stadt ausweichen müssen, um trainieren zu können. Wenn die Eishalle erst anfangs Sommerferien geschlossen wird, können die Wartungsarbeiten während den Ferien dennoch wie gewünscht ausgeführt werden und man wäre den Sportvereinen entgegengekommen.

Pascal Messerli

Motionen

1. Motion zur Erstellung einer Klimastrategie mit Klimaaktionsplan nach Annahme des Gegenvorschlags zur Klimagerechtigkeitsinitiative

22.5551.01

Die Stimmbevölkerung hat im November 2022 den Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative angenommen und damit entschieden, dass der Kanton beim CO₂-Ausstoss bis ins Jahr 2037 in allen Sektoren im Rahmen seiner Kompetenzen «Netto-Null» erreichen muss. Damit einhergehend wurde auch das 1.5 Grad Ziel und dementsprechendes staatliches Handeln im Klimaschutz und in der Klimaadaption in der Kantonsverfassung verankert (§ 15 Abs. 2, §16a Abs. 1). Der Kanton ist nun zusätzlich verpflichtet, im Finanzsektor im Sinne eines 1.5 Grad Ziels zu handeln (§16 Abs. 4) und sich beim Bund für die notwendigen Rahmenbedingungen zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmungen einzusetzen (§16a Abs. 5). Zur Umsetzung des Volksentscheides braucht es nun ein rasches staatliches Handeln. Die vorberatende Kommission hat für die weiteren Schritte im Kapitel 5.3 «Definition der Sektoren» bereits grob festgelegt, wie das weitere Vorgehen auszusehen hat. Mit dieser Motion sollen die nächsten Schritte dazu aufgeleitet werden.

Die Motionär*innen halten den Regierungsrat dazu an, eine Klimastrategie und einen dazugehörigen Klimaaktionsplan mit Massnahmenkatalog zu allen Scopes und Sektoren zu erarbeiten. Dies soll wie folgt umgesetzt werden:

Bis Ende 2023 wird ein Klimaaktionsplan mit Massnahmenkatalog erarbeitet und vorgelegt, welcher für die drei Sektoren Gebäude/Energie, Industrie und Verkehr Massnahmen zur Erreichung des Netto-Null Zieles aufzeigt und aufleitet.

- Bis Ende 2024 wird der Massnahmenkatalog des Klimaaktionsplans mit Massnahmen in alle weiteren Sektoren wie Konsum, Ernährung, Finanzen, Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen, IT und anderen ergänzt. Diese Massnahmen richten sich nach dem 1.5° C Ziel und dem entsprechenden kantonalen CO₂-Budget aus.
- In allen Sektoren und Scopes sollen die Handlungsmöglichkeiten des Kantons maximal ausgeschöpft werden. Der Regierungsrat soll die im Bericht der Spezialkommission Klimaschutz diskutierten Massnahmen in den Klimaaktionsplan aufgreifen. Der Regierungsrat soll seinen Handlungsspielraum auch in den Massnahmenbereichen Information, Sensibilisierung (inkl. Bildung), Verwaltungsprozesse, Digitalisierung, Innovation und Forschung maximal ausschöpfen.

- Der Investitionsbedarf des Kantons zur Umsetzung des Klimaaktionsplans ist für alle Bereiche jeweils zeitgleich mit dem Vorlegen der Massnahmenkataloge (2023/2024) zu beziffern und im jeweiligen Folgejahr (2024/2025) in die kantonale Investitionsplanung aufzunehmen.
- Der zusätzliche Förderbedarf (im Vergleich zum Status Quo) ist für alle Bereiche ebenfalls zeitgleich mit dem Vorlegen der Massnahmenkataloge (2023/2024) zu beziffern, so dass sie private Investitionen stimulieren, die für die Zielerreichung notwendig sind. Fördermassnahmen sind im jeweiligen Folgejahr (2024/2025) umzusetzen bzw. dem Grossen Rat vorzulegen, sofern sie die Kompetenz des Regierungsrates überschreiten.
- Für die durch den Klimaaktionsplan definierten Massnahmen sind die entsprechenden Gesetzes- bzw. Verordnungsänderungen oder weitere rechtsverbindliche Beschlüsse so rasch als möglich dem Grossen Rat vorzulegen bzw. ihm über diese zu berichten, sofern sie in der Kompetenz des Regierungsrates liegen.
- Die Kosten von Massnahmen zu Negativ-Emissionen zur Kompensation der verbleibenden CO₂-Emissionen aus dem Scope 2 zum Zeitpunkt der Zielerreichung von Netto-Null sind abzuschätzen. Finanzierungsmechanismen sind vorzuschlagen.
- Für sämtliche Massnahmen und Sektoren werden in der Klimastrategie Absenkpfade, Umsetzungshorizonte und Wirkungsziele in Tonnen CO₂ aufgezeigt.
- Sämtliche Massnahmen müssen der Sozialverträglichkeit im Kanton Basel-Stadt Rechnung tragen.
- Der Klimaaktionsplan und der Massnahmenkatalog sollen alle 5 Jahre aktualisiert werden. Über den Stand der Massnahmen sowie über deren Wirkung (in Tonnen CO₂) und allfälligen Umsetzungslücken ist dem Grossen Rat alle zwei Jahre schriftlich Bericht zu erstatten und ein allfälliges weiteres Vorgehen vorzuschlagen, sofern Umsetzungslücken bestehen.
- Für die Erarbeitung der Klimastrategie und des Klimaaktionsplans ist der bisherige Stand des Wissens von Ökonomie und Geisteswissenschaften einzubeziehen.
- Die Klimastrategie und der Klimaaktionsplan sollen einen motivierenden Charakter haben, den Sorgen und Ängsten der Bevölkerung Rechnung tragen und darauf hinwirken, dass wir die Herausforderungen der Klimakrise als Gemeinschaft meistern.

Raffaela Hanauer, Daniel Sägesser, Brigitte Kühne, Raphael Fuhrer, Lisa Mathys, Tobias Christ, Jean-Luc Perret, Semseddin Yilmaz

2. Motion betreffend Anpassung von § 12 des Staatsbeitragsgesetzes

22.5564.01

Im Kanton Basel-Stadt erhalten zahlreiche Organisationen im Rahmen von Staatsbeiträgen finanzielle Unterstützung in Form von Finanzhilfen oder Abgeltungen für Leistungen, die sie im öffentlichen Interesse erbringen. Die aktuelle Teuerung stellt viele dieser Organisationen vor grosse Herausforderungen. Diese können keine Mehreinnahmen durch das Anheben der Preise erlangen, um die Löhne entsprechend der Teuerung anzupassen, sondern sind auf eine Anpassung des Staatsbeitrages angewiesen. Die Staatsbeiträge werden jeweils zwischen dem Kanton und den Organisationen vertraglich geregelt, wobei der rechtliche Rahmen im Staatsbeitragsgesetzes vom 11. Dezember 2013 (StBG, SG 610.500) geregelt ist.

In § 12 des StBG ist der Umgang mit der Teuerung sowohl für Finanzhilfen als auch für Abgeltungen geregelt und sieht vor, dass ein jährlicher Teuerungsausgleich entsprechend des Finanzierungsanteils des Kantons gewährt werden kann. Dieser Ausgleich richtet sich nach der Entwicklung der Personalteuerung beim Kanton. Während bei Abgeltungen der Teuerungsausgleich automatisch gewährt ist (§ 12 Abs. 1 StBG), wird er bei Finanzhilfen in der Regel gewährt, wenn die Personalkosten mindestens 70% der gesamten Betriebskosten ausmachen (§ 12 Abs. 2 StBG). In Basel gibt es jedoch auch viele Organisationen, deren Personalkosten weniger als 70% der Gesamtkosten ausmachen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Löhne tief sind oder aber die Mietkosten (in der Regel der zweite wichtige Ausgabenpunkt neben den Personalkosten) sehr hoch sind. Dass diese Organisationen dann per Gesetz nicht von einem Teuerungsausgleich profitieren können, leuchtet nicht ein. Zu beachten ist auch, dass die betroffenen Institutionen oft bei der Personalgewinnung mit dem Kanton Basel-Stadt oder dessen ausgelagerten Betrieben konkurrieren, die in der Regel die Teuerung voll ausgleichen.

Die Motionärinnen und Motionäre fordern deshalb den Regierungsrat auf, innert zwei Jahre eine Änderung von § 12 Abs. 1 des Staatsbeitragsgesetzes vorzulegen, die die Gewährung eines Teuerungsausgleichs im Regelfall bei Finanzhilfen vorsieht, wenn die Personalkosten mindestens 60% der Gesamtkosten ausmachen. Falls die Regierung bei der Vorbereitung der Gesetzesvorlage zum Schluss kommt, ein tieferer Personalkostenanteil oder eine Streichung sei sachgerecht, so darf sie diese Anpassungen vornehmen.

Melanie Eberhard, David Jenny, Oliver Bolliger, Beda Baumgartner, Fleur Weibel, Sandra Bothe-Wenk

3. Motion betreffend Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst

22.5584.01

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Bereichs tragen grosse Verantwortung für die gesamte Gesellschaft. Einige Kernfunktionen staatlichen Handelns erfordern dabei Arbeiten im Schicht- und Wochenenddienst. So haben Mitarbeitende der Polizei, der Rettung Basel-Stadt (u.a. Sanität und Feuerwehr) oder die Gefängnisangestellten diesen strapaziösen Dienst auf sich zu nehmen. Es überrascht daher nicht, dass speziell in diesen Bereichen Fachkräftemangel herrscht und teils starke Unterbestände bestehen. Die essenzielle Arbeit muss trotzdem geleistet werden. Die Folgen der Unterbestände sind sich anhäufende Überstunden, was diese Berufe allerdings noch unattraktiver macht – ein Teufelskreis also.

Jüngst eingereichte Vorstösse zum Thema wollen durch eine allgemeine Pensenreduktion die Attraktivität dieser Stellen erhöhen. Auch wenn gut gemeint, führt ein solches Vorgehen nicht zu einer Erhöhung der Attraktivität, weil noch mehr Überstunden anfallen würden. Solange Fachkräftemangel herrscht und Unterbestände bestehen, muss die anfallende Arbeit auf die vorhandenen Mitarbeitenden verteilt werden.

Es sind aber unbedingt und rasch Massnahmen zur Verbesserung der Situation für die Kantonsangestellten mit diesen besonders unattraktiven Arbeitszeiten zu treffen und auch umzusetzen. Neben dem Wiederherstellen der Konkurrenzfähigkeit zu anderen Berufen wird mit entsprechenden Massnahmen auch die Wertschätzung für die Arbeit dieser Mitarbeitenden manifestiert.

Die Motionäre fordern daher den Regierungsrat dazu auf, zeitnah Massnahmen zu treffen und umzusetzen, um die Attraktivität des Berufsbildes für Basler Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst massgeblich zu verbessern und so auch die Voraussetzung zu schaffen, Unterbestände in wichtigen Berufsfeldern zu reduzieren.

Insbesondere sollen folgende Verbesserungen – und / oder auch weitere, die der Regierungsrat ergänzend dazu oder alternativ für geeignet hält, um die bestehenden Probleme zu lösen – innert Jahresfrist umgesetzt werden:

- steuerliche Vorteile (bspw. für die Auszahlung von Überstunden und insbesondere bei Zuschlägen für Überstunden, die während Feiertags-, Wochenend- oder Nachtarbeit geleistet werden);
- das Anheben des Lohns an das Lohnniveau von Angestellten anderer Kantone mit ähnlichem Funktionsbereich und vergleichbaren Bedingungen (inkl. Vergütungen wie: Pikettenschädigungen, Gefahrenzulagen etc.), sowie durch geeignete Lohnzulagen;
- der Ausbau von «Fringe Benefits» wie kostenlose U-Abonnements, Parkiermöglichkeiten im Nachtdienst, Ausbildungen, Zugang zu einer Mensa, Kinderbetreuung, Eintritt in Gartenbäder etc.
- die Möglichkeit einer früheren Pensionierung bei sehr intensiver Arbeitsleistung (bei langjähriger Schicht-/Nachtarbeit), in Bereichen wo dies nicht bereits geschieht.

Michael Hug, Tobias Christ

Anzüge

1. Anzug betreffend thermographische Aufnahmen zur Feststellung von Energieverlusten im Gebäudebereich

22.5550.01

Gemäss Erhebungen des Bundesrates ist ein Energieverlust von 80% im Gebäudebereich gegeben. Die Energiestrategie des Bundes, das Pariser Klimaabkommen, die akute Energiekrise und Bekenntnisse der kantonalen Politik erfordern Massnahmen, sparsamer mit Energie umzugehen.

Es gilt, sich nicht ausschliesslich auf die Substituierung fossiler Energieträger zu konzentrieren, also auf die umwelt- und klimafreundliche Energieproduktion; auch die Energie-Effizienz muss verbessert werden.

Die aktuelle Kampagne des Bundes, welche zum sparsamen Einsatz von Energie auffordert, verwendet thermographische Aufnahmen. Wenn Hauseigentümerschaften über bildliche Beweise des grossen Energieverlustes verfügen können, steigt die Bereitschaft für Gebäudesanierungen.

Bereits im Jahre 1988 wurde durch die LDP ein Vorstoss im Grossen Rat lanciert, welcher forderte, thermographische Aufnahmen - auch aus der Luft - durchzuführen. Leider hatten damals weder der Regierungsrat noch der Grosse Rat diesen Weg zur Sensibilisierung und Motivation Privater zu höherer Energie-Effizienz unterstützt. Damals fehlten der lokalen Politik der äussere Druck und das Bewusstsein der Dringlichkeit des Handelns.

Heute begegnen wir einer anderen Ausgangslage. Wenn rasch gehandelt werden will und die hohe Bereitschaft Privater genutzt werden soll, Verbesserungen im Gebäudebereich zu realisieren, muss der Kanton Unterstützung anbieten - auch indem er Informationen zum Zustand des betreffenden Gebäudes anbietet. Das Zurverfügungstellen von thermographischen Aufnahmen privater Gebäude auf Wunsch der Eigentümerschaften kann helfen, rasch Verbesserungen zu erzielen.

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten, ob privaten Gebäudeeigentümerschaften auf deren Wunsch thermographische Aufnahmen ihrer Gebäude zur Verfügung gestellt werden können, damit gezielt bauliche Massnahmen zur Verbesserung der Energie-Effizienz erfolgen können.

Thomas Müry

2. Anzug betreffend Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungen

22.5570.01

Der barrierefreie Zugang zu öffentlichen Gebäuden sowie das hindernisfreie Bauen sind in Basel-Stadt gesetzlich klar geregelt. Der Kanton Basel-Stadt sollte hier eine Vorbildfunktion einnehmen. Für Planung und Umsetzung wird das BVD von der Bauberatungsstelle von Pro Infirmis unterstützt, die die Bauvorhaben gemäss den SIA- und VSS-Normen überprüft.

Dennoch können in Planung und Umsetzung der Vorhaben Fehler passieren, auch sind trotz der Einhaltung der Fachnormen von SIA und VSS Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen nicht immer genügend abgedeckt.

So zeigte sich im kHaus als aktuelles Beispiel, dass verschiedene Nachbesserungen in Sachen Barrierefreiheit erforderlich waren. Auch ältere Gebäude gewährleisteten die Barrierefreiheit in der öffentlichen Nutzung und zum Teil in der Vermietung oft nicht oder ungenügend.

Bei einer korrekten Planung und Umsetzung profitieren zudem weitere Anspruchsgruppen wie Geh- und Sehbehinderte, aber auch Seniorinnen und Senioren und Personen mit Kinderwagen. Es ist daher unverständlich, dass die hindernisfreie Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungen auch bei neusten Bauprojekten nicht oder nur ungenügend gewährleistet ist.

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat deshalb zu prüfen und zu berichten:

1. wie der Kanton sicherstellt, dass in Bauprojekten im Hoch- wie im Tiefbau neben der ordentlichen Baufachberatung bezüglich der barrierefreien Zugänglichkeit
 - a) die lebenspraktischen Erfahrungen der Betroffenen in Planung und Umsetzung einfließen,
 - b) die Betroffenen in Planung und Umsetzung standardmässig miteinbezogen werden,
 - c) zusätzlich zu den gegebenen Normen von SIA und VSS auch Anliegen und Erleichterungen Betroffener in Planung und Umsetzung berücksichtigt werden.
 - d) der interdepartementale Erfahrungstransfer und die gesammelten Erfahrungswerte bei Neubauten und neuen Projekten einfließen,
 - welche Massnahmen der Kanton bezüglich der einzelnen Punkte zur Verbesserung der Situation vorsieht.
2. wie der Kanton sicherstellt, dass Bauprojekte im Hoch- wie im Tiefbau in Planung und Umsetzung insbesondere auch in der Instandhaltung bezüglich der barrierefreien Zugänglichkeit zu Gebäuden und Dienstleistungen nicht an mangelnden finanziellen Mitteln scheitern.
 - welche Massnahmen der Kanton zur Verbesserung der Situation vorsieht.
3. wie und ob der Kanton sicherstellt, dass eine Übersicht bezüglich der barrierefreien Zugänglichkeit zu Gebäuden und Dienstleistungen vorhanden ist.
 - wenn keine Übersicht vorhanden ist, welche Massnahmen der Kanton trifft, um diese Übersicht zu bekommen.

Michela Seggiani, Melanie Nussbaumer, Beatrice Messerli, Olivier Battaglia, Niggi Daniel Rechsteiner, Alex Ebi, Corinne Eymann-Baier, Salome Bessenich, Stefan Wittlin, Tonja Zürcher, David Wüest-Rudin, Fleur Weibel, Johannes Sieber, Georg Mattmüller, Christian von Wartburg, Christoph Hochuli, Toya Krummenacher, Philip Karger, Balz Herter

3. Anzug betreffend negative CO2-Emissionen Zertifikate zur Kompensation von Treibhausgasen

22.5571.01

Der Kanton Basel-Stadt hat den Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative des Grossen Rates am 27. November 2022 mit 64,1% angenommen. Der Ausstoss von Treibhausgasen muss somit bis 2037 auf Netto-Null gesenkt werden.

Damit der Kanton dieses Ziel erreichen kann, werden künftig CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS) und Negativemissionstechnologien (NET) nötig sein bzw. in einer Übergangsfrist können auch kompensatorische CO₂-Emissionsreduktionen im Ausland die Einhaltung des Absenkpfadens sicherstellen. Der heutige Wissensstand zu CCS und NET ist jedoch noch sehr unsicher, da diese Technologien noch in den Kinderschuhen stecken und sich erst noch entwickeln müssen. Es gibt jedoch schon Pionierunternehmen, wie etwa das ETH-Spin-off Climeworks oder das Start-up neustark, welche in den Startlöchern stehen. Diese Firmen dürften in absehbarer Zeit auch starke internationale Konkurrenz erhalten.

Die Unterzeichneten sind der Meinung, dass der Kanton nach der Abstimmung zur Klimagerechtigkeitsinitiative hinsichtlich negativer CO₂-Emissionen schnell handeln muss und bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- Wie der Kanton die Entwicklung und den Einsatz von CSS und NET fördern kann und inwieweit dazu Public-Private-Partnerships helfen können, um einheimische Pionierunternehmen aus diesem Bereich zu unterstützen.
- Wie der Kanton die Universitäten und Hochschulen bei der Forschung nach CSS und NET unterstützen kann.
- Wie der Standort Basel attraktiver für die Ansiedlung von Pionierunternehmen aus dem Bereich CSS und NET werden kann.
- Welche Projekte des Bundes in diesem Bereich bereits bestehen und wie der Kanton enger mit dem Bund zusammenarbeiten kann um solche Projekte voranzutreiben.
- Wie der Kanton auf die Planung und Realisierung von Projekten zur Kompensation von unvermeidbaren CO₂-Emissionen aus (vorerst) nicht ersetzbaren Prozessen (z.B. Kehrlichtverbrennung und Fernwärme) hinwirken kann und will, bzw. diese zu fördern gedenkt.

Franz-Xaver Leonhardt, Balz Herter, Bruno Lötscher, Andrea Strahm, Pasqualine Gallacchi, Daniel Albiets, Andrea Elisabeth Knellwolf

4. Anzug für verpflichtend betriebliche Berufsbildung in Institutionen und Organisationen mit Pflegeleistungen - fehlende Berufsbildende als Flaschenhals in der Pflege

22.5572.01

Auf nationaler Ebene wurde die Pflegeinitiative am 28. November 2021 durch die Stimmbevölkerung der Schweiz angenommen. Bislang gibt es keine Massnahmen, Vorschläge oder Programme, die den Gesetzesauftrag in Basel-Stadt konkretisieren und umsetzen würden.

Die Pflege von Menschen, sei es im Spital, in Alters- und Pflegeheimen oder der Spitex leidet akut an Fachkräftemangel, aber vor allem auch an Arbeitskräftemangel. Die Pflege von Menschen ist zudem in der Verantwortung der Kantone, auch wenn der Bund übergeordnete Regelungen bzw. Rahmenbedingungen erlassen kann.

Nun ist es nicht einfach das Problem, dass keine ausgebildeten Arbeitskräfte eingestellt werden können, sondern dass im System der Institutionen und Organisationen der Pflege der Aus- und Weiterbildungsauftrag nicht mehr wahrgenommen wird oder werden kann. Das Fehlen der Berufsbildenden, bzw. Ressourcen zur betrieblichen Berufsbildung stellen ein flaschenhalsartiges Problem dar.

Es gibt offensichtlich ein Aus- und Weiterbildungsproblem in der Berufsbildung der Institutionen und Organisationen mit Pflegeleistungen, der substanziiell verbessert werden muss, damit Auszubildende (Fachperson Gesundheit wie Pflegefachperson) betrieblich begleitende berufsbildende Personen verbindlich zur Seite haben - und damit auch nachhaltig für den Pflegebereich gewonnen werden können. Die Institutionen müssen daher zur Berufsbildung verpflichtet und in der Umsetzung dazu finanziell unterstützt werden.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

1. wie der Kanton die Institutionen und Organisationen in der Pflege einerseits verpflichten und entsprechend finanziell unterstützen kann, die notwendige betriebliche, begleitende Berufsbildung im Gesundheitswesen (EFZ, HF/FH) sicherzustellen und
2. wie der Kanton die Institutionen und Organisationen in der Pflege andererseits kontrollieren kann, die notwendige betriebliche, begleitende Berufsbildung im Gesundheitswesen (EFZ, HF/FH) sicherzustellen.
Georg Mattmüller, Melanie Nussbaumer, Melanie Eberhard, Jean-Luc Perret, Raoul I. Furlano, Fleur Weibel, Daniela Stumpf, Thomas Widmer-Huber, Oliver Thommen

5. Anzug zur Situation der Nachhol- und Weiterbildungen bei Gesundheitsberufen

22.5580.01

Die Schweiz und auch Basel steuern auf einen akuten Pflegenotstand zu. Bereits heute fehlt es in den Gesundheitsinstitutionen an Pflegepersonal und die Situation wird sich weiter verschärfen. Eine Möglichkeit, dem Fachkräftemangel in den Gesundheitsberufen entgegenzuwirken, sind Nachhochbildungen in der beruflichen Grundbildung (Lehre, Berufslehre EFZ), aber auch Weiterbildungen für bereits ausgebildete Pflegende der beruflichen Grundbildung (Fachperson Gesundheit) zur Pflegefachperson HF/FH.

Mit der Nachholbildung können Personen, die bereits in der Pflege tätig, z.B. als Pflegehilfe SRK oder Pflegeassistenz EBA sind, aber noch keine entsprechende Ausbildung haben, diese nachholen. Weiter können sich eidg. zertifizierte Fachpersonen Gesundheit an einer Höheren Fachschule zur Pflegefachperson HF weiterbilden und so erweiterte Verantwortungsbereiche in der Pflege wahrnehmen.

Berufsbegleitende Nachholbildung EFZ sowie auch die Weiterbildung HF werden aktuell zu selten genutzt. Interessierte Pflegende sind meistens Erwachsene und führen ein selbständiges Leben. Die nötige Pensenreduktion, um berufsbegleitend die Nachholbildung zu erlangen, führt zu entsprechenden einschneidenden Lohneinbussen,

während die Abgeltungen in der Weiterbildung zur Pflegefachperson HF grundsätzlich zu gering sind. Die fehlenden finanziellen Anreize verhindern potenziell qualifizierende Aus- oder Weiterbildungen. Doch gerade diese könnten der problematischen Pflegesituation entgegenwirken.

Die Hürden bei Nachhol- und Weiterbildungen in Gesundheitsberufen scheinen heute zu hoch zu sein, um attraktiv für Interessierte zu sein. In Anbetracht dessen, bitten die Anzugsstellenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- ob die Situation von Erwachsenen in der Nachholbildung zur Fachperson Gesundheit existenzsichernd ist;
 - wie sich die finanzielle Situation von Personen während Weiterbildungen zur Pflegefachperson zeigt;
 - welche Massnahmen und Anreize zur Verbesserung der Personen in Nachhol- und Weiterbildung im Gesundheitswesen ergriffen werden könnten.
- Melanie Eberhard, Georg Mattmüller, Sandra Bothe, Fleur Weibel, Daniela Stumpf, Melanie Nussbaumer, Raoul I. Furlano

6. Anzug betreffend Bekämpfung des Fachkräftemangels – mehr Lernende im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik in der Verwaltung

22.5573.01

Der Fachkräftemangel in der Schweiz ist ein hochaktuelles Thema. Auch der Kanton ist als Arbeitgeber immer stärker davon betroffen, dass er für verschiedene Bereiche kein qualifiziertes Fachpersonal mehr findet. Dies wurde vom Regierungsrat auch mit der Antwort auf die Schriftliche Anfrage von Tim Cuènod «Folgen des Fachkräftemangels für den Kanton in seiner Rolle als Arbeitgeber»

(<https://grosserrat.bs.ch/dokumente/100403/000000403520.pdf>) bestätigt. Vor allem im Bereich der «Informations- und Kommunikationstechnik» seien alle Departemente von einem Mangel an Fachpersonen betroffen.

Neben der Rekrutierung von hochqualifiziertem Personal, das auf einem sehr konkurrenzfähigen Arbeitsmarkt schwierig zu finden ist, rückt dabei die Situation der Lehrstellen in den Fokus. Denn die interne, eigene Ausbildung von Fachkräften im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik bietet verschiedene Vorteile: Der Kanton kann auf die Rolle als interessanter Ausbildungsbetrieb fokussieren, perspektivisch teure Rekrutierung auf dem Arbeitsmarkt verringern und die Identifikation von Arbeitskräften mit dem Kanton als Arbeitgeber stärken.

Die Unterzeichnenden bitten darum den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- wie sich die aktuelle Situation der Lehrstellen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik departementsübergreifend gestaltet?
- was der Regierungsrat für weitere Möglichkeiten sieht, um mehr Lernende im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik auszubilden?
- wie mehr Lehrstellen für Lernende im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik in der kantonalen Verwaltung geschaffen werden können?

Beda Baumgartner, Thomas Gander, Lorenz Amiet, Nicola Goepfert, Luca Urgese, Tim Cuènod, Balz Herter, Toya Krummenacher, Pascal Pfister, Fleur Weibel, Tobias Christ, Annina von Falkenstein, Olivier Battaglia

7. Anzug betreffend wasser- und energiesparsamer Stadtentwicklung

22.5581.01

Wasser wird mit der sich verstärkenden Klimakrise zu einem wichtigen strategischen Gut werden. Gemäss den Szenarien der Studie Hydro-CH2018 zum Wassermanagement der Schweiz ist durch die zwischenzeitliche Gletscherschmelze, Starkniederschläge und Trockenheitsperioden mit stark schwankenden Pegelständen zu rechnen, wie vom Regierungsrat bereits im Klimaanpassungsbericht dargelegt wurde und auch mit Massnahmen im Bereich Schwammstadt angegangen werden soll. Dabei können sich langfristig auch Herausforderungen für die Versorgung mit sauberem Trinkwasser ergeben, da 100 Prozent dem Rhein entnommen.

Diesen könnte zum einen mit der vermehrten Installation von Regenwasser-Auffangananlagen begegnet werden. Diese würden das Trinkwasser, welches für Wäsche, Toiletten, etc. verwendet wird, ersetzen und somit auch Energie einsparen.

Zum anderen könnte eine teilweise Abkehr vom heutigen Schwemmkanalisationssystem eine geeignete Massnahme sein um einerseits Trinkwasser zu sparen und andererseits Energie zu gewinnen. Zwar hat sich die Schwemmkanalisation als Massnahme der neuen Stadtplanung im fin de siècle zur Steigerung der Lebensqualität und der gesundheitlichen Vorsorge bewährt. Seit der Einführung des Wasserklosets, bei welchem die menschlichen Ausscheidungen mit Wasser zu Schwarzwasser (Fäkalien, Urin, Spülwasser, WC-Papier) vermengt werden, wird diese Biomasse aber nicht mehr genutzt. Im Gegenteil: Zusammen mit dem Grauwasser (Abwasser aus Küchen und Bädern) muss dieses in einer ARA wieder aufwändig gereinigt werden; die Reste werden in der KVA verbrannt. Heute bestehen neue technische Möglichkeiten um sparsamer mit der Ressource Wasser umzugehen. Rund ein Drittel des Trinkwassers in Wohnbauten wird für die WC-Spülung verwendet. Dies ist nicht nur eine Wasserverschwendung, sondern bedeutet wegen der Aufbereitung auch einen vermeidbaren energetischen Aufwand. Durch eine Kompostierung könnte aber nicht nur Wasser gespart werden, sondern auch Biomasse-Energie oder Kompost zu anderen Zwecken gewonnen werden. Entsprechende Projekte gibt es unter anderem in

Deutschland (Hamburg Jenfeld) aber auch in der Schweiz in Genf (Cooperative d'Habitation Equilibrie: cooperative-equilibre.ch). Dabei kommen je nach Bautyp unterschiedliche Methoden zum Einsatz. Einerseits sind dies Vakuumsysteme, durch die das Schwarzwasser einer Biogasanlage zugeführt wird und Strom und Wärme erzeugt wird. Andererseits sind es klassische Kompostieranlagen.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

1. In welchem Umfang Wasser in Trinkwasserqualität für Nutzungen wie Reinigung, Wäsche, Kühlung, WC verwendet wird, bei welchen keine Trinkwasserqualität nötig ist; welche Kosten und welcher Energieaufwand durch die Trinkwasseraufbereitung und dem Schwemmkanalisationssystem der Allgemeinheit entstehen und welche Emissionen (CO₂e) resultieren?
2. Wie durch die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen die Fassung von Regenwasser als Nutzungswasser und von wasser- und chemiefreien Toilettenanlagen zur Gewinnung von Biogas oder Kompost in privaten und öffentlichen Gebäuden gefördert werden kann und welche Auswirkungen dies auf das basel-städtische Schwemmwassersystem und die Abwasserreinigung hätte?
3. Wie Schwarz- und Grauwasser generell besser und mit geringerem Energieaufwand verwertet werden können?
4. Die Realisierung einer wasser- und energiesparsamer Arealentwicklung, die nicht nur über Regenwasserfassungen für Nutzungswasser sondern auch wasser- und chemiefreie Toiletten zur Gewinnung von Biogas oder Kompost verfügt.

Oliver Thommen, Lea Wirz, Brigitte Kühne, Raphael Fuhrer, Michael Hug, Christoph Hochuli, Tonja Zürcher, Andreas Zappalà, Salome Bessenich, Pascal Messerli

8. Anzug betreffend Entschädigung für baustellengeplagte Kleinunternehmen

22.5582.01

Die Bauvorhaben im Kanton Basel-Stadt stellen vor allem KMU immer wieder vor schwierige Situationen. Gerade Klein- und Kleinstbetriebe kämpfen schlicht um ihre Existenz, wenn vor der Haustüre eine monate- oder gar jahrelange Baustelle besteht. Künftig werden in Basel noch mehr Baustellen erwartet (Ausbau Fernwärme, Unterhalt Infrastruktur, Umbau Tramhaltestellen, Entsiegelung, etc.). Umsatzeinbussen von bis zu 60% sind dann keine Seltenheit und stellen auch solide Betriebe auf eine harte Probe, gefährden Existenzen und führen zu Entlassungen, steigender Arbeitslosigkeit, höheren Konkursraten, Ladensterben, etc. Dies gilt speziell für Branchen, die noch daran arbeiten, die Folgen der staatlichen Massnahmen der Covid-Epidemie wirtschaftlich zu bewältigen.

Baustellen sind für eine funktionierende Infrastruktur wichtig und unvermeidlich. Jedoch zeigen die vergangenen Jahre, dass Baustellen in unserem Kanton aus unterschiedlichen Gründen sehr oft über den geplanten und kommunizierten Zeitrahmen hinaus weiter bestehen bleiben.

Um möglichen Konkursen, Kündigungen oder Betriebsliquidierungen aufgrund einer Baustellenbelastung entgegenzuwirken, wird eine Unterstützung durch den Kanton gefordert. Durch die Coronapandemie konnten gewisse Erfahrungen zur Abfederung gesammelt werden (rückzahlbarer Kredit, Härtefallentschädigung), welche als Basis dienen können.

Die Anzugsteller:innen bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden kann, Kredite, Entschädigungen oder staatliche Hilfen für Kleinunternehmen bis zu einem Jahresumsatz von CHF 5 Mio. zu ermöglichen, welche von Baustellenvorhaben in besonderem Masse betroffen sind.

Alex Ebi, Balz Herter, Corinne Eymann-Baier, Felix Wehrli, Nicole Strahm-Lavanchy, Heidi Mück, Mahir Kabakci, Michela Seggiani, David Wüest-Rudin, Thomas Müry, Philipp Karger, Oliver Thommen, Catherine Alioth, Beda Baumgartner, Olivier Battaglia, Karin Sartorius, Sandra Bothe, Joël Thüring, Lydia Isler-Christ, Raoul I. Furlano, Tonja Zürcher, Béla Bartha, Andreas Zappalà, Toya Krummenacher, Niggi Daniel Rechsteiner, Luca Urgese, Lukas Faesch, Jeremy Stephenson, Raphael Fuhrer, Annina von Falkenstein

9. Anzug betreffend beim Amtsantritt hat jedes Mitglied des Parlaments das Amtsgelübde abzulegen

22.5575.01

Bei Amtsantritt hat jedes Mitglied des Parlaments (Grosser Rat) das Amtsgelübde abzulegen. Es soll im Grossrats-Gesetz verankert werden und könnte so lauten:

Ich gelobe als Mitglied des Rates Verfassung, Gesetze des Bundes und des Kantons BS zu halten, die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde des Staates zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass jeder Grossrat in Zukunft bei Amtsantritt das Amtsgelübde ablegt.

Eric Weber

10. Anzug betreffend Berichterstattung zu Volksinitiativen sowie parlamentarischen Vorstössen, von denen die Mitglieder des Regierungsrats unmittelbar persönlich betroffen sind

22.5579.01

Wiederholt musste der Regierungsrat dem Grossen Rat in der Vergangenheit zu Volksinitiativen oder parlamentarischen Vorstössen berichten, von deren Behandlung resp. Umsetzung eine Mehrheit oder die Gesamtheit seiner Mitglieder persönlich betroffen waren.

Als wichtigste Beispiele der letzten Jahre sind die Volksinitiativen «für eine zeitgemässe finanzielle Absicherung von Magistratspersonen (Keine goldenen Fallschirme mit Steuergeldern)» und «betreffend Abschaffung des Präsidialdepartements und Reduktion der Anzahl der Mitglieder des Regierungsrats von 7 auf 5 Mitglieder» sowie als jüngste Vorstösse die Motionen von Joël Thüring und Konsorten betreffend «Karenzfrist für ehemalige Mitglieder des Regierungsrates» und von Heidi Mück und Konsorten betreffend «Regelungen für die Übernahme von Mandaten durch ehemalige Regierungsrät*innen und weitere Amtsträger*innen» zu nennen.

§ 74 unserer Kantonsverfassung verlangt, dass sich Behördenmitglieder bei Geschäften, die sie unmittelbar persönlich betreffen, in den Ausstand begeben. § 24 OG (SG 153.100) legt fest, dass die allgemeinen Vorschriften, die den Ausstand und die Beschränkung der Stimmgabe für Behördenmitglieder und Beamte regeln, auch für die Mitglieder des Regierungsrates gelten. Noch deutlicher ist § 1 des Gesetzes betreffend den Austritt in Behörden, die Beschränkung der Stimmgebung bei Wahlen und die Ausschliessung der Wählbarkeit von Verwandten zu Mitgliedern von Behörden (SG 138.100), wonach ein Mitglied einer kantonalen Behörde «bei eigener Beteiligung, d. h. in eigener Sache, oder in einer Sache, von deren Entscheid es einen Vorteil oder Nachteil zu erwarten hat» in den Ausstand treten muss.

Sind nur einzelne Regierungsmitglieder von einem Geschäft persönlich betroffen, können sie einzeln in den Ausstand treten. Muss sich die Regierung jedoch etwa mit der potenziellen Kürzung der Ruhegehälter oder der Reduktion der Anzahl Regierungssitze auseinandersetzen, so beschlägt der Interessenkonflikt mehrere (wenn nicht alle) Regierungsmitglieder und hat – wenn den gesetzlichen Regelungen nachgelebt wird – den Ausstand zur Folge. Entsprechend wäre die Regierung gar nicht beschlussfähig und könnte keinen Bericht verabschieden.

Es geht dem Anzugsteller nicht darum, eine Stellungnahme des RR zu einem Geschäft zu verhindern. Personen, die von einem Geschäft persönlich betroffen sind, sind in geeigneter Weise anzuhören, aber die eigentliche Berichterstattung soll in einer solchen Situation künftig nicht dem betroffenen, sondern einem anderen Gremium obliegen, etwa dem Büro oder einer Sachkommission des Grossen Rates.

Das Ratsbüro wird daher gebeten, dem Grossen Rat Lösungen zur Behebung dieses Systemfehlers vorzuschlagen (namentlich durch Anpassung der Geschäftsordnung und ihrer Ausführungsbestimmungen sowie des Gesetzes betreffend Initiative und Referendum, SG 131.100).

Der Anzugsteller hätte für sein Anliegen richtigerweise zum Instrument der Motion greifen müssen. Dies hätte aber erneut zu einer Befangenheit der Regierung geführt, weshalb ein Anzug ans Ratsbüro gerichtet wird in der Hoffnung, dass das Büro dem Grossen Rat eine umfassende Lösung des Dilemmas unter Anpassung der einschlägigen Gesetzesbestimmungen vorschlagen wird.

Daniel Albietz

11. Anzug betreffend "Massnahmen gegen die überfüllte Notfallstation und die Überbelastung des Personals in den Spitälern"

22.5593.01

Wie den Medien zu entnehmen war, sind die Notfallstationen der Region Basel derzeit am Limit. So werden beispielsweise im Universitätsspital Basel "die vorhandenen Kapazitäten zur Aufnahme von stationären Patientinnen und Patienten zeitweise um das Doppelte überschritten", wie es in einer Mitteilung des Spitals hiess. Auch habe es an gewissen Tagen nicht mehr genügend Betten. Aufgrund der hohen Auslastung seien bereits nicht dringliche Eingriffe verschoben worden, um das Spital und das Personal nicht noch stärker zu belasten.

Pflegekräfte haben, unabhängig vom Spital, auf den Sozialen Medien dazu aufgerufen, nicht wegen "jedem Wehwehchen" auf den Notfall zu gehen.

Unabhängig des aktuellen Peaks ist die Lage nicht neu: Schon seit Jahren nimmt die Belastung der Notfallstation in allen Spitälern der Schweiz kontinuierlich zu. Dabei spielen neben verschiedenen saisonalen Aspekten (Infektionskrankheiten, Stürze etc.) und dem Fachkräftemangel auch das Verhalten der Patientinnen und Patienten eine Rolle. So hat im Sommer 2022 der Kanton Zürich aufgrund der Überlastung der Zürcher Spitäler in einer Mitteilung festgehalten, dass immer mehr Personen die Notfallstation mit Bagatellfällen aufsuchen, welche nicht unmittelbar lebensbedrohlich seien und in Hausarztpraxen behandelt werden könnten.

Auf nationaler Ebene sind Bestrebungen zur Einführung einer Gebühr für Bagatellfälle auf der Spitalnotfallaufnahme im Gange. Diese Gebühr soll die Überlastungsgefahr reduzieren und einen Anreiz schaffen. In der Herbstsession der eidg. Räte wurde ein entsprechender Vorstoss der GLP (a. Nationalrat Thomas Weibel) im Nationalrat gutgeheissen, welcher diese Idee weiterverfolgen soll.

Unabhängig des Ausgangs dieser Debatte auf nationaler Ebene, derzeit würde die Einführung einer solchen Gebühr im Kanton Basel-Stadt noch gegen Bundesrecht verstossen, sind aus Sicht des Anzugsstellenden dringend Massnahmen notwendig, um sicherzustellen, dass die Notfallstationen künftig wieder weniger stark belastet sind und insbesondere Bagatellfälle nicht mehr auf derselben landen.

Der Anzugsteller bittet daher den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, welche zusätzlichen Massnahmen er als Eigner in Abstimmung und Absprache mit dem Universitätsspital ergreifen kann, um sicherzustellen, dass künftig die Notfallstationen weniger stark belastet sind und die Zahl der Bagatellfälle auf derselbigen abnehmen. Massnahmen sind idealerweise auch mit den Privatspitälern zu koordinieren.

Joël Thüring

Interpellationen

Interpellation Nr. 140 betreffend befördert Basel die illegale Migration?

22.5583.01

Seit Sommer 2023 ist in ganz Basel zu sehen, dass immer mehr Asylanten in Basel zu sehen sind, vor allem an den Bahnhöfen SBB und Basel Badischer Bahnhof. Meist sind es Gruppen von jungen Männern zwischen 16 und 30 Jahren.

Die Schweiz schickt tausende ankommende Asylanten, die in andere Länder reisen wollen, weiter nach Basel an die Grenze zu Deutschland und Frankreich. Die Polizei im Kanton St. Gallen bestätigte die Praxis: "Wir erlauben formell die Weiterreise." Nun kommt Kritik aus Deutschland. "Wenn diese Berichte zutreffen, betreibt die Schweiz ein reines Durchwinken", sagt Andrea Lindholz, die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. "Nationale Egoismen schaden dem Schengenraum."

Das Schweizer TV-Magazin "Rundschau" hatte Anfang Oktober gezeigt, dass die Schweizer Bahn SBB Migranten, die aus Österreich in Buchs im Kanton St. Gallen eintreffen, eigene Waggons für die Weiterfahrt über Zürich nach Basel bereitstellt. Für Lindholz fördern die SBB damit die illegale Einreise nach Deutschland. Sie forderte ein Einschreiten der Schweizer Behörden. "Die Schweiz muss ihre Pflichten als Mitglied des Schengenraumes erfüllen und gegen illegale Migration vorgehen."

1. Wie sieht die Regierung die allgemeine Lage?
2. Wird die Kantonspolizei von der SBB informiert, wenn wieder Sonder-Waggons mit Asylanten in Basel eintreffen?
3. Der Schreibende beobachtet täglich im Bahnhof SBB und im Badischen Bahnhof Gruppen von junger Männer, die sich in den Bahnhöfen aufhalten in Basel und auf die Weiter Reise warten. Ist der Regierung diese Situation bewusst und was wird konkret gemacht?
4. Es ist klar, die Lage ist nicht einfach, aber was kann für eine Entschärfung der Lage gemacht werden? Denn so wie bisher, kann es nicht mehr weitergehen.

Eric Weber

Interpellation Nr. 141 betreffend der Sperrung der Meret Oppenheim-Strasse und den Auswirkungen auf das Gundeldinger Quartier, die Verkehrsteilnehmer:innen und den Öffentlichen Verkehr

22.5594.01

Die Absicht der SBB, eine zweite Passerelle als "langfristiges Provisorium" zu erstellen und das Gleisfeld zu erweitern resp. die Kapazitäten am Bahnhof SBB zu erweitern, ist schon sehr lange bekannt. Die Notwendigkeit dieser Schritte in Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens Basel resp. Sicherheitsfragen ist völlig unstrittig.

Nicht bekannt war hingegen die Tatsache, dass die Meret Oppenheim-Strasse vom 3. Januar bis Ende 2025 während fast dreier Jahre weitestgehend gesperrt und insbesondere kein Durchgangsverkehr mehr möglich sein wird. Die SBB haben diesen Schritt am 21. Dezember bekannt gemacht – eine vorgängige Kommunikation gegenüber Quartierbewoher:innen, Quartierorganisationen oder anderen Interessierten hat nicht stattgefunden. Diese Kommunikation knapp zwei Wochen vor Baubeginn ist insofern befremdend, als die Meret-Oppenheim-Strasse für das "Gundeli" eine wichtige "Bypass"-Funktion hat.

Die sehr kurzfristige Informationspolitik der SBB hat zur Folge, dass dieser Umbau viele offene Fragen mit sich bringt, die längst nicht nur die Bundesbahnen betreffen. In diesem Zusammenhang bittet der Schreibende den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Seit wann sind dem Regierungsrat der Zeitpunkt der Baupläne der SBB bekannt?
2. Hat der Regierungsrat versucht darauf hinzuwirken, dass diese Baupläne der SBB frühzeitig kommuniziert werden und den am stärksten Betroffenen (u.a. Quartiervertreter:innen) Möglichkeiten geboten werden, Fragen zu diesen Plänen zu stellen?
3. Mit wie viel Mehrverkehr ist bei einer Sperrung der Meret Oppenheim-Strasse auf Basis der Verkehrssimulationen des Gesamtverkehrsmodells insbesondere auf den folgenden Strassen zu rechnen:
 - a) Güterstrasse (von der Solothurnerstrasse zur Margarethenstrasse UND von der Thiersteinerallee zur Solothurnerstrasse)

- b) Dornacherstrasse (von der Solothurnerstrasse zur Margarethenstrasse UND von der Thiersteinallee zur Solothurnerstrasse)
 - c) Solothurnerstrasse
 - d) Gundeldingerstrasse
 - e) Thiersteinerstrasse (in beide Richtungen)
4. Wie verändern sich diese Zahlen, wenn es infolge der Sanierung der Peter-Merian-Brücke (die ja auch 2023 / 2024 stattfinden wird) zu einer teilweisen oder kurzfristig gar vollständigen Sperrung derselben kommen wird?
 5. Wie stark negativ wird sich dieser Mehrverkehr insbesondere während der Stosszeiten auf die Geschwindigkeit und Zuverlässigkeit des ÖVs und insbesondere auf die Güterstr. und die Tramlinie 16 auswirken?
 6. Wurden seitens Kanton flankierende Massnahmen in Betracht gezogen, um einer stärkeren Verkehrsbelastung des Gundeldinger Quartiers vorzubeugen?
 7. Was passiert mit den Fernverkehrs-Bussen? Können diese als "Zugangsverkehr" weiterhin via Margarethenstr. zum Bahnhof gelangen? Oder ist mit einer deutlichen Zunahme an Bussen auf der Peter Merian-Brücke zu rechnen (nota bene während ihrer Sanierung)
 8. Östlich der Passerelle werden ja die Carparkplätze zumindest während der Bauzeit aufgehoben werden. Wird es denn während der Bauarbeiten voraussichtlich in genügend grosser Zahl Carparkplätze östlich der Passerelle geben? Oder muss der Busverkehr während der Bauarbeiten teilweise von einem anderen Standort aus erfolgen?
 9. In einer Antwort auf einen Anzug des Schreibenden (20.5338.02) hat der Regierungsrat festgehalten: "Die SBB ist verpflichtet, die heute vorhandene Anzahl an Veloabstellplätzen auch während der mehrjährigen Baustellenzeit anzubieten." Ab dem 16.1. werden die Veloparkplätze unter der Passerelle offenbar vollständig aufgehoben. Den Unterlagen der SBB ist zu entnehmen, dass ein Grossteil der Ersatz-Veloparkplätze an der Meret-Oppenheim-Strasse östlich der Passerelle liegen soll.
 - a) Wie stellt der Kanton sicher, dass diese Verpflichtung der SBB eingehalten wird?
 - b) Ist gewährleistet, dass diese 700 Ersatz-Veloparkplätze immer erreicht werden können (die Strasse ist ja für Durchgangsverkehr gesperrt)?
 - c) Ist auch gewährleistet, dass man von diesen Velo-Parkplätzen auch ohne riesigen Umweg zur Passerelle gelangen kann?
 - d) Zudem ist auf dieser Karte ein Ersatz-Veloparking nahe beim Coop-Südpark eingezeichnet, wo schon heute fast immer Velos stehen? Inwiefern entstehen an dieser Stelle Ersatz-Veloparkplätze?
 - e) Die SBB schreibt zudem auf ihrer Webseite: „Weitere Abstellplätze finden Sie zudem in der Velostation Centralbahnplatz beim Bahnhofgebäude.“ Ist dies ein einfacher Hinweis oder wird tatsächlich ein Teil der 700 Veloparkplätze nördlich des Gleisfeldes zum Centralbahnplatz hin verlagert?
 10. Inwiefern werden die Bewohnerinnen und Bewohner des Gundeli rechtzeitig über die Sperrung des Bahnhofszuganges an der Hochstrasse resp. Solothurnerstrasse ab dem 13.2. (bis Ende 23') sowie die Aufhebung der Veloabstellanlagen informiert?
 11. Werden gewisse Infrastrukturen an der Meret Oppenheim-Strasse aufgrund der Erweiterung des Gleisfeldes definitiv nicht mehr zur Verfügung stehen?
 12. Wird es insbesondere in Zukunft (also nach 2025) noch eine Meret Oppenheim-Strasse geben, die ihre heutige Bypass-Funktion behalten und eine noch stärkere Verkehrsbelastung des Gundeli-Quartiers verhindern kann?

Tim Cuénod

Interpellation Nr. 142 betreffend Feuerwerk rund um den Jahreswechsel 2022/2023

23.5001.01

Während das grosse „offizielle“ Feuerwerk am Rhein an Silvester 22/23 mangels Sponsorengeldern ausfiel, erreichte das Ausmass privater „Knallereien“ nach Wahrnehmung Vieler ein neues Ausmass. Die Stadtreinigung sprach denn auch von einer „Riesensauerei“ bezüglich Restebeseitigung der abgebrannten Feuerwerkskörper, die 3 Stunden länger als üblich beansprucht habe (vgl. bazonline, 2.1.23). Vielen Personen dürfte nicht bewusst sein, dass das Abbrennen von Feuerwerk auf Kantonsgebiet bewilligungspflichtig ist.

Wer ohne Bewilligung „böllert“, wird mit Busse bestraft (§66a PolG). Die Polizei sah sich gemäss dem genannten Zeitungsartikel nicht in der Lage, diese Bestimmung konsequent durchzusetzen. Zum einen sei eine Durchsetzung der Bewilligungspflicht neben „allen sonstigen Einsätzen in den Nächten um Neujahr ... schlichtweg nicht möglich“, zum anderen dulde man die Knallerei auch wegen der Verhältnismässigkeit (siehe baz, a.a.O).

Die schädlichen Auswirkungen des Abbrennens von Feuerwerkskörper auf Umwelt, Gesundheit und insbesondere die Tierwelt (Wildtiere wie Haustiere) sind hinlänglich bekannt und wurden u.a. bereits im Anzug Thomas Grossenbacher betr. 1. August ohne offizielle Feuerwerke (20.5432.01.) ausführlich beschrieben. Menschen mit Atemproblemen leiden besonders. Hinzu kommen gerade dieses Jahr die Flüchtenden aus der Ukraine und anderen Kriegsgebieten, die durch die Knallerei retraumatisiert werden können. Besonders störend ist, dass sich die privaten Feuerwerke an

keinerlei zeitliche Begrenzung halten. Die Feuerwerkskörper werden buchstäblich zu jeder Tages- und Nachtzeit und auch in den Tagen vor und nach Silvester/Neujahr abgefeuert.

Das Abbrennen von Feuerwerk an Silvester beruht bei uns, anders als in anderen Ländern, auch nicht auf Tradition. Das vertraute Läuten der Glocken zum Ausklang des alten und Begrüssung des neuen Jahres ging dagegen aufgrund der Knallerei an vielen Orten völlig unter.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat das Ausmass und die Auswirkungen auf die Umwelt, Gesundheit und vor allem Tierwelt des privaten Abbrennens von Feuerwerken rund um den Jahreswechsel 2022/2023?
2. Sieht er Handlungsbedarf, diese privaten Feuerwerke bei künftigen Gelegenheiten (neben Silvester betrifft dies auch den ersten August) einzuschränken, vom Ausmass her oder zumindest in zeitlicher Hinsicht?
3. a) Wie stellt er sich zur Aussage, die Polizei sei nicht in der Lage, das Bewilligungspflicht durchzusetzen?
b) Wie viele der gemäss Zeitungsbericht 60 Polizeieinsätze in der Neujahrsnacht standen im Zusammenhang mit Pyrotechnik?
c) Wurden Bussen ausgesprochen wegen unbewilligten Abfeuerns von Feuerwerkskörpern? In der Silvesternacht einerseits und andererseits in den Tagen davor und danach?

Sasha Mazzotti

Interpellation Nr. 143 betreffend ist ein erhöhter Verzugszins bei Steuerforderungen wirklich nötig?

23.5004.01

Ab dem 1. Januar 2023 gelten neue Gesetze und Verordnungen. Der Vergütungszinssatz für Steuervorauszahlungen erhöht sich im 2023 von 0,1 auf 0,5 Prozent – somit profitieren all diejenigen, die in der Lage sind, ihre Steuerschulden vor dem Fälligkeitsdatum (31. Mai des Folgejahres) begleichen zu können. Dies ist eine Anpassungsmassnahme an die generell gestiegenen Zinsen, beispielsweise bei Konten auf Banken und nachvollziehbar.

Aber es sind nicht alle Steuerzahlenden in der Lage ihre Steuern vorzeitig und vollständig bezahlen zu können und deshalb ist es alles andere als nachvollziehbar, dass Steuerausstände seit diesem Jahr stärker bestraft werden. Statt wie bis anhin die Steuerschulden mit einem Zins von 3 Prozent zu belasten, gilt ab dem 1. Januar ein Belastungszins von 3,5 Prozent.

Es stellt sich die Frage, ob diese Erhöhung in Anbetracht des geplanten Steuersenkungs-Paket, welches Mindereinnahmen in Millionenhöhe generiert und unter Berücksichtigung der aktuellen Teuerung aus sozialpolitischer Sicht wirklich notwendig und sinnvoll ist.

Es werden mehrheitlich Steuerzahlende ohne Vermögen, die ihre Steuern mit monatlichen Teilzahlungen in Raten begleichen und dann den Restbetrag mit der Auszahlung des 13. Monatslohn Ende November bezahlen, zusätzlich finanziell belastet und dies obwohl der Kanton Basel-Stadt auf diese Mehreinnahmen nicht angewiesen wäre.

Es gibt deshalb keinen nachvollziehbaren Grund eine Erhöhung des Verzugszinses einzufordern. Zudem muss davon ausgegangen werden, dass ein Grossteil der Betroffenen Familien mit Kindern ist.

Bezugnehmend auf die geschilderten Problemstellungen, bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Gründe und welche Notwendigkeiten haben den Regierungsrat dazu veranlasst, den Verzugszins per 1. Januar 2023 um 0,5% auf neu 3,5 Prozent anzuheben?
2. Wie viele der Steuerzahlenden im Kanton Basel-Stadt sind von dieser Zinserhöhung betroffen? Wie hoch ist der prozentuale Anteil von allen Steuerzahlenden im Kanton Basel-Stadt? Wie hoch ist der prozentuale Anteil von Familien?
3. Mit welchen Mehreinnahmen rechnet der Regierungsrat durch die Erhöhung des Belastungszinses?
4. Was sind die Gründe des Regierungsrats, dass er den Verzugszins im Sinne einer Kaufkraftherhaltungsmassnahme nicht gesenkt hat – beispielsweise auf einen Wert von 1,8 Prozent wie in Deutschland?
5. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass es in der aktuellen wirtschaftlichen Situation notwendig und sinnvoll ist, die Kaufkraft generell zu stärken – insbesondere von Menschen mit tiefen Einkommen und von Familien?
6. Ist der Regierungsrat bestrebt diese Erhöhung wieder rückgängig zu machen?

Oliver Bolliger

Interpellation Nr. 144 betreffend Schutz für Menschen mit vom Strom abhängigen (z.T. lebenserhaltenden) medizinischen Geräten bei flächendeckendem Stromausfall

23.5005.01

In diesem Winter besteht aufgrund der besonderen Weltlage das Risiko geplanter oder ungeplanter Stromausfälle. Selbst flächendeckende Netzabschaltungen können gemäss den Überlegungen des Bundesrates vom 23.11.2022 als Ultima Ratio nicht ausgeschlossen werden.

Im Kanton Basel-Stadt gibt es Menschen, die zu Hause leben und auf vom Strom abhängige medizinische Geräte (teilweise auch lebenserhaltende) angewiesen sind. Für diese Personen sind die Überlegungen des Bundesrates keineswegs beruhigend, da die Folgen einer Netzabschaltung für sie gravierend wären. Ein Beispiel ist die Nutzung von Heimbeatmungsgeräten zur Atemunterstützung bei schwerer Apnoe.

Vor diesem Hintergrund bittet der Interpellant die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Ist es für Betroffene möglich, sich an eine zentrale Meldestelle zu wenden?
- Sind die medizinischen Fachkräfte, vor allem Hausärztinnen und Hausärzte, darüber informiert, welche vorsorglichen Massnahmen für den Notfall geplant werden?
- Werden Patientinnen und Patienten über eventuelle Notfallmassnahmen ausreichend informiert?
- Wie weit sind die IWB in der Lage, auf individuelle Notfälle zu reagieren?

Bruno Lötscher-Steiger

Interpellation Nr. 145 betreffend Kommunikation der Sicherheitsbehörden bei unmittelbarer Gefahrenlage

23.5006.01

Am 19. Dezember 2022 trieb ein Amokfahrer auf dem Fahrrad sein Unwesen und schlug mit einem gefährlichen Gegenstand auf andere Velofahrer ein. Mehrere Personen mussten schwer verletzt ins Spital eingeliefert werden. Der Täter wurde nicht gefasst, hat am 6. Januar 2023 wahrscheinlich wieder zugeschlagen und eine weitere Velofahrerin verletzt.

Am Abend des 19. Dezembers 2022 kursierte auf den sozialen Medien bereits eine Warnung an alle Velofahrer in Basel, dass jemand anderen Velofahrern von hinten eine Eisenstange auf den Kopf schlagen würde und bereits mehrere Personen in den Notfall mussten. Die Staatsanwaltschaft hat diese Verbrechen hingegen erst am nächsten Tag kommuniziert. Alle Menschen, welche am Abend die Meldung auf den sozialen Medien gelesen haben, wussten bis zum nächsten Morgen somit nicht, ob diese Meldung richtig war, sich die Gefahrenlage entschärft hat oder noch weiter existierte.

Aus Sicht des Interpellanten wäre in solchen Fällen eine rasche offizielle Kommunikation der Behörden via Social-Media-Plattformen wie Twitter aus unterschiedlichen Gründen sinnvoll. Die Menschen wären gewarnt und sensibilisiert und würden bei verdächtigen Situationen eher die Polizei rufen. Die Wahrscheinlichkeit, den Täter zu fassen, wäre somit grösser. Zudem könnte man mit einer proaktiven Kommunikation auch Falschmeldungen oder Gerüchte aus der Welt schaffen. Andere Städte wie München oder Wien haben bei Terroranschlägen oder Amokläufen Social-Media-Plattformen wie Twitter sehr gut eingesetzt und konnten bei einer unmittelbaren Gefahrenlage schnell und effizient mit der Bevölkerung und den Medien kommunizieren.

In diesem Zusammenhang ersucht der Interpellant den Regierungsrat um Antworten zu folgenden Fragen:

1. Aus welchen Gründen wurde die Bevölkerung am 19. Dezember 2022 nicht über die Amokfahrt unmittelbar informiert?
2. Existieren Pläne oder durchdachte Abläufe, wie die Bevölkerung im Falle eines Terroranschlags oder eines bewaffneten Amoklaufs schnell informiert bzw. gewarnt werden kann?
3. Aus den Medien war zu entnehmen, dass die Polizei nicht mehr kommunizieren durfte, weil der Fall bereits bei der Staatsanwaltschaft war. Inwiefern wird dieser rein formelle Aspekt aufgearbeitet, dass in Zukunft eine offizielle Stelle bei einer unmittelbaren Gefahrenlage schnell kommunizieren kann?
4. Wie gedenkt der Regierungsrat die sozialen Medien in Zukunft besser einzusetzen?
5. Würde es für die umfassendere Bewirtschaftung der Social-Media-Plattformen zusätzliche personelle Ressourcen benötigen?
6. Städte wie Wien oder München haben während Terroranschlägen oder Amokläufen gezeigt, dass die Kommunikation auf den sozialen Medien der Bevölkerung einen Mehrwert bieten kann. Orientiert man sich als Kanton an solchen Erfolgskonzepten?

Pascal Messerli

Interpellation Nr. 146 betreffend Demonstrationsstatistik 2022

23.5007.01

Am 04.01.2023 wurde erstmals eine komplette Liste mit allen polizeilich bekannten Demonstrationen veröffentlicht. Begründet wird die Veröffentlichung mit dem gesteigerten öffentlichen Interesse an Demonstrationen. Bereits in der Schriftlichen Anfrage Heidi Mück betreffend Anzahl Demonstrationen in Basel (22.5325) wird darauf hingewiesen:

«Eine wichtige Grundlage, um die verschiedenen Nutzungsansprüche im öffentlichen Raum zu erfüllen, ist neben der sorgfältigen Koordination auch ein offener und faktenbasierter Dialog mit allen Anspruchsgruppen. Aus diesem Grund ist es wichtig, mehr Details zur kommunizierten Anzahl Demonstrationen und Kundgebungen zu kennen.»

Es ist daher unverständlich, wieso die neue Demonstrationsstatistik, die in der Schriftlichen Anfrage Mück angefragten Zahlen, nun nicht aufweist. Mit den neu vorgelegten Zahlen wird eine differenzierte Diskussion über Demonstrationen leider nur begrenzt ermöglicht. Gerade auch die Grösse einer Demonstration, Standkundgebung oder Mahnwache stellt einen wichtigen Faktor dar, wie stark die Allgemeinheit überhaupt davon betroffen ist. Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. An wie vielen Demonstrationen nahmen nach Schätzung der Polizei weniger als 50, zwischen 50 und 250 und mehr als 250 Personen teil?
2. An wie vielen Standkundgebungen nahmen nach Schätzung der Polizei weniger als 50, zwischen 50 und 250 und mehr als 250 Personen teil?
3. An wie vielen Mahnwachen nahmen nach Schätzung der Polizei weniger als 50, zwischen 50 und 250 und mehr als 250 Personen teil?
4. Bei wie vielen Demonstrationen wurde der öffentliche Verkehr in grösserem Ausmass gestört?
5. Bei wie vielen Demonstrationen mit mehr als 250 Teilnehmenden verlief die Route durch die Innenstadt gemäss Kernzone aus dem Verkehrskonzept Innenstadt?
6. Wie viele Demonstrationen mit mehr als 250 Teilnehmenden mit Route durch die Innenstadt fanden an einem Wochenende zu Ladenöffnungszeiten (09:00-18:00 Uhr) statt?
7. Was waren im Jahr 2022 die Gründe für abgelehnte Gesuche?
8. Kann erwartet werden, dass die Demonstrationsstatistik in Zukunft mit den detaillierten Zahlen veröffentlicht wird, um eine differenzierte Diskussion zu ermöglichen?
9. Werden die Zahlen zu Demonstrationen/Standkundgebungen/Mahnwachen, bzw. früher Demonstrationen und Kundgebungen seit 2015 mit der gleichen Methode erhoben oder gab es eine Änderung (abgesehen von der Benennung und Ausdifferenzierung) bei der Erhebung? Falls es zu Änderungen/Anpassungen in der Methode oder der Praxis kam, inwiefern?

Nicola Goepfert

Schriftliche Anfragen

1. Schriftliche Anfrage betreffend Mülldienst der neuen Mülleimer

22.5576.01

An einem Samstag Morgen um 7 Uhr fällt mir auf, dass die neuen Mülleimer in der Zentral-Stadt, also im Stadtzentrum, fast alle überfüllt sind. Sie gehen schlicht nicht mehr, da voll. Der Müll lagert sich dann neben den neuen Mülleimern.

Die Stadtreinigung sehe ich um 7 Uhr. Und diese räumt auf.

1. Warum ist es nicht möglich, in der Nacht von Freitag zu Samstag und in der Nacht von Samstag zu Sonntag Müllmänner los zusenden, die schauen, dass die neuen Mülleimer funktionieren?
2. Es tut einfach weh, zu sehen, dass man die neuen Mülleimer sieht, dass diese voll sind. Und der Müll daneben auf der Strasse liegt. Wie soll es mit den neuen Mülleimern weitergehen? Wie viele gibt es davon jetzt in der Stadt? Und wie viele davon soll es bis Ende 2023 geben?

Eric Weber

2. Schriftliche Anfrage betreffend Basler Fasnacht und Corona

22.5577.01

Es ist bekannt, dass das Münchner Oktoberfest 2022, zu einer Corona-Schleuder wurde. Danach gab es viele neue Ansteckungen und die Kurve stieg stark nach oben.

1. Was plant die Basler Regierung konkret, dass die Basler Fasnacht 2023 nicht zu einer Corona-Schleuder werden wird?
2. Wie waren die Zahlen in Basel nach der Fasnacht 2022? Stieg da Corona im Kanton markant an?
3. Wie ist es nach grossen Fussball-Spielen des FC Basel? Steigen dann auch die Corona-Zahlen?
4. Die Fasnacht spielt sich zu 80% auf der Strasse ab. Dort ist viel Luft. Dennoch hiess es, Fasnacht sei gefährlich, wegen Corona. Ist damit konkret gemeint, dass es gefährlich sein kann, in den zahlreichen Cliquen Kellern? Ich meine dort, wo sich die Fasnächtler in ihren Club-Räumen treffen?

Eric Weber

3. Schriftliche Anfrage betreffend Qualifizierung von Lehrpersonen

22.5578.01

Aus pädagogischen Gründen macht es insbesondere auf der Primarstufe Sinn, dass möglichst wenig Lehrpersonen in einem Team eine Klasse unterrichten. So kann es allerdings geschehen, dass der Unterricht in gewissen Fächern (z.B. Französisch, Turnen) von Lehrpersonen erteilt wird, die dafür nicht ausgebildet/qualifiziert sind.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, in diesem Zusammenhang zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen (Bitte auch mit Angaben zu den Schulen in Riehen und Bettingen):

1. In wie vielen Primarklassen wird der Unterricht im Fach Französisch von Lehrpersonen erteilt, die für dieses Fach über keine spezifische Ausbildung (Niveau Abschluss PH) verfügen?
2. Für welche anderen Fächer besteht auf der Primarstufe ein Mangel an entsprechend ausgebildeten Lehrpersonen?
3. Welche Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote macht das Erziehungsdepartement, resp. die Leitung der Gemeindeschulen Riehen/Bettingen Lehrpersonen, die für ein Fach, das sie unterrichten, nicht über die nötige Fachausbildung verfügen? In welchem Umfang werden die Lehrpersonen für den Erwerb dieser Zusatzqualifikation entlastet (Übernahme der Kurskosten, Entlastung vom Unterricht resp. Entschädigung für die zusätzlich zum ordentlichen Arbeitsauftrag zu leistende Weiterbildungsarbeit)?
4. Wie werden Lehrpersonen ohne die gesetzlich erforderlichen Fachqualifikationen in ihrer rechtlichen Haftung von ihren Arbeitgebern geschützt, falls die anvertrauten Schülerinnen und Schüler während des Unterrichts Unfälle erleiden? Wie sind Lehrpersonen ohne erforderliche Fachqualifikation, die von der Schulleitung zugewiesene schulische Exkursionen leiten, technisches Gestalten mit mechanischen Werkzeugen erteilen oder Sportunterricht durchführen trotz der fehlenden Lehrberechtigung gegen zivil- und strafrechtliche Konsequenzen im abgesichert und in welchen Fällen haften sie selbst?

Ab kommendem Schuljahr 2023/2024 wird auf der Primarstufe neu „Medien und Informatik“ als Fach unterrichtet. Vorgesehen ist, dass dieses Fach möglichst von Lehrpersonen erteilt wird, die in der Klasse „Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG)“ unterrichten.

5. Wie viele Lehrpersonen, die derzeit NMG unterrichten, verfügen als Abgänger*innen einer Fachhochschule bereits über eine Qualifikation für das Fach „Medien und Informatik“, wie viele nicht?
6. Auf welche Art und Weise plant das Erziehungsdepartement, resp. die Leitung der Gemeindeschulen Riehen/Bettingen, die Lehrpersonen, die noch nicht über die nötigen Fachkenntnisse verfügen, bis im Sommer 23 zu qualifizieren? Ist es/sie bereit, die Kurskosten zu übernehmen und die Lehrpersonen für die Weiterqualifikation vom Unterricht (zumindest teilweise) freizustellen resp. sie für die zusätzlich zum ordentlichen Arbeitsauftrag zu leistende Weiterbildungsarbeit zu entlasten?
7. An den einzelnen Schulstandorten sollten Lehrpersonen verfügbar sein, die zum Thema „Medien und Informatik“ über ein breiteres Fachwissen verfügen (Niveau CAS), um Kolleginnen und Kollegen unterstützen zu können. An wie vielen Standorten sind solche Fachleute vorhanden? Welche Anreize gedenkt das Erziehungsdepartement, resp. die Leitung der Schulen von Riehen/Bettingen zu geben (Übernahme Kurskosten, Freistellung vom Unterricht), damit sich an allen Standorten Lehrpersonen finden lassen, welche die entsprechende, (auch zeitlich) anspruchsvolle Weiterbildung absolvieren?

Claudio Miozzari

4. Schriftliche Anfrage betreffend Sommerstress des Basler Baumbestands

22.5585.01

Kürzlich schrieb die Stadtgärtnerei, dass wiederum 200 Bäume ersetzt werden müssen. Es bleibt zu befürchten, dass die immer heftiger und häufiger auftretenden Extremwetterlagen, die Langlebigkeit von Stadtbäumen negativ beeinflussen und der Umsatz von Bäumen immer schneller vonstatten geht. Gemäss einer Studie werden schon heute die Stadtbäume kaum mehr als 40ig Jahre alt. Damit verliert der Baumbestand allmählich seinen positiven Klimaeffekt. Es besteht die Gefahr, dass mit den Neupflanzungen lediglich eine Symptombekämpfung stattfindet und die Problematik nicht an der Wurzel angegangen wird.

- Welche Auswirkungen auf den Baumbestand hatten die heftigen Unwetter und die Hitze des diesjährigen Sommers auf den Baumbestand?
- Wie teilen sich die zu fallenden Bäume auf die Baumarten auf und welche Baumarten werden diese allenfalls ersetzen?
- Wie gedenkt der Regierungsrat neben der Erneuerung den aktuellen Baumbestand zu schützen?
- Wie gedenkt der Regierungsrat den Hitzestress der Bäume zu reduzieren, damit diese auch ihre Schattenspendende und kühlende Funktion wahrnehmen können?
- Welche Bauvorhaben in der nahen Zukunft werden direkte Auswirkungen auf den Baumbestand und die Wasserversorgung der Bäume haben?
- Prüft der Regierungsrat Massnahmen, die das Absinken des Grundwasserspiegels verhindern, damit die Wurzeln ausgewachsener Stadtbäume diesen auch bei längerer Trockenheit noch erreichen können?

- Wo wurden bereits permanente Bewässerungssysteme für den Wurzelbereich von Bäumen installiert? Wie hoch ist der prozentuale Anteil der «künstlich» bewässerten
- Prüft der Regierungsrat den Einsatz von Zivilschutz oder freiwilliger Feuerwehr, um die Stadtgärtnerei bei den Erhaltungsmassnahmen zu unterstützen?
- Prüft der Regierungsrat die Stadtgärtnerei mit zusätzlichen Stellen auszustatten, insbesondere weil laut Regierungsrat der Baumbestand jährlich wächst und in naher Zukunft auch noch stark anwachsen soll?

Béla Bartha

5. Schriftliche Anfrage betreffend Umgang mit den Ressourcen zur Unterstützung von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen

22.5586.01

Mit der Zustimmung des Grossen Rates zum regierungsrätlichen Ratschlag vom 21. November 2018 betr. neue Massnahmen im Umgang mit Entwicklungsverzögerung hat der Grosse Rat die gesetzlichen Grundlagen geschaffen und Ressourcen zur Verfügung gestellt, damit Schulleitungen an den Schulen unter Einbezug des Kollegiums Massnahmen zur Unterstützung von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen ergreifen können.

Die Unterzeichnende bittet den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie, resp. nach welchen Kriterien erfolgt die Verteilung der Ressourcen (bitte angeben nach Lektionen und Anzahl Klassen je Schulhaus) auf die einzelnen Schulstandorte? Wie werden IK-Standorte berücksichtigt?
2. Welche konkreten Massnahmen wurden an den einzelnen Standorten im Schuljahr 2020/2021 und 2021/2022 umgesetzt? Bitte um detaillierte Angaben zu jedem Primarschulstandort.
3. Welche dieser Massnahmen haben sich bewährt und weshalb? Welche wurden im laufenden Schuljahr fortgesetzt?
4. Wie findet der Erfahrungsaustausch über die ergriffenen Massnahmen unter den einzelnen Schulleitungen und mit der Volksschulleitung statt? Nach welchen Kriterien beurteilt die Volksschulleitung den Erfolg der unterschiedlichen Umsetzungsmodelle?
5. Wie werden an den einzelnen Standorten die Kollegien bei der Entwicklung und Umsetzung der Massnahmen einbezogen?
6. Wurden die vom Grossen Rat bewilligten Ressourcen bisher in jedem Schuljahr ausgeschöpft? Wenn nein, weshalb nicht? Wenn ja, sind die gesprochenen Finanzen ausreichend, damit allen Kindern, die einen entsprechenden Bedarf aufweisen, gerecht werden kann.
7. Wie und nach welchen Kriterien wird von der Volksschulleitung an den Kindergärten der Bedarf nach Ressourcen zur Unterstützung von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen erhoben? Wie werden die Kindergärtnerinnen in dieser Arbeit unterstützt?
8. In Riehen wurden die Ressourcen so eingesetzt, dass in Riehen Nord und in Riehen Süd je eine Einführungsklasse gebildet werden konnte, die allen Riehener Kindern je nach Bedarf zur Verfügung stehen. Wurden die einzelnen Modelle in Basel und die Riehener Modelle evaluiert und auf ihre Qualität und ihren positiven Einfluss auf die Entwicklung der Kinder untersucht? Wenn nein, weshalb ist dies nicht geschehen? Wann ist eine Evaluation geplant? Steht das ED zum Thema EK im Austausch mit Riehen?

Sasha Mazzotti

6. Schriftliche Anfrage betreffend Stand der Strategie für eine nachhaltige Ernährung

22.5587.01

Zur Erreichung der Klimaziele ist auch die Ernährung ein wichtiger Faktor. Nachhaltige Ernährung und das Verhalten des Kantons als wichtiger Akteur in diesem Feld kann dazu beitragen, die Umstellung auf eine klimaneutrale Gesellschaft zu beschleunigen. Mit dem Abstimmungsresultat vom 27. November zur Initiative Basel 2030 und dem Gegenvorschlag Basel 2037 ist eine neue Dringlichkeit auch im Bereich der Ernährung zusätzlich gegeben.

Auch der Bund widmet dem Thema nachhaltige Ernährung einen wichtigen Platz im «Aktionsplan 2021-2023 zur Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030» und dem daraus folgenden Massnahmenfeld «Die Transformation hin zu nachhaltigen Ernährungssystemen im In- und Ausland vorantreiben».

Der Kanton Basel-Stadt will sich ebenfalls eine Strategie zur nachhaltigen Ernährung geben. In seiner Antwort auf den Anzug Thiriet und Konsorten betreffend «Schaffung eines Bio-Stadt-Labels» hielt der Regierungsrat zum Thema nachhaltige Ernährung folgendes fest: «Um die nachhaltige Entwicklung des Ernährungssystems von Basel-Stadt weiter voranzubringen, hat der Regierungsrat deshalb beschlossen, eine Strategie nachhaltige Ernährung 2030 und ein neues Massnahmenpaket 2022-2025 zu erarbeiten¹». Auf der Webseite des Kantons lässt sich nachlesen, dass die Strategie bis Ende 2022 feststehen sollte.²

Ich bitte den Regierungsrat darum um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wo steht die Ernährungs-Strategie aktuell und wie ist der Zeitplan zur Erstellung der Strategie?

- Welche Bedeutung hat das Thema Ernährung für die kantonale Klimastrategie und die Erreichung der Ziele ebendieser?
- Welche Ämter und Personen befassen sich momentan mit dem Thema nachhaltige Ernährung?
- Wie sind die Ressourcen für dieses Thema ausgestaltet?
- Kann sich der Kanton vorstellen, ähnlich wie in der Stadt Zürich und Bern, eine eigene Einheit (bspw. Fachstelle nachhaltige Ernährung) in der Verwaltung einzurichten?
- Gibt es Projektfördermittel, mit denen der Kanton Projekte im Bereich der nachhaltigen Ernährung fördern kann?
- Wie setzt der Kanton das Thema nachhaltige Ernährung auf seinen landwirtschaftlichen Nutzflächen um?
- Wie setzt der Kanton das Thema nachhaltige Ernährung bei Betrieben/-Verwaltungseinheiten um, die ihm unterstellt sind oder bei denen er Eigner ist?
 - Wie wird das Thema nachhaltige Ernährung bei den Schulen in der Stadt Basel, in Riehen und in Bettingen behandelt?
 - Wer betreibt die Mensen der schuleigenen und schulexternen und Tagesstrukturen? Gibt es Auflagen für die Lebensmittelbeschaffung in den entsprechenden Mensen? Gelten diese allfälligen Auflagen für die Lebensmittelbeschaffung für alle Schulen?
 - Wie wird das Thema nachhaltige Ernährung in den öffentlich-rechtlichen Spitälern behandelt? Gibt es Auflagen für Lebensmittelbeschaffung in den Spitälern des Kantons? Gibt es Massnahmen in den Spitälern in Bezug auf Foodwaste?
- Gibt es (aktive oder geplante) Massnahmen des Kantons, um das allgemeine Thema Foodwaste anzugehen?
- Wie verhält sich Kanton BS zu den Zielen des Bundes zum Erreichen der SDGs 2030 und konkret zur Massnahme "Die Transformation hin zu nachhaltigen Ernährungssystemen im In- und Ausland vorantreiben"?

¹ <https://grosserrat.bs.ch/dokumente/100395/000000395690.pdf> (03.12.2022)

² <https://www.entwicklung.bs.ch/grundlagen/nachhaltigkeit/ernaehrung.html> (03.12.2022)

Beda Baumgartner

7. Schriftliche Anfrage betreffend wie viel Geld bekommt Basel von Deutschland für den Flughafen-Bus?

22.5588.01

Umfangreiche Recherchen haben dies ergeben. Der Basler Flughafen Bus gehört zwar zur BVB, aber wird von teilweise anderem Personal gefahren.

Die Situation ist nicht ganz klar.

Reisende, die aus Deutschland kommen, die das Rail- and Fly Ticket haben, können kostenfrei von Basel SBB mit dem Bus bis zum Flughafen Basel fahren.

Auf allen Tickets steht, ist auch in Basel gültig.

Diese Sonderlage, die Basel auch zu einem quasi Deutschen Flughafen „bringt“, bringt viele Fragen auf sich:

1. Wie viel Geld bekommt Basel-Stadt jährlich, dass Basel den Flughafen-Bus für Reisende, die aus Deutschland kommen, kostenfrei zur Verfügung steht?
2. Es muss ja eine Abmachung geben zwischen Basel-Stadt als Kanton und einer Stelle in Deutschland. Zwischen wem wurde der Vertrag unterzeichnet? Auf der einen Seite ist es Basel und auf der anderen Seite, ist es da die Deutsche Bahn?

Ich danke für umfangreiche Antwort.

Eric Weber

8. Schriftliche Anfrage betreffend wettbewerbsrechtskonformen Lohnvergleichsanalysen

22.5590.01

In den Medien, namentlich im Onlinemagazin Nebelspalter vom 15.12.2022¹, wurde über eine mutmassliche Rüge der Wettbewerbskommission (WEKO) gegen den Kanton Basel-Stadt berichtet. Angeblich geht es dabei um den Vorwurf, der Kanton bevorzuge mit Logib einen staatlichen Anbieter von Lohnvergleichsanalysen unrechtmässigerweise gegenüber gleichwertigen privaten Anbietern.

Aufgrund dieses gravierenden Vorwurfes und möglicher rechtlicher Konsequenzen für den Kanton Basel-Stadt stellen sich folgende Fragen, um deren Beantwortung ich die Regierung ersuche:

1. Wird das System Logib vom Kanton Basel-Stadt gegenüber gleichwertigen privaten Konkurrenzprodukten bevorzugt behandelt?
2. Bei welchen öffentlichen Ausschreibungen wird eine Lohnvergleichsanalyse mittels Logib verlangt und bei welchen ist der Einsatz von gleichwertigen Konkurrenzsystemen zulässig?

3. Welche privaten Systeme zur Lohnvergleichsanalyse werden vom Kanton Basel-Stadt als im Vergleich zu Logib gleichwertig eingestuft?
4. Welchen gängigen Tools wird diese Gleichwertigkeit aus welchen Gründen abgesprochen?
5. Bestätigt die Regierung, dass sie bezüglich dieser Thematik von der WEKO im Oktober schriftlich gerügt wurde?
6. Welche rechtsverbindlichen Anordnungen bzw. welche Empfehlungen enthält das in Frage 5. erwähnte Schreiben, sofern ein solches existiert?
7. Welche Korrekturmassnahmen hat die Regierung als Reaktion auf dieses Schreiben bereits ergriffen und welche plant sie zu ergreifen?
8. Wie stellt sich die Regierung gegenüber dem Vorwurf der fehlenden Wettbewerbsneutralität?
9. Besteht für den Kanton das Risiko, dass private Anbieter ihre wettbewerbsrechtliche Gleichbehandlung vor Gericht erstreiten werden?
10. Falls ja: Wie beurteilt die Regierung das Prozessrisiko und allfällige Kostenfolgen für den Kanton?

¹ <https://www.nebelspalter.ch/gleichstellung-wettbewerbshueter-ruegen-basel-stadt>

Lorenz Amiet

9. Schriftliche Anfrage betreffend Gaststadtpolitik Basel-Stadt

22.5591.01

Mit der Durchführung des 125. Zionistenkongresses im August diesen Jahres und der Interessenbekundung, im Jahr 2026 den UNO-Klimagipfel für die Schweiz auszurichten, erhielt die Rolle von Basel als Gaststadt für internationale Grossanlässe wieder Aufmerksamkeit. Basel als Gaststadt für nationale und internationale Grossanlässe im Rahmen der Schweizerischen Gaststaatspolitik zu positionieren, ist eine der im Legislaturplan des Regierungsrates genannten Massnahmen (Massnahme Nr. 22) zur Erreichung des Legislaturziels *Partnerschaftlich zusammenarbeiten*. Diese Positionierung wurde zudem schon im Vorfeld der OSZE-Ministerkonferenz im Jahr 2014 als Grund für die finanziellen Aufwendungen des Kantons Basel-Stadt angeführt.

Abgesehen von den einzelnen oben genannten Beispielen, welche eher zufälliger Natur sind, bleibt aber die konkrete Strategie des Regierungsrates bezüglich einer aktiven Gaststadtpolitik im Rahmen der nationalen Gaststaatspolitik für Aussenstehende unklar. Daher bittet der Unterzeichnende den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Regierungsrat eine explizite Strategie zur Umsetzung der Massnahme 22 des Legislaturplanes, d.h. der Positionierung der von Basel als Durchführungsort für nationale und insbesondere internationale Grossanlässe?
2. Falls ja, was sind die zentralen Eckpunkte dieser Strategie, und wer ist innerhalb der Verwaltung für ihre Umsetzung zuständig?
3. Welche verwaltungsexternen Akteure wurden und werden in die Umsetzung der Massnahme 22 des Legislaturplans einbezogen?
4. Stehen der Regierungsrat oder die Verwaltung für die Umsetzung der Massnahme 22 in einem regelmässigen Austausch mit den zuständigen Stellen des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA)?
5. Anhand welcher Indikatoren misst der Regierungsrat den Erfolg der Massnahme 22 des Legislaturplans?
6. Welche personellen und finanziellen Mittel setzt der Regierungsrat zur Umsetzung der Massnahme 22 des Legislaturplans ein?

Franz-Xaver Leonhardt

10. Schriftliche Anfrage betreffend Anstieg der Hospitalisierungen bei den 10- bis 24-jährigen Frauen wegen psychischer Störung

22.5595.01

Am 12. Dezember teilte das Bundesamt für Statistik (BFS) mit, dass zwischen 2020 und 2021 die Zahl der stationären Spitalaufenthalte wegen psychischer Störung bei Mädchen und jungen Frauen im Alter von 10 bis 24 Jahren um 26 Prozent, bei gleichaltrigen Männern um 6 Prozent stieg. Zum ersten Mal waren psychische Störungen die häufigste Ursache für eine Hospitalisierung bei den 10- bis 24-Jährigen. Die Spitaleinweisungen aufgrund von Suizidversuchen nahmen in derselben Altersgruppe um 26 Prozent zu, die ambulanten psychiatrischen Leistungen im Spital um 19 Prozent.

Aufgrund dieser alarmierenden Zahlen ergeben sich dringende Fragen:

1. Wie erklärt der Regierungsrat diesen drastischen Anstieg der Hospitalisierungen?
2. Wie hoch sind die Hospitalisierungen in Kanton Basel-Stadt?
3. Welche unmittelbaren Massnahmen hat der Regierungsrat aufgrund dieser Veröffentlichung ergriffen?
4. Sind unsere Spitalstrukturen ausreichend, um diesen Anstieg zu bewältigen und diesen jungen Menschen zu helfen?

5. Welche Unterstützung steht diesen jungen Menschen und ihren Angehörigen in dieser Situation zu Verfügung?

Edibe Gölge

11. Schriftliche Anfrage betreffend jahrelang leerstehende Häuser und Wohnraumvernichtung

23.5017.01

Dutzende von Mehrfamilienhäusern sind nach meiner Beobachtung und Infos der Anwohnerschaft in unserem Kanton seit vielen Jahren leerstehend. Als Beispiele können die drei Mehrfamilienhäuser an der Hardstrasse genannt werden, welche offensichtlich schon seit 18 Jahren leer stehen und auch das Haus Wartenbergstrasse 45 gleich um die Ecke (gleiche Eigentümerschaft). Leer steht auch schon seit Jahrzehnten das Haus St. Alban-Vorstadt 88. Seit mehr als 10 Jahren steht das Haus Gärtnerstrasse 112 leer. Analoges gilt für die Mehrfamilienhäuser Rheingasse 18, Sierenzerstrasse 12 und Florastrasse 13 + 23.

Die Gründe hierfür sind mannigfaltig: Erbstreitigkeiten, planerische oder bauliche Schwierigkeiten oder eben schlichtweg fehlendes Interesse an der Nutzung. In Zeiten der Wohnungsnot werden so in Basel mehrere hundert Wohnungen potenziellen Mieterschaften entzogen. Bei langjährigen Leerständen vergammeln zudem die Häuser und/oder werden die Liegenschaften wegen möglicher Hausbesetzungen gar verriegelt. Dies stellt auch für das Stadtbild und die unmittelbare Nachbarschaft ein grosses Ärgernis dar. Wenn zu lange zugewartet wird, so werden diese Wohnliegenschaften auch aufgrund des vernachlässigten Unterhaltes nicht mehr bewohnbar resp. nur wieder bewohnbar, wenn grosse Investitionen getätigt werden. Auch diesen Gründen ist spätestens nach zwei bis drei Jahren ein staatliches Handeln im öffentlichen Interesse notwendig.

Der Kanton Genf sieht seit vielen Jahren (LGL, Loi générale sur le logement et la protection des locataires) vor, dass solche Liegenschaften enteignet werden können. Damit wurden gute Erfahrungen gemacht. Wenn eine Nutzungsentziehung droht, beeilen sich Eigentümerschaften, die Wohnnutzung wieder herzustellen. Auch der Kanton St. Gallen kennt in seinem PBG eine Bestimmung, wonach der Gemeinde bei Nichtüberbauung innerhalb gewisser Fristen ein Kaufrecht an den betroffenen Grundstücken zusteht (Art. 8 + 9 PBG SG).

Denkbar ist auch, dass die jahrelang leerstehenden Wohnungen zusätzlich besteuert werden. Solche «Leerstandsabgaben» mit Lenkungswirkung gelten z.B. in mehreren österreichischen Bundesländern oder den Städten Hamburg und Vancouver. Damit wird dort bewusst der Wohnungsknappheit und dem Steuerausfall durch Leerstände Gegensteuer gegeben. Wir verweisen hier auch auf die Studie der wissenschaftlichen Dienste des deutschen Bundestages vom 13.9.2018 i.S. Besteuerung von leerstehenden Immobilien/verfassungsrechtliche Möglichkeiten und Grenzen (WD 4 – 3000 -12818).

Weiter denkbar ist, dass dem Räumungsbegehren von jahrelang leerstehenden Häusern nicht ohne weiteres gefolgt wird (Zürcher Praxis).

Es wird darauf verwiesen, dass dieser Missstand einfach vermeidbar ist, indem solche Liegenschaften zwischengenutzt werden. Dies ist auch wirtschaftlich/mietrechtlich für die Eigentümerschaft risikolos (vgl. Art. 272 Abs. 1 lit. d OR). Eine entsprechende Regelung könnte dazu führen, dass solche Häuser nicht vergammeln resp. auch bei länger andauernden Rechtsstreitigkeiten o. ä. zumindest zwischengenutzt werden.

Ich frage daher die Regierung an:

1. Ist der Verwaltung bekannt, wie viele Häuser im Kanton schon länger leer stehen? Falls nein, gibt es eine Schätzung?
2. Wie kann diesem Missstand von jahrelang leerstehenden Wohnliegenschaften entgegengetreten werden?
3. Ist eine gesetzliche Ergänzung in Anlehnung an die Genfer Lösung (vgl. LGL), eine Leerstandsabgabe oder eine Änderung im Räumungsmodus eine mögliche Lösung?
4. Kann sichergestellt werden, dass zumindest diese jahrelang freiwillig leerstehenden Wohnliegenschaften nicht in die amtliche Leerwohnungsstatistik einfließen?

René Brigger

12. Schriftliche Anfrage betreffend Sicherstellung der Fernwärmeversorgung bei Stromausfall und anderen Störungen

23.5019.01

Den Medien ist zu entnehmen, dass die Stadt Biel anfangs Januar 2023 von einem grösseren Stromausfall betroffen war. Unsere Abhängigkeit von Strom wächst stetig und immer mehr Bereiche des täglichen Lebens hängen entscheidend davon ab, dass die Stromerzeugung sicher, stabil und unterbrechungsfrei geschieht. Auch die Wärmeversorgung, welche im Rahmen der Dekarbonisierung verstärkt auf Fernwärme umgestellt wird, hängt wesentlich von einer stabilen Stromversorgung ab. Es besteht dadurch ein Klumpenrisiko bei Störungen oder gar Ausfällen dieser Infrastruktur.

Der Schreibende wurde angefragt, welche Auswirkungen ein Stromausfall auf die Fernwärmeversorgung hätte bzw. welche anderen Störungen auftreten könnten, welche einen zunehmend grossen Teil der Basler Haushalte sozusagen „in der Kälte stehen lassen“ würden.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Sicherheiten, allenfalls Redundanzen sind im Basler Fernwärmenetz eingebaut?
2. Welche Auswirkungen hätte ein Stromausfall auf Produktion und Verteilung der Fernwärme?
3. Inwiefern teilt der Regierungsrat die oben erwähnten Bedenken?
4. Wie hoch schätzt der Regierungsrat die Wahrscheinlichkeit eines Stromausfalls wie in Biel geschehen, ein?
5. Welche Ausweichmöglichkeiten sind installiert, um die Versorgung durch Fernwärme auch bei einem Stromausfall sicherzustellen?
6. Wie werden die Bezüger von Fernwärme über Störungen bei der Fernwärme zeitnah informiert?

Beat K. Schaller

13. Schriftliche Anfrage betreffend "Verkomplizierung der Freiwilligenarbeit an der Museumsnacht Basel - wird an der Museumsnacht 2024 auch ein Besuch im Basler Bürokratiemuseum möglich sein?"

23.5020.01

Alljährlich strömt zahlreiches und begeistertes Publikum in einer Januarnacht in die Basler Museen. Dies ist auch zahlreichen Freiwilligen zu verdanken, die sich vor und hinter den Kulissen tatkräftig bis tief in die Nacht (respektive bis in die frühen Morgenstunden) freiwillig und unbezahlt dafür einsetzen, dass den Besucherinnen und Besuchern bleibende Erinnerungen geschaffen werden. An der Museumsnacht eröffnen nicht nur grosse Institutionen mit einem entsprechenden Bestand an festangestellten Mitarbeitenden, sondern auch zahlreiche kleinere Institutionen ihre Pforten. Diese setzen an der Museumsnacht in grossem Umfange unbezahlte Freiwillige ein. Bei der Vorbereitung der diesjährigen Museumsnacht wurden die Verantwortlichen diverser Institutionen am 5. Dezember 2022 von einem E-Mail der Projektleitung Museumsnacht Basel überrascht, in dem unter anderem folgendes ausgeführt wurde:

Betriebe, die dem Arbeitsgesetz unterstellt und nicht dem Kanton angegliedert sind, müssen für die Museumsnacht ein Gesuch für Nachtarbeit Ihrer Mitarbeitenden einreichen. Wenn Sie diese E-Mail erhalten, müssen Sie laut Amt für Wirtschaft und Arbeit (A WA) ein Gesuch einreichen.

Dem Gesuch beizulegen ist eine vollständige Liste mit unterschriebenen Einverständniserklärungen aller Mitarbeitenden, die an der Museumsnacht während der Nacht (23:00-06:00 Uhr) im Einsatz stehen.

In einem Erinnerungs E-Mail vom 19. Dezember 2022 führte die Projektleitung unter anderem noch was folgt aus:

- *Wenn Sie diese E-Mail erhalten, ist eine Eingabe obligatorisch. Die Projektleitung hat dies mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit abgesprochen. In Einzelfällen ist nicht die ganze Belegschaft betroffen. Die betroffenen Institutionen wurden bilateral durch uns informiert. Trotzdem ist eine Eingabe der restlichen Belegschaft obligatorisch.*
- *Dem Gesuch beizulegen ist eine vollständige Liste mit unterschriebenen Einverständniserklärungen aller Mitarbeitenden nach 23 Uhr. Die Einverständniserklärung muss also von allen Mitarbeitenden unterzeichnet werden. Eine übergreifende Bestätigung reicht - im Unterschied zum letzten Jahr - leider nicht mehr. Zur Vereinfachung können Sie uns auch eine Einverständniserklärung (ein Blatt) pro Mitarbeiter: in einreichen.*

Mit dieser Aufforderung wollte die Projektleitung der Museumsnacht Basel erreichen, dass auch Freiwillige, die sich ohne Entlohnung für die Museumsnacht nach 23 Uhr einsetzten, schriftlich ihr Einverständnis zur Nachtarbeit erklären müssen. Offensichtlich hat sich die Projektleitung Museumsnacht Basel einer Anweisung des Arbeitsinspektorates gebeugt, das die Auffassung vertritt, dass auch unbezahlte Freiwillige dem Arbeitsgesetz unterstellt sind. Das ist aber umstritten.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist für den Regierungsrat die Annahme abwegig, dass, wer sich freiwillig für einen Einsatz bei der Museumsnacht meldet, konkludent sein Einverständnis mit Nachtarbeit erklärt?
2. Das Arbeitsinspektorat scheint die Ansicht zu vertreten, Freiwillige seien ausnahmslos dem Arbeitsgesetz unterstellt, obwohl ein namhafter Teil der Rechtslehre die Ansicht vertritt, es gehe zu weit, das Arbeitsgesetz auch auf bloss karitativ tätige Personen anzuwenden, welche weder Lohn erhalten noch mit ihrer Tätigkeit eine Ausbildung oder eine Berufsvorbereitung bezwecken. Teilt der Regierungsrat die Rechtsauffassung des Arbeitsinspektorats oder die Auffassung eines Teils der Rechtslehre (vgl. Geiser Thomas, in: Geiser Thomas/von Kaenel Adrian/Wyler Rémy (Hrsg.), Arbeitsgesetz, Bundesgesetz vom 13. März 1964 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel, Bern 2005, Art. 1 N 17), dass unentgeltliche Arbeit, die weder mit einer Ausbildung oder einer Berufsvorbereitung verbunden ist, nicht unter das Arbeitsgesetz fällt? Falls die Regierung die Auffassung des Arbeitsinspektorats nicht teilt, ist sie bereit, das Arbeitsinspektorat anzuweisen, zur langjährigen Praxis bezüglich des Einsatzes von Freiwilligen in der Museumsnacht zurückzukehren? Falls der Regierungsrat die Auffassung des Arbeitsinspektorats als verbindlich erachtet, obwohl er dessen Auffassung nicht teilt, ist er bereit, beim Arbeitsinspektorat bzw. beim SECO mit dem Ziel zu intervenieren, im Kanton Basel-Stadt bzw. in allen Kantonen in Zukunft wieder eine pragmatische Anwendung des Arbeitsgesetzes bezüglich des Einsatzes von Freiwilligen zu gestatten?

3. Falls der Regierungsrat auf das schriftliche Einverständnis von Freiwilligen für Nacharbeit an der Museumsnacht besteht, wird er im Sinne der Gleichbehandlung dieses Erfordernis auch auf Freiwillige von Institutionen, die dem Kanton angegliedert und somit dem Arbeitsgesetz nicht unterstellt sind, ausdehnen?
4. Falls die Auffassung des Arbeitsinspektorats richtig und verbindlich ist, kann der Regierungsrat ausschliessen, dass beispielsweise Jugendverbände bei der Durchführung von Nacht- und Sonntags-/Feiertagsaktivitäten mit Hilfe von unbezahlten Freiwilligen eine entsprechende Bewilligung einholen müssen?
5. Falls eine Rückkehr zur pragmatischen Handhabung der Freiwilligenarbeit an der Museumsnacht Basel nicht möglich ist, werden Mitglieder des Regierungsrates und des höheren Kaders unseres Kantons an der Museumsnacht 2024 freiwillig ein Basler Bürokratiemuseum betreiben, an dem dem interessierten Publikum bürokratische Irrungen und Wirrungen wie diese, die Gegenstand dieser Anfrage ist, spielerisch nähergebracht werden? Für ein weiteres Beispiel der Erschwerung der Arbeit von Ehrenamtlichen verweise ich auch auf meine schriftliche Anfrage 18.5263.01 (Microsoft Word - SCHR:docx (bs.ch)).

David Jenny